

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts (WaffRNeuRegG)

A. Problem und Ziel

Das geltende Waffenrecht ist von der Systematik und vom Regelungsgehalt her kompliziert, lückenhaft und schwer verständlich. Mit dem neuen, ausschließlich auf die öffentliche Sicherheit ausgerichteten Waffengesetz und der Überführung der Vorschriften über die technische Sicherheit von Waffen und Munition aus dem bisherigen Waffengesetz in ein eigenes Beschussgesetz sollen die Transparenz, Verständlichkeit und die Anwendung beider Regelungsmaterien erhöht werden. Außerdem soll der missbräuchliche Umgang mit Waffen stärker eingeschränkt werden.

B. Lösung

Im Rahmen eines Artikelgesetzes werden das Waffengesetz (WaffG) neu gefasst (Artikel 1), die Vorschriften über die technische Sicherheit von Waffen und Munition in ein eigenes Beschussgesetz (BeschG) überführt (Artikel 2) und die notwendigen Anpassungen von Regelungen mit Bezug zum Waffenrecht in anderen Gesetzen (Artikel 3 bis 15) vorgenommen; hinzuweisen ist insoweit vor allem auf die Anpassung im Kriegswaffenkontrollgesetz (Artikel 3) und im Bundesjagdgesetz (Artikel 14).

Vorrangig geregelt werden im neuen Waffengesetz der private Erwerb und Besitz sowie der private Waffengebrauch; daran schließen sich Bestimmungen für Hersteller, Handel und sonstige gewerbliche Nutzung an. Für die hauptsächlichen Nutzergruppen wie Sportschützen, Jäger, gefährdete Personen sowie Sammler sind jeweils eigene Vorschriften geschaffen worden. Mit der Verschärfung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit von Waffenbesitzern, der Einführung eines so genannten kleinen Waffenscheins für Gas- und Schreckschusswaffen sowie mit der Erweiterung des Verbots des Umgangs mit gefährlichen Messern soll der missbräuchliche Umgang mit diesen Gegenständen eingedämmt werden.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Durch die Ausführung des Gesetzes sind die Gemeinden nicht betroffen. Die vorgesehenen sachlichen Änderungen des Waffengesetzes und des Beschussgesetzes und der auf Grund der Gesetze zu erlassenden Rechtsvorschriften führen zu einer Ausweitung der behördlichen Tätigkeiten beim Bund und in deutlich geringerem Maße auch bei den Ländern.

Der Vollzug des Waffengesetzes erfordert wegen der Verlagerung der Länderzuständigkeit für die Erteilung waffenrechtlicher Erlaubnisse an Angehörige der in Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte auf das Bundesverwaltungsamt etwa 4 Stellen. Soweit zusätzliche beschussrechtliche Prüfungen durch Beschussämter der Länder wahrgenommen werden, ist ein Personalmehrbedarf nicht zu erwarten. Erforderliche Sachausgaben werden durch Gebühreneinnahmen gedeckt.

Die Gebühren für Amtshandlungen, Prüfungen und Untersuchungen nach dem Waffengesetz, dem Beschussgesetz und den auf beiden Gesetzen beruhenden Rechtsverordnungen sollen im Rahmen der Ersetzung der Kostenverordnung zum Waffengesetz durch Kostenverordnungen zum Waffengesetz und zum Beschussgesetz an die aktuellen Kostenverhältnisse angepasst werden.

E. Sonstige Kosten

Zu den durch die Neuordnung entstehenden Kosten der Wirtschaft haben sich die beteiligten Verbände nicht geäußert. Die Kosten wegen der notwendigen Einführung der Bauartprüfung für bestimmte Waffen werden, gemessen an den Produktionskosten, als insgesamt gering angesehen. Da im Rahmen der Bauartprüfung auch Verbotstatbestände des Waffengesetzes berücksichtigt werden, tritt für die Hersteller Rechtssicherheit im Hinblick auf die zukünftige Vermarktung ein. Da die Bauartprüfung für Nichtfeuerwaffen nach Maßgabe europäischen Rechts erfolgt, sind die geprüften Gegenstände auch in anderen Staaten der Europäischen Union marktfähig. Die Kosten der Bauartprüfung sind damit aufgewogen.

Auswirkungen auf das Preisniveau und insbesondere das Verbraucherpreisniveau sind nicht zu erwarten. Auswirkungen auf die Einzelpreise sind möglich, aber nicht quantifizierbar.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 5. Dezember 2001

022 (132) – 614 03 – Wa 72/01

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages

11011 Berlin

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts
(WaffRNeuRegG)

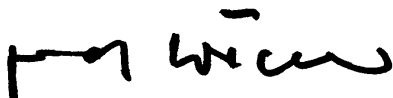
mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1).

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 768. Sitzung am 19. Oktober 2001 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.



Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Waffenrechts (WaffRNeuRegG)*)

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Inhaltsübersicht

Artikel 1	Waffengesetz (WaffG)
Artikel 2	Beschussgesetz (BeschG)
Artikel 3	Änderung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen
Artikel 4	Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes
Artikel 5	Änderung der Strafprozessordnung
Artikel 6	Änderung des Produktsicherheitsgesetzes
Artikel 7	Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit der Hauptzollämter zur Verfolgung und Ahndung bestimmter Ordnungswidrigkeiten nach dem Waffengesetz und dem Sprengstoffgesetz
Artikel 8	Änderung der Bewachungsverordnung
Artikel 9	Änderung der Ersten Verordnung zum Waffengesetz
Artikel 10	Änderung der Dritten Verordnung zum Waffengesetz
Artikel 11	Änderung des Sprengstoffgesetzes
Artikel 12	Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz
Artikel 13	Änderung der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung
Artikel 14	Änderung des Bundesjagdgesetzes
Artikel 15	Änderung der Außenwirtschaftsverordnung
Artikel 16	Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang
Artikel 17	Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Fortgeltung von Vorschriften

*) Die Verpflichtungen aus der Richtlinie 98/34/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft (ABl. EG Nr. L 204 S. 34), geändert durch die Richtlinie 98/48/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juli 1998 (ABl. EG Nr. L 217 S. 18), sind beachtet worden.

Artikel 1

Waffengesetz (WaffG)

Inhaltsübersicht

Abschnitt 1

Allgemeine Bestimmungen

- § 1 Gegenstand und Zweck des Gesetzes, Begriffsbestimmungen
- § 2 Grundsätze des Umgangs mit Waffen oder Munition, Waffenliste
- § 3 Umgang mit Waffen oder Munition durch Kinder und Jugendliche

Abschnitt 2

Umgang mit Waffen oder Munition

Unterabschnitt 1

Allgemeine Voraussetzungen für Waffen- und Munitionserlaubnisse

- § 4 Voraussetzungen für eine Erlaubnis
- § 5 Zuverlässigkeit
- § 6 Persönliche Eignung
- § 7 Sachkunde
- § 8 Bedürfnis, allgemeine Grundsätze
- § 9 Inhaltliche Beschränkungen, Nebenbestimmungen und Anordnungen

Unterabschnitt 2

Erlaubnisse für einzelne Arten des Umgangs mit Waffen oder Munition, Ausnahmen

- § 10 Erteilung von Erlaubnissen zum Erwerb, Besitz, Führen und Schießen
- § 11 Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition mit Bezug zu einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union
- § 12 Ausnahmen von den Erlaubnispflichten

Unterabschnitt 3

Besondere Erlaubnistatbestände für bestimmte Personengruppen

- § 13 Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Jäger, Führen und Schießen zu Jagdzwecken
- § 14 Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch Sportschützen
- § 15 Schießsportverbände; schießsportliche Vereine

- § 16 Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Brauchtumsschützen, Führen von Waffen und Schießen zur Brauchtumpflege
- § 17 Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Waffen- oder Munitionssammler
- § 18 Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Waffen- oder Munitionssachverständige
- § 19 Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition, Führen von Schusswaffen durch gefährdete Personen
- § 20 Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch Erben

Unterabschnitt 4

Besondere Erlaubnistatbestände für Waffenherstellung, Waffenhandel, Schießstätten, Bewachungsunternehmer

- § 21 Gewerbsmäßige Waffenherstellung, Waffenhandel
- § 22 Fachkunde
- § 23 Waffenbücher
- § 24 Kennzeichnungspflicht; Markenanzeigepflicht
- § 25 Ermächtigungen und Anordnungen
- § 26 Nichtgewerbsmäßige Waffenherstellung
- § 27 Schießstätten, Schießen durch Minderjährige auf Schießstätten, Ausbildung im Verteidigungsschießen
- § 28 Erwerb, Besitz und Führen von Schusswaffen durch Bewachungsunternehmer und ihr Bewachungspersonal

Unterabschnitt 5

Verbringen von Waffen oder Munition in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes

- § 29 Verbringen von Waffen oder Munition aus einem oder in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union
- § 30 Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union
- § 31 Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union
- § 32 Verbringen von Waffen oder Munition aus einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist
- § 33 Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition aus einem Staat, der nicht Mitglied der Europäischen Union ist

Unterabschnitt 6

Obhutspflichten, Anzeige-, Hinweis- und Nachweispflichten

- § 34 Überlassen von Waffen oder Munition, Prüfung der Erwerbsberechtigung, Anzeigepflicht

- § 35 Werbung, Hinweispflichten, Handelsverbote

- § 36 Aufbewahrung von Waffen oder Munition

- § 37 Anzeigepflichten

- § 38 Ausweispflichten

- § 39 Auskunft- und Vorzeigepflicht, Nachschau

Unterabschnitt 7

Verbote

- § 40 Verbotene Waffen

- § 41 Waffenverbote für den Einzelfall

- § 42 Verbot des Führens von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen

Abschnitt 3

Sonstige waffenrechtliche Vorschriften

- § 43 Erhebung und Übermittlung personenbezogener Daten

- § 44 Rücknahme und Widerruf

- § 45 Weitere Maßnahmen

- § 46 Verordnungen zur Erfüllung internationaler Vereinbarungen oder zur Angleichung an Gemeinschaftsrecht

- § 47 Sachliche Zuständigkeit

- § 48 Örtliche Zuständigkeit

- § 49 Kosten

Abschnitt 4

Straf- und Bußgeldvorschriften

- § 50 Strafvorschriften

- § 51 Bußgeldvorschriften

- § 52 Einziehung und erweiterter Verfall

Abschnitt 5

Ausnahmen von der Anwendung des Gesetzes

- § 53 Ausnahmen für oberste Bundes- und Landesbehörden, Bundeswehr, Polizei und Zollverwaltung, erheblich gefährdete Hoheitsträger sowie Bedienstete anderer Staaten

- § 54 Sondervorschriften für Staatsgäste und andere Besucher

- § 55 Kriegswaffen

Abschnitt 6

Übergangsvorschriften, Verwaltungsvorschriften

- § 56 Altbesitz

- § 57 Verwaltungsvorschriften

Anlage 1 (zu § 1 Abs. 4) Begriffsbestimmungen

Anlage 2 (zu § 2 Abs. 3) Waffenliste

Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Gegenstand und Zweck des Gesetzes, Begriffsbestimmungen

(1) Dieses Gesetz regelt den Umgang mit Waffen oder Munition unter Berücksichtigung der Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

(2) Waffen sind

1. Schusswaffen oder ihnen gleichgestellte Gegenstände und
2. tragbare Gegenstände,
 - a) die ihrem Wesen nach dazu bestimmt sind, die Angriffs- oder Abwehrfähigkeit von Menschen zu beseitigen oder herabzusetzen, insbesondere Hieb- und Stoßwaffen;
 - b) die, ohne dazu bestimmt zu sein, insbesondere wegen ihrer Beschaffenheit, Handhabung oder Wirkungsweise geeignet sind, die Angriffs- oder Abwehrfähigkeit von Menschen zu beseitigen oder herabzusetzen, und die in diesem Gesetz genannt sind.

(3) Umgang mit einer Waffe oder Munition hat, wer diese erwirbt, besitzt, überlässt, führt oder verbringt, damit schießt oder wer Waffen oder Munition herstellt oder damit Handel treibt.

(4) Die Begriffe der Waffen und Munition sowie die Einstufung von Gegenständen nach Absatz 2 Nr. 2 Buchstabe b als Waffen, die Begriffe der Arten des Umgangs und sonstige waffenrechtliche Begriffe sind in der Anlage 1 (Begriffsbestimmungen) zu diesem Gesetz näher geregelt.

§ 2 Grundsätze des Umgangs mit Waffen oder Munition, Waffenliste

(1) Der Umgang mit Waffen oder Munition ist nur Personen gestattet, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben.

(2) Wer mit Waffen oder Munition umgehen will, bedarf der Erlaubnis.

(3) Der Umgang mit Waffen oder Munition, die in der Anlage 2 (Waffenliste) Abschnitt 1 zu diesem Gesetz genannt sind, ist verboten.

(4) Waffen oder Munition, mit denen der Umgang ganz oder teilweise von der Erlaubnispflicht oder von einem Verbot ausgenommen ist, sind in der Waffenliste genannt. Ferner sind in der Waffenliste Abschnitt 3 die Waffen und Munition genannt, auf die dieses Gesetz ganz oder teilweise nicht anzuwenden ist.

§ 3 Umgang mit Waffen oder Munition durch Kinder und Jugendliche

(1) Jugendliche dürfen im Rahmen eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses abweichend von § 2 Abs. 1 unter Aufsicht eines weisungsbefugten Waffenberechtigten mit Waffen oder Munition umgehen.

(2) Die zuständige Behörde kann für Kinder und Jugendliche im Einzelfall Ausnahmen von Altersefordernissen zulassen, wenn besondere Gründe vorliegen und öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.

Abschnitt 2 Umgang mit Waffen oder Munition

Unterabschnitt 1 Allgemeine Voraussetzungen für Waffen- und Munitionserlaubnisse

§ 4 Voraussetzungen für eine Erlaubnis

(1) Eine Erlaubnis setzt voraus, dass der Antragsteller

1. das 18. Lebensjahr vollendet hat (§ 2 Abs. 1),
2. die erforderliche Zuverlässigkeit (§ 5) und persönliche Eignung (§ 6) besitzt,
3. die erforderliche Sachkunde nachgewiesen hat (§ 7),
4. ein Bedürfnis nachgewiesen hat (§ 8) und
5. bei der Beantragung eines Waffenscheins oder einer Schießerlaubnis eine Versicherung gegen Haftpflicht in Höhe von einer Million Euro – pauschal für Personen- und Sachschäden – nachweist.

(2) Die Erlaubnis zum Erwerb, Besitz, Führen oder Schießen kann versagt werden, wenn der Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht seit mindestens fünf Jahren im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.

(3) Die zuständige Behörde hat die Inhaber von waffenrechtlichen Erlaubnissen in regelmäßigen Abständen, mindestens jedoch nach Ablauf von drei Jahren, erneut auf ihre Zuverlässigkeit und ihre persönliche Eignung zu prüfen sowie in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 5 sich das Vorliegen einer Versicherung gegen Haftpflicht nachweisen zu lassen.

(4) Die zuständige Behörde hat drei Jahre nach Erteilung der ersten waffenrechtlichen Erlaubnis sowie einmalig nach weiteren drei Jahren das Fortbestehen des Bedürfnisses zu prüfen. Dies kann im Rahmen der Prüfung nach Absatz 3 erfolgen.

§ 5 Zuverlässigkeit

(1) Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen Personen nicht,

1. die rechtskräftig verurteilt worden sind
 - a) wegen eines Verbrechens oder
 - b) wegen sonstiger vorsätzlicher Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr,wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung zehn Jahre noch nicht verstrichen sind,
2. bei denen Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie
 - a) Waffen oder Munition missbräuchlich oder leichtfertig verwenden werden,
 - b) mit Waffen oder Munition nicht vorsichtig oder sachgemäß umgehen oder diese Gegenstände nicht sorgfältig verwahren werden,

- c) Waffen oder Munition Personen überlassen werden, die zur Ausübung der tatsächlichen Gewalt über diese Gegenstände nicht berechtigt sind.

(2) Die erforderliche Zuverlässigkeit besitzen in der Regel Personen nicht, die

1. a) wegen einer vorsätzlichen Straftat,
- b) wegen einer fahrlässigen Straftat im Zusammenhang mit dem Umgang mit Waffen, Munition oder Sprengstoff oder wegen einer fahrlässigen gemeingefährlichen Straftat,
- c) wegen einer Straftat nach dem Waffengesetz, dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen, dem Sprengstoffgesetz oder dem Bundesjagdgesetz

zu einer Freiheitsstrafe, Jugendstrafe, Geldstrafe von mindestens 60 Tagessätzen oder mindestens zweimal zu einer geringeren Geldstrafe rechtskräftig verurteilt worden sind oder bei denen die Verhängung von Jugendstrafe ausgesetzt worden ist, wenn seit dem Eintritt der Rechtskraft der letzten Verurteilung fünf Jahre noch nicht verstrichen sind,

2. Mitglied

- a) in einem Verein, der nach dem Vereinsgesetz als Organisation unanfechtbar verboten wurde oder der einem unanfechtbaren Betätigungsverbot nach dem Vereinsgesetz unterliegt, oder
- b) in einer Partei, deren Verfassungswidrigkeit das Bundesverfassungsgericht nach § 46 des Bundesverfassungsgesetzes festgestellt hat,

waren, wenn seit der Beendigung der Mitgliedschaft zehn Jahre noch nicht verstrichen sind,

3. einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgen oder in den letzten fünf Jahren verfolgt haben,
4. innerhalb der letzten fünf Jahre mehr als einmal wegen Gewalttätigkeit mit richterlicher Genehmigung in polizeilichem Präventivgewahrsam waren.

(3) In die Frist nach Absatz 1 Nr. 1 oder Absatz 2 Nr. 1 nicht eingerechnet wird die Zeit, in welcher der Betroffene auf behördliche oder richterliche Anordnung in einer Anstalt verwahrt worden ist.

(4) Ist ein Verfahren wegen Straftaten im Sinne des Absatzes 1 Nr. 1 oder des Absatzes 2 Nr. 1 noch nicht abgeschlossen, so kann die zuständige Behörde die Entscheidung über den Antrag auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis bis zum rechtskräftigen Abschluss des Verfahrens aussetzen.

(5) Die zuständige Behörde hat im Rahmen der Zuverlässigkeitsprüfung folgende Erkundigungen einzuholen:

1. die unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister;
2. die Auskunft bei den Justizbehörden nach § 13 Abs. 2, § 14 Abs. 1 Nr. 5, 7 Buchstabe b, Abs. 2, § 17 Nr. 3 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz;
3. die Stellungnahme der örtlichen Polizeidienststelle, ob Tatsachen bekannt sind, die Bedenken gegen die Zuver-

lässigkeit begründen; die örtliche Polizeidienststelle schließt in ihre Stellungnahme das Ergebnis der von ihr vorzunehmenden Prüfung nach Absatz 2 Nr. 4 ein.

§ 6

Persönliche Eignung

(1) Die erforderliche persönliche Eignung besitzen Personen nicht, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass sie

1. geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind,
2. abhängig von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln, psychisch krank oder debil sind oder
3. auf Grund in der Person liegender Umstände mit Waffen oder Munition nicht vorsichtig oder sachgemäß umgehen oder diese Gegenstände nicht sorgfältig verwahren können oder dass die konkrete Gefahr einer Fremd- oder Selbstgefährdung besteht.

Die zuständige Behörde soll die Stellungnahme der örtlichen Polizeidienststelle einholen.

(2) Sind Tatsachen bekannt, die Bedenken gegen die persönliche Eignung nach Absatz 1 begründen, oder bestehen begründete Zweifel an vom Antragsteller beigebrachten Bescheinigungen, so kann die zuständige Behörde dem Betroffenen auf seine Kosten die Vorlage eines amts- oder fachärztlichen oder fachpsychologischen Zeugnisses über die geistige oder körperliche Eignung aufgeben.

§ 7

Sachkunde

(1) Den Nachweis der Sachkunde hat erbracht, wer eine Prüfung vor der dafür bestimmten Stelle bestanden hat oder seine Sachkunde durch eine Tätigkeit oder Ausbildung nachweist.

(2) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über die Anforderungen an die waffentechnischen und waffenrechtlichen Kenntnisse, über die Prüfung und das Prüfungsverfahren einschließlich der Errichtung von Prüfungsausschüssen sowie über den anderweitigen Nachweis der Sachkunde zu erlassen.

§ 8

Bedürfnis, allgemeine Grundsätze

Der Nachweis eines Bedürfnisses ist erbracht, wenn gegenüber den Belangen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung

1. besonders anzuerkennende persönliche oder wirtschaftliche Interessen, vor allem als Jäger, Sportschütze, Brauchtumsschütze, Waffen- oder Munitionssammler, Waffen- oder Munitionssachverständiger, gefährdete Person, als Waffenhersteller oder -händler oder als Bewachungsunternehmer, und
2. die Geeignetheit und Erforderlichkeit der Waffen oder Munition für den beantragten Zweck

glaubhaft gemacht sind.

§ 9**Inhaltliche Beschränkungen,
Nebenbestimmungen und Anordnungen**

(1) Eine Erlaubnis nach diesem Gesetz kann zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung inhaltlich beschränkt werden, insbesondere um Leben und Gesundheit von Menschen gegen die aus dem Umgang mit Schusswaffen oder Munition entstehenden Gefahren und erheblichen Nachteile zu schützen.

(2) Zu den in Absatz 1 genannten Zwecken können Erlaubnisse befristet oder mit Auflagen verbunden werden. Auflagen können nachträglich aufgenommen, geändert und ergänzt werden.

(3) Gegenüber Personen, die die Waffenherstellung oder den Waffenhandel nach Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 4 bis 6 oder eine Schießstätte nach § 27 Abs. 2 ohne Erlaubnis betreiben dürfen, können Anordnungen zu den in Absatz 1 genannten Zwecken getroffen werden.

Unterabschnitt 2**Erlaubnisse für einzelne Arten des Umgangs
mit Waffen oder Munition, Ausnahmen****§ 10****Erteilung von Erlaubnissen zum Erwerb, Besitz,
Führen und Schießen**

(1) Die Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Waffen wird durch eine Waffenbesitzkarte oder durch Eintragung in eine bereits vorhandene Waffenbesitzkarte erteilt. Für die Erteilung einer Erlaubnis für Schusswaffen sind Art, Anzahl und Kaliber der Schusswaffen anzugeben. Die Erlaubnis zum Erwerb einer Waffe gilt für die Dauer eines Jahres, die Erlaubnis zum Besitz wird in der Regel unbefristet erteilt. Wer eine Waffe auf Grund einer Erlaubnis nach Satz 1 erwirbt, hat binnen zwei Wochen der zuständigen Behörde unter Benennung von Name und Anschrift des Überlassenden den Erwerb schriftlich anzuzeigen und seine Waffenbesitzkarte zur Eintragung des Erwerbs vorzulegen.

(2) Eine Waffenbesitzkarte über Schusswaffen, die mehrere Personen besitzen, kann auf diese Personen ausgestellt werden.

(3) Die Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Munition wird durch Eintragung in eine Waffenbesitzkarte für die darin eingetragenen Schusswaffen erteilt. In den übrigen Fällen wird die Erlaubnis durch einen Munitionserwerbsschein für eine bestimmte Munitionsart erteilt; sie ist für den Erwerb der Munition auf die Dauer von sechs Jahren zu befristen und gilt für den Besitz der Munition unbefristet.

(4) Die Erlaubnis zum Führen einer Waffe wird durch einen Waffenschein erteilt. Eine Erlaubnis nach Satz 1 zum Führen von Schusswaffen wird für bestimmte Schusswaffen auf höchstens drei Jahre erteilt; die Geltungsdauer kann zweimal um höchstens je drei Jahre verlängert werden, sie ist kürzer zu bemessen, wenn nur ein vorübergehendes Bedürfnis nachgewiesen wird. Der Geltungsbereich des Waffenscheins ist auf bestimmte Anlässe oder Gebiete zu beschränken, wenn ein darüber hinausgehendes Bedürfnis nicht nachgewiesen wird.

(5) Die Erlaubnis zum Schießen mit einer Schusswaffe wird durch einen Erlaubnisschein erteilt.

§ 11**Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition
mit Bezug zu einem anderen Mitgliedstaat
der Europäischen Union**

(1) Eine Erlaubnis zum Erwerb und Besitz einer Schusswaffe nach Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 1 bis 3 (Kategorien A bis C) oder von Munition für eine solche darf einer Person, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (Mitgliedstaat) hat, nur erteilt werden, wenn sie

1. die Schusswaffen oder die Munition in den Mitgliedstaat im Wege der Selbstvornahme verbringen wird oder
2. eine schriftliche Erklärung vorlegt, dass und aus welchen Gründen sie die Schusswaffen oder die Munition nur im Geltungsbereich dieses Gesetzes zu besitzen beabsichtigt.

Die Erlaubnis zum Erwerb oder Besitz einer Schusswaffe nach Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 2 (Kategorie B) oder Munition für eine solche darf nur erteilt werden, wenn über die Voraussetzungen des Satzes 1 hinaus eine vorherige Zustimmung dieses Mitgliedstaates hierzu vorgelegt wird.

(2) Für eine Person mit gewöhnlichem Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die eine Schusswaffe nach Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 2 (Kategorie B) oder Munition für eine solche in einem anderen Mitgliedstaat mit einer Erlaubnis dieses Staates erwerben will, wird eine Erlaubnis erteilt, wenn die Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 2 vorliegen.

§ 12**Ausnahmen von den Erlaubnispflichten**

(1) Einer Erlaubnis zum Erwerb und Besitz einer Waffe bedarf nicht, wer diese

1. als Inhaber einer Waffenbesitzkarte von einem Berechtigten
 - a) lediglich vorübergehend, höchstens aber für einen Monat für einen von seinem Bedürfnis umfassten Zweck, oder
 - b) vorübergehend zum Zwecke der sicheren Verwahrung oder der Beförderungerwirbt;
2. vorübergehend von einem Berechtigten zur gewerbsmäßigen Beförderung, zur gewerbsmäßigen Lagerung oder zur gewerbsmäßigen Ausführung von Verschönerungen oder ähnlicher Arbeiten an der Waffe erwirbt;
3. von einem oder für einen Berechtigten erwirbt, wenn und so lange er
 - a) auf Grund eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses,
 - b) als Beauftragter oder Mitglied einer jagdlichen oder schießsportlichen Vereinigung, einer anderen sportlichen Vereinigung zur Abgabe von Startschüssen oder einer zur Brauchtumpflege Waffen tragenden Vereinigung,

- c) als Charterer von seegehenden Schiffen zur Abgabe von Seenotsignalen
den Besitz über die Waffe nur nach den Weisungen des Berechtigten ausüben darf;
4. von einem anderen,
- a) dem er die Waffe vorübergehend überlassen hat, ohne dass es hierfür der Eintragung in die Erlaubnisurkunde bedurfte, oder
- b) nach dem Abhandenkommen
wieder erwirbt;
5. auf einer Schießstätte (§ 27) lediglich vorübergehend zum Schießen auf dieser Schießstätte erwirbt.
- (2) Einer Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Munition bedarf nicht, wer
1. Munition unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 4 erwirbt;
2. Munition unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 5 lediglich auf dieser Schießstätte (§ 27) zum sofortigen Verbrauch erwirbt.
- (3) Einer Erlaubnis zum Führen von Waffen bedarf nicht, wer
1. diese mit Zustimmung eines anderen in dessen Wohnung, Geschäftsräumen oder befriedetem Besitztum oder dessen Schießstätte zu einem von seinem Bedürfnis umfassten Zweck führt;
2. diese nicht schussbereit und nicht zugriffsbereit von einem Ort zu einem anderen Ort befördert, sofern der Transport der Waffe im Zusammenhang mit dem von seinem Bedürfnis umfassten Zweck erfolgt;
3. eine Signalwaffe beim Bergsteigen oder als verantwortlicher Führer eines Wasserfahrzeugs auf diesem Fahrzeug oder zur Abgabe von Start- oder Beendigungszeichen bei Sportveranstaltungen, wenn optische oder akustische Signalgebung erforderlich ist, führt.
- (4) Einer Erlaubnis zum Schießen mit einer Schusswaffe bedarf nicht, wer auf einer Schießstätte (§ 27) schießt. Das Schießen außerhalb von Schießstätten ist darüber hinaus ohne Schiesserlaubnis nur zulässig
1. durch den Inhaber des Hausrechts oder mit dessen Zustimmung im befriedeten Besitztum
- a) mit Schusswaffen, deren Geschossen eine Bewegungsenergie von nicht mehr als 7,5 Joule (J) erteilt wird oder deren Bauart nach § 7 des Beschussgesetzes zugelassen ist, sofern die Geschosse das Besitztum nicht verlassen können,
- b) mit Schusswaffen, aus denen nur Kartuschenmunition verschossen werden kann,
2. mit Schusswaffen, aus denen nur Kartuschenmunition verschossen werden kann,
- a) durch Mitwirkende an Theateraufführungen und diesen gleich zu achtenden Vorführungen,
- b) zur Abgabe von Startzeichen im Auftrag der Veranstalter,

- c) zum Vertreiben von Vögeln in landwirtschaftlichen Betrieben,
3. mit Signalwaffen
- a) bei Not- und Rettungsübungen oder
- b) zur Abgabe von Start- oder Beendigungszeichen im Auftrag der Veranstalter bei Sportveranstaltungen, wenn optische oder akustische Signalgebung erforderlich ist.

Unterabschnitt 3
Besondere Erlaubnistatbestände für bestimmte
Personengruppen

§ 13
Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder
Munition durch Jäger,
Führen und Schießen zu Jagd Zwecken

(1) Ein Bedürfnis für den Erwerb und Besitz von Schusswaffen wird bei Personen anerkannt, die Inhaber eines gültigen Jagdscheines im Sinne von § 15 Abs. 1 Satz 1, § 16 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes sind (Jäger), wenn

1. glaubhaft gemacht wird, dass sie die Schusswaffen zur Jagdausübung benötigen, und
2. die zu erwerbende Schusswaffe zur Jagdausübung geeignet und nach dem Bundesjagdgesetz in der zum Zeitpunkt des Erwerbs geltenden Fassung nicht verboten ist (Jagd Waffen).

(2) Bei Jägern bedarf es für die Erteilung der Erlaubnis nach § 10 Abs. 1 in der Regel keiner Prüfung der Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 3. Bei Jägern, die Inhaber eines Jahresjagdscheines im Sinne des § 15 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes sind, gilt dies auch für die Voraussetzung nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 für den Erwerb und Besitz von Langwaffen und zwei Kurzwaffen, sofern die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 2 vorliegen.

(3) Inhaber eines gültigen Jahresjagdscheines im Sinne des § 15 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1 des Bundesjagdgesetzes bedürfen zum Erwerb von Langwaffen nach Absatz 1 Nr. 2 keiner Erlaubnis. Die Ausstellung der Waffenbesitzkarte oder die Eintragung in eine bereits erteilte Waffenbesitzkarte ist binnen zwei Wochen durch den Erwerber zu beantragen.

(4) Für den Erwerb und vorübergehenden Besitz gemäß § 12 Abs. 1 Nr. 1 von Langwaffen nach Absatz 1 Nr. 2 steht ein Jagdschein im Sinne von § 15 Abs. 1 Satz 1, § 16 Abs. 1 des Bundesjagdgesetzes einer Waffenbesitzkarte gleich.

(5) Jäger bedürfen für den Erwerb und Besitz von Munition für Langwaffen nach Absatz 1 Nr. 2 keiner Erlaubnis, sofern sie nicht nach dem Bundesjagdgesetz in der jeweiligen Fassung verboten ist.

(6) Ein Jäger darf Jagd Waffen zur befugten Jagdausübung einschließlich des Anschießens im Revier, zur Ausbildung von Jagdhunden im Revier, zum Jagdschutz oder zum Forstschutz oder im Zusammenhang damit ohne Erlaubnis führen und mit ihnen schießen.

(7) Personen in der Ausbildung zum Jäger dürfen Jagd Waffen in der Ausbildung ohne Erlaubnis unter Aufsicht ei-

nes Ausbilders führen, wenn sie das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben und der Sorgeberechtigte und der Ausbildungsleiter ihr Einverständnis in einer von beiden unterzeichneten Berechtigungsbescheinigung erklärt haben. Die Person hat in der Ausbildung die Berechtigungsbescheinigung mit sich führen.

§ 14 Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch Sportschützen

(1) Ein Bedürfnis für den Erwerb und Besitz von Schusswaffen wird bei Mitgliedern eines Schießsportvereins anerkannt, der einem nach § 15 Abs. 1 anerkannten Schießsportverband angehört. Durch eine Bescheinigung des Schießsportverbandes oder eines ihm angegliederten Teilverbandes ist glaubhaft zu machen, dass

1. das Mitglied seit mindestens zwölf Monaten den Schießsport in einem Verein regelmäßig als Sportschütze betreibt und
2. die zu erwerbende Waffe für eine Sportdisziplin nach der Sportordnung des Schießsportverbandes zugelassen und erforderlich ist.

Innerhalb von sechs Monaten dürfen nicht mehr als zwei Schusswaffen erworben werden.

(2) Ein Bedürfnis für den Erwerb und Besitz von mehr als drei Repetier-Langwaffen oder halbautomatischen Langwaffen und mehr als zwei Kurzwaffen wird durch Vorlage einer Bescheinigung des Schießsportverbandes des Antragstellers glaubhaft gemacht, wonach die weitere Waffe

1. von ihm zur Ausübung weiterer Sportdisziplinen benötigt wird oder
2. zur Ausübung des Wettkampfsports erforderlich ist.

(3) Sportschützen wird abweichend von § 10 Abs. 1 Satz 3 eine unbefristete Erlaubnis erteilt, die zum Erwerb von Einzellader-Langwaffen unter Beachtung des Absatzes 1 Satz 2 und 3 berechtigt. Die Eintragung von Waffen, die auf Grund dieser unbefristeten Erlaubnis erworben wurden, in die Waffenbesitzkarte ist binnen zwei Wochen unter Vorlage einer Bescheinigung nach Absatz 1 Satz 2 zu beantragen.

§ 15 Schießsportverbände; schießsportliche Vereine

(1) Als Schießsportverband im Sinne dieses Gesetzes wird ein überörtlicher Zusammenschluss schießsportlicher Vereine anerkannt, der

1. wenigstens in jedem Land, in dem seine Sportschützen ansässig sind, in schießsportlichen Vereinen organisiert ist,
2. mindestens zehntausend Sportschützen, die mit Schusswaffen schießen, als Mitglieder insgesamt in seinen Vereinen hat,
3. den Schießsport als Breitensport und Leistungssport betreibt,
4. a) auf eine sachgerechte Ausbildung in den schießsportlichen Vereinen und

- b) zur Förderung des Nachwuchses auf die Durchführung eines altersgerechten Schießsports für Kinder oder Jugendliche in diesen Vereinen

hinwirkt,

5. regelmäßig überregionale Wettbewerbe organisiert oder daran teilnimmt,
6. den sportlichen Betrieb in den Vereinen auf der Grundlage einer Schießsportordnung organisiert und
7. durch organisatorische Maßnahmen darauf hinwirkt, dass die ihm angehörenden schießsportlichen Vereine
 - a) die ihnen nach diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes obliegenden Pflichten erfüllen,
 - b) einen Nachweis über die Häufigkeit der schießsportlichen Aktivitäten jedes ihrer Mitglieder während der ersten sechs Jahre, nachdem diesem erstmalig eine Waffenbesitzkarte als Sportschütze erteilt wurde, führen und
 - c) über eigene Schießstätten für die nach der Schießsportordnung betriebenen Disziplinen verfügen oder geregelte Nutzungsmöglichkeiten für derartige Schießstätten nachweisen.

(2) Von den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1, 2 oder 4 Buchstabe b kann abgewichen werden, wenn die besondere Eigenart des Verbandes dies erfordert, öffentliche Interessen nicht entgegenstehen und der Verband die Gewähr dafür bietet, die sonstigen Anforderungen nach Absatz 1 an die geordnete Ausübung des Schießsports zu erfüllen. Ein Abweichen von dem Erfordernis nach Absatz 1 Nr. 2 ist unter Beachtung des Satzes 1 nur bei Verbänden zulässig, die mindestens zweitausend Sportschützen, die mit Schusswaffen schießen, als Mitglieder in ihren Vereinen haben.

(3) Die Anerkennung nach Absatz 1 erfolgt durch die nach § 47 Abs. 1 zuständigen Behörden des Landes, in dem der Schießsportverband seinen Sitz hat, und, soweit nicht der Schießsportverband nur auf dem Gebiet dieses Landes tätig ist, im Einvernehmen mit dem nach § 47 Abs. 1 zuständigen Behörden der übrigen Länder.

(4) Die zuständige Behörde hat das Recht, jederzeit den Nachweis über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anerkennung zu verlangen. Die Anerkennung kann zurückgenommen werden, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 1 für ihre Erteilung nicht vorgelegen haben; sie ist zurückzunehmen, wenn die Voraussetzungen weiterhin nicht vorliegen. Die Anerkennung ist zu widerrufen, wenn eine der Voraussetzungen für ihre Erteilung nachträglich entfallen ist. Anerkennung, Rücknahme und Widerruf sind im Bundesanzeiger zu veröffentlichen. Vom Zeitpunkt der Unanfechtbarkeit der Aufhebung der Anerkennung an sind die Bescheinigung des betreffenden Verbandes nach § 14 Abs. 1 und 2 nicht mehr als geeignete Mittel zur Glaubhaftmachung anzuerkennen. Sofern der Grund für die Aufhebung der Anerkennung Zweifel an der inhaltlichen Richtigkeit von Bescheinigungen aufkommen lässt, können die Behörden bereits ab der Einleitung der Anhörung von der Anerkennung der Bescheinigungen absehen. Die Anerkennungsbehörde unterrichtet die nach Absatz 3 an der Anerkennung beteiligten Stellen von der Einleitung und dem Abschluss des Verfahrens zur Aufhebung der Anerkennung.

(5) Der schießsportliche Verein ist verpflichtet, der zuständigen Behörde Sportschützen, die Inhaber einer Waffenbesitzkarte sind und die aus dem aktiven Schießsport oder ihrem Verein ausgeschieden sind, unverzüglich zu benennen.

§ 16

Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Brauchtumsschützen, Führen von Waffen und Schießen zur Brauchtumspflege

(1) Ein Bedürfnis für den Erwerb und Besitz von Einzelader-Langwaffen und bis zu drei Repetier-Langwaffen sowie der dafür bestimmten Munition wird bei Mitgliedern einer zur Brauchtumspflege Waffen tragenden Vereinigung (Brauchtumsschützen) anerkannt, wenn sie durch eine Bescheinigung der Brauchtumsschützenvereinigung glaubhaft machen, dass sie diese Waffen zur Pflege des Brauchtums benötigen.

(2) Für Veranstaltungen, bei denen es Brauch ist, aus besonderem Anlass Waffen zu tragen, kann für die Dauer von fünf Jahren die Ausnahmegewilligung zum Führen von in Absatz 1 Satz 1 genannten Schusswaffen sowie von sonstigen zur Brauchtumspflege benötigten Waffen im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2 einem verantwortlichen Leiter der Brauchtumsschützenvereinigung unter den Voraussetzungen des § 42 Abs. 2 erteilt werden, wenn gewährleistet ist, dass die erforderliche Sorgfalt beachtet wird.

(3) Die Erlaubnis zum Schießen mit den in Absatz 1 Satz 1 genannten Schusswaffen außerhalb von Schießstätten mit Kartuschenmunition bei Veranstaltungen nach Absatz 2 kann für die Dauer von fünf Jahren einem verantwortlichen Leiter der Brauchtumsschützenvereinigung erteilt werden. Sie ist zu versagen, wenn

1. in dessen Person eine Voraussetzung nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 nicht vorliegt,
2. die Beachtung der erforderlichen Sorgfalt nicht gewährleistet ist,
3. Gefahren oder erhebliche Nachteile für Einzelne oder die Allgemeinheit zu befürchten sind und nicht durch Auflagen verhindert werden können oder
4. kein Haftpflichtversicherungsschutz gemäß § 4 Abs. 1 Nr. 5 nachgewiesen ist.

§ 4 Abs. 2 bleibt unberührt. Die Erlaubnis nach Satz 1 kann mit der Ausnahmegewilligung nach Absatz 2 verbunden werden.

§ 17

Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Waffen- oder Munitionssammler

(1) Ein Bedürfnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition wird bei Personen anerkannt, die glaubhaft machen, dass sie Schusswaffen oder Munition für eine kulturhistorisch bedeutsame Sammlung (Waffensammler, Munitionssammler) benötigen.

(2) Die Erlaubnis zum Erwerb von Schusswaffen oder Munition wird in der Regel unbefristet erteilt. Sie kann mit der Auflage verbunden werden, der Behörde in bestimmten

Zeitabständen eine Aufstellung über den Bestand an Schusswaffen vorzulegen.

§ 18

Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Waffen- oder Munitionssachverständige

(1) Ein Bedürfnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition wird bei Personen anerkannt, die glaubhaft machen, dass sie Schusswaffen oder Munition für wissenschaftliche oder technische Zwecke, zur Erprobung, Begutachtung, Untersuchung oder zu einem ähnlichen Zweck (Waffen-, Munitionssachverständige) benötigen.

(2) Die Erlaubnis zum Erwerb von Schusswaffen oder Munition wird in der Regel

1. für Schusswaffen oder Munition jeder Art und
2. unbefristet

erteilt. Sie kann mit der Auflage verbunden werden, der Behörde in bestimmten Zeitabständen eine Aufstellung über den Bestand an Schusswaffen vorzulegen. Auf den Inhaber einer Waffenbesitzkarte für Schusswaffen jeder Art findet im Falle des Erwerbs einer Schusswaffe § 10 Abs. 1 Satz 4 keine Anwendung, wenn der Besitz nicht länger als drei Monate ausgeübt wird.

§ 19

Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition, Führen von Schusswaffen durch gefährdete Personen

(1) Ein Bedürfnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition wird bei einer Person anerkannt, die glaubhaft macht,

1. wesentlich mehr als die Allgemeinheit durch Angriffe auf Leib oder Leben gefährdet zu sein und
2. dass der Erwerb von Schusswaffen und der dafür bestimmten Munition geeignet und erforderlich ist, diese Gefährdung zu mindern.

(2) Ein Bedürfnis zum Führen einer Schusswaffe wird anerkannt, wenn glaubhaft gemacht ist, dass die Voraussetzungen nach Absatz 1 auch außerhalb der eigenen Wohnung, Geschäftsräume oder des eigenen befriedeten Besitzums vorliegen.

§ 20

Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch Erben

(1) Unbeschadet der Verpflichtung zur Anzeige der Inbesitznahme einer Schusswaffe nach § 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bedarf ein Erbe zum Erwerb einer von einem Berechtigten ererbten Schusswaffe keiner Erlaubnis.

(2) Der Erbe hat binnen eines Monats nach Annahme der Erbschaft oder Ablauf der für die Ausschlagung der Erbschaft vorgeschriebenen Frist die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte oder Eintragung der Waffe in eine bereits erteilte Waffenbesitzkarte zu beantragen, sofern er die Schusswaffe nicht vorher einem Berechtigten überlässt. Der Antrag darf nur abgelehnt werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller die erforderliche Zuverlässigkeit oder persönliche Eignung nicht besitzt.

Unterabschnitt 4

Besondere Erlaubnistatbestände für Waffenherstellung, Waffenhandel, Schießstätten, Bewachungsunternehmer

§ 21

Gewerbsmäßige Waffenherstellung, Waffenhandel

(1) Die Erlaubnis zur gewerbsmäßig oder selbstständig im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung betriebenen Herstellung von Schusswaffen oder Munition wird durch eine Waffenherstellungserlaubnis, die Erlaubnis zum entsprechend betriebenen Handel mit Schusswaffen oder Munition durch eine Waffenhandelserlaubnis erteilt. Sie kann auf bestimmte Schusswaffen- und Munitionsarten beschränkt werden.

(2) Die Erlaubnis zur Waffenherstellung nach Absatz 1 Satz 1 schließt für Schusswaffen oder Munition, auf die sich die Erlaubnis erstreckt, die Erlaubnis zum vorläufigen oder endgültigen Überlassen an Inhaber einer Waffenherstellungserlaubnis- oder Waffenhandelserlaubnis sowie zum Erwerb für Zwecke der Waffenherstellung ein. Bei in die Handwerksrolle eingetragenen Büchsenmachern schließt die Erlaubnis zur Waffenherstellung die Erlaubnis zum Waffenhandel ein.

(3) Die Erlaubnis ist zu versagen, wenn

1. der Antragsteller oder eine der mit der Leitung des Betriebes, einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle beauftragten Personen die erforderliche Zuverlässigkeit (§ 5) oder persönliche Eignung (§ 6) nicht besitzt,
2. der Antragsteller die für die erlaubnispflichtige Tätigkeit bei handwerksmäßiger Betriebsweise erforderlichen Voraussetzungen nach der Handwerksordnung nicht erfüllt, soweit eine Erlaubnis zu einer entsprechenden Waffenherstellung beantragt wird,
3. eine der in Nummer 1 bezeichneten Personen nicht die erforderliche Fachkunde nachweist, soweit eine Erlaubnis zum Waffenhandel beantragt wird; dies gilt nicht, wenn der Antragsteller weder den Betrieb, eine Zweigniederlassung noch eine unselbstständige Zweigstelle selbst leitet.

(4) Die Erlaubnis kann versagt werden, wenn der Antragsteller

1. nicht Deutscher im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes ist oder
2. weder seinen gewöhnlichen Aufenthalt noch eine gewerbliche Niederlassung im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat.

(5) Die Erlaubnis erlischt, wenn der Erlaubnisinhaber die Tätigkeit nicht innerhalb eines Jahres nach Erteilung der Erlaubnis begonnen oder ein Jahr lang nicht ausgeübt hat. Die Fristen können aus besonderen Gründen verlängert werden.

(6) Der Inhaber einer Erlaubnis nach Absatz 1 hat die Aufnahme und Einstellung des Betriebes sowie die Eröffnung und Schließung einer Zweigniederlassung oder einer unselbstständigen Zweigstelle innerhalb von zwei Wochen der zuständigen Behörde anzuzeigen. In der Anzeige über die Aufnahme oder die Eröffnung hat er die mit der Leitung des Betriebes oder einer Zweigniederlassung beauftragten Personen anzugeben. Er soll diese Personen vorher hierüber unterrichten. Die Einstellung oder das Ausscheiden einer

mit der Leitung des Betriebes oder einer Zweigniederlassung beauftragten Person oder bei juristischen Personen den Wechsel einer durch Gesetz, Satzung oder Gesellschaftsvertrag zur Vertretung berufenen Person hat der Erlaubnisinhaber unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen.

(7) Die zuständige Behörde unterrichtet das Bundeskriminalamt, die Landeskriminalämter und das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle über das Erlöschen einer Erlaubnis nach Absatz 5 Satz 1 und über die Rücknahme oder den Widerruf einer Erlaubnis nach Absatz 1.

§ 22

Fachkunde

(1) Die Fachkunde ist durch eine Prüfung vor der zuständigen Behörde nachzuweisen. Die Fachkunde braucht nicht nachzuweisen, wer als Büchsenmacher die Voraussetzungen für die Eintragung in die Handwerksrolle erfüllt.

(2) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über die notwendigen Anforderungen an die waffentechnischen und waffenrechtlichen Kenntnisse, auch beschränkt auf bestimmte Waffen- und Munitionsarten (Fachkunde), über die Prüfung und das Prüfungsverfahren einschließlich der Errichtung von Prüfungsausschüssen zu erlassen.

§ 23

Waffenbücher

(1) Wer gewerbsmäßig Schusswaffen herstellt, hat ein Waffenherstellungsbuch zu führen, aus dem die Art und Menge der Schusswaffen sowie ihr Verbleib hervorgehen. Satz 1 ist nicht anzuwenden auf Schusswaffen, deren Bauart nach §§ 7 und 8 des Beschussgesetzes zugelassen ist oder die der Anzeigepflicht nach § 9 des Beschussgesetzes unterliegen, sowie auf wesentliche Teile von Schusswaffen.

(2) Wer gewerbsmäßig Schusswaffen erwirbt, vertreibt oder anderen überlässt, hat ein Waffenhandelsbuch zu führen, aus dem die Art und Menge der Schusswaffen, ihre Herkunft und ihr Verbleib hervorgehen. Satz 1 ist nicht anzuwenden auf

1. Schusswaffen im Sinne des Absatzes 1 Satz 2, die vom Hersteller oder demjenigen, der die Schusswaffen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht hat, mit dem auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c bestimmten Kennzeichen versehen sind,
2. Schusswaffen, über die in demselben Betrieb ein Waffenherstellungsbuch nach Absatz 1 zu führen ist,
3. wesentliche Teile von Schusswaffen.

§ 24

Kennzeichnungspflicht, Markenanzeigepflicht

(1) Wer gewerbsmäßig Schusswaffen herstellt oder in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt, hat unverzüglich auf einem wesentlichen Teil der Waffe deutlich sichtbar und dauerhaft folgende Angaben anzubringen:

1. den Namen, die Firma oder eine eingetragene Marke eines Waffenherstellers oder -händlers, der im Geltungs-

bereich dieses Gesetzes eine gewerbliche Niederlassung hat,

2. die Bezeichnung der Munition oder, wenn keine Munition verwendet wird, die Bezeichnung der Geschosse,
3. eine fortlaufende Nummer.

Auf Schusswaffen im Sinne des § 23 Abs. 1 Satz 2 ist Absatz 1 Nr. 3 nicht anzuwenden.

(2) Schusswaffen, deren Geschossen eine Bewegungsenergie von nicht mehr als 7,5 Joule erteilt wird, müssen eine Typenbezeichnung sowie das Kennzeichen nach Anlage 1 Abbildung 1 zur Ersten Verordnung zum Waffengesetz vom 24. Mai 1976 (BGBl. I S. 1285) in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung oder ein durch Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c bestimmtes Zeichen tragen.

(3) Wer gewerbsmäßig Munition herstellt oder in den Geltungsbereich dieses Gesetzes einbringt, hat unverzüglich auf der kleinsten Verpackungseinheit Zeichen anzubringen, die den Hersteller, die Fertigungsserie (Fertigungszeichen), die Zulassung und die Bezeichnung der Munition erkennen lassen; das Herstellerzeichen und die Bezeichnung der Munition sind auch auf der Hülse anzubringen. Munition, die wiedergeladen wird, ist außerdem mit einem besonderen Kennzeichen zu versehen. Als Hersteller gilt auch derjenige, unter dessen Namen, Firma oder Marke die Munition vertrieben oder anderen überlassen wird und der die Verantwortung dafür übernimmt, dass die Munition den Vorschriften dieses Gesetzes entspricht.

(4) Wer Waffenhandel betreibt, darf Schusswaffen oder Munition anderen gewerbsmäßig nur überlassen, wenn er festgestellt hat, dass die Schusswaffen gemäß Absatz 1 gekennzeichnet sind, oder wenn er auf Grund von Stichproben überzeugt ist, dass die Munition nach Absatz 3 mit dem Herstellerzeichen gekennzeichnet ist.

(5) Wer gewerbsmäßig Schusswaffen, Munition oder Geschosse für Schussapparate herstellt, Munition wiederlädt oder im Geltungsbereich dieses Gesetzes mit diesen Gegenständen Handel treibt und eine Marke für diese Gegenstände benutzen will, hat dies der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt unter Vorlage der Marke vorher schriftlich anzuzeigen. Verbringer, die die Marke eines Herstellers aus einem anderen Staat benutzen wollen, haben diese Marke anzuzeigen.

§ 25

Ermächtigungen und Anordnungen

(1) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Durchführung der §§ 23 und 24

1. Vorschriften zu erlassen über
 - a) Inhalt und Führung des Waffenherstellungs- und Waffenhandelsbuches,
 - b) Aufbewahrung und Vorlage des Waffenherstellungs- und Waffenhandelsbuches,
 - c) eine besondere Kennzeichnung bestimmter Waffen- und Munitionsarten sowie über die Art, Form und Aufbringung dieser Kennzeichnung,

2. zu bestimmen,

- a) auf welchen wesentlichen Teilen der Schusswaffe die Kennzeichen anzubringen sind und wie die Schusswaffen nach einem Austausch, einer Veränderung oder einer Umarbeitung wesentlicher Teile zu kennzeichnen sind,
- b) dass bestimmte Waffen- und Munitionsarten von der in § 24 vorgeschriebenen Kennzeichnung ganz oder teilweise befreit sind.

(2) Ist eine kennzeichnungspflichtige Schusswaffe nicht mit einer fortlaufenden Nummer (§ 24 Abs. 1 Nr. 3) gekennzeichnet, so kann die zuständige Behörde – auch nachträglich – anordnen, dass der Besitzer ein bestimmtes Kennzeichen anbringen lässt.

§ 26

Nichtgewerbsmäßige Waffenherstellung

(1) Die Erlaubnis zur nichtgewerbsmäßigen Herstellung von Schusswaffen wird durch einen Erlaubnisschein erteilt. Die Erlaubnis berechtigt zur Herstellung, Bearbeitung und Instandsetzung von Schusswaffen und schließt das Erwerben von zu diesen Tätigkeiten benötigten wesentlichen Teilen von Schusswaffen sowie den Besitz dieser Gegenstände ein.

(2) Die Erlaubnis ist auf höchstens drei Jahre zu befristen und auf eine bestimmte Zahl und Art von Schusswaffen und wesentlichen Teilen zu beschränken. Personen, denen Schusswaffen zur Erprobung, Begutachtung, Untersuchung oder für ähnliche Zwecke, die insbesondere eine Bearbeitung oder Instandsetzung erforderlich machen können, überlassen werden, kann die Erlaubnis nach Absatz 1 ohne Beschränkung auf eine bestimmte Zahl und Art von Schusswaffen und wesentlichen Teilen erteilt werden.

§ 27

Schießstätten, Schießen durch Minderjährige auf Schießstätten, Ausbildung im Verteidigungsschießen

(1) Wer eine ortsfeste oder ortsveränderliche Anlage, die ausschließlich oder neben anderen Zwecken dem Schießsport oder sonstigen Schießübungen mit Schusswaffen, der Erprobung von Schusswaffen oder dem Schießen mit Schusswaffen zur Belustigung dient (Schießstätte), betreiben oder in ihrer Beschaffenheit oder in der Art ihrer Benutzung wesentlich ändern will, bedarf der Erlaubnis der zuständigen Behörde. Die Erlaubnis darf nur erteilt werden, wenn er die erforderliche Zuverlässigkeit (§ 5) und persönliche Eignung (§ 6) besitzt. Bei ortsveränderlichen Schießstätten ist eine einmalige Erlaubnis vor der erstmaligen Aufstellung ausreichend. Der nach Satz 3 Erlaubnispflichtige hat Aufnahme und Beendigung des Betriebs der Schießstätte der örtlich zuständigen Behörde zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

(2) Absatz 1 Satz 1 ist nicht anzuwenden auf Schießstätten, bei denen in geschlossenen Räumen ausschließlich zur Erprobung von Schusswaffen oder Munition durch Waffen- oder Munitionshersteller, durch Waffen- oder Munitions-sachverständige oder durch wissenschaftliche Einrichtungen geschossen wird. Der Betreiber hat die Aufnahme und Beendigung des Betriebs der Schießstätte der zuständigen Behörde zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.

(3) Die verantwortlichen Aufsichtspersonen dürfen Kindern, die das zwölfte Lebensjahr vollendet haben, das Schießen mit Druckluft-, Federdruck- und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase verwendet werden (Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.1 und 1.2), nur gestatten, wenn der Sorgeberechtigte schriftlich sein Einverständnis erklärt hat oder beim Schießen anwesend ist. Die verantwortlichen Aufsichtspersonen haben die schriftlichen Einverständniserklärungen der Sorgeberechtigten vor der erstmaligen Aufnahme des Schießens entgegenzunehmen und mindestens drei Jahre lang aufzubewahren. Die Einverständniserklärungen sind der zuständigen Behörde oder deren Beauftragten auf Verlangen zur Prüfung auszuhändigen.

(4) Unter Obhut verantwortlicher und zur schießsportlichen Kinder- und Jugendarbeit geeigneter Aufsichtspersonen darf Kindern, die das zehnte Lebensjahr vollendet haben und noch nicht vierzehn Jahre alt sind, das sportliche Schießen in Schießstätten mit Druckluft-, Federdruck- und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase verwendet werden (Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.1 und 1.2), Jugendlichen, die das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben, auch das Schießen mit sonstigen Schusswaffen unter den Voraussetzungen des Absatzes 3 gestattet werden. Die verantwortliche Aufsichtsperson hat die Geeignetheit zur schießsportlichen Kinder- und Jugendarbeit glaubhaft zu machen. Die zuständige Behörde kann einem Kind oder Jugendlichen zur Förderung des Leistungssports eine Ausnahme von dem Mindestalter des Satzes 1 bewilligen. Diese soll bewilligt werden, wenn durch eine ärztliche Bescheinigung die geistige und körperliche Eignung und durch eine Bescheinigung des Vereins die schießsportliche Begabung glaubhaft gemacht sind.

(5) Personen in der Ausbildung zum Jäger dürfen in der Ausbildung ohne Erlaubnis mit Jagdwaffen schießen, wenn sie das vierzehnte Lebensjahr vollendet haben und der Sorgeberechtigte und der Ausbildungsleiter ihr Einverständnis in einer von beiden unterzeichneten Berechtigungsbescheinigung erklärt haben. Die Person hat in der Ausbildung die Berechtigungsbescheinigung mit sich zu führen.

(6) An ortsveränderlichen Schießstätten, die dem Schießen zur Belustigung dienen, darf von einer verantwortlichen Aufsichtsperson Kindern, die das zwölfte Lebensjahr vollendet haben, das Schießen mit Druckluft-, Federdruck- und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase verwendet werden (Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.1 und 1.2), gestattet werden.

(7) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung sowie von sonstigen Gefahren oder erheblichen Nachteilen für die Benutzer einer Schießstätte, die Bewohner des Grundstücks, die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit

1. die Benutzung von Schießstätten, insbesondere die Aufsicht über das Schießen einschließlich der Anforderungen an das Aufsichtspersonal, zu regeln,
2. Vorschriften zur Abgrenzung des Verteidigungsschießens von anderen Schießvorgängen zu erlassen,

3. Vorschriften über den Umfang der Verpflichtungen zu erlassen, die bei Lehrgängen zur Ausbildung in der kampfmäßigen Verteidigung mit Schusswaffen und bei Schießübungen dieser Art einzuhalten sind; darin kann bestimmt werden,

- a) dass die Durchführung dieser Veranstaltungen einer Anzeige bedarf,
- b) dass und in welcher Weise der Veranstalter die Einstellung und das Ausscheiden der verantwortlichen Aufsichtsperson und der Ausbilder anzuzeigen hat,
- c) dass nur Personen an den Veranstaltungen teilnehmen dürfen, die aus Gründen persönlicher Gefährdung, aus dienstlichen oder beruflichen Gründen zum Besitz oder zum Führen von Schusswaffen einer Erlaubnis bedürfen,
- d) dass und in welcher Weise der Veranstalter Aufzeichnungen zu führen, aufzubewahren und der zuständigen Behörde vorzulegen hat,
- e) dass die zuständige Behörde die Veranstaltungen untersagen darf, wenn der Veranstalter, die verantwortliche Aufsichtsperson oder ein Ausbilder die erforderliche Zuverlässigkeit, die persönliche Eignung oder Sachkunde nicht oder nicht mehr besitzt.

§ 28

Erwerb, Besitz und Führen von Schusswaffen oder Munition durch Bewachungsunternehmer und ihr Bewachungspersonal

(1) Ein Bedürfnis zum Erwerb, Besitz und Führen von Schusswaffen wird bei einem Bewachungsunternehmer (§ 34a der Gewerbeordnung) anerkannt, wenn er glaubhaft macht, dass Bewachungsaufträge wahrgenommen werden oder werden sollen, die aus Gründen der Sicherung einer gefährdeten Person im Sinne des § 19 oder eines gefährdeten Objektes Schusswaffen erfordern. Satz 1 gilt entsprechend für Wachdienste als Teil wirtschaftlicher Unternehmungen.

(2) Die Schusswaffe darf nur bei der tatsächlichen Durchführung eines konkreten Auftrages nach Absatz 1 geführt werden. Der Unternehmer hat dies auch bei seinem Bewachungspersonal in geeigneter Weise sicherzustellen.

(3) Wachpersonen, die auf Grund eines Arbeitsverhältnisses Schusswaffen des Erlaubnisinhabers nach dessen Weisung besitzen oder führen sollen, sind der zuständigen Behörde zur Prüfung zu benennen; der Unternehmer soll die betreffende Wachperson in geeigneter Weise vorher über die Benennung unter Hinweis auf die Erforderlichkeit der Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Behörde unterrichten. Die Überlassung von Schusswaffen oder Munition darf erst erfolgen, wenn die zuständige Behörde zugestimmt hat. Die Zustimmung ist zu versagen, wenn die Wachperson nicht die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 erfüllt oder die Haftpflichtversicherung des Bewachungsunternehmers das Risiko des Umgangs mit Schusswaffen durch die Wachpersonen nicht umfasst.

(4) In einen Waffenschein nach § 10 Abs. 4 kann auch der Zusatz aufgenommen werden, dass die in Absatz 3 bezeichneten Personen die ihnen überlassenen Waffen nach Weisung des Erlaubnisinhabers führen dürfen.

Unterabschnitt 5**Verbringen von Waffen oder Munition in den, durch den und aus dem Geltungsbereich des Gesetzes****§ 29****Verbringen von Waffen oder Munition aus einem oder in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union**

(1) Die Erlaubnis zum Verbringen von Waffen oder Munition, deren Erwerb und Besitz der Erlaubnis bedürfen, aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (Mitgliedstaat) in den Geltungsbereich des Gesetzes kann erteilt werden, wenn der Empfänger zum Erwerb oder Besitz dieser Waffen oder Munition berechtigt ist und der sichere Transport gewährleistet ist. Sofern es sich um Schusswaffen oder Munition nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorien A bis D) handelt, bedarf die Verbringung auch der vorherigen Zustimmung des anderen Mitgliedstaates.

(2) Die Erlaubnis zum Verbringen von Schusswaffen oder Munition nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorien A bis D) in einen anderen Mitgliedstaat kann erteilt werden, wenn der sichere Transport gewährleistet ist und die vorherige Zustimmung des anderen Mitgliedstaates vorliegt.

(3) Gewerbsmäßigen Waffenherstellern oder -händlern (§ 21) kann auf Antrag allgemein die Erlaubnis nach Absatz 2 für Schusswaffen oder Munition zum Verbringen zu Waffenhändlern in anderen Mitgliedstaaten für die Dauer von bis zu drei Jahren erteilt werden. Die Erlaubnis kann auf bestimmte Arten von Schusswaffen oder Munition beschränkt werden. Der Inhaber einer Erlaubnis nach Satz 1 hat ein Verbringen dem Bundeskriminalamt vorher schriftlich anzuzeigen.

(4) Eine Erlaubnis nach den Absätzen 1 bis 3 wird durch einen Erlaubnisschein erteilt. Für eine Erlaubnis nach Absatz 2 hat der Antragsteller folgende Angaben zu machen:

1. über die Person des Überlassers und des Erwerbers oder desjenigen, der die Schusswaffen oder die Munition ohne Besitzwechsel in einen anderen Staat verbringt:

Vor- und Familienname, Geburtsdatum und -ort, Wohnort und Anschrift, bei Firmen auch Telefon- oder Telefaxnummer, sowie Nummer, Ausstellungsdatum und ausstellende Behörde des Passes oder der Identitätskarte und die Angabe, ob es sich um einen Waffenhändler oder eine Privatperson handelt;

2. über die Schusswaffen:

Anzahl und Art der Waffen, Kategorien nach der Richtlinie des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (91/477/EWG) vom 18. Juni 1991 (ABl. Nr. L 256 S. 51) – Waffenrichtlinie –, Firma oder eingetragenes Warenzeichen des Herstellers, Modellbezeichnung, Kaliber, Herstellungsnummer und gegebenenfalls CIP-Beschusszeichen;

3. über die Munition:

Anzahl und Art der Munition, Kategorie nach der Richtlinie 93/15/EWG des Rates vom 5. April 1993 zur Harmonisierung der Bestimmungen über das Inverkehrbringen und die Kontrolle von Explosivstoffen für zivile Zwecke (ABl. EG Nr. L 121 S. 20) – Explosivstoffrichtlinie –, Firma oder eingetragenes Warenzeichen des Her-

stellers, Kaliber und gegebenenfalls CIP-Munitionsprüfzeichen;

4. über die Lieferanschrift:

Genauere Angabe des Ortes, an den die Waffen oder Munition versandt oder befördert werden;

5. über den Transport:

Beförderungsmittel, Tag des Beginns und voraussichtlichen Endes.

Für eine Erlaubnis nach Absatz 3 hat der Antragsteller Angaben über Name und Anschrift der Firma, Telefon- oder Telefaxnummer, Vor- und Familienname, Geburtsort und -datum des Inhabers der Erlaubnis nach § 21 Abs. 1, Empfängermitgliedstaaten und Art der Schusswaffen oder Munition zu machen. Inhabern einer Erlaubnis nach Absatz 2 kann zur Erfüllung der Ausweispflicht nach § 38 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b oder c eine Bescheinigung ausgestellt werden, die auf den Erlaubnisschein Bezug nimmt. Für eine Erlaubnis nach Absatz 1 hat der Antragsteller die Angaben nach Satz 2 Nr. 1 bis 4 zu machen.

§ 30**Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union**

(1) Die Erlaubnis zum vorübergehenden Verbringen von Waffen oder Munition, deren Erwerb und Besitz der Erlaubnis bedürfen, aus einem anderen Mitgliedstaat durch den Geltungsbereich dieses Gesetzes kann erteilt werden, wenn der sichere Transport gewährleistet ist und, sofern Schusswaffen nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorien A bis D) und die dafür bestimmte Munition in einen weiteren Mitgliedstaat verbracht werden sollen, dessen vorherige Zustimmung vorliegt.

(2) Sollen Waffen, deren Erwerb und Besitz der Erlaubnis bedürfen, oder Schusswaffen nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorien A bis D) und die dafür bestimmte Munition aus einem anderen Mitgliedstaat ohne Aufgabe des Besitzes vorübergehend in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden, so kann die Erlaubnis erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 vorliegen. Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat haben und Schusswaffen nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorien A bis D) und die dafür bestimmte Munition nach Satz 1 verbringen wollen, bedürfen eines durch diesen Mitgliedstaat ausgestellten Europäischen Feuerwaffenpasses, in dem die Waffen eingetragen sind. Die Erlaubnis kann für die Dauer von bis zu einem Jahr für einen oder für mehrere Verbringensvorgänge erteilt werden und kann mehrfach um jeweils ein Jahr verlängert werden.

(3) Einer Erlaubnis bedarf es nicht in den Fällen des Absatzes 2 für

1. Personen, die eine Signalwaffe und die dafür bestimmte Munition aus Gründen der Sicherheit an Bord eines Schiffes,
2. a) Jäger, die bis zu drei Langwaffen nach Anlage 1 Abschnitt 3 der Kategorie C und D und dafür bestimmte Munition im Sinne des § 13 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 5 zum Zwecke der Jagd,

- b) Sportschützen, die bis zu drei Schusswaffen nach Anlage 1 Abschnitt 3 der Kategorie B, C oder D und die dafür bestimmte Munition zum Zwecke des Schießsports,
- c) Brauchtumsschützen, die bis zu drei Einzellader- oder Repetier-Langwaffen nach Anlage 1 Abschnitt 3 Kategorie C zur Teilnahme an einer Brauchtumsveranstaltung

vorübergehend verbringen, sofern sie den Grund der Mitnahme nachweisen können und Gegenseitigkeit mit dem anderen Mitgliedstaat gewahrt ist. Das Bundesministerium des Innern stellt fest, bei welchen Mitgliedstaaten Gegenseitigkeit gewahrt ist, und macht diese Mitgliedstaaten im Bundesanzeiger bekannt.

§ 31

Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union

Personen, die Schusswaffen und die dafür bestimmte Munition nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorien A bis D) in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (Mitgliedstaat) ohne Aufgabe des Besitzes vorübergehend verbringen wollen, wird auf Antrag ein Europäischer Feuerwaffenpass ausgestellt, wenn sie zum Besitz der Waffen, die in den Europäischen Feuerwaffenpass eingetragen werden sollen, und der Munition berechtigt sind. Die Geltungsdauer des Europäischen Feuerwaffenpasses beträgt fünf Jahre; soweit bei Jägern und Sportschützen in ihm nur Einzellader-Langwaffen (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.5 und 2.6) mit glattem Lauf oder mit glatten Läufen eingetragen sind, beträgt sie zehn Jahre. Die Geltungsdauer kann zweimal um jeweils fünf Jahre verlängert werden. Der Europäische Feuerwaffenpass hat neben den Eintragungen der Waffen Angaben über die Person und ein Lichtbild des Antragstellers zu enthalten.

§ 32

Verbringen von Waffen oder Munition aus einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist

(1) Die Erlaubnis zum Verbringen von Waffen oder Munition, deren Erwerb und Besitz der Erlaubnis bedürfen, aus einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist (Drittstaat), in den Geltungsbereich dieses Gesetzes kann erteilt werden, wenn der Empfänger zum Erwerb oder Besitz der Waffen oder der Munition berechtigt ist und der sichere Transport gewährleistet ist.

(2) Einer Erlaubnis nach Absatz 1 bedarf nicht, wer

1. zum Erwerb und Besitz der Waffe oder Munition berechtigt ist und den Transport selbst vornimmt und hierüber die Urkunden nach § 38 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a mitführt, oder
2. die Waffen oder Munition zur Lagerung in ein verschlossenes Zolllager verbringt.

(3) Waffen oder Munition hat derjenige, der sie in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt, bei der nach Absatz 4 zuständigen Überwachungsbehörde beim Verbringen anzumelden und auf Verlangen vorzuführen und die Berechtigung zum Verbringen nachzuweisen. Auf Verlangen sind

diese Nachweise den Überwachungsbehörden zur Prüfung auszuhändigen. Die Überwachungsbehörden teilen der zuständigen Behörde jedes Verbringen von Waffen im Sinne des Absatzes 1, ferner von Munition durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 21 Abs. 1 Satz 1 unter Angabe der Art und Menge, bei Schusswaffen auch der Kennzeichen und Nummern sowie unter Angabe des Absenders und des Empfängers mit. Sie können Beförderungsmittel und -behälter sowie deren Lade- und Verpackungsmittel anhalten, um zu prüfen, ob die für das Verbringen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes geltenden Bestimmungen eingehalten sind.

(4) Das Bundesministerium der Finanzen bestimmt die Zolldienststellen, das Bundesministerium des Innern bestimmt die Behörden des Bundesgrenzschutzes, die bei der Überwachung des Verbringens von Waffen oder Munition mitwirken. Soweit der grenzpolizeiliche Einzeldienst von Kräften der Länder wahrgenommen wird (§ 2 Abs. 1 und 3 des Bundesgrenzschutzgesetzes), wirken diese bei der Überwachung mit.

§ 33

Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition aus einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist

(1) Personen, die Waffen oder Munition, deren Erwerb oder Besitz der Erlaubnis bedürfen, aus einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist (Drittstaat), in den oder durch den Geltungsbereich dieses Gesetzes ohne Aufgabe des Besitzes vorübergehend verbringen wollen, kann eine Erlaubnis erteilt werden, wenn die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 vorliegen.

(2) Einer Erlaubnis nach Absatz 1 bedarf es nicht

1. a) bei der Durchfuhr von nicht mehr als zwei Langwaffen und der dafür bestimmten Munition in einen anderen Drittstaat, wenn der sichere Transport gewährleistet ist und die Person hierüber eine Bescheinigung der nach § 32 Abs. 4 zuständigen Überwachungsbehörde besitzt und, sofern Schusswaffen oder dafür bestimmte Munition nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorien A, B, C und D) in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union verbracht werden sollen, dessen vorherige Zustimmung vorliegt,
- b) bei der Durchfuhr in einen anderen Staat unter zollamtlicher Überwachung,
2. wenn Signalwaffen und die dafür bestimmte Munition aus Gründen der Sicherheit an Bord von Schiffen mitgeführt werden,
3. wenn die Person eine Berechtigung zum Erwerb oder Besitz der Waffen oder Munition besitzt.

(3) Abweichend von den Voraussetzungen des Absatzes 1 kann eine Erlaubnis erteilt werden

1. für Jäger, Sportschützen oder Mitglieder von Brauchtumsvereinigungen aus anderen Staaten für Schusswaffen und die dafür bestimmte Munition entsprechend § 30 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 zur Jagd oder zur Teilnahme an Schießsport- oder Brauchtumsveranstaltungen, wenn der Grund der Mitnahme durch eine Einladung des Veranstalters nachgewiesen ist,

2. für Sammler von Schusswaffen oder Munition, wenn diese lediglich zur Teilnahme an einer Messe, Ausstellung oder Sammlerveranstaltung in den Geltungsbereich dieses Gesetzes mitgenommen werden sollen.

(4) Waffen oder Munition hat derjenige, der sie in den Geltungsbereich dieses Gesetzes vorübergehend verbringt, nach § 32 Abs. 3 anzumelden.

Unterabschnitt 6 Obhutspflichten, Anzeige-, Hinweis- und Nachweispflichten

§ 34 Überlassen von Waffen oder Munition, Prüfung der Erwerbserlaubnis, Anzeigepflicht

(1) Waffen oder Munition dürfen nur berechtigten Personen überlassen werden. Die Berechtigung muss offensichtlich sein oder nachgewiesen werden. Werden sie zur gewerbsmäßigen Beförderung überlassen, müssen die ordnungsgemäße Beförderung sichergestellt und Vorkehrungen gegen ein Abhandenkommen getroffen sein. Munition darf gewerbsmäßig nur in verschlossenen Packungen überlassen werden; dies gilt nicht im Falle des Überlassens auf Schießstätten gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 2 oder soweit einzelne Stücke von Munitionssammlern erworben werden. Wer Waffen oder Munition einem anderen lediglich zur gewerbsmäßigen Beförderung (§ 12 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nr. 1) an einen Dritten übergibt, überlässt sie dem Dritten.

(2) Der Inhaber einer Erlaubnis nach § 21 Abs. 1 Satz 1, der einem anderen auf Grund einer Erlaubnis nach § 10 Abs. 1 eine Schusswaffe überlässt, hat in die Waffenbesitzkarte unverzüglich Herstellerzeichen oder Marke und – wenn gegeben – die Herstellungsnummer der Waffe, ferner den Tag des Überlassens und die Bezeichnung und den Sitz des Betriebs dauerhaft einzutragen. Überlässt sonst jemand einem anderen eine Schusswaffe, zu deren Erwerb es einer Erlaubnis bedarf, so hat er dies binnen zwei Wochen der zuständigen Behörde schriftlich anzuzeigen und ihr, sofern ihm eine Waffenbesitzkarte oder ein Europäischer Feuerwaffenpass erteilt worden ist, diese zur Berichtigung vorzulegen; dies gilt nicht in den Fällen des § 12 Abs. 1. In der Anzeige sind anzugeben Name, Vorname, Geburtsdatum, Geburtsort und Wohnanschrift des Erwerbers, sowie Art und Gültigkeitsdauer der Erwerbs- und Besitzberechtigung. Bei Nachweis der Erwerbs- und Besitzerlaubnis durch eine Waffenbesitzkarte sind darüber hinaus deren Nummer und ausstellende Behörde anzugeben. Bei Überlassung an einen Erlaubnisinhaber nach § 21 Abs. 1 Satz 1 sind in der Anzeige lediglich der Name der Firma und die Anschrift der Niederlassung anzugeben.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für denjenigen, der Schusswaffen oder Munition einem anderen, der sie außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes erwirbt, insbesondere im Versandwege unter eigenem Namen überlässt. Die Vorschriften des § 29 Abs. 2 und 3 bleiben unberührt.

(4) Wer Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union haben, eine Schusswaffe nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorie B und C) oder Munition für eine solche überlässt, hat dies unverzüglich dem Bundeskriminalamt schriftlich anzu-

zeigen; dies gilt nicht in den Fällen des § 12 Abs. 1 Nr. 1 und 5.

(5) Wer erlaubnispflichtige Feuerwaffen nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2, ausgenommen Einzeller-Langwaffen mit nur glattem Lauf oder glatten Läufen, und deren wesentliche Teile, Schalldämpfer und tragbare Gegenstände nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.1 einem anderen, der seinen gewöhnlichen Aufenthalt in einem Mitgliedstaat des Übereinkommens vom 28. Juni 1978 über die Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Schusswaffen durch Einzelpersonen (BGBl. I 1980 S. 953) hat, überlässt, dorthin versendet oder ohne Wechsel des Besitzers endgültig dorthin verbringt, hat dies unverzüglich dem Bundeskriminalamt schriftlich anzuzeigen. Dies gilt nicht

1. für das Überlassen und Versenden der in Satz 1 bezeichneten Gegenstände an staatliche Stellen in einem dieser Staaten und in den Fällen, in denen Unternehmen Schusswaffen zur Durchführung von Kooperationsvereinbarungen zwischen Staaten oder staatlichen Stellen überlassen werden, sofern durch Vorlage einer Bescheinigung von Behörden des Empfangsstaates nachgewiesen wird, dass diesen Behörden der Erwerb bekannt ist, oder
2. soweit Anzeigepflichten nach Absatz 4 oder nach § 29 Abs. 3 Satz 2 bestehen.

(6) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Abwehr von Gefahren für Leben und Gesundheit von Menschen zu bestimmen, dass in den in den Absätzen 2, 4 und 5 bezeichneten Anzeigen weitere Angaben zu machen oder den Anzeigen weitere Unterlagen beizufügen sind.

§ 35 Werbung, Hinweispflichten, Handelsverbote

(1) Wer Waffen oder Munition zum Kauf oder Tausch in Anzeigen oder Werbeschriften anbietet, hat bei den nachstehenden Waffenarten auf das Erfordernis der Erwerbserlaubnis jeweils wie folgt hinzuweisen:

1. bei erlaubnispflichtigen Schusswaffen und erlaubnispflichtiger Munition: Abgabe nur an Inhaber einer Erlaubnis,
2. bei nicht erlaubnispflichtigen Schusswaffen und nicht erlaubnispflichtiger Munition sowie sonstigen Waffen: Abgabe nur an Personen mit vollendetem 18. Lebensjahr,
3. bei verbotenen Waffen: Abgabe nur an Inhaber einer Ausnahmegenehmigung,

sowie seinen Namen, seine Anschrift und gegebenenfalls seine eingetragene Marke bekannt zu geben. Anzeigen und Werbeschriften nach Satz 1 dürfen nur veröffentlicht werden, wenn sie den Namen und die Anschrift des Anbieters sowie die von ihm je nach Waffenart mitzuteilenden Hinweise enthalten. Satz 2 gilt nicht für die Bekanntgabe der Personalien des nicht gewerblichen Anbieters, wenn dieser der Bekanntgabe widerspricht. Derjenige, der die Anzeige oder Werbeschrift veröffentlicht, ist im Falle des Satzes 3 gegenüber der zuständigen Behörde verpflichtet, die Urkun-

den über den Geschäftsvorgang ein Jahr lang aufzubewahren und dieser auf Verlangen Einsicht zu gewähren.

(2) Dürfen Schusswaffen nur mit Erlaubnis geführt oder darf mit ihnen nur mit Erlaubnis geschossen werden, so hat der Inhaber einer Erlaubnis nach § 21 Abs. 1 bei ihrem Überlassen im Einzelhandel den Erwerber auf das Erfordernis des Waffenscheins oder der Schießerlaubnis hinzuweisen.

(3) Der Vertrieb und das Überlassen von Schusswaffen, Munition, Hieb- oder Stoßwaffen ist verboten:

1. im Reisegewerbe, ausgenommen in den Fällen des § 55b Abs. 1 der Gewerbeordnung,
2. auf festgesetzten Veranstaltungen im Sinne des Titels IV der Gewerbeordnung (Messen, Ausstellungen, Märkte), ausgenommen die Entgegennahme von Bestellungen auf Messen und Ausstellungen,
3. auf Volksfesten, Schützenfesten, Märkten, Sammlertreffen oder ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen, ausgenommen das Überlassen der benötigten Schusswaffen oder Munition in einer Schießstätte.

Die zuständige Behörde kann Ausnahmen von den Verboten für ihren Bezirk zulassen, wenn öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.

§ 36

Aufbewahrung von Waffen oder Munition

(1) Wer Waffen oder Munition besitzt, hat die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass diese Gegenstände abhanden kommen oder Dritte sie unbefugt an sich nehmen. Schusswaffen dürfen nur getrennt von Munition aufbewahrt werden, sofern nicht die Aufbewahrung in einem Sicherheitsbehältnis erfolgt, das mindestens der Norm DIN/EN 1143-1 Widerstandsgrad 0 (Stand Mai 1997)¹⁾ entspricht.

(2) Schusswaffen, deren Erwerb nicht von der Erlaubnispflicht freigestellt ist, und verbotene Waffen sind mindestens in einem der Norm DIN/EN 1143-1 Widerstandsgrad 0 (Stand Mai 1997) entsprechenden oder gleichwertigen Behältnis aufzubewahren; als gleichwertig gilt ein Behältnis der Sicherheitsstufe B nach VDMA²⁾ 24992 (Stand Mai 1995). Für bis zu zehn Langwaffen gilt die sichere Aufbewahrung auch in einem Behältnis der Sicherheitsstufe A nach VDMA 24992 (Stand Mai 1995) als gewährleistet.

(3) Wer Schusswaffen, Munition oder verbotene Waffen besitzt, hat der zuständigen Behörde die zur sicheren Aufbewahrung getroffenen Maßnahmen auf Verlangen nachzuweisen. Bestehen begründete Zweifel an einer sicheren Aufbewahrung, kann die Behörde vom Besitzer verlangen, dass dieser ihr zur Überprüfung der sicheren Aufbewahrung Zutritt zum Ort der Aufbewahrung gewährt. Wohnräume dürfen gegen den Willen des Inhabers nur zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit betreten wer-

den; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(4) Entspricht die Aufbewahrung nicht den am [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] geltenden Anforderungen oder ist aus anderen Gründen, insbesondere wegen Art und Zahl der aufzubewahrenden Waffen oder Munition oder des Ortes der Aufbewahrung ein höherer Sicherheitsstandard erforderlich, hat die zuständige Behörde die notwendigen Ergänzungen anzuordnen und zu deren Umsetzung eine angemessene Frist zu setzen.

(5) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, nach Anhörung der beteiligten Kreise durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates unter Berücksichtigung des Standes der Technik, der Art und Zahl der Waffen oder Munition und der Örtlichkeit von den Anforderungen an die Aufbewahrung abzusehen oder zusätzliche Anforderungen festzulegen. Dabei können auch Anforderungen an technische Sicherungssysteme zur Verhinderung einer unberechtigten Nutzung von Schusswaffen festgelegt werden.

§ 37

Anzeigepflichten

(1) Wer Waffen oder Munition, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf,

1. beim Tode eines Waffenbesitzers, als Finder oder in ähnlicher Weise,
2. als Insolvenzverwalter, Zwangsverwalter, Gerichtsvollzieher oder in ähnlicher Weise

in Besitz nimmt, hat dies der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. Die zuständige Behörde kann die Waffen und die Munition sicherstellen oder anordnen, dass sie binnen angemessener Frist unbrauchbar gemacht oder einem Berechtigten überlassen werden und dies der zuständigen Behörde nachgewiesen wird. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann die zuständige Behörde die Waffen oder Munition einziehen. Ein Erlös aus der Verwertung steht dem nach bürgerlichem Recht bisher Berechtigten zu.

(2) Sind jemandem Waffen oder Munition, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf, oder Erlaubnisurkunden abhanden gekommen, so hat er dies der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen und, soweit noch vorhanden, die Waffenbesitzkarte und den Europäischen Feuerwaffenpass zur Berichtigung vorzulegen. Die örtliche Behörde unterrichtet zum Zwecke polizeilicher Ermittlungen die zuständige Polizeidienststelle über das Abhandenkommen.

(3) Wird eine Schusswaffe, zu deren Erwerb es einer Erlaubnis bedarf, oder eine verbotene Schusswaffe nach Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.2 nach den Anforderungen der Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.4 unbrauchbar gemacht oder zerstört, so hat der Besitzer dies der zuständigen Behörde binnen eines Monats schriftlich anzuzeigen und ihr auf Verlangen den Gegenstand vorzulegen. Dabei hat er seine Personalien sowie Art, Kaliber, Herstellerzeichen oder Marke und – sofern vorhanden – die Herstellungsnummer der Schusswaffe anzugeben.

¹⁾ Herausgegeben im Beuth-Verlag GmbH, Berlin und Köln.

²⁾ Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e. V.

§ 38 Ausweispflichten

Wer eine Waffe führt, muss

1. seinen Personalausweis oder Pass und
 - a) bei Waffen, deren Erwerb erlaubnispflichtig ist, die Waffenbesitzkarte oder die Erlaubnis zur Verbringung (Erlaubnisschein) (§ 29 Abs. 1, § 30 Abs. 1, § 32 Abs. 1 oder § 33 Abs. 1) oder die Bescheinigung oder Zustimmung nach § 33 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe a oder, wenn es einer Erlaubnis zum Führen bedarf, den Waffenschein,
 - b) im Falle des Verbringens einer Schusswaffe nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorie A bis D) nach § 29 Abs. 1 aus einem anderen Mitgliedstaat den Erlaubnisschein dieses Staates oder eine Bescheinigung, die auf diesen Erlaubnisschein Bezug nimmt,
 - c) im Falle des vorübergehenden Verbringens einer Schusswaffe nach Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorie A bis D) aus einem anderen Mitgliedstaat gemäß § 30 Abs. 2 den Europäischen Feuerwaffenpass und im Falle des § 30 Abs. 3 Satz 1 zusätzlich einen Beleg für den Grund des Mitbringens,
 - d) im Falle der vorübergehenden Besitzberechtigung auf Grund des § 12 Abs. 1 Nr. 1 und 2 einen Beleg, aus dem der Name des Überlassers, des Besitzberechtigten und das Datum der Überlassung hervorgeht, oder
 - e) im Falle des Schießens mit einer Schießerlaubnis nach § 10 Abs. 5 diese, und
2. in den Fällen des § 13 Abs. 6 den Jagdschein

mit sich führen und Polizeibeamten oder sonst zur Personenkontrolle Befugten auf Verlangen zur Prüfung aushändigen. In den Fällen des § 13 Abs. 3 und § 14 Abs. 3 Satz 2 genügt an Stelle der Waffenbesitzkarte ein schriftlicher Nachweis darüber, dass die Antragsfrist noch nicht verstrichen oder ein Antrag gestellt worden ist. Satz 1 gilt nicht in Fällen des § 12 Abs. 3 Nr. 1.

§ 39 Auskunfts- und Vorzeigepflicht, Nachschau

(1) Wer Waffenherstellung, Waffenhandel oder eine Schießstätte betreibt, eine Schießstätte benutzt oder in ihr die Aufsicht führt, ein Bewachungsunternehmen betreibt, Veranstaltungen zur Ausbildung im Verteidigungsschießen durchführt oder sonst den Besitz über Schusswaffen oder Munition ausübt, hat der zuständigen Behörde auf Verlangen oder, sofern dieses Gesetz einen Zeitpunkt vorschreibt, zu diesem Zeitpunkt die für die Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Auskünfte zu erteilen; eine entsprechende Pflicht gilt ferner für Personen, gegenüber denen ein Verbot nach § 41 Abs. 1 oder 2 ausgesprochen wurde. Sie können die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder einen der in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde. Darüber hinaus hat der Inhaber der Erlaubnis die Einhaltung von Auflagen nachzuweisen.

(2) Betreibt der Auskunftspflichtige Waffenherstellung, Waffenhandel, eine Schießstätte oder ein Bewachungsunternehmen, so sind die von der zuständigen Behörde mit der Überwachung des Betriebes beauftragten Personen berechtigt, Betriebsgrundstücke und Geschäftsräume während der Betriebs- und Arbeitszeit zu betreten, um dort Prüfungen und Besichtigungen vorzunehmen, Proben zu entnehmen und Einsicht in die geschäftlichen Unterlagen zu nehmen; zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung dürfen diese Arbeitsstätten auch außerhalb dieser Zeit sowie die Wohnräume des Auskunftspflichtigen gegen dessen Willen besichtigt werden. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(3) Aus begründetem Anlass kann die zuständige Behörde anordnen, dass der Besitzer von

1. Waffen oder Munition, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf, oder
2. in Anlage 2 Abschnitt 1 bezeichneten verbotenen Waffen

ihr diese sowie Erlaubnisscheine oder Ausnahmebescheinigungen binnen angemessener, von ihr zu bestimmender Frist zur Prüfung vorlegt.

Unterabschnitt 7 Verbote

§ 40 Verbotene Waffen

(1) Das Verbot des Umgangs nach Anlage 2 Abschnitt 1 umfasst auch das Verbot, zur Herstellung dieser Waffen oder Munition anzuleiten oder aufzufordern.

(2) Das Verbot im Sinne des Absatzes 1 ist nicht anzuwenden, soweit jemand auf Grund eines gerichtlichen oder behördlichen Auftrags tätig wird.

(3) Die zuständige Behörde kann auf Antrag von den Verboten der Anlage 2 Abschnitt 1 allgemein oder für den Einzelfall Ausnahmen zulassen, wenn die Interessen des Antragstellers auf Grund besonderer Umstände das öffentliche Interesse an der Durchsetzung des Verbotes überwiegen. Dies kann insbesondere angenommen werden, wenn die in der Anlage 2 bezeichneten Waffen oder Munition zum Verbringen aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes, für wissenschaftliche oder Forschungszwecke oder zur Erweiterung einer kulturhistorisch bedeutsamen Sammlung bestimmt sind und eine erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit nicht zu befürchten ist.

(4) Wer eine in Anlage 2 Abschnitt 1 bezeichnete Waffe als Erbe, Finder oder in ähnlicher Weise in Besitz nimmt, hat dies der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. Die zuständige Behörde kann die Waffen oder Munition sicherstellen oder anordnen, dass innerhalb einer angemessenen Frist die Waffen oder Munition unbrauchbar gemacht, von Verbotensmerkmalen befreit oder einem nach diesem Gesetz Berechtigten überlassen wird, oder dass der Erwerber einen Antrag nach Absatz 3 stellt. Das Verbot nach Absatz 1 wird nicht wirksam, solange die Frist läuft oder eine ablehnende Entscheidung nach Absatz 3 dem Antragsteller noch nicht bekannt gegeben worden ist.

§ 41**Waffenverbote für den Einzelfall**

(1) Die zuständige Behörde kann jemandem den Besitz von Waffen oder Munition, deren Erwerb nicht der Erlaubnis bedarf, und den Erwerb solcher Waffen oder Munition untersagen,

1. soweit es zur Verhütung von Gefahren für die Sicherheit oder zur Kontrolle des Umgangs mit diesen Gegenständen geboten ist oder
2. wenn Tatsachen bekannt werden, die die Annahme rechtfertigen, dass der rechtmäßige Besitzer oder Erwerbswillige abhängig von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln, psychisch krank oder debil ist oder sonst die erforderliche persönliche Eignung nicht besitzt oder ihm die für den Erwerb oder Besitz solcher Waffen oder Munition erforderliche Zuverlässigkeit fehlt.

Im Fall des Satzes 1 Nr. 2 ist der Betroffene darauf hinzuweisen, dass er die Annahme mangelnder persönlicher Eignung im Wege der Beibringung eines amts- oder fachärztlichen oder fachpsychologischen Zeugnisses über die geistige oder körperliche Eignung ausräumen kann; § 6 Abs. 2 findet entsprechende Anwendung.

(2) Die zuständige Behörde kann jemandem den Besitz von Waffen oder Munition, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf, untersagen, soweit es zur Verhütung von Gefahren für die Sicherheit oder Kontrolle des Umgangs mit diesen Gegenständen geboten ist.

(3) Die zuständige Behörde unterrichtet die örtliche Polizeienstelle über den Erlass eines Waffenbesitzverbotes.

§ 42**Verbot des Führens von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen**

(1) Wer an öffentlichen Vergnügungen, Volksfesten, Sportveranstaltungen, Messen, Ausstellungen, Märkten oder ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen teilnimmt, darf keine Waffen im Sinne des § 1 Abs. 2 führen.

(2) Die zuständige Behörde kann allgemein oder für den Einzelfall Ausnahmen von Absatz 1 zulassen, wenn

1. der Antragsteller die erforderliche Zuverlässigkeit (§ 5) und persönliche Eignung (§ 6) besitzt,
2. der Antragsteller nachgewiesen hat, dass er auf Waffen bei der öffentlichen Veranstaltung nicht verzichten kann, und
3. eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung nicht zu besorgen ist.

(3) Unbeschadet des § 38 muss der nach Absatz 2 Berechtigte auch den Ausnahmebescheid mit sich führen und auf Verlangen zur Prüfung aushändigen.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden

1. auf die Mitwirkenden an Theateraufführungen und diesen gleich zu achtenden Vorführungen, wenn zu diesem Zweck ungeladene oder mit Kartuschenmunition geladene Schusswaffen oder Waffen im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2 geführt werden,
2. auf das Schießen in Schießstätten (§ 27),

3. soweit eine Schießerlaubnis nach § 10 Abs. 5 vorliegt,

4. auf das gewerbliche Ausstellen der in Absatz 1 genannten Waffen auf Messen und Ausstellungen.

Abschnitt 3**Sonstige waffenrechtliche Vorschriften****§ 43****Erhebung und Übermittlung personenbezogener Daten**

(1) Die für die Ausführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden dürfen personenbezogene Daten auch ohne Mitwirkung des Betroffenen in den Fällen des § 5 Abs. 5 und des § 6 Abs. 1 Satz 2 erheben. Sonstige Rechtsvorschriften des Bundes- oder Landesrechts, die eine Erhebung ohne Mitwirkung des Betroffenen vorsehen oder zwingend voraussetzen, bleiben unberührt.

(2) Öffentliche Stellen im Geltungsbereich dieses Gesetzes sind auf Ersuchen der zuständigen Behörde verpflichtet, dieser im Rahmen datenschutzrechtlicher Übermittlungsbefugnisse personenbezogene Daten zu übermitteln, soweit die Daten nicht wegen überwiegender öffentlicher Interessen geheim gehalten werden müssen.

§ 44**Rücknahme und Widerruf**

(1) Eine Erlaubnis nach diesem Gesetz ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass die Erlaubnis hätte versagt werden müssen.

(2) Eine Erlaubnis nach diesem Gesetz ist zu widerrufen, wenn nachträglich Tatsachen eintreten, die zur Versagung hätten führen müssen. Eine Erlaubnis nach diesem Gesetz kann auch widerrufen werden, wenn inhaltliche Beschränkungen nicht beachtet werden.

(3) Bei einer Erlaubnis kann abweichend von Absatz 2 Satz 1 im Falle eines vorübergehenden Wegfalls des Bedürfnisses, aus besonderen Gründen auch in Fällen des endgültigen Wegfalls des Bedürfnisses, von einem Widerruf abgesehen werden. Satz 1 gilt nicht, sofern es sich um eine Erlaubnis zum Führen einer Waffe handelt.

(4) Verweigert ein Betroffener im Falle der Überprüfung des weiteren Vorliegens von in diesem Gesetz oder in einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung vorgeschriebenen Tatbestandsvoraussetzungen, bei deren Wegfall ein Grund zur Rücknahme oder zum Widerruf einer Erlaubnis oder Ausnahmegewilligung gegeben wäre, seine Mitwirkung, so kann die Behörde deren Wegfall vermuten. Der Betroffene ist hierauf hinzuweisen.

§ 45**Weitere Maßnahmen**

(1) Werden Erlaubnisse nach diesem Gesetz zurückgenommen oder widerrufen, so hat der Inhaber alle Ausfertigungen der Erlaubnisurkunde der zuständigen Behörde unverzüglich zurückzugeben. Das Gleiche gilt, wenn die Erlaubnis erloschen ist.

(2) Hat jemand auf Grund einer Erlaubnis, die zurückgenommen, widerrufen oder erloschen ist, Waffen oder Munition erworben oder befugt besessen, und besitzt er sie noch, so kann die zuständige Behörde anordnen, dass er binnen

angemessener Frist die Waffen oder Munition dauerhaft unbrauchbar macht oder einem Berechtigten überlässt und den Nachweis darüber gegenüber der Behörde führt. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann die zuständige Behörde die Waffen oder Munition sicherstellen.

(3) Besitzt jemand ohne die erforderliche Erlaubnis oder entgegen einem vollziehbaren Verbot nach § 41 Abs. 1 oder 2 eine Waffe oder Munition, so kann die zuständige Behörde anordnen, dass er binnen angemessener Frist

1. die Waffe oder Munition dauerhaft unbrauchbar macht oder einem Berechtigten überlässt oder
2. im Fall einer verbotenen Waffe oder Munition die Verbotmerkmale beseitigt und
3. den Nachweis darüber gegenüber der Behörde führt.

Nach fruchtlosem Ablauf der Frist kann die zuständige Behörde die Waffe oder Munition sicherstellen.

(4) Die zuständige Behörde kann Erlaubnisurkunden sowie die in Absatz 2 und 3 bezeichneten Waffen oder Munition sofort sicherstellen

1. in Fällen eines vollziehbaren Verbots nach § 41 Abs. 1 oder 2 oder
2. soweit Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass die Waffen oder Munition missbräuchlich verwendet oder von einem Nichtberechtigten erworben werden sollen.

Zu diesem Zweck sind die Beauftragten der zuständigen Behörde berechtigt, die Wohnung des Betroffenen zu betreten und diese nach Urkunden, Waffen oder Munition zu durchsuchen; Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzug auch durch die zuständige Behörde angeordnet werden; das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt. Widerspruch und Anfechtungsklage haben keine aufschiebende Wirkung.

(5) Die zuständige Behörde kann sichergestellte Waffen oder Munition zur Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung einziehen. Benennt der Betroffene nicht binnen einer Frist von vier Wochen einen für die eingezogenen Waffen berechtigten Empfänger, kann die zuständige Behörde Waffen oder Munition verwerten. Der Erlös aus der Verwertung steht dem nach bürgerlichem Recht bisher Berechtigten zu; die Behörde kann die entsprechenden Verwahrungsgebühren vom Erlös einbehalten.

§ 46

Verordnungen zur Erfüllung internationaler Vereinbarungen oder zur Angleichung an Gemeinschaftsrecht

Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates zur Erfüllung von Verpflichtungen aus internationalen Vereinbarungen oder zur Erfüllung bindender Beschlüsse der Europäischen Union, die Sachbereiche dieses Gesetzes betreffen, Rechtsverordnungen zu erlassen, die insbesondere

1. Anforderungen an das Überlassen und Verbringen von Waffen oder Munition an Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs des Gesetzes haben, festlegen und

2. das Verbringen und die vorübergehende Mitnahme von Waffen oder Munition in den Geltungsbereich des Gesetzes sowie
3. die zu Nummer 1 und 2 erforderlichen Bescheinigungen, Mitteilungspflichten und behördlichen Maßnahmen regeln.

§ 47

Sachliche Zuständigkeit

(1) Die Länder bestimmen die für die Ausführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden, soweit nicht Bundesbehörden zuständig sind.

(2) Das Bundesverwaltungsamt ist die zuständige Behörde für

1. ausländische Diplomaten, Konsularbeamte und gleichgestellte sonstige bevorrechtigte ausländische Personen,
2. ausländische Angehörige der in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte sowie deren Ehegatten und unterhaltsberechtigter Kinder,
3. Personen, die zum Schutze ausländischer Luftfahrzeuge und Seeschiffe eingesetzt sind,
4. Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt außerhalb des Geltungsbereichs dieses Gesetzes haben.

§ 48

Örtliche Zuständigkeit

(1) Die Vorschriften der Verwaltungsverfahrensgesetze über die örtliche Zuständigkeit gelten mit der Maßgabe, dass örtlich zuständig ist

1. für einen Antragsteller oder Erlaubnisinhaber, der keinen gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes hat,
 - a) die Behörde, in deren Bezirk er sich aufhält oder aufhalten will, oder,
 - b) soweit sich ein solcher Aufenthaltswille nicht ermitteln lässt, die Behörde, in deren Bezirk der Grenzübergang erfolgt,
2. für Antragsteller oder Inhaber einer Erlaubnis nach § 21 Abs. 1 sowie Bewachungsunternehmer die Behörde, in deren Bezirk sich die gewerbliche Hauptniederlassung befindet oder errichtet werden soll.

(2) Abweichend von Absatz 1 ist örtlich zuständig für

1. Schießerlaubnisse nach § 10 Abs. 5 die Behörde, in deren Bezirk geschossen werden soll, soweit nicht die Länder nach § 47 Abs. 1 eine abweichende Regelung getroffen haben,
2. Erlaubnisse nach § 27 Abs. 1 sowie für Maßnahmen auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 27 Abs. 7 bei ortsfesten Schießstätten die Behörde, in deren Bezirk die ortsfeste Schießstätte betrieben wird oder betrieben oder geändert werden soll,
3. a) Erlaubnisse nach § 27 Abs. 1 sowie für Maßnahmen auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 27 Abs. 7 bei ortsveränderlichen Schießstätten die Behörde, in

deren Bezirk der Betreiber seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat,

- b) Auflagen bei den in Buchstabe a genannten Schießstätten die Behörde, in deren Bezirk die Schießstätte aufgestellt werden soll,
4. Ausnahmegewilligungen nach § 35 Abs. 3 Satz 2 die Behörde, in deren Bezirk die Tätigkeit ausgeübt werden soll,
5. die Sicherstellung nach § 45 Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Satz 2 und Abs. 4 Satz 1 auch die Behörde, in deren Bezirk sich der Gegenstand befindet.

§ 49 Kosten

(1) Für Amtshandlungen, Prüfungen und Untersuchungen nach diesem Gesetz und nach den auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsvorschriften werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Das Verwaltungskostengesetz findet Anwendung.

(2) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die gebührenpflichtigen Tatbestände näher zu bestimmen und dabei feste Sätze oder Rahmensätze vorzusehen. Die Gebührensätze sind so zu bemessen, dass der mit den Amtshandlungen, Prüfungen oder Untersuchungen verbundene Personal- und Sachaufwand gedeckt wird; bei begünstigenden Amtshandlungen kann daneben die Bedeutung, der wirtschaftliche Wert oder der sonstige Nutzen für den Gebührenschuldner angemessen berücksichtigt werden.

(3) In der Rechtsverordnung nach Absatz 2 kann bestimmt werden, dass die für die Prüfung oder Untersuchung zulässige Gebühr auch erhoben werden darf, wenn die Prüfung oder Untersuchung ohne Verschulden der prüfenden oder untersuchenden Stelle und ohne ausreichende Entschuldigung des Bewerbers oder Antragstellers am festgesetzten Termin nicht stattfinden konnte oder abgebrochen werden musste. In der Rechtsverordnung können ferner die Kostenbefreiung, die Kostengläubigerschaft, die Kostenschuldnerschaft, der Umfang der zu erstattenden Auslagen und die Kostenerhebung abweichend von den Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes geregelt werden.

Abschnitt 4 Straf- und Bußgeldvorschriften

§ 50 Strafvorschriften

(1) Mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren wird bestraft, wer

1. entgegen § 2 Abs. 1 oder 3, jeweils in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.1, 1.2.1 oder 1.3.4, eine dort genannte Schusswaffe oder einen dort genannten Gegenstand erwirbt, besitzt, überlässt, führt, verbringt, herstellt oder damit Handel treibt,
2. ohne Erlaubnis nach
 - a) § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4, dieser in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1, eine Schusswaffe oder Munition erwirbt, um

sie entgegen § 34 Abs. 1 Satz 1 einem Nichtberechtigten zu überlassen,

- b) § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4, dieser in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1, eine halbautomatische Kurzwaffe erwirbt, besitzt oder führt,
 - c) § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4, dieser in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1 in Verbindung mit § 21 Abs. 1 Satz 1 eine Schusswaffe oder Munition herstellt oder damit Handel betreibt,
 - d) § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4, dieser in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1 in Verbindung mit § 29 Abs. 1 Satz 1 oder § 32 Abs. 1 eine Schusswaffe oder Munition in den oder durch den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt, oder
3. entgegen § 35 Abs. 3 Satz 1 eine Schusswaffe, Munition oder eine Hieb- oder Stoßwaffe im Reisegewerbe oder auf einer dort genannten Veranstaltung vertreibt oder anderen überlässt,
 4. entgegen § 40 Abs. 1 zur Herstellung von Waffen oder Munition anleitet oder auffordert.
 - (2) Der Versuch ist strafbar.
 - (3) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
 1. entgegen § 2 Abs. 1 oder 3, jeweils in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.2.2 bis 1.2.4, 1.3.1 bis 1.3.3, 1.3.5, 1.3.7, 1.3.8, 1.4.1 Satz 1, 1.4.2, 1.4.3 und 1.5.3 bis 1.5.5, einen dort genannten Gegenstand erwirbt, besitzt, überlässt, führt, verbringt, herstellt oder damit Handel treibt oder
 2. ohne Erlaubnis nach § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1
 - a) eine Schusswaffe erwirbt, besitzt oder führt, oder
 - b) Munition erwirbt oder besitzt,
 wenn die Tat nicht in Absatz 1 Nr. 2 Buchstabe a oder b mit Strafe bedroht ist,
 3. ohne Erlaubnis nach § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4, dieser in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1 in Verbindung mit § 26 Abs. 1 Satz 1 eine Schusswaffe herstellt,
 4. ohne Erlaubnis nach § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4, dieser in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1 in Verbindung mit § 29 Abs. 2 oder 3 Satz 1, eine dort genannte Schusswaffe oder Munition in einen anderen Mitgliedstaat verbringt,
 5. ohne Erlaubnis nach § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4, dieser in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1 in Verbindung mit § 30 Abs. 1 oder 2 oder § 33 Abs. 1 eine Schusswaffe oder Munition in oder durch den Geltungsbereich dieses Gesetzes vorübergehend verbringt,
 6. entgegen § 34 Abs. 1 Satz 1 eine erlaubnispflichtige Schusswaffe oder erlaubnispflichtige Munition einem Nichtberechtigten überlässt,

7. einer vollziehbaren Anordnung nach § 41 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 zuwiderhandelt,
8. entgegen § 42 Abs. 1 eine Waffe führt oder
9. entgegen § 55 Abs. 5 Satz 1 den Besitz über eine Schusswaffe oder Munition ausübt.

(4) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 1, 2 Buchstabe b, c oder d, oder Nr. 3 oder des Absatzes 3 fahrlässig, so ist die Strafe bei den bezeichneten Taten nach Absatz 1 Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe, bei Taten nach Absatz 3 Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe.

(5) In besonders schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 1 ist die Strafe Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Straftaten verbunden hat, unter Mitwirkung eines anderen Bandenmitgliedes handelt.

(6) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe.

§ 51

Bußgeldvorschriften

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 2 Abs. 1 eine nicht erlaubnispflichtige Waffe oder nicht erlaubnispflichtige Munition erwirbt oder besitzt,
2. entgegen § 2 Abs. 1 oder 3, jeweils in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.6, einen dort genannten Gegenstand erwirbt, besitzt, überlässt, führt, verbringt, herstellt oder damit Handel treibt,
3. ohne Erlaubnis nach § 2 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 4, dieser in Verbindung mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 Satz 1, mit einer Schusswaffe schießt,
4. einer vollziehbaren Auflage nach § 9 Abs. 2 Satz 1, § 17 Abs. 2 Satz 2 oder § 18 Abs. 2 Satz 2 oder einer vollziehbaren Anordnung nach § 9 Abs. 3, § 36 Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 4, § 37 Abs. 1 Satz 2, § 39 Abs. 3, § 40 Abs. 4 Satz 2 oder § 45 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 1 zuwiderhandelt,
5. entgegen § 10 Abs. 1 Satz 4, § 21 Abs. 6 Satz 1 und 4, § 24 Abs. 5, § 27 Abs. 1 Satz 4, Abs. 2 Satz 2, § 29 Abs. 3 Satz 3, § 34 Abs. 2 Satz 2, Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 5 Satz 1, § 37 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 1 oder § 40 Abs. 4 Satz 1 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig erstattet,
6. entgegen § 10 Abs. 1 Satz 4, § 13 Abs. 3 Satz 2, § 14 Abs. 3 Satz 2, § 20 Abs. 2 Satz 1 oder § 34 Abs. 2 Satz 2 die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte oder die Eintragung der Waffe in eine bereits erteilte Waffenbesitzkarte nicht beantragt oder entgegen § 34 Abs. 2 Satz 2 die Waffenbesitzkarte oder den Europäischen Feuerwaffenpass nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,

7. entgegen § 23 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a, das Waffenherstellungs- oder Waffenhandelsbuch nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt,
8. entgegen § 24 Abs. 1, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c oder Nr. 2 Buchstabe a, oder § 24 Abs. 2 oder 3 Satz 1 und 2, auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Buchstabe c, eine Angabe, ein Zeichen oder die Bezeichnung der Munition auf der Schusswaffe nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig anbringt oder Munition nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig mit einem besonderen Kennzeichen versieht,
9. entgegen § 24 Abs. 4 eine Schusswaffe oder Munition anderen gewerbsmäßig überlässt,
10. ohne Erlaubnis nach § 27 Abs. 1 Satz 1 eine Schießstätte betreibt oder ihre Beschaffenheit oder die Art ihrer Benutzung wesentlich ändert,
11. entgegen § 27 Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 4 Satz 1 einem Kind oder Jugendlichen das Schießen gestattet,
12. entgegen § 27 Abs. 3 Satz 2 Unterlagen nicht aufbewahrt oder entgegen § 27 Abs. 3 Satz 3 diese nicht herausgibt,
13. entgegen § 27 Abs. 5 Satz 2 eine Bescheinigung nicht mitführt,
14. entgegen § 28 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 2 eine Schusswaffe führt oder überlässt,
15. entgegen § 32 Abs. 3 Satz 1 eine Schusswaffe oder Munition nicht anmeldet oder nicht oder nicht rechtzeitig vorführt,
16. entgegen § 34 Abs. 1 Satz 1 eine nicht erlaubnispflichtige Waffe oder nicht erlaubnispflichtige Munition einem Nichtberechtigten überlässt,
17. entgegen § 35 Abs. 1 Satz 4 die Urkunden nicht aufbewahrt oder nicht oder nicht rechtzeitig Einsicht gewährt,
18. entgegen § 36 Abs. 1 Satz 2 oder Abs. 2 eine Schusswaffe aufbewahrt,
19. entgegen § 38 Satz 1 eine dort genannte Urkunde nicht mit sich führt oder nicht oder nicht rechtzeitig aushändigt,
20. entgegen § 39 Abs. 1 Satz 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt,
21. entgegen § 45 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, eine Aufzeichnung oder Erlaubnisurkunde nicht oder nicht rechtzeitig aushändigt,
22. einer Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b, § 27 Abs. 7, § 36 Abs. 5 oder § 46 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist, soweit dieses Gesetz von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt oder dem Bundeskriminalamt ausgeführt wird, die für die Erteilung von Erlaubnissen nach § 21 Abs. 1 zuständige Behörde.

§ 52

Einziehung und erweiterter Verfall

(1) Ist eine Straftat nach § 50 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 51 begangen worden, so können Gegenstände,

1. auf die sich die Straftat oder die Ordnungswidrigkeit bezieht oder
2. die durch sie hervorgebracht oder zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind,

eingezogen werden.

(2) § 74a des Strafgesetzbuches und § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden. In den Fällen des § 50 Abs. 1 oder 3 Nr. 1 bis 3 ist § 73d des Strafgesetzbuches anzuwenden, wenn der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Straftaten verbunden hat.

(3) Als Maßnahme im Sinne des § 74b Abs. 2 Satz 2 des Strafgesetzbuches kommt auch die Anweisung in Betracht, binnen einer angemessenen Frist eine Entscheidung der zuständigen Behörde über die Erteilung einer Erlaubnis nach § 10 vorzulegen oder die Gegenstände einem Berechtigten zu überlassen.

Abschnitt 5

Ausnahmen von der Anwendung des Gesetzes

§ 53

Ausnahmen für oberste Bundes- und Landesbehörden, Bundeswehr, Polizei und Zollverwaltung, erheblich gefährdete Hoheitsträger sowie Bedienstete anderer Staaten

(1) Dieses Gesetz ist, wenn es nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt, nicht anzuwenden auf

1. die obersten Bundes- und Landesbehörden und die Deutsche Bundesbank,
2. die Bundeswehr und die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte,
3. die Polizeien des Bundes und der Länder,
4. die Zollverwaltung

und deren Bedienstete, soweit sie dienstlich tätig werden. Bei Polizeibediensteten und bei Bediensteten der Zollverwaltung mit Vollzugsaufgaben gilt dies, soweit sie durch Dienstvorschriften hierzu ermächtigt sind, auch für den Besitz über dienstlich zugelassene Waffen oder Munition und für das Führen dieser Waffen außerhalb des Dienstes.

(2) Personen, die wegen der von ihnen wahrzunehmenden hoheitlichen Aufgaben des Bundes oder eines Landes erheblich gefährdet sind, wird an Stelle einer Waffenbesitz-

karte oder eines Waffenscheins eine Bescheinigung über die Berechtigung zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition sowie eine Bescheinigung zum Führen dieser Waffen erteilt. Die Bescheinigung ist auf die voraussichtliche Dauer der Gefährdung zu befristen. Die Bescheinigung erteilt für Hoheitsträger des Bundes das Bundesministerium des Innern oder eine von ihm bestimmte Stelle.

(3) Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden auf Bedienstete anderer Staaten, die dienstlich mit Waffen oder Munition ausgestattet sind, wenn die Bediensteten im Rahmen einer zwischenstaatlichen Vereinbarung oder auf Grund einer Anforderung oder einer allgemein oder für den Einzelfall erteilten Zustimmung einer zuständigen inländischen Behörde oder Dienststelle im Geltungsbereich dieses Gesetzes tätig werden und die zwischenstaatliche Vereinbarung, die Anforderung oder die Zustimmung nicht etwas anderes bestimmt.

(4) Auf Waffen oder Munition, die für die in Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Stellen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht oder hergestellt und ihnen überlassen werden, ist § 40 nicht anzuwenden.

(5) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, eine dem Absatz 1 Satz 1 entsprechende Regelung für sonstige Behörden und Dienststellen des Bundes treffen. Die Bundesregierung kann die Befugnis nach Satz 1 durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf eine andere Bundesbehörde übertragen.

(6) Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung eine dem Absatz 5 Satz 1 entsprechende Regelung für sonstige Behörden und Dienststellen des Landes treffen. Die Landesregierungen können die Befugnis nach Satz 1 durch Rechtsverordnung auf andere Landesbehörden übertragen.

§ 54

Sondervorschriften für Staatsgäste und andere Besucher

Auf

1. Staatsgäste aus anderen Staaten,
2. sonstige erheblich gefährdete Personen des öffentlichen Lebens aus anderen Staaten, die sich besuchsweise im Geltungsbereich dieses Gesetzes aufhalten, und
3. Personen aus anderen Staaten, denen der Schutz der in den Nummern 1 und 2 genannten Personen obliegt,

ist § 10 und Abschnitt 2 Unterabschnitt 5 nicht anzuwenden, wenn ihnen das Bundesverwaltungsamt oder, soweit es sich nicht um Gäste des Bundes handelt, die nach § 47 Abs. 1 zuständige Behörde hierüber eine Bescheinigung erteilt hat. Die Bescheinigung, zu deren Wirksamkeit es der Bekanntgabe an den Betroffenen nicht bedarf, ist zu erteilen, wenn dies im öffentlichen Interesse, insbesondere zur Wahrung der zwischenstaatlichen Gepflogenheiten bei solchen Besuchen, geboten ist. Es muss gewährleistet sein, dass in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbrachte oder dort erworbene Schusswaffen oder Munition nach Beendigung des Besuches aus dem Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht oder einem Berechtigten überlassen werden. Sofern das Bundesverwaltungsamt in den Fällen des Satzes 1 nicht

rechtzeitig tätig werden kann, entscheidet über die Erteilung der Bescheinigung die nach § 47 Abs. 1 zuständige Behörde. Das Bundesverwaltungsamt ist über die getroffene Entscheidung zu unterrichten.

§ 55 Kriegswaffen

(1) Dieses Gesetz gilt nicht für Kriegswaffen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen. Auf tragbare Schusswaffen, für die eine Waffenbesitzkarte nach § 59 Abs. 4 Satz 2 des Waffengesetzes in der vor dem 1. Juli 1976 geltenden Fassung erteilt worden ist, sind unbeschadet der Vorschriften des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen § 4 Abs. 3, § 44 Abs. 1 und 2 sowie §§ 36 und 51 Abs. 1 Nr. 12 anzuwenden. Auf Verstöße gegen § 59 Abs. 2 des Waffengesetzes in der vor dem 1. Juli 1976 geltenden Fassung und gegen § 58 Abs. 1 des Waffengesetzes in der vor dem [einsetzen: Inkrafttretensdatum nach Artikel 17] geltenden Fassung ist § 50 Abs. 3 Nr. 1 anzuwenden. Zuständige Behörde für Maßnahmen nach Satz 2 ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

(2) Wird die Anlage zu dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (Kriegswaffenliste) geändert und verlieren deshalb tragbare Schusswaffen ihre Eigenschaft als Kriegswaffen, so hat derjenige, der seine Befugnis zum Besitz solcher Waffen durch eine Genehmigung oder Bestätigung der zuständigen Behörde nachweisen kann, diese Genehmigung oder Bestätigung der nach § 47 Abs. 1 zuständigen Behörde vorzulegen; diese stellt eine Waffenbesitzkarte aus oder ändert eine bereits erteilte Waffenbesitzkarte, wenn kein Versagungsgrund im Sinne des Absatzes 4 vorliegt. Die übrigen Besitzer solcher Waffen können innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Änderung der Kriegswaffenliste bei der nach § 47 Abs. 1 zuständigen Behörde die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte beantragen, sofern nicht der Besitz der Waffen nach § 59 Abs. 2 des Waffengesetzes in der vor dem 1. Juli 1976 geltenden Fassung anzumelden oder ein Antrag nach § 58 Abs. 1 des Waffengesetzes in der vor dem [einsetzen: Inkrafttretensdatum nach Artikel 17] geltenden Fassung zu stellen war und der Besitzer die Anmeldung oder den Antrag unterlassen hat.

(3) Wird die Anlage zu dem Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (Kriegswaffenliste) geändert und verliert deshalb Munition für tragbare Kriegswaffen ihre Eigenschaft als Kriegswaffe, so hat derjenige, der bei Inkrafttreten der Änderung der Kriegswaffenliste den Besitz über sie ausübt, innerhalb einer Frist von sechs Monaten einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 10 Abs. 3 bei der nach § 47 Abs. 1 zuständigen Behörde zu stellen, es sei denn, dass er bereits eine Berechtigung zum Besitz dieser Munition besitzt.

(4) Die Waffenbesitzkarte nach Absatz 2 und die Erlaubnis zum Munitionsbesitz nach Absatz 3 dürfen nur versagt werden, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass der Antragsteller nicht die erforderliche Zuverlässigkeit oder persönliche Eignung besitzt.

(5) Wird der Antrag nach Absatz 2 Satz 2 oder Absatz 3 nicht gestellt oder wird die Waffenbesitzkarte oder die Er-

laubnis unanfechtbar versagt, so darf der Besitz über die Schusswaffen oder die Munition nach Ablauf der Antragsfrist oder nach der Versagung nicht mehr ausgeübt werden. § 45 Abs. 2 findet entsprechend Anwendung.

Abschnitt 6 Übergangsvorschriften, Verwaltungsvorschriften

§ 56 Altbesitz

(1) Soweit nicht nachfolgend Abweichendes bestimmt wird, gelten Erlaubnisse im Sinne des Waffengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. November 1996 (BGBl. I S. 1779), fort. Erlaubnisse zum Erwerb von Munition berechtigten auch zu deren Besitz.

(2) Eine auf Grund des Waffengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432) erteilte waffenrechtliche Erlaubnis für Kriegsschusswaffen tritt am ersten Tag des sechsten auf das Inkrafttreten dieses Gesetzes folgenden Monats außer Kraft.

(3) Ist über einen vor Inkrafttreten dieses Gesetzes gestellten Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 7 des Waffengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432) noch nicht entschieden worden, findet für die Entscheidung über den Antrag § 21 dieses Gesetzes Anwendung.

(4) Bescheinigungen nach § 6 Abs. 2 des Waffengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432) gelten im bisherigen Umfang als Bescheinigungen nach § 53 Abs. 2 dieses Gesetzes.

(5) Ausnahmegewilligungen nach § 37 Abs. 3 und § 57 Abs. 7 des Waffengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432) gelten in dem bisherigen Umfang als Ausnahmegewilligungen nach § 40 Abs. 3 dieses Gesetzes.

(6) Die nach § 40 Abs. 1 des Waffengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432) ausgesprochenen Verbote gelten in dem bisherigen Umfang als Verbote nach § 41 dieses Gesetzes.

(7) Hat jemand am [einsetzen: Tag des Inkrafttretens des Gesetzes] eine bislang nicht einem Verbot nach § 37 Abs. 1 des Waffengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432) unterliegende Waffe im Sinne der Anlage 2 Abschnitt 1 dieses Gesetzes besessen, so wird das Verbot nicht wirksam, wenn er diese Waffe [einsetzen: letzter Tag des vierten auf das Inkrafttreten des Gesetzes folgenden Monats] unbrauchbar macht, einem Berechtigten überlässt oder einen Antrag nach § 40 Abs. 3 dieses Gesetzes stellt. § 45 Abs. 3 Satz 2 und Abs. 5 findet entsprechend Anwendung.

(8) Wer eine bei Inkrafttreten dieses Gesetzes unberechtigt besessene Waffe bis zum Ende des fünften auf das Inkrafttreten folgenden Monats der zuständigen Behörde übergibt, wird nicht wegen eines Verstoßes gegen dieses Gesetz oder das Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432) verfolgt.

§ 57**Verwaltungsvorschriften**

Das Bundesministerium des Innern erlässt allgemeine Verwaltungsvorschriften über den Erwerb und das Führen von Schusswaffen durch Behörden und Bedienstete seines Geschäftsbereichs sowie über das Führen von Schusswaffen durch erheblich gefährdete Hoheitsträger im Sinne von § 53 Abs. 2; die anderen obersten Bundesbehörden und die Deutsche Bundesbank erlassen die Verwaltungsvorschriften für ihren Geschäftsbereich im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern.

Anlage 1 (zu § 1 Abs. 4) Begriffsbestimmungen**Abschnitt 1:****Waffen- und munitientechnische Begriffe,
Einstufung von Gegenständen****Unterabschnitt 1:****Schusswaffen**

1.

Schusswaffen im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 1

1.1

Schusswaffen

Schusswaffen sind Gegenstände, die zum Angriff oder zur Verteidigung, zur Signalgebung, zur Jagd, zur Distanzinjektion, zum Sport oder zum Spiel bestimmt sind und bei denen Geschosse durch einen Lauf getrieben werden.

1.2

Gleichgestellte Gegenstände

Den Schusswaffen stehen gleich tragbare Gegenstände,

1.2.1

die zum Abschießen von Munition für die in Nummer 1.1 genannten Zwecke bestimmt sind,

1.2.2

bei denen bestimmungsgemäß feste Körper gezielt verschossen werden, deren Antriebsenergie durch Muskelkraft eingebracht und durch eine Sperrvorrichtung gespeichert werden kann.

1.3

Wesentliche Teile von Schusswaffen, Schalldämpfer

Wesentliche Teile von Schusswaffen und Schalldämpfer stehen, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist, den Schusswaffen gleich, für die sie bestimmt sind. Dies gilt auch dann, wenn sie mit anderen Gegenständen verbunden sind und die Gebrauchsfähigkeit als Waffenteil nicht beeinträchtigt ist oder mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen wieder hergestellt werden kann.

Wesentliche Teile sind

1.3.1

der Lauf oder Gaslauf, der Verschluss sowie das Patronen- oder Kartuschenlager, wenn diese nicht bereits Bestandteil des Laufes sind; der Lauf ist ein aus einem ausreichend festen Werkstoff bestehender rohrförmiger Gegenstand, der Geschossen, die hindurchgetrieben werden, ein gewisses Maß an Führung gibt; der Gaslauf ist ein Lauf, der ausschließlich der Ableitung der Verbrennungsgase dient; der Verschluss ist das unmittelbar das Patronen- oder Kartuschenlager oder den Lauf abschließende Teil;

1.3.2

bei Schusswaffen, bei denen zum Antrieb ein entzündbares flüssiges oder gasförmiges Gemisch verwendet wird, auch die Verbrennungskammer und die Einrichtung zur Erzeugung des Gemisches;

1.3.3

bei Schusswaffen mit anderem Antrieb auch die Antriebs-

vorrichtung, sofern sie fest mit der Schusswaffe verbunden ist;

1.3.4

bei Kurzwaffen auch das Griffstück oder sonstige Waffenteile, soweit sie für die Aufnahme des Auslösemechanismus bestimmt sind;

1.3.5

als wesentliche Teile gelten auch vorgearbeitete wesentliche Teile von Schusswaffen sowie Teile/Reststücke wesentlicher Teile, wenn sie mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen fertiggestellt werden können;

1.3.6

Schalldämpfer sind Vorrichtungen, die der wesentlichen Dämpfung des Mündungsknalls dienen und für Schusswaffen bestimmt sind.

1.4

Unbrauchbar gemachte Schusswaffen

Die für Schusswaffen geltenden Vorschriften sind auf unbrauchbar gemachte Schusswaffen und auf aus Schusswaffen hergestellte Gegenstände anzuwenden, wenn

1.4.1

das Patronenlager nicht dauerhaft so verändert ist, dass weder Munition noch Treibladungen geladen werden können,

1.4.2

der Verschluss nicht dauerhaft funktionsunfähig gemacht worden ist,

1.4.3

in Griffstücken oder anderen wesentlichen Waffenteilen für Handfeuer-Kurzwaffen der Auslösemechanismus nicht dauerhaft funktionsunfähig gemacht worden ist,

1.4.4

bei Kurzwaffen der Lauf nicht auf seiner ganzen Länge, im Patronenlager beginnend,

– bis zur Laufmündung einen durchgehenden Längsschlitz von mindestens 4 mm Breite oder

– im Abstand von jeweils 3 cm, mindestens jedoch 3 kalibergroße Bohrungen oder

– andere gleichwertige Laufveränderungen

aufweist,

1.4.5

bei Langwaffen der Lauf in dem dem Patronenlager zugekehrten Drittel nicht

– mindestens 6 kalibergroße Bohrungen oder

– andere gleichwertige Laufveränderungen

aufweist und vor diesen in Richtung der Laufmündung mit einem kalibergroßen gehärteten Stahlstift dauerhaft verschlossen ist,

1.4.6

dauerhaft unbrauchbar gemacht ist eine Schusswaffe dann, wenn mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen die Schussfähigkeit der Waffe oder der wesentlichen Teile nicht wieder hergestellt werden kann.

1.5

Nachbildungen von Schusswaffen

Die für Schusswaffen geltenden Vorschriften sind auf Nachbildungen von Schusswaffen anzuwenden, wenn diese Gegenstände mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen so umgebaut oder verändert werden können, dass aus ihnen Munition, Ladungen oder Geschosse verschossen werden können. Nachbildungen sind nicht als Schusswaffen hergestellte Gegenstände, die die äußere Form einer Schusswaffe haben und aus denen nicht geschossen werden kann.

2.

Feuerwaffen sind die nachfolgend genannten Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse heiße Gase verwendet werden:

2.1

Schusswaffen nach Nummer 1.1,

2.2

Gegenstände nach Nummer 1.2.1.

2.3

Automatische Schusswaffen; dies sind Schusswaffen, die nach Abgabe eines Schusses selbsttätig erneut schussbereit werden und bei denen aus demselben Lauf durch einmalige Betätigung des Abzuges oder einer anderen Schussauslösvorrichtung mehrere Schüsse abgegeben werden können (Vollautomaten) oder durch einmalige Betätigung des Abzuges oder einer anderen Schussauslösvorrichtung jeweils nur ein Schuss abgegeben werden kann (Halbautomaten). Als automatische Schusswaffen gelten auch Schusswaffen, die mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen in automatische Schusswaffen geändert werden können. Als Vollautomaten gelten auch in Halbautomaten geänderte Vollautomaten, die mit den in Satz 2 genannten Hilfsmitteln wieder in Vollautomaten zurückgeändert werden können.

2.4

Repetierwaffen; dies sind Schusswaffen, bei denen nach Abgabe eines Schusses über einen von Hand zu betätigenden Mechanismus Munition aus einem Magazin in das Patronenlager nachgeladen wird.

2.5

Einzelladerwaffen; dies sind Schusswaffen ohne Magazin mit einem oder mehreren Läufen, die vor jedem Schuss aus demselben Lauf von Hand geladen werden.

2.6

Langwaffen; dies sind Schusswaffen, deren Lauf und Verschluss in geschlossener Stellung insgesamt länger als 30 cm sind und deren kürzeste bestimmungsgemäß verwendbare Gesamtlänge 60 cm überschreitet; Kurzwaffen sind alle anderen Schusswaffen.

2.7

Schreckschusswaffen; dies sind Schusswaffen mit einem Patronen- oder Kartuschenlager, die zum Abschießen von Kartuschenmunition bestimmt sind.

2.8

Reizstoffwaffen; dies sind Schusswaffen mit einem Patronen- oder Kartuschenlager, die zum Verschießen von Reiz- oder anderen Wirkstoffen bestimmt sind.

2.9

Signalwaffen; dies sind Schusswaffen mit einem Patronen- oder Kartuschenlager, die zum Verschießen von pyrotechnischer Munition bestimmt sind.

3.

Weitere Begriffe zu den wesentlichen Teilen

3.1

Austauschläufe sind Läufe für ein bestimmtes Waffenmodell oder -system, die ohne Nacharbeit ausgetauscht werden können.

3.2

Wechselläufe sind Läufe, die für eine bestimmte Waffe zum Austausch des vorhandenen Laufes vorgefertigt sind und die noch eingepasst werden müssen.

3.3

Einsteckläufe sind Läufe ohne eigenen Verschluss, die in die Läufe von Waffen größeren Kalibers eingesteckt werden können.

3.4

Wechseltrommeln sind Trommeln für ein bestimmtes Revolvermodell, die ohne Nacharbeit gewechselt werden können.

3.5

Wechselsysteme sind Wechselläufe einschließlich des für sie bestimmten Verschlusses.

3.6

Einstecksysteme sind Einsteckläufe einschließlich des für sie bestimmten Verschlusses.

3.7

Einsätze sind Teile mit der äußeren Form der Originalmunition der Schusswaffen, für die sie bestimmt sind, und einem Patronen- oder Kartuschenlager für die Aufnahme von Munition kleinerer Abmessungen.

4.

Sonstige Teile von Schusswaffen

Keine wesentlichen Teile von Schusswaffen und ihnen nicht gleichgestellt sind für Schusswaffen bestimmte

4.1

Vorrichtungen, die das Ziel beleuchten (z. B. Zielscheinwerfer) oder markieren (z.B. Laser oder Zielpunktprojektoren),

4.2

Nachtsichtgeräte und Nachtzielgeräte mit Montagevorrichtungen für Schusswaffen sowie Nachtsichtvorsätze und Nachtsichtaufsätze für Zielhilfsmittel (z.B. Zielfernrohre), sofern die Gegenstände einen Bildwandler oder eine elektronische Verstärkung besitzen.

Unterabschnitt 2:**Tragbare Gegenstände**

1.

Tragbare Gegenstände nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a sind insbesondere

1.1

Hieb- und Stoßwaffen (Gegenstände, die ihrem Wesen nach

dazu bestimmt sind, unter unmittelbarer Ausnutzung der Muskelkraft durch Hieb, Stoß, Stich, Schlag oder Wurf Verletzungen beizubringen),

1.2

Gegenstände,

1.2.1

die unter Ausnutzung einer anderen als mechanischen Energie durch körperliche Berührung Verletzungen beibringen (z. B. Elektroimpulsgeräte),

1.2.2

aus denen Reizstoffe versprüht oder ausgestoßen werden, die eine Reichweite bis zu 2 m haben (Reizstoffsprühgeräte),

1.2.3

bei denen in einer Entfernung von mehr als 2 m bei Menschen

- a) eine angriffsunfähig machende Wirkung durch ein gezieltes Versprühen oder Ausstoßen von Reiz- oder anderen Wirkstoffen oder
- b) eine gesundheitsschädliche Wirkung durch eine andere als kinetische Energie, insbesondere durch ein gezieltes Ausstrahlen einer elektromagnetischen Strahlung

hervorgerufen werden kann,

1.2.4

bei denen gasförmige, flüssige oder feste Stoffe den Gegenstand gezielt und brennend mit einer Flamme von mehr als 20 cm Länge verlassen,

1.2.5

bei denen leicht entflammbare Stoffe so verteilt und entzündet werden, dass schlagartig ein Brand entstehen kann,

1.2.6

die nach ihrer Beschaffenheit und Handhabung dazu bestimmt sind, durch Drosseln die Gesundheit zu schädigen,

1.3

Schleudern, die zur Erreichung einer höchstmöglichen Bewegungsenergie eine Armstütze oder eine vergleichbare Vorrichtung besitzen oder für eine solche Vorrichtung eingerichtet sind (Präzisionsschleudern) sowie Armstützen und vergleichbare Vorrichtungen für die vorbezeichneten Gegenstände.

2.

Tragbare Gegenstände im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b sind

2.1

Messer,

2.1.1

deren Klingen auf Knopf- oder Hebeldruck hervorschnellen und hierdurch festgestellt werden können (Springmesser),

2.1.2

deren Klingen beim Lösen einer Sperrvorrichtung durch ihre Schwerkraft oder durch eine Schleuderbewegung aus dem Griff hervorschnellen und selbsttätig festgestellt werden (Fallmesser),

2.1.3

mit einem quer zur feststehenden Klinge verlaufenden Griff, die bestimmungsgemäß in der geschlossenen Faust geführt oder eingesetzt werden (Faustmesser) und

2.1.4

Faltmesser mit zweigeteilten, schwenkbaren Griffen (Butterflymesser).

Unterabschnitt 3:

Munition und Geschosse

1.

Munition ist zum Verschießen aus Schusswaffen bestimmte

1.1

Patronenmunition (Hülsen mit Treibladungen, die ein Geschoss enthalten, und Geschosse mit Eigenantrieb),

1.2

Kartuschenmunition (Hülsen mit Treibladungen, die ein Geschoss nicht enthalten),

1.3

hülsenlose Munition (Treibladung mit oder ohne Geschoss, wobei die Treibladung eine den Innenabmessungen einer Schusswaffe oder eines Gegenstandes nach Unterabschnitt 1 Nr. 1.2 angepasste Form hat),

1.4

pyrotechnische Munition (Gegenstände, in denen explosionsgefährliche Stoffe oder Stoffgemische – pyrotechnische Sätze, Schwarzpulver – enthalten sind, die einen Licht-, Schall-, Rauch- oder ähnlichen Effekt erzeugen und keine zweckbestimmte Durchschlagskraft im Ziel entfalten); hierzu gehört

1.4.1

pyrotechnische Patronenmunition (Patronenmunition, bei der das Geschoss einen pyrotechnischen Satz enthält),

1.4.2

unpatronierte pyrotechnische Munition (Geschosse, die einen pyrotechnischen Satz enthalten, mit und ohne Eigenantrieb),

1.4.3

mit der Antriebsvorrichtung fest verbundene pyrotechnische Munition.

2.

Treibladungen sind die Hauptenergieträger, die als vorgefertigte Ladung oder in loser Form in Waffen nach Unterabschnitt 1 Nr. 1.1 oder Gegenstände nach Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.1 eingegeben werden und

– zum Antrieb von Geschossen oder Wirkstoffen oder

– zur Erzeugung von Schall- oder Lichtimpulsen

bestimmt sind.

3.

Geschosse im Sinne dieses Gesetzes sind als Waffen oder für Schusswaffen bestimmte

3.1

feste Körper,

3.2

gasförmige, flüssige oder feste Stoffe in Umhüllungen.

Abschnitt 2:

Waffenrechtliche Begriffe

Im Sinne dieses Gesetzes

1.

erwirbt eine Waffe oder Munition, wer die tatsächliche Gewalt darüber erlangt,

2.

besitzt eine Waffe oder Munition, wer die tatsächliche Gewalt darüber ausübt,

3.

überlässt eine Waffe oder Munition, wer die tatsächliche Gewalt darüber einem anderen einräumt,

4.

führt eine Waffe, wer die tatsächliche Gewalt darüber außerhalb seiner Wohnung, Geschäftsräume oder seines eigenen befriedeten Besitztums ausübt,

5.

verbringt eine Waffe oder Munition, in dessen Verantwortung und auf dessen Veranlassung diese Waffe oder Munition über die Grenze in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes transportiert wird,

6.

schießt, wer mit einer Schusswaffe Geschosse durch einen Lauf verschießt, Kartuschenmunition abschießt, mit Patronen- oder Kartuschenmunition Reiz- oder andere Wirkstoffe verschießt oder pyrotechnische Munition verschießt,

7.

betreibt Waffenherstellung, wer Schusswaffen oder Munition

7.1

herstellt; als Herstellen von Munition gilt auch das gewerbsmäßige Wiederladen von Hülsen,

7.2

bearbeitet oder instandsetzt; eine Schusswaffe wird insbesondere bearbeitet oder instandgesetzt, wenn sie verkürzt, in der Schussfolge verändert oder so geändert wird, dass andere Munition oder Geschosse anderer Kaliber aus ihr verschossen werden können, oder wenn wesentliche Teile, zu deren Einpassung eine Nacharbeit erforderlich ist, ausgetauscht werden; eine Schusswaffe wird weder bearbeitet noch instandgesetzt, wenn lediglich geringfügige Änderungen, insbesondere am Schaft oder an der Zieleinrichtung, vorgenommen werden,

8.

betreibt Waffenhandel, wer gewerbsmäßig oder selbstständig im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung Schusswaffen oder Munition ankauft, feilhält, Bestellungen entgegennimmt oder aufsucht, anderen überlässt oder den Erwerb, den Vertrieb oder das Überlassen vermittelt.

Abschnitt 3:

Einteilung der Schusswaffen oder Munition in die Kategorien A bis D nach der Waffenrichtlinie

1. Kategorie A

1.1

Kriegsschusswaffen der Nummern 29 und 30 der Kriegswaffenliste (Anlage zu § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen),

1.2

vollautomatische Schusswaffen,

1.3

als anderer Gegenstand getarnte Schusswaffen,

1.4

Pistolen- und Revolvermunition mit Expansivgeschossen sowie Geschosse für diese Munition mit Ausnahme solcher für Jagd- und Sportwaffen von Personen, die zur Benutzung dieser Waffen befugt sind.

2. Kategorie B

2.1

halbautomatische Kurz-Schusswaffen und kurze Repetier-Schusswaffen,

2.2

kurze Einzellader-Schusswaffen für Munition mit Zentralfeuerzündung,

2.3

kurze Einzellader-Schusswaffen für Munition mit Randfeuerzündung mit einer Gesamtlänge von weniger als 28 cm,

2.4

halbautomatische Lang-Schusswaffen, deren Magazin und Patronenlager mehr als drei Patronen aufnehmen kann,

2.5

halbautomatische Lang-Schusswaffen, deren Magazin und Patronenlager nicht mehr als drei Patronen aufnehmen kann und deren Magazin auswechselbar ist oder bei denen nicht sichergestellt ist, dass sie mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen nicht zu Waffen, deren Magazin und Patronenlager mehr als drei Patronen aufnehmen kann, umgebaut werden können,

2.6

lange Repetier-Schusswaffen und halbautomatische Schusswaffen mit glattem Lauf, deren Lauf nicht länger als 60 cm ist,

2.7

zivile halbautomatische Schusswaffen, die wie vollautomatische Kriegswaffen aussehen.

3. Kategorie C

3.1

andere lange Repetier-Schusswaffen als die unter 2.6 genannten,

3.2

lange Einzellader-Schusswaffen mit gezogenem Lauf/gezogenen Läufen,

3.3

andere halbautomatische Lang-Schusswaffen als die unter 2.4 bis 2.7 genannten,

3.4

kurze Einzellader-Schusswaffen für Munition mit Randfeuertzündung, aber ab einer Gesamtlänge von 28 cm.

4. Kategorie D

4.1

Lange Einzellader-Schusswaffen mit glattem Lauf/glattem Läufen.

Anlage 2 (zu § 2 Abs. 3)**Waffenliste****Abschnitt 1:****Verbotene Waffen**

Der Umgang mit folgenden Waffen ist verboten:

1.1

Waffen (§ 1 Abs. 2), mit Ausnahme halbautomatischer tragbarer Schusswaffen, die in der Anlage zum Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen (Kriegswaffenliste) in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. November 1990 (BGBl. I S. 2506) oder deren Änderungen aufgeführt sind, nach Verlust der Kriegswaffeneigenschaft;

1.2

Schusswaffen im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 1 nach Nummer 1.2.1 bis 1.2.3 und deren Zubehör nach Nr. 1.2.4, die

1.2.1

Vollautomaten im Sinne der Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.3 sind;

1.2.2

ihrer Form nach geeignet sind, einen anderen Gegenstand vorzutauschen oder die mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs verkleidet sind (z. B. Koppelschlosspistolen, Schießkugelschreiber, Stockgewehre, Taschenlampenpistolen);

1.2.3

über den für Jagd- und Sportzwecke allgemein üblichen Umfang hinaus zusammengeklappt, zusammengeschoben, verkürzt oder schnell zerlegt werden können;

1.2.4

für Schusswaffen bestimmte

1.2.4.1

Vorrichtungen sind, die das Ziel beleuchten (z. B. Zielscheinwerfer) oder markieren (z. B. Laser oder Zielpunktprojektoren);

1.2.4.2

Nachtsichtgeräte und Nachtzielgeräte mit Montagevorrichtung für Schusswaffen sowie Nachtsichtvorsätze und Nachtsichtaufsätze für Zielhilfsmittel (z. B. Zielfernrohre) sind, sofern die Gegenstände einen Bildwandler oder eine elektronische Verstärkung besitzen;

1.3

Tragbare Gegenstände im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a nach Nummer 1.3.1 bis 1.3.8

1.3.1

Hieb- oder Stoßwaffen, die ihrer Form nach geeignet sind, einen anderen Gegenstand vorzutauschen, oder die mit Gegenständen des täglichen Gebrauchs verkleidet sind;

1.3.2

Stahlruten, Totschläger oder Schlagringe;

1.3.3

sternförmige Scheiben, die nach ihrer Beschaffenheit und Handhabung zum Wurf auf ein Ziel bestimmt und geeignet sind, die Gesundheit zu beschädigen (Wurfsterne);

1.3.4

Gegenstände, bei denen leicht entflammbare Stoffe so verteilt und entzündet werden, dass schlagartig ein Brand entstehen kann;

1.3.5

Gegenstände mit Reiz- oder anderen Wirkstoffen, es sei denn, dass die Stoffe oder Gegenstände

- als gesundheitlich unbedenklich amtlich zugelassen sind,
- in der Reichweite und Sprühdauer begrenzt sind und
- zum Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit, der Reichweiten- und der Sprühdauerbegrenzung ein amtliches Prüfzeichen tragen;

1.3.6

Gegenstände, die unter Ausnutzung einer anderen als mechanischen Energie durch körperliche Berührung Verletzungen beibringen (z. B. Elektroimpulsgeräte), sofern sie nicht als gesundheitlich unbedenklich amtlich zugelassen sind und ein amtliches Prüfzeichen tragen zum Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit;

1.3.7

Schleudern, die zur Erreichung einer höchstmöglichen Bewegungsenergie eine Armstütze oder eine vergleichbare Vorrichtung besitzen oder für eine solche Vorrichtung eingerichtet sind (Präzisionsschleudern), sowie Armstützen und vergleichbare Vorrichtungen für die vorbezeichneten Gegenstände;

1.3.8

Gegenstände, die nach ihrer Beschaffenheit und Handhabung dazu bestimmt sind, durch Drosseln die Gesundheit zu schädigen;

1.4

Tragbare Gegenstände im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b nach Nummer 1.4.1 bis 1.4.3

1.4.1

Messer, deren Klingen auf Knopf- oder Hebeldruck hervorschnellen und hierdurch festgestellt werden können (Springmesser), ferner Messer, deren Klingen beim Lösen einer Sperrvorrichtung durch ihre Schwerkraft oder durch eine Schleuderbewegung aus dem Griff hervorschnellen und selbsttätig festgestellt werden (Fallmesser). Von Satz 1 ausgenommen sind Springmesser, wenn die Klinge seitlich aus dem Griff herauspringt und der aus der dem Griff herausragende Teil der Klinge

- höchstens 8,5 cm lang ist,
- in der Mitte mindestens eine Breite von 20 vom Hundert ihrer Länge aufweist,
- nicht zweiseitig geschliffen ist und
- einen durchgehenden Rücken hat, der sich zur Schneide hin verjüngt;

1.4.2

feststehende Messer mit einem quer zur Klinge verlaufenden Griff, die bestimmungsgemäß in der geschlossenen Faust geführt oder eingesetzt werden (Faustmesser);

1.4.3

Faltmesser mit zweigeteilten, schwenkbaren Griffen (Butterflymesser);

1.5

Munition und Geschosse nach Nummer 1.5.1 bis 1.5.6

1.5.1

Geschosse mit Betäubungsmitteln, die zu Angriffs- oder Verteidigungszwecken bestimmt sind;

1.5.2

Geschosse oder Kartuschenmunition mit Reizstoffen, die zu Angriffs- oder Verteidigungszwecken bestimmt sind ohne amtliches Prüfzeichen zum Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit;

1.5.3

Patronenmunition für Schusswaffen mit gezogenen Läufen, deren Geschosse im Durchmesser kleiner sind als die Felddurchmesser der dazu gehörigen Schusswaffen und die mit einer Treib- und Führungshülse umgeben sind, die sich nach Verlassen des Laufes vom Geschoss trennt;

1.5.4

Patronenmunition mit Geschossen, die einen Leuchtspur-, Brand- oder Sprengsatz oder einen Hartkern (mindestens 400 HB 30 – Brinellhärte – bzw. 421 HV – Vickershärte –) enthalten, ausgenommen pyrotechnische Munition, die bestimmungsgemäß zur Signalgebung bei der Gefahrenabwehr dient;

1.5.5

Knallkartuschen, Reiz- und sonstige Wirkstoffmunition nach Tabelle 5 der Maßtafeln nach § 1 Abs. 3 Satz 3 der Dritten Verordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 1991 (BGBl. I S. 3073), die zuletzt durch die Zweite Verordnung zur Änderung von waffenrechtlichen Verordnungen vom 24. Januar 2000 (BGBl. I S. 38) geändert wurde, in der jeweils geltenden Fassung (Maßtafeln), bei deren Verschießen in Entfernungen von mehr als 1,5 m vor der Mündung Verletzungen durch feste Bestandteile hervorgerufen werden können, ausgenommen Kartuschenmunition der Kaliber 16 und 12 mit einer Hülsenlänge von nicht mehr als 47 oder 49 mm;

1.5.6

Kleinschrotmunition, die in Lagern nach Tabelle 5 der Maßtafeln mit einem Durchmesser (P_1) bis 12,5 mm geladen werden kann.

Abschnitt 2:

Erlaubnispflichtige Waffen

Unterabschnitt 1:

Der Umgang, ausgenommen das Überlassen, mit Waffen im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 1 (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nummer 1 bis 4) und der dafür bestimmten Munition bedarf der Erlaubnis, soweit solche Waffen oder Munition nicht nach Unterabschnitt 2 für die dort bezeichneten Arten des Umgangs von der Erlaubnispflicht freigestellt sind. In Unterabschnitt 3 sind die Schusswaffen oder Munition aufgeführt, bei denen die Erlaubnis unter erleichterten Voraussetzungen erteilt wird.

Unterabschnitt 2:

1.

Erlaubnisfreier Erwerb und Besitz

1.1

Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden, wenn den Geschossen eine Bewegungsenergie von nicht mehr als 7,5 Joule erteilt wird und die das Kennzeichen nach Anlage 1 Abbildung 1 zur Ersten Verordnung zum Waffengesetz vom 24. Mai 1976 (BGBl. I S. 1285) in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung oder ein durch Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c bestimmtes Zeichen tragen;

1.2

Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden, die vor dem 2. April 1991 hergestellt und entsprechend den zu diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen in den Handel gebracht worden sind;

1.3

Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen, die der zugelassenen Bauart nach § 8 des Beschussgesetzes entsprechen und das Zulassungszeichen nach Anlage 1 Abbildung 2 zur Ersten Verordnung zum Waffengesetz vom 24. Mai 1976 (BGBl. I S. 1285) in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung oder ein durch Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c bestimmtes Zeichen tragen;

1.4

Munition für die in Nr. 1.3 bezeichneten Schusswaffen;

1.5

veränderte Langwaffen, die für Zier- oder Sammlerzwecke, zu Theateraufführungen, Film- oder Fernsehaufnahmen bestimmt sind, wenn sie die nachstehenden Anforderungen erfüllen:

- das Patronenlager muss dauerhaft so verändert sein, dass keine Patronen- oder pyrotechnische Munition geladen werden kann,
- der Lauf muss in dem dem Patronenlager zugekehrten Drittel mindestens sechs kalibergroße, nach vorn gerichtete unverdeckte Bohrungen oder andere gleichwertige Laufveränderungen aufweisen und vor diesen in Richtung der Laufmündung mit einem kalibergroßen gehärteten Stahlstift dauerhaft verschlossen sein,
- der Lauf muss mit dem Gehäuse fest verbunden sein, sofern es sich um Waffen handelt, bei denen der Lauf ohne Anwendung von Werkzeugen ausgetauscht werden kann, und

die Änderungen müssen so vorgenommen sein, dass sie nicht mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen rückgängig gemacht und die Gegenstände nicht so geändert werden können, dass aus ihnen Geschosse, Patronen- oder pyrotechnische Munition verschossen werden können;

1.6

Schusswaffen, die vor dem 1. April 1976 entsprechend den Anforderungen des § 3 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz vom 19. Dezember 1972 (BGBl. I S. 2522) verändert worden sind;

1.7

einläufige Einzelladerwaffen mit Zündhütchenzündung (Perkussionswaffen), deren Modell vor dem 1. Januar 1871 entwickelt worden ist;

1.8

Schusswaffen mit Luntен- oder Funkenzündung, deren Modell vor dem 1. Januar 1871 entwickelt worden ist;

1.9

Schusswaffen mit Zündnadelzündung;

1.10

von den tragbaren Gegenständen, bei denen bestimmungsgemäß feste Körper gezielt verschossen werden, deren Antriebsenergie durch Muskelkraft eingebracht und durch eine Sperrvorrichtung gespeichert werden kann, nur Armbrüste;

1.11

Patronen- oder Kartuschenmunition mit Ausnahme von Schwarzpulverpresslingen für die in Nummer 1.5 bis 1.9 bezeichneten Schusswaffen sowie für Schussapparate nach § 7 des Beschussgesetzes;

1.12

pyrotechnische Munition, die das Zulassungszeichen nach Anlage II Abbildung 7 zur Dritten Verordnung zum Waffengesetz mit der Klassenbezeichnung PM I trägt.

2.**Erlaubnisfreier Erwerb und Besitz durch Inhaber einer Waffenbesitzkarte**

2.1

Wechsel- und Austauschläufe gleichen oder geringeren Kalibers einschließlich der für diese Läufe erforderlichen auswechselbaren Verschlüsse (Wechselsysteme);

2.2

Wechsellrommeln, aus denen nur Munition verschossen werden kann, bei der gegenüber der für die Waffe bestimmten Munition Geschossdurchmesser und höchstzulässiger Gebrauchsgasdruck gleich oder geringer sind (Maßtafeln);

2.3

Einsteckläufe und dazugehörige Verschlüsse (Einstecksysteme) sowie Einsätze, die dazu bestimmt sind, Munition mit kleinerer Abmessung zu verschießen, und die keine Einsteckläufe sind;

für Schusswaffen, die bereits in der Waffenbesitzkarte des Inhabers einer Erlaubnis eingetragen sind.

3.**Erlaubnisfreies Führen**

3.1

Schusswaffen mit Luntен- oder Funkenzündung;

3.2

von den tragbaren Gegenständen, bei denen bestimmungsgemäß feste Körper gezielt verschossen werden, deren Antriebsenergie durch Muskelkraft eingebracht und durch eine Sperrvorrichtung gespeichert werden kann, nur Armbrüste;

3.3

Schusswaffen nach Abschnitt 3 Unterabschnitt 2, die als getreue Nachahmungen im Sinne der vorgenannten Nummern nicht vom Waffengesetz ausgenommen sind.

4.**Erlaubnisfreier Handel und erlaubnisfreie Herstellung**

4.1

Schusswaffen mit Luntен- oder Funkenzündung;

4.2

von den tragbaren Gegenständen, bei denen bestimmungsgemäß feste Körper gezielt verschossen werden, deren Antriebsenergie durch Muskelkraft eingebracht und durch eine Sperrvorrichtung gespeichert werden kann, nur Armbrüste.

5.**Erlaubnisfreier Handel**

5.1

Einläufige Einzelladerwaffen mit Zündhütchenzündung (Perkussionswaffen), deren Modell vor dem 1. Januar 1871 entwickelt worden ist;

5.2

Schusswaffen mit Zündnadelzündung.

6.**Erlaubnisfreie nichtgewerbsmäßige Herstellung**

6.1

Munition.

7.**Erlaubnisfreies Verbringen in den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes**

7.1

Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden, sofern sie den Voraussetzungen der Nummer 1.1, 1.2 oder 1.3 entsprechen;

7.2

Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen, die der zugelassenen Bauart nach § 8 des Beschussgesetzes entsprechen und das Zulassungszeichen nach Anlage 1 Abbildung 2 zur Ersten Verordnung zum Waffengesetz vom 24. Mai 1976 (BGBl. I S. 1285) in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung oder ein durch Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c bestimmtes Zeichen tragen;

7.3

veränderte Langwaffen, die für Zier- oder Sammlerzwecke, zu Theateraufführungen, Film- oder Fernsehaufnahmen bestimmt sind, wenn sie die Anforderungen der Nummer 1.5 erfüllen;

7.4

Schusswaffen, die vor dem 1. April 1976 entsprechend den Anforderungen des § 3 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz vom 19. Dezember 1972 (BGBl. I S. 2522) verändert worden sind;

7.5

Munition für die in Nummer 7.2 bezeichneten Waffen;

7.6

einläufige Einzelladerwaffen mit Zündhütchenzündung (Perkussionswaffen), deren Modell vor dem 1. Januar 1871 entwickelt worden ist;

7.7

Schusswaffen mit Lunten- oder Funkenzündung;

7.8

von den tragbaren Gegenständen, bei denen bestimmungsgemäß feste Körper gezielt verschossen werden, deren Antriebsenergie durch Muskelkraft eingebracht und durch eine Sperrvorrichtung gespeichert werden kann, nur Armbrüste;

7.9

pyrotechnische Munition, die das Zulassungszeichen nach Anlage II Abbildung 7 zur Dritten Verordnung zum Waffengesetz mit der Klassenbezeichnung PM I trägt.

8.

Erlaubnisfreies Verbringen aus dem Geltungsbereich des Gesetzes in einen Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist

Sämtliche Waffen im Sinne des § 1 Abs. 2.

Unterabschnitt 3:**Erleichterte Erteilung der Erlaubnis****1.****Erwerb und Besitz ohne Bedürfnisnachweis****(§ 4 Abs. 1 Nr. 4)**

1.1

Feuerwaffen, deren Geschossen eine Bewegungsenergie von nicht mehr als 7,5 Joule erteilt wird und die das Kennzeichen nach Anlage 1 Abbildung 1 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz vom 24. Mai 1976 (BGBl. I S. 1285) in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes geltenden Fassung oder ein durch Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe c bestimmtes Zeichen tragen;

1.2

für Waffen nach Nr. 1.1 bestimmte Munition.

2.**Führen ohne Sachkunde-, Bedürfnis- und Haftpflichtversicherungsnachweis (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 bis 5)**

2.1

Waffen nach Unterabschnitt 2 Nr. 1.3.

Unterabschnitt 4:

Der Umgang mit Waffen nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a bedarf keiner Erlaubnis.

Abschnitt 3:

Vom Gesetz ganz oder teilweise ausgenommene Waffen.

Unterabschnitt 1:**Vom Gesetz mit Ausnahme von § 3 Abs. 1 und § 41 ausgenommene Waffen**

Unterwassersportgeräte, bei denen zum Antrieb der Geschosse keine Munition verwendet wird (Harpunengeräte).

Unterabschnitt 2:**Vom Gesetz ausgenommene Waffen**

1.

Schusswaffen (Anlage 1 Abschnitt 1 Nr. 1.1), die zum Spiel bestimmt sind, wenn aus ihnen nur Geschosse verschossen werden können, denen eine Bewegungsenergie von nicht mehr als 0,08 Joule (J) erteilt wird, es sei denn,

- sie können mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen so geändert werden, dass die Bewegungsenergie der Geschosse über 0,08 Joule steigt oder
- sie sind getreue Nachahmungen von Schusswaffen, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf.

2.

Schusswaffen, bei denen feste Körper mittelbar durch Muskelkraft angetrieben werden, wenn sie nicht

- tragbare Gegenstände sind, bei denen bestimmungsgemäß feste Körper gezielt verschossen werden und deren Antriebsenergie durch Muskelkraft eingebracht und durch eine Sperrvorrichtung gespeichert werden kann, oder
- getreue Nachahmungen von Schusswaffen sind, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf.

3.

In Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.1 oder 1.2.1 bezeichnete Gegenstände, die zum Spiel bestimmt sind, wenn mit ihnen nur Zündblättchen, -bänder, -ringe (Amorces) oder Knallkorken abgeschossen werden können, es sei denn,

- sie können mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen in eine Schusswaffe oder einen anderen, einer Schusswaffe gleichstehenden Gegenstand umgearbeitet werden oder
- sie sind getreue Nachahmungen von Schusswaffen, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf.

4.

Schusswaffen, die vor dem [einsetzen: Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes] entsprechend den Anforderungen der Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.4 in der bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Fassung unbrauchbar gemacht worden sind.

Artikel 2**Gesetz über die Prüfung und Zulassung von
Feuerwaffen, Böllern, Geräten, bei denen zum
Antrieb Munition verwendet wird, sowie von
Munition und sonstigen Waffen
(Beschussgesetz – BeschG)****Inhaltsübersicht****Abschnitt 1****Allgemeine Bestimmungen**

- § 1 Zweck, Anwendungsbereich
 § 2 Beschusstechnische Begriffe

Abschnitt 2**Prüfung und Zulassung**

- § 3 Beschusspflicht für Feuerwaffen und Böller
 § 4 Ausnahmen von der Beschusspflicht
 § 5 Beschussprüfung
 § 6 Prüfzeichen
 § 7 Zulassung von Schussapparaten, Einsteckläufen und nicht der Beschusspflicht unterliegenden Feuerwaffen, Systemprüfungen von Schussapparaten und der in ihnen zu verwendenden Kartuschenmunition
 § 8 Zulassung von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen
 § 9 Anzeige, Prüfung, Zulassung von sonstigen Waffen und Kartuschenmunition mit Reizstoffen
 § 10 Zulassung von pyrotechnischer Munition
 § 11 Zulassung sonstiger Munition
 § 12 Überlassen und Verwenden beschuss- oder zulassungspflichtiger Gegenstände
 § 13 Ausnahmen in Einzelfällen
 § 14 Ermächtigungen

Abschnitt 3**Sonstige beschussrechtliche Vorschriften**

- § 15 Beschussrat
 § 16 Kosten
 § 17 Auskunftspflichten und besondere behördliche Befugnisse im Rahmen der Überwachung
 § 18 Inhaltliche Beschränkungen, Nebenbestimmungen und Anordnungen
 § 19 Rücknahme und Widerruf
 § 20 Zuständigkeiten
 § 21 Bußgeldvorschriften

Abschnitt 4**Übergangsvorschriften**

- § 22 Übergangsvorschriften

Abschnitt 1**Allgemeine Bestimmungen****§ 1****Zweck, Anwendungsbereich**

(1) Dieses Gesetz regelt die Prüfung und Zulassung von

1. Feuerwaffen, Böllern, Geräten, bei denen zum Antrieb Munition oder hülsenlose Treibladungen verwendet werden, einschließlich deren höchstbeanspruchten Teilen,
2. Munition und
3. sonstigen Waffen

zum Schutz der Benutzer und Dritter bei bestimmungsgemäßer Verwendung.

(2) Dieses Gesetz ist nicht anzuwenden auf

1. Feuerwaffen, die zum Verschießen von Munition bestimmt sind, bei der die Ladung nicht schwerer als 15 mg ist,
2. veränderte Schusswaffen nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.4 des Waffengesetzes vom [einsetzen: Tag der Verkündung] in der jeweils geltenden Fassung,
3. die Lagerung der in Absatz 1 bezeichneten Gegenstände in verschlossenen Zolllagern oder in Freizonen.

(3) Der Bauartzulassung unterliegen bei

1. nicht tragbaren Selbstschussgeräten,
2. anderen nicht tragbaren Geräten, in denen zum Antrieb hülsenlose Treibladungen oder Spezialmunition nach einer Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 1 Nr. 1¹⁾ verwendet werden und die für technische Zwecke bestimmt sind,

nur die Auslösevorrichtungen und die Teile des Gerätes, die dem Druck der Pulvergase unmittelbar ausgesetzt sind. Geräte nach Satz 1 Nr. 2 können außerdem der Einzelbeschussprüfung unterzogen werden.

§ 2**Beschusstechnische Begriffe**

(1) Feuerwaffen im Sinne dieses Gesetzes sind

1. Schusswaffen, bei denen ein Geschoss mittels heißer Gase durch den Lauf getrieben wird, oder
2. Geräte zum Abschießen von Munition oder hülsenlosen Treibladungen, bei denen kein Geschoss durch den Lauf getrieben wird.

(2) Höchstbeanspruchte Teile im Sinne dieses Gesetzes sind

¹⁾ [Tabelle 7 der Maßtafeln, veröffentlicht im Bundesanzeiger 38a vom 24. Februar 2000, nach § 1 Abs. 3 Satz 3 der Dritten Verordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 1991 (BGBl. I S. 3073), zuletzt geändert durch die Zweite Verordnung zur Änderung von waffenrechtlichen Verordnungen vom 24. Januar 2000 (BGBl. I S. 38) in der jeweils geltenden Fassung (Maßtafeln)].

1. der Lauf; dabei sind
 - a) Austauschläufe Läufe für ein bestimmtes Waffenmodell oder -system, die ohne Nacharbeit ausgetauscht werden können,
 - b) Wechselläufe Läufe, die für eine bestimmte Waffe zum Austausch des vorhandenen Laufs vorgefertigt sind und die noch eingepasst werden müssen,
 - c) Einsteckläufe Läufe ohne eigenen Verschluss, die in die Läufe von Waffen größeren Kalibers eingesteckt werden können;
2. der Verschluss als das unmittelbar das Patronen- oder Kartuschenlager oder den Lauf abschließende Teil;
3. das Patronen- oder Kartuschenlager, wenn dieses nicht bereits Bestandteil des Laufes ist;
4. bei Schusswaffen und Geräten nach § 1 Abs. 3, bei denen zum Antrieb ein entzündbares flüssiges oder gasförmiges Gemisch verwendet wird, die Verbrennungskammer und die Einrichtung zur Erzeugung des Gemisches;
5. bei Schusswaffen mit anderem Antrieb und Geräten nach § 1 Abs. 3 die Antriebsvorrichtung, sofern sie fest mit der Schusswaffe oder dem Gerät verbunden ist;
6. bei Kurz Waffen das Griffstück oder sonstige Waffenteile, soweit sie für die Aufnahme des Auslösemechanismus bestimmt sind;
7. Trommeln für ein bestimmtes Revolvermodell, die ohne Nacharbeit gewechselt werden können (Wechseltrommeln).

(3) Böller im Sinne dieses Gesetzes sind Geräte, die ausschließlich zur Erzeugung des Schussknalls bestimmt sind und die keine Feuerwaffen oder Geräte zum Abschießen von Munition sind. Böller sind auch nichttragbare Geräte für Munition nach einer Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 1 Nr. 1²⁾. Gasböller sind Böller, bei denen die Erzeugung des Schussknalls durch die Explosion bestimmter Gase bewirkt wird.

(4) Schussapparate im Sinne dieses Gesetzes sind tragbare Geräte, die für gewerbliche oder technische Zwecke bestimmt sind und bei denen zum Antrieb Munition verwendet wird.

(5) Munition im Sinne dieses Gesetzes ist die in Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 zum Waffengesetz in seiner jeweils geltenden Fassung genannte Munition, Treibladungen und Geschosse.

(6) Weißfertig im Sinne dieses Gesetzes sind Gegenstände, wenn alle materialschwächenden oder -verändernden Arbeiten, ausgenommen die üblichen Gravurarbeiten, beendet sind.

(7) Soweit dieses Gesetz waffentechnische oder waffenrechtliche Begriffe verwendet, sind die Begriffsbestimmungen des Waffengesetzes in seiner jeweils geltenden Fassung maßgeblich.

Abschnitt 2 Prüfung und Zulassung

§ 3

Beschusspflicht für Feuerwaffen und Böller

(1) Wer Feuerwaffen, Böller sowie höchstbeanspruchte Teile, die ohne Nacharbeit ausgetauscht werden können, herstellt oder in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt, hat sie, bevor er sie in den Verkehr bringt, durch Beschuss amtlich prüfen zu lassen. Satz 1 gilt nicht für Gasböller, die gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 in ihrer Bauart und Bezeichnung zugelassen sind. Wird eine Feuerwaffe aus bereits geprüften höchstbeanspruchten Teilen zusammengesetzt, so ist die fertige Waffe amtlich zu prüfen, wenn einzelne Teile zu ihrer Einpassung der Nacharbeit bedürfen oder nicht mit dem für diese Waffe vorgeschriebenen Beschussgasdruck beschossen sind.

(2) Wer an einer Feuerwaffe oder einem Böller, die nach Absatz 1 geprüft sind, ein höchstbeanspruchtes Teil austauscht, verändert oder instandsetzt, hat den Gegenstand erneut durch Beschuss amtlich prüfen zu lassen. Dies gilt nicht für Feuerwaffen, deren höchstbeanspruchte Teile ohne Nacharbeit lediglich ausgetauscht worden sind, sofern alle höchstbeanspruchten Teile mit dem für diese Waffen vorgeschriebenen Beschussgasdruck beschossen worden sind.

§ 4

Ausnahmen von der Beschusspflicht

(1) Von der Beschusspflicht sind ausgenommen:

1. Feuerwaffen und deren höchstbeanspruchte Teile, deren Bauart nach § 7 der Zulassung bedarf,
2. Schusswaffen mit einem Patronen- oder Kartuschenlager mit einem Durchmesser kleiner als 6 mm und einer Länge kleiner als 7 mm sowie zum einmaligen Gebrauch bestimmte höchstbeanspruchte Teile von Schusswaffen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1, soweit die Bauart nach § 7 oder § 8 der Zulassung bedarf,
3. Feuerwaffen, die
 - a) zu Prüf-, Mess- oder Forschungszwecken von wissenschaftlichen Einrichtungen und Behörden, Waffen- oder Munitionsherstellern bestimmt sind,
 - b) vor dem 1. Januar 1891 hergestellt und nicht verändert worden sind,
 - c) aa) vorübergehend nach § 30 oder § 33 des Waffengesetzes oder
 - bb) zur Lagerung in einem verschlossenen Zolllager in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden oder
 - d) für die obersten Bundes- und Landesbehörden und die Deutsche Bundesbank, die Bundeswehr und die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Streitkräfte, die Polizeien des Bundes und der Länder sowie die Zollverwaltung hergestellt und ihnen überlassen werden, wenn die nach diesem Gesetz erforderliche Beschussprüfung durch die jeweils zuständige Stelle sichergestellt ist,

²⁾ (Tabelle 5 der Maßtafeln, veröffentlicht im Bundesanzeiger 38a vom 24. Februar 2000).

4. höchstbeanspruchte Teile von im Fertigungsprozess befindlichen Feuerwaffen nach § 3 Abs. 1 sowie vorgearbeitete höchstbeanspruchte Teile und Laufrohlinge.

(2) Eine Beschusspflicht nach § 3 besteht nicht für Feuerwaffen und höchstbeanspruchte Teile, die das Beschusszeichen eines Staates tragen, mit dem die gegenseitige Anerkennung der Beschusszeichen vereinbart ist.

(3) Die Bundesregierung kann durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, eine dem Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe d entsprechende Regelung für sonstige Dienststellen des Bundes treffen. Die Bundesregierung kann die Befugnis nach Satz 1 durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, auf eine andere Bundesbehörde übertragen.

(4) Die Landesregierungen können durch Rechtsverordnung eine dem Absatz 3 Satz 1 entsprechende Regelung für Dienststellen des Landes treffen. Die Landesregierungen können die Befugnis nach Satz 1 durch Rechtsverordnung auf andere Landesbehörden übertragen.

§ 5 Beschussprüfung

(1) Bei dem Beschuss von Feuerwaffen ist zu prüfen, ob

1. die höchstbeanspruchten Teile der Feuerwaffe der Beanspruchung standhalten, der sie bei der Verwendung der zugelassenen Munition oder der festgelegten Ladung ausgesetzt werden (Haltbarkeit),
2. die Verschlusseinrichtung, die Sicherung und die Zündeinrichtung sowie bei halbautomatischen Schusswaffen der Lademechanismus einwandfrei arbeiten und die Waffe sicher geladen, geschlossen und abgefeuert werden kann (Funktionssicherheit),
3. die Abmessungen des Patronen- oder Kartuschenlagers, der Verschlussabstand, die Maße des Übergangs, der Feld- und Zugdurchmesser oder des Laufquerschnitts bei gezogenen Läufen und der Laufinnendurchmesser bei glatten Läufen den Nenngrößen einer nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 erlassenen Rechtsverordnung entsprechen (Maßhaltigkeit) und
4. die nach § 24 Abs. 1 und 2 des Waffengesetzes vom [einsetzen: Tag der Verkündung des Waffengesetzes] oder die auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 25 Abs. 1 des Waffengesetzes vorgeschriebene Kennzeichnung auf der Waffe angebracht ist.

(2) Auf Antrag ist der Beschuss von Schusswaffen mit glatten Läufen mit einem erhöhten Gasdruck (verstärkter Beschuss) oder mit Stahlschrotmunition vorzunehmen.

(3) Bei dem Beschuss von Böllern ist zu prüfen, ob

1. die höchstbeanspruchten Teile der Beanspruchung standhalten, der sie bei der Verwendung der vorgeschriebenen Ladung ausgesetzt werden (Haltbarkeit),
2. die Verschlusseinrichtung und die Abzugseinrichtung einwandfrei arbeiten und der Böller sicher geladen, geschlossen und abgefeuert werden kann (Funktionssicherheit),
3. die Rohrinne Durchmesser, Länge und Durchmesser des Kartuschenlagers, der Zündkanal Durchmesser den Be-

stimmungen einer nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 erlassenen Rechtsverordnung entsprechen (Maßhaltigkeit),

4. die durch eine Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes vorgeschriebene Kennzeichnung auf dem Böller angebracht ist.

§ 6 Prüfzeichen

(1) Feuerwaffen, Böller und deren höchstbeanspruchte Teile sind mit dem amtlichen Beschusszeichen zu versehen, wenn sie mindestens weißfertig sind und die Beschussprüfung keine Beanstandung ergeben hat. Andernfalls sind sie mit dem amtlichen Rückgabezeichen zu versehen. Höchstbeanspruchte Teile, die nicht mehr instand gesetzt werden können, sind als unbrauchbar zu kennzeichnen.

(2) In den Fällen des § 4 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe d sind die Gegenstände mit einem Prüfzeichen der jeweils zuständigen Stelle zu versehen.

§ 7 Zulassung von Schussapparaten, Einsteckläufen und nicht der Beschusspflicht unterliegenden Feuerwaffen, Systemprüfungen von Schussapparaten und der in ihnen zu verwendenden Kartuschenmunition

(1) Schussapparate, Zusatzgeräte für diese Apparate, Gasböller, Einsätze für Munition mit kleinerer Abmessung sowie Einsteckläufe ohne eigenen Verschluss für Munition mit dem zulässigen höchsten Gebrauchsgasdruck dürfen als serienmäßig hergestellte Stücke nur dann in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht oder gewerbsmäßig hergestellt werden, wenn sie ihrer Bauart und Bezeichnung nach von der zuständigen Stelle zugelassen sind. Gleiches gilt für Schusswaffen

1. mit einem Patronen- oder Kartuschenlager bis zu 5 mm Durchmesser und bis zu 15 mm Länge oder mit einem Patronen- oder Kartuschenlager kleiner als 6 mm Durchmesser und kleiner als 7 mm Länge, bei denen dem Geschoss eine Bewegungsenergie von nicht mehr als 7,5 Joule erteilt wird, oder
2. zum einmaligen Abschießen von Munition oder eines festen oder flüssigen Treibmittels.

Bei Schussapparaten, die für die Verwendung magazinerter Kartuschen bestimmt sind und in denen der Gasdruck auf einen Kolben als Geräteteil wirkt, gehört zur Bauartzulassung auch eine Systemprüfung, durch die die Eignung der zu verwendenden Kartuschenmunition im Gerät festgelegt wird. Kartuschenmunition zur Verwendung in Geräten nach Satz 3 ist einer Systemprüfung zu unterziehen.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Schussapparate, Einsteckläufe und Feuerwaffen, die ein anerkanntes Prüfzeichen eines Staates tragen, mit dem die gegenseitige Anerkennung der Prüfzeichen vereinbart ist.

(3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. die Bauart nicht haltbar, nicht funktionssicher oder nicht maßhaltig ist oder
2. es sich um eine Schusswaffe nach Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 handelt, die mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen

so verändert werden kann, dass die Bewegungsenergie auf mehr als 7,5 Joule erhöht wird.

(4) Die Zulassung der Bauart eines Schussapparates ist zu versagen, wenn

1. aus ihm zugelassene Patronenmunition verschossen werden kann,
2. er so beschaffen ist, dass Personen, die sich bei der Verwendung des Schussapparates in seinem Gefahrenbereich befinden, bei ordnungsgemäßer Verwendung mehr als unvermeidbar gefährdet oder belästigt werden,
3. mit ihm entgegen seiner Bestimmung in den freien Raum gezielt geschossen werden kann oder
4. der Antragsteller nicht nachweist, dass er über die für die Durchführung von Wiederholungsprüfungen erforderlichen Einrichtungen verfügt.

§ 8

Zulassung von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen

(1) Schusswaffen mit einem Patronen- oder Kartuschenlager bis 12,5 mm Durchmesser und tragbare Geräte nach § 2 Abs. 1 Nr. 2 ohne Patronen- oder Kartuschenlager, die zum

1. Abschießen von Kartuschenmunition,
2. Verschießen von Reiz- oder anderen Wirkstoffen oder
3. Verschießen von pyrotechnischer Munition bestimmt sind, sowie Zusatzgeräte zu diesen Waffen zum Verschießen pyrotechnischer Geschosse

dürfen nur dann in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht oder gewerbsmäßig hergestellt werden, wenn sie ihrer Bauart und Bezeichnung nach von der zuständigen Stelle zugelassen sind.

(2) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. Patronenmunition in den freien Raum abgeschossen werden kann und die Geschosse mehr als 7,5 Joule erreichen,
2. vorgeladene Geschosse verschossen werden können und ihnen eine Bewegungsenergie von mehr als 7,5 Joule erteilt wird,
3. der Gaslauf der Waffe einen Innendurchmesser von weniger als 7 mm hat,
4. mit der Waffe nach Umarbeitung mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen die in Nummer 1 oder 2 bezeichnete Wirkung erreicht werden kann,
5. die Waffe oder das Zusatzgerät den technischen Anforderungen an die Bauart nicht entspricht oder
6. den Anforderungen einer Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 3 entsprechende Patronenmunition nach den Maßtabellen in die Kartuschenlager geladen und darin abgefeuert werden kann.

(3) Hat die Schusswaffe ein Patronen- oder Kartuschenlager mit einem Durchmesser kleiner als 6 mm und einer Länge kleiner als 7 mm, so ist die Zulassung der Bauart ferner zu versagen, wenn die Bauart nicht haltbar, nicht funktionsicher oder nicht maßhaltig ist. Das Gleiche gilt für

höchstbeanspruchte Teile von Handfeuerwaffen nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 bis 3, die zum einmaligen Gebrauch bestimmt sind.

§ 9

Anzeige, Prüfung, Zulassung von sonstigen Waffen und Kartuschenmunition mit Reizstoffen

(1) Wer

1. Schusswaffen nach Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.5 zum Waffengesetz,
2. unbrauchbar gemachte Schusswaffen oder aus Schusswaffen hergestellte Gegenstände

eines bestimmten Modells gewerbsmäßig erstmals herstellen oder in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringen will, hat dies der zuständigen Stelle zwei Monate vorher schriftlich anzuzeigen und den Gegenstand zur Prüfung und Zulassung einzureichen. Soweit es sich nicht um Einzelstücke handelt, ist der Stelle ein Muster und eine Abbildung, eine Beschreibung der Handhabung und der Konstruktion sowie der verwendeten Stoffe oder der zur Änderung nach Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.5 zum Waffengesetz benutzten Werkstoffe unter Angabe der Arbeitstechnik in deutscher Sprache zu überlassen. Die Stelle unterrichtet die Physikalisch-Technische Bundesanstalt schriftlich vom Ergebnis der Prüfung.

(2) Wer

1. Schusswaffen, die weder einer Prüfung nach § 3 noch einer Bauartzulassung nach § 7 unterliegen,
2. Gegenstände nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2.1 zum Waffengesetz,
3. Gegenstände nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2.2 zum Waffengesetz oder
4. Kartuschenmunition mit Reizstoffen

eines bestimmten Modells gewerbsmäßig erstmals herstellen oder in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringen will, hat dies der zuständigen Stelle zwei Monate vorher schriftlich anzuzeigen. Der Anzeige sind beizufügen ein Muster, eine Beschreibung der Handhabung und der Konstruktion. Die verwendeten Inhaltsstoffe sind zu benennen.

(3) Der Anzeige nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 bis 3 ist darüber hinaus eine Erklärung des Herstellers oder seines Bevollmächtigten in der Europäischen Union beizufügen,

1. dass der Gegenstand den Anforderungen der Richtlinie 98/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten für Maschinen (ABl. EG Nr. L 207/1) – Maschinenrichtlinie – in der jeweils geltenden Fassung entspricht,
2. ob und wie der Anwender die Leistung der Waffe verändern kann,
3. dass es sich im Falle des Absatzes 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 um einen Gegenstand handelt, bei dessen Verwendung keine Gefahren für das Leben zu erwarten sind.

(4) Die zuständige Stelle kann für Gegenstände nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2.1 und 1.2.2 zum Waffengesetz, für die in § 14 Abs. 4 und 6 bezeichneten Ge-

genstände sowie für Geschosse, Kartuschenmunition, Stoffe und sonstige Gegenstände mit Reizstoffen die erforderlichen Maßnahmen anordnen, um sicherzustellen, dass diese Gegenstände nicht abweichend von dem geprüften Muster oder entgegen den festgelegten Anforderungen vertrieben oder anderen überlassen werden. Sie kann die nach Absatz 3 gemachten Angaben prüfen oder mit der Prüfung oder Teilprüfung andere Fachinstitute beauftragen.

(5) Werden die in Absatz 1 und 2 bezeichneten Geräte durch eine staatliche Stelle ihrer Bauart nach zugelassen und umfasst die Bauartzulassung die vorgeschriebenen Prüfungen, tritt die Bauartzulassung an Stelle dieser Prüfungen.

§ 10

Zulassung von pyrotechnischer Munition

(1) Pyrotechnische Munition einschließlich der mit ihr fest verbundenen Antriebsvorrichtung darf nur dann in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht oder gewerbsmäßig hergestellt werden, wenn sie ihrer Beschaffenheit, Zusammensetzung und Bezeichnung nach von der zuständigen Behörde zugelassen ist.

(2) Bei pyrotechnischer Munition, die nach Absatz 1 zugelassen ist, sind neben der gesetzlich vorgeschriebenen Kennzeichnung die Verwendungshinweise anzubringen. Soweit sich die Verwendungshinweise auf der einzelnen Munition nicht anbringen lassen, sind sie auf der kleinsten Verpackungseinheit anzubringen.

(3) Die Zulassung ist zu versagen,

1. soweit der Schutz von Leben, Gesundheit oder Sachgütern des Benutzers oder Dritter bei bestimmungsgemäßer Verwendung nicht gewährleistet ist,
2. wenn die Munition den Anforderungen an die Zusammensetzung, Beschaffenheit, Maße, den höchsten Gebrauchsgasdruck und die Bezeichnung gemäß einer nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 erlassenen Rechtsverordnung nicht entspricht,
3. soweit die Munition in ihrer Wirkungsweise, Brauchbarkeit und Beständigkeit dem jeweiligen Stand der Technik nicht entspricht,
4. wenn der Antragsteller auf Grund seiner betrieblichen Ausstattung oder wegen eines unzureichenden Qualitätssicherungssystems nicht in der Lage ist, dafür zu sorgen, dass die nachgefertigte Munition in ihrer Zusammensetzung und Beschaffenheit nach dem zugelassenen Muster hergestellt wird.

(4) Absatz 1 ist nicht anzuwenden auf pyrotechnische Munition, die für die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz, die Bundeszollverwaltung oder die Polizeien der Länder hergestellt und ihnen überlassen wird.

§ 11

Zulassung sonstiger Munition

(1) Munition im Sinne der Anlage 1 Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 Nr. 1.1 bis 1.3 und 2 zum Waffengesetz in der jeweils geltenden Fassung darf gewerbsmäßig nur vertrieben oder anderen überlassen werden, wenn sie ihrem Typ

und ihrer Bezeichnung nach von der zuständigen Behörde zugelassen ist.

(2) Absatz 1 gilt nicht für

1. Munition aus Staaten, mit denen die gegenseitige Anerkennung der Prüfzeichen vereinbart ist und deren kleinste Verpackungseinheit ein Prüfzeichen eines dieser Staaten trägt,
2. Munition, die für wissenschaftliche Einrichtungen, Behörden, Waffen- oder Munitionshersteller, oder in geringer Menge für gewerbliche Einführer von Munition, Händler oder behördlich anerkannte Sachverständige zu Prüf-, Mess- oder Forschungszwecken hergestellt oder ihnen zu diesem Zweck überlassen wird.

(3) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

1. der Antragsteller oder ein von ihm beauftragtes Fachinstitut nicht die zur Ermittlung der Maße, des Gebrauchsgasdrucks oder der Vergleichswerte erforderlichen Geräte besitzt,
2. der Antragsteller oder ein von ihm beauftragtes Fachinstitut nicht über das zur Bedienung der Prüfgeräte erforderliche Fachpersonal verfügt oder
3. die Prüfung der Munition ergibt, dass ihre Maße, ihr Gasdruck, die in ihr enthaltenen Reiz- oder Wirkstoffe und ihre Bezeichnung nicht den Anforderungen einer Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 3 entsprechen.

Die Zulassung wird nach Satz 1 Nr. 1 und 2 nicht versagt, wenn der Antragsteller die Überwachung der Herstellung der zuständigen Behörde übertragen hat.

§ 12

Überlassen und Verwenden beschuss- oder zulassungspflichtiger Gegenstände

(1) Feuerwaffen, Böller und höchstbeanspruchte Teile, die nach § 3 der Beschusspflicht unterliegen, dürfen anderen nur überlassen oder zum Schießen nur verwendet werden, wenn sie das amtliche Beschusszeichen tragen. Dies gilt nicht für das Überlassen dieser Gegenstände, wenn die zuständige Behörde bescheinigt, dass die amtliche Prüfung nicht durchgeführt werden kann.

(2) Schusswaffen, Geräte, Einsätze, Einsteckläufe und Munition, die nach §§ 7 bis 11 der Prüfung oder der Zulassung unterliegen, dürfen gewerbsmäßig anderen nur überlassen werden, wenn sie das vorgeschriebene Prüf- oder Zulassungszeichen tragen und, im Falle des § 10 Abs. 2, die Verwendungshinweise angebracht sind.

§ 13

Ausnahmen in Einzelfällen

Die für die Zulassung jeweils zuständige Behörde kann im Einzelfall Ausnahmen von dem Erfordernis der Prüfung und Zulassung nach § 7 Abs. 1, § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1, § 10 Abs. 1 oder § 11 Abs. 1 bewilligen oder Abweichungen von den Versagungsgründen des § 7 Abs. 3 oder 4, des § 8 Abs. 2 oder 3, des § 10 Abs. 3 Nr. 2 bis 4 oder des § 11 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 zulassen, wenn öffentliche Interessen nicht entgegenstehen.

§ 14 Ermächtigungen

(1) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, zur Durchführung der §§ 3, 5 und 6 durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vorschriften zu erlassen über

1. die Maße für das Patronen- und Kartuschenlager, den Übergang, die Feld- und Zugdurchmesser oder den Laufquerschnitt, den Laufinnendurchmesser und den Verschlussabstand (Maßtafeln), höchstzulässige Gebrauchsgasdrücke, Höchst- und Mindestenergien sowie die Bezeichnung der Munition und Treibladungen,
2. die Art und Durchführung der Beschussprüfung, die Gegenstände und Messmethoden sowie das Verfahren für diese Prüfung,
3. die Art, Form und Aufbringung der Prüfzeichen,
4. die Einführung einer freiwilligen Beschussprüfung für Feuerwaffen,
5. die Einbeziehung weiterer Teile von Feuerwaffen in die Beschussprüfung.

(2) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Durchführung der §§ 7 bis 11

1. zu bestimmen, welche technischen Anforderungen
 - a) an die Bauart einer Feuerwaffe oder eines Einstecklaufes nach § 7 Abs. 1 oder § 8 Abs. 2 und 3,
 - b) an einen Gegenstand nach § 9 Abs. 1 und 2,
 - c) an die Zusammensetzung, Beschaffenheit, die Maße und den höchsten Gebrauchsgasdruck von pyrotechnischer Munition nach § 10 Abs. 1 und 3 Nr. 2 und
 - d) an die Beschaffenheit der Prüfgeräte für Patronen- und Kartuschenmunition und Treibladungen nach § 11 Abs. 1

sowie welche Anforderungen an die Bezeichnung dieser Gegenstände zu stellen sind,

2. die Art und Durchführung der Zulassungsprüfungen und das Verfahren für die Prüfung und Zulassung zu regeln,
3. vorzuschreiben
 - a) periodische Kontrollen für Munition nach § 11 Abs. 1,
 - b) Kontrollen für Schussapparate und Einsteckläufe sowie das Verfahren für diese Kontrollen zu regeln,
4. weitere Feuerwaffen oder Einsteckläufe in die Bauartprüfung und -zulassung einzubeziehen,
5. Vorschriften zu erlassen über
 - a) die Verpflichtung zur Aufbringung eines Zulassungszeichens sowie dessen Art und Form,
 - b) die Verpflichtung von Personen, die Munition im Sinne von § 11 Abs. 1 herstellen oder in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringen, zur Durchführung von Fabrikationskontrollen,

c) Inhalt, Führung, Aufbewahrung und Vorlage von Aufzeichnungen über die in Buchstabe b genannten Kontrollen,

d) die Anordnung einer Kontrolle und die Untersagung des weiteren Vertriebs von

aa) zugelassener Munition nach § 11 Abs. 1 durch die zuständige Behörde und

bb) zugelassenen Feuerwaffen, Schussapparaten, Einsteckläufen und Einsätzen durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt,

wenn diese Gegenstände nicht den vorgeschriebenen Anforderungen entsprechen,

e) Ausnahmen von der Zulassung, der Fabrikationskontrolle und der periodischen Kontrolle von Treibladungen nach § 11 Abs. 1, wiedergeladener Munition, Beschussmunition und von Munitionstypen, die für besondere Zwecke oder bestimmte Empfänger hergestellt oder in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbracht werden,

f) Anforderungen an den Vertrieb und das Überlassen der in Buchstabe e bezeichneten Munition,

g) die Durchführung von Wiederholungsprüfungen für Schussapparate und Böller, die Unterhaltung von Einrichtungen zur Durchführung dieser Prüfungen, die Aufbringung eines Prüfzeichens und dessen Art und Form sowie die Beifügung einer von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt gebilligten Betriebsanleitung.

Soweit die Rechtsverordnung Schussapparate betrifft, ergeht sie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung.

(3) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Abwehr von Gefahren für Leben oder Gesundheit von Menschen die zulässigen höchsten normalen und überhöhten Gebrauchsgasdrücke, die Mindestgasdrücke, die Höchst- und Mindestenergien und die Bezeichnung der Munition und der Treibladungen nach § 11 Abs. 1 festzulegen. Munition, die auf Grund ihrer Beschaffenheit eine schwere gesundheitliche Schädigung herbeiführt, die über die mit der üblichen mechanischen Wirkung verbundenen Schädigung hinausgeht, sowie Reiz- und Wirkstoffe, die anhaltende gesundheitliche Schäden verursachen, dürfen nicht zugelassen werden.

(4) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Abwehr von Gefahren für Leben oder Gesundheit von Menschen vorzuschreiben, dass bei der Verbringung in den Geltungsbereich dieses Gesetzes oder bei der Herstellung von

1. Schusswaffen,
2. Gegenständen, die aus wesentlichen Teilen von Schusswaffen hergestellt werden, oder
3. Munition

Anzeigen zu erstatten und den Anzeigen bestimmte Unterlagen oder Muster der bezeichneten Gegenstände beizufügen sind.

(5) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Abwehr von Gefahren für Leben oder Gesundheit von Menschen vorzuschreiben, dass

1. Munition und Geschosse in bestimmter Weise zu verpacken und zu lagern sind und
2. deren Bestandteile oder Ausgangsstoffe nur unter bestimmten Voraussetzungen vertrieben und anderen überlassen werden dürfen.

(6) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates zur Abwehr von Gefahren für Leben oder Gesundheit des Menschen Vorschriften über

1. Gegenstände im Sinne von Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2.2 zum Waffengesetz und über die Beschaffenheit und die Kennzeichnung von Geschossen, Kartuschenmunition oder sonstigen Gegenständen mit Reizstoffen und
2. die Zusammensetzung und höchstzulässige Menge von Reizstoffen im Sinne von Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2.1 zum Waffengesetz

zu erlassen und die für die Prüfung zuständige Stelle zu bestimmen.

Abschnitt 3 Sonstige beschussrechtliche Vorschriften

§ 15 Beschussrat

Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates einen Ausschuss (Beschussrat) zu bilden, der es in technischen Fragen berät. In den Ausschuss sind neben den Vertretern der beteiligten Bundes- und Landesbehörden Vertreter von Fachinstituten und Normungsstellen sowie Vertreter der Wirtschaft nach Anhörung der Spitzenorganisationen der beteiligten Wirtschaftskreise zu berufen.

§ 16 Kosten

(1) Für Amtshandlungen, Prüfungen und Untersuchungen nach diesem Gesetz und nach den auf diesem Gesetz beruhenden Rechtsvorschriften werden Kosten (Gebühren und Auslagen) erhoben. Das Verwaltungskostengesetz vom 23. Juni 1970 (BGBl. I S. 821), zuletzt geändert durch Gesetz vom ..., findet in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

(2) Das Bundesministerium des Innern wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die gebührenpflichtigen Tatbestände näher zu bestimmen und dabei feste Sätze oder Rahmensätze vorzusehen. Die Gebührensätze sind so zu bemessen, dass der mit der Amtshandlung, Prüfung oder Untersuchung verbundene Personal- und Sachaufwand gedeckt wird; bei begünstigenden Amtshandlungen kann daneben die Bedeutung, der wirt-

schaftliche Wert oder der sonstige Nutzen für den Gebührenschuldner angemessen berücksichtigt werden.

(3) In der Rechtsverordnung nach Absatz 2 kann bestimmt werden, dass die für die Prüfung oder Untersuchung zulässige Gebühr auch erhoben werden darf, wenn die Prüfung oder Untersuchung ohne Verschulden der prüfenden oder untersuchenden Stelle und ohne ausreichende Entschuldigung des Antragstellers am festgesetzten Termin nicht stattfinden konnte oder abgebrochen werden musste. In der Rechtsverordnung können ferner die Kostenbefreiung, die Kostengläubigerschaft, die Kostenschuldnerschaft, der Umfang der zu erstattenden Auslagen und die Kostenerhebung abweichend von den Vorschriften des Verwaltungskostengesetzes geregelt werden.

§ 17 Auskunftspflichten und besondere behördliche Befugnisse im Rahmen der Überwachung

(1) Wer mit Gegenständen im Sinne dieses Gesetzes umgeht, insbesondere die Herstellung und den Vertrieb von diesen Gegenständen betreibt, hat der zuständigen Behörde auf Verlangen die für die Überwachung erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Auskunftspflichtige Personen können die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung sie selbst oder einen ihrer in § 383 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 der Zivilprozessordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr der Verfolgung wegen einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit aussetzen würde.

(2) Die mit der Überwachung beauftragten Personen sind befugt,

1. zu den Betriebs- und Geschäftszeiten die der Herstellung oder dem Vertrieb dieser Gegenstände dienenden Grundstücke, Betriebsanlagen und Geschäftsräume zu betreten und zu besichtigen,
2. alle zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Prüfungen einschließlich der Entnahme von Proben durchzuführen,
3. die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Unterlagen einzusehen und hieraus Ablichtungen oder Abschriften zu fertigen.

Zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung können Maßnahmen nach Satz 1 auch in Wohnräumen und zu jeder Tages- und Nachtzeit getroffen werden. Der Betreiber ist verpflichtet, Maßnahmen nach Satz 1 Nr. 1 und 2 und nach Satz 2 zu dulden, die mit der Überwachung beauftragten Personen zu unterstützen, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist, sowie die erforderlichen Geschäftsunterlagen auf Verlangen vorzulegen. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.

(3) Aus begründetem Anlass kann die zuständige Behörde anordnen, dass der Inhaber der tatsächlichen Gewalt über einen diesem Gesetz unterliegenden Gegenstand ihr diesen binnen angemessener, von ihr zu bestimmender Frist zur Prüfung vorzeigt.

§ 18**Inhaltliche Beschränkungen, Nebenbestimmungen und Anordnungen**

(1) Zulassungen und andere Erlaubnisse nach diesem Gesetz können inhaltlich beschränkt werden, um Leben oder Gesundheit von Menschen gegen die aus dem Umgang mit Gegenständen im Sinne dieses Gesetzes entstehenden Gefahren zu schützen. Zu den in Satz 1 genannten Zwecken können Zulassungen und andere Erlaubnisse befristet oder mit Auflagen verbunden werden; die Auflagen können nachträglich aufgenommen, geändert und ergänzt werden.

(2) Die zuständige Behörde kann im Einzelfall die Anordnungen treffen, die zur Beseitigung festgestellter oder zur Verhütung künftiger Verstöße gegen dieses Gesetz oder gegen die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen notwendig sind. Sie kann insbesondere die weitere Herstellung und den Vertrieb von Gegenständen im Sinne dieses Gesetzes ganz oder teilweise untersagen, wenn

1. eine erforderliche Zulassung oder andere Erlaubnis nicht vorliegt oder die hergestellten Gegenstände nicht der Zulassung oder anderen Erlaubnis entsprechen,
2. ein Grund zur Rücknahme oder zum Widerruf einer Zulassung nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen gegeben ist,
3. gegen Nebenbestimmungen oder Auflagen nach Absatz 1 verstoßen wird oder
4. diese Gegenstände Gefahren für Leib oder Gesundheit des Benutzers oder Dritter hervorrufen.

§ 19**Rücknahme und Widerruf**

(1) Eine Zulassung oder andere Erlaubnis ist zurückzunehmen, wenn nachträglich bekannt wird, dass sie hätte versagt werden müssen.

(2) Eine Zulassung oder andere Erlaubnis ist zu widerrufen, wenn nachträglich Tatsachen eintreten, die zu ihrer Versagung hätten führen müssen. Eine Zulassung oder Erlaubnis kann auch widerrufen werden, wenn inhaltliche Beschränkungen nicht beachtet werden.

(3) Eine Zulassung kann ferner widerrufen werden, wenn der Zulassungsinhaber

1. pyrotechnische Munition abweichend von der in der Zulassung festgelegten Zusammensetzung oder Beschaffenheit gewerbsmäßig herstellt, in den Geltungsbereich des Gesetzes verbringt, vertreibt, anderen überlässt oder verwendet,
2. die zugelassene pyrotechnische Munition nicht mehr gewerbsmäßig herstellt oder die auf Grund der Zulassung hergestellten oder in den Geltungsbereich des Gesetzes verbrachten Munitionssorten nicht mehr vertreibt, anderen überlässt oder verwendet.

§ 20**Zuständigkeiten**

(1) Die Länder bestimmen die für die Ausführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden, soweit nicht Bundesbehörden zuständig sind.

(2) Zuständig für die Beschussprüfung, die Zulassung von Munition, für Kontrollen, Anordnungen und Untersagungen für Munition ist jede Behörde nach Absatz 1, bei der ein Gegenstand zur Beschussprüfung vorgelegt wird oder bei der eine Zulassung oder Kontrolle beantragt wird. Die periodische Kontrolle der Munition ist bei der Behörde zu beantragen, welche die Zulassung erteilt hat.

(3) Zuständig für die Zulassung der in den §§ 7 und 8 und die Prüfung der in § 9 Abs. 4 bezeichneten Feuerwaffen und technischen Gegenstände ist die Physikalisch-Technische Bundesanstalt; ihr gegenüber sind auch die Anzeigen nach § 9 Abs. 2 zu machen. Für die Prüfung und Zulassung der in § 10 bezeichneten pyrotechnischen Munition ist die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung zuständig.

(4) Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt führt eine Liste der Prüfungen und Zulassungen, die folgende Angaben enthalten soll:

1. die Bezeichnung des Prüfgegenstandes,
2. die Art der Prüfung,
3. das vergebene Prüf- oder Zulassungszeichen und
4. die prüfende oder zulassende Stelle.

Soweit andere Stellen als die Physikalisch-Technische Bundesanstalt für die Prüfung oder Zulassung nach den §§ 7 bis 11 zuständig sind, haben diese die hierfür erforderlichen Meldungen über die durchgeführten Prüfungen und Zulassungen an die Physikalisch-Technische Bundesanstalt zu machen. Die Liste ist bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt während der Dienststunden auszulegen. Auf Verlangen eines Dritten ist diesem gegen Kostenerstattung eine Abschrift oder Vervielfältigung zu überlassen.

§ 21**Bußgeldvorschriften**

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 1 Nr. 5, einen dort genannten Gegenstand nicht oder nicht rechtzeitig durch Beschuss amtlich prüfen lässt,
2. entgegen § 7 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, oder § 8 Abs. 1, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4, oder entgegen § 10 Abs. 1 einen dort genannten Gegenstand in den Geltungsbereich dieses Gesetzes verbringt oder gewerbsmäßig herstellt,
3. entgegen § 9 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitig erstattet,
4. entgegen § 11 Abs. 1 die dort genannte Munition anderen überlässt oder gewerbsmäßig vertreibt,
5. entgegen § 12 Abs. 1 Satz 1 einen dort genannten Gegenstand oder einen Einstecklauf anderen überlässt oder entgegen § 12 Abs. 2 einen dort genannten Gegenstand gewerbsmäßig anderen überlässt,
6. entgegen § 17 Abs. 1 Satz 1 eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt,

7. entgegen § 17 Abs. 2 Satz 3 eine dort genannte Maßnahme nicht duldet, eine dort genannte Person nicht unterstützt oder eine Geschäftsunterlage nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt,
8. einer vollziehbaren Anordnung nach § 17 Abs. 3 zuwiderhandelt,
9. einer vollziehbaren Auflage nach § 18 Abs. 1 zuwiderhandelt, wenn diese nicht bereits nach einer anderen Vorschrift bewehrt ist, oder
10. einer Rechtsverordnung nach
 - a) § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 oder 5 Buchstabe a, b, d, f oder g oder
 - b) § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 Buchstabe c
 oder einer auf Grund einer Rechtsverordnung erlassenen vollziehbaren Anordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3, 6, 7, 8 oder 10 Buchstabe b mit einer Geldbuße bis zu zwanzigtausend Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro geahndet werden.

(3) Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die nach § 47 Abs. 1 des Waffengesetzes zuständige Behörde.

Abschnitt 4 Übergangsvorschriften

§ 22 Übergangsvorschriften

(1) Eine vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erteilte Zulassung im Sinne der §§ 7 bis 11 gilt im bisherigen Umfang als Zulassung nach diesem Gesetz.

(2) Ein vor Inkrafttreten dieses Gesetzes erteiltes oder anerkanntes Prüfzeichen gilt als Prüfzeichen im Sinne dieses Gesetzes.

(3) Munition, die der Anlage III zur Dritten Verordnung zum Waffengesetz vom 22. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3770) entspricht und die ihrer Art nach am 1. Januar 1981 im Geltungsbereich des Gesetzes hergestellt oder vertrieben wurde, darf ohne Zulassung seit dem 1. Januar 1984 nicht mehr vertrieben und anderen überlassen werden. Munition nach Satz 1, die sich am 1. Januar 1981 im Geltungsbereich des Gesetzes bereits im Handel befand, darf seit dem 1. Januar 1986 nicht mehr vertrieben und anderen überlassen werden. Auf der bezeichneten Munition und ihrer Verpackung darf das auf Grund einer Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5 Buchstabe a vorgeschriebene Zulassungszeichen nicht angebracht werden.

(4) § 8 Abs. 1 Satz 1 findet auf Zusatzgeräte zu diesen Waffen zum Verschießen pyrotechnischer Geschosse nach dem [einsetzen: letzter Tag des sechsten Monats des zweiten auf die Verkündung des Gesetzes folgenden Jahres] Anwendung.

(5) Der Umgang mit im Verkehr befindlichen Gegenständen, die durch dieses Gesetz erstmals einer Prüfpflicht unterworfen werden, ist längstens bis zum [einsetzen:

31. Dezember des auf die Verkündung des Gesetzes folgenden Jahres] ohne das vorgeschriebene Prüfzeichen zulässig.

(6) Bis zum Inkrafttreten einer Verordnung zu diesem Gesetz findet die Dritte Verordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 1991 (BGBl. I S. 1872), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Januar 2000 (BGBl. I S. 38), sinngemäß Anwendung.

(7) Bis zum Inkrafttreten einer Kostenverordnung zu diesem Gesetz findet die Kostenverordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. April 1990 (BGBl. I S. 781), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Januar 2000 (BGBl. I S. 38), sinngemäß Anwendung.

Artikel 3

Änderung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen

Das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. November 1990 (BGBl. I S. 2506), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Abs. 3 Nr. 2 werden die Wörter „dem Zollgrenzdienst“ durch die Wörter „dem Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern, der Zollverwaltung“ ersetzt.
2. In § 11 Abs. 2 Nr. 2 werden die Wörter „des Zollgrenzdienstes“ durch die Wörter „der Zollverwaltung“ ersetzt.
3. Nach § 13 wird folgender § 13a eingefügt:

„§ 13a

Umgang mit unbrauchbar gemachten Kriegswaffen

Der Umgang mit unbrauchbar gemachten Kriegswaffen kann durch Rechtsverordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, die der Zustimmung des Bundesrates nicht bedarf, beschränkt werden; insbesondere kann der Umgang verboten oder unter Genehmigungsvorbehalt gestellt werden. Unbrauchbar gemachte Kriegswaffen sind Kriegswaffen, die durch technische Veränderungen endgültig die Fähigkeit zum bestimmungsgemäßen Einsatz verloren haben und nicht mit allgemein gebräuchlichen Werkzeugen wieder funktionsfähig gemacht werden können. Einzelheiten können in der in Satz 1 genannten Rechtsverordnung geregelt werden.“

4. § 15 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Wörter „dem Zollgrenzdienst“ durch die Wörter „die Zollverwaltung“ ersetzt.
 - b) Im Eingangssatz des Absatzes 2 Satz 1 werden nach dem Wort „Dienststellen“ die Wörter „, das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern, die Beschussämter“ und in Nr. 2 werden nach dem Wort „Instandsetzung“ die Wörter „nach Beschuss“ eingefügt.
5. In § 22a Abs. 1 Nr. 6 werden die Wörter „soweit nicht auf tragbare Schusswaffen nach § 6 Abs. 3 des Waffen-

gesetzes dessen Vorschriften anzuwenden sind,“ gestrichen.

6. In § 22b Abs. 1 Nr. 3a wird nach der Angabe „§ 12a Abs. 1“ die Angabe „oder § 13a“ eingefügt.
7. Die Kriegswaffenliste – Anlage zu § 1 Abs. 1 – wird wie folgt geändert:
 - a) Die Fußnote zu Teil B V Nr. 29 wird gestrichen.
 - b) In Teil B V Nr. 29 Buchstabe b wird die Bezeichnung „1. September 1939“ durch die Bezeichnung „2. September 1945“ ersetzt.

Artikel 4

Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

§ 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2272), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt gefasst:

- „b) Verbrechen in den Fällen der §§ 211, 212, 220a, 239a, 306 bis 306c, 307 bis 309, 313, 314 und 316c des Strafgesetzbuches sowie von Straftaten nach
 - aa) § 50 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2 Buchstabe c und d, Nr. 2 sowie Abs. 5 und 6 des Waffengesetzes,
 - bb) § 19 Abs. 1 bis 3, § 20 Abs. 1 und 2, jeweils in Verbindung mit § 21, und § 22a Abs. 1 bis 3 des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen,
 - cc) § 29 Abs. 3 Nr. 1 und 4 sowie § 30 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Betäubungsmittelgesetzes,
 - dd) § 30 Abs. 1 Nr. 4 des Betäubungsmittelgesetzes, sofern der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande gehandelt hat,“.

Artikel 5

Änderung der Strafprozessordnung

Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. In § 100a Satz 1 Nr. 3 und § 100c Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe b werden jeweils die Wörter „eine Straftat nach § 52a Abs. 1 bis 3, § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2, Satz 2 des Waffengesetzes“ durch die Wörter „eine Straftat nach § 50 Abs. 1 Nr. 1, 2 Buchstabe c und d, Abs. 5, 6 des Waffengesetzes“ ersetzt.
2. In § 443 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 wird die Angabe „§ 52a Abs. 1 bis 3, § 53 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, 2, Satz 2 des Waffengesetzes“ durch die Angabe „§ 50 Abs. 1 Nr. 1, 2 Buchstabe c und d, Abs. 5, 6 des Waffengesetzes“ ersetzt.

Artikel 6

Änderung des Produktsicherheitsgesetzes

An § 2 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 Buchstabe i des Produktsicherheitsgesetzes vom 22. April 1997 (BGBl. I S. 934), das

zuletzt durch ... geändert worden ist, werden die Wörter „und Beschussgesetz“ angefügt.

Artikel 7

Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit der Hauptzollämter zur Verfolgung und Ahndung bestimmter Ordnungswidrigkeiten nach dem Waffengesetz und dem Sprengstoffgesetz

In § 1 der Verordnung über die Zuständigkeit der Hauptzollämter zur Verfolgung und Ahndung bestimmter Ordnungswidrigkeiten nach dem Waffengesetz und dem Sprengstoffgesetz vom 1. Juni 1976 (BGBl. I S. 1616), die zuletzt durch ... geändert worden ist, werden die Wörter „nach § 55 Abs. 1 Nr. 14 des Waffengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 2737)“ durch die Wörter „nach § 51 Abs. 1 Nr. 15 des Waffengesetzes“ und die Wörter „§ 27 Abs. 4 des Waffengesetzes“ durch die Wörter „§ 32 Abs. 3 Satz 1 und 2 des Waffengesetzes“ ersetzt.

Artikel 8

Änderung der Bewachungsverordnung

Die Bewachungsverordnung vom 7. Dezember 1995 (BGBl. I S. 1602), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. § 13 Abs. 1 Satz 2 wird aufgehoben.
2. § 16 Nr. 7 wird aufgehoben.

Artikel 9

Änderung der Ersten Verordnung zum Waffengesetz

Die Erste Verordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 777), zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. § 42a wird aufgehoben.
2. § 43 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Bezeichnung „§ 55 Abs. 1 Nr. 28 Buchstabe b“ geändert in „§ 51 Abs. 1 Nr. 22“.
 - b) Absatz 2 und 3 werden aufgehoben.

Artikel 10

Änderung der Dritten Verordnung zum Waffengesetz

In § 31 der Dritten Verordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. September 1991 (BGBl. I S. 1872), die zuletzt durch ... geändert worden ist, wird die Bezeichnung „§ 55 Abs. 1 Nr. 28 Buchstabe b“ geändert in „§ 21 Abs. 1 Nr. 10 in Verbindung mit § 22 Abs. 6 des Beschussgesetzes“.

Artikel 11**Änderung des Sprengstoffgesetzes**

In § 1 Abs. 4 Nr. 4 des Sprengstoffgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. April 1986 (BGBl. I S. 577), das zuletzt durch ... geändert worden ist, werden nach den Wörtern „im Sinne des Waffengesetzes“ die Wörter „und des Beschussgesetzes“ eingefügt.

Artikel 12**Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz**

In § 3 Abs. 1 Nr. 5 Buchstabe c der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Januar 1991 (BGBl. I S. 169), die zuletzt durch ... geändert worden ist, werden die Wörter „im Sinne des Waffengesetzes“ durch die Wörter „im Sinne des Beschussgesetzes“ ersetzt.

Artikel 13**Änderung der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung**

§ 7 der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung vom 1. Juli 1999 (BGBl. I S. 1525), die zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Absatz 2 Satz 2 Nr. 6 werden nach den Wörtern „des Waffengesetzes,“ die Wörter „des Beschussgesetzes,“ eingefügt.
2. In Absatz 3 Nr. 1 werden nach den Wörtern „des Waffengesetzes,“ die Wörter „des Beschussgesetzes,“ eingefügt.

Artikel 14**Änderung des Bundesjagdgesetzes**

Das Bundesjagdgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1976, zuletzt geändert durch ..., wird wie folgt geändert:

1. § 17 wird wie folgt geändert:
 - a) Dem Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Fehlen die Zuverlässigkeit oder die persönliche Eignung im Sinne der §§ 5 und 6 des Waffengesetzes, darf nur ein Jagdschein nach § 15 Abs. 7 erteilt werden.“
 - b) In Absatz 4 Nr. 1, 2. Halbsatz wird die Angabe „§ 40“ durch die Angabe „§ 41“ ersetzt.
2. Nach § 18 wird folgender § 18a eingefügt:

„§ 18a
Mitteilungspflichten

Die erstmalige Erteilung einer Erlaubnis nach den §§ 15 und 16, das Ergebnis von Überprüfungen nach

§ 17 sowie Maßnahmen nach den §§ 18, 40, 41 und 41a sind der für den Vollzug des Waffengesetzes nach dessen § 47 Abs. 1 zuständigen Behörde mitzuteilen.“

Artikel 15**Änderung der Außenwirtschaftsverordnung**

In § 21a Abs. 2 Nr. 2 der Außenwirtschaftsverordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 22. November 1993 (BGBl. I S. 1923, 2493), die zuletzt durch ... geändert worden ist, werden die Wörter „im Sinne von § 2 Abs. 1 und 2 des Waffengesetzes“ durch die Wörter „im Sinne von § 2 Abs. 2 des Waffengesetzes in Verbindung mit Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nr. 1 und 2 zum Waffengesetz“ ersetzt.

Artikel 16**Rückkehr zum einheitlichen Verordnungsrang**

Die auf Artikel 7 bis 10, 12, 13 und 15 beruhenden Teile der dort geänderten Rechtsverordnungen können auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung durch Rechtsverordnung geändert werden.

Artikel 17**Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Fortgeltung von Vorschriften**

1. Die in Artikel 1 § 7 Abs. 2, § 22 Abs. 2, § 25 Abs. 1, § 27 Abs. 7, § 34 Abs. 6, § 36 Abs. 5, § 46, § 49 Abs. 2 und 3, § 53 Abs. 5 und 6, Artikel 2 § 4 Abs. 3 und 4, § 14, § 15 Satz 1, § 16 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3 sowie in Artikel 3 Nr. 3 enthaltenen Verordnungsermächtigungen treten am Tag nach der Verkündung in Kraft. Im Übrigen tritt dieses Gesetz am [einsetzen: erster Tag des sechsten auf die Verkündung folgenden Monats] in Kraft. Gleichzeitig tritt das Waffengesetz vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. November 1996 (BGBl. I S. 1779), außer Kraft.
2. Artikel 1 § 20 Abs. 2 Satz 2 tritt fünf Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes außer Kraft.
3. Bis zum Inkrafttreten von Verordnungen nach diesem Gesetz finden auf Grund der jeweils einschlägigen Ermächtigung weiterhin entsprechend Anwendung
 - a) die Erste Verordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1987 (BGBl. I S. 777), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom [einsetzen: Tag der Verkündung des Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts],
 - b) die Zweite Verordnung zum Waffengesetz vom 13. Dezember 1976 (BGBl. I S. 3387),
 - c) die Kostenverordnung zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. April 1990 (BGBl. I S. 780), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Januar 2000 (BGBl. I S. 38).

Begründung

Allgemeines zum gesamten Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts

1. Das Waffenrecht war seit längerem änderungsbedürftig. Die Bundesregierung hatte daher bereits 1984 in der 10. Legislaturperiode und 1987 in der 11. Legislaturperiode Gesetzentwürfe zur Änderung des Waffengesetzes eingebracht (Bundestagsdrucksachen 10/1748 und 11/1556). Mit diesen Gesetzentwürfen hat sich der Deutsche Bundestag seinerzeit jedoch nicht näher befasst bzw. keine abschließenden Beschlüsse gefasst, so dass sie jeweils der Diskontinuität unterfielen.

Nicht nur der Reformstau, sondern vor allem die immer größer werdenden Schwierigkeiten, das Waffenrecht bundeseinheitlich und wirksam anzuwenden, haben zu der Erkenntnis geführt, dass das Waffenrecht grundlegend neu geregelt werden muss. Das Waffenrecht, d. h. das Waffengesetz (WaffG), die hierzu erlassenen sechs Rechtsverordnungen und die Verwaltungsvorschriften waren sehr kompliziert und nur schwer verständlich. Nur zum Teil war dies durch die technische Materie begründet. Es lag zum größeren Teil an der unvollkommenen Systematik des Gesetzes und damit einhergehend an der unzureichenden Überschaubarkeit. Das bisherige Waffengesetz war von der dem Bund bis 1972 lediglich zustehenden Kompetenz des Artikels 74 Nr. 11 des Grundgesetzes (Recht der Wirtschaft) geprägt; d. h. von § 1 bis § 27 des Waffengesetzes waren im Wesentlichen die gewerbsmäßige Herstellung, Instandsetzung und Bearbeitung von Waffen und Munition, der gewerbsmäßige Handel mit diesen Gegenständen, das Beschusswesen zur Gewährleistung der Produktsicherheit und die Einfuhr geregelt. Erst anschließend – d. h. nachdem die konkurrierende Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes für das gesamte Waffenrecht begründet war (Artikel 74 Nr. 4a – heute Absatz 1 Nr. 4a – „Waffenrecht“ durch Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. Juli 1972, BGBl. I S. 1305) –, wurden die wichtigen Vorschriften über den privaten Erwerb und Besitz von Schusswaffen und Munition sowie das Führen und Schießen mit Waffen (vgl. §§ 28 ff. des bisherigen Waffengesetzes) einfach gewissermaßen hinzugefügt.

Darüber hinaus konnten wichtige Regelungen des bisherigen Waffenrechts vielfach gar nicht unmittelbar aus dem Waffengesetz entnommen werden. Nur in Verbindung mit der Ersten Verordnung zum Waffengesetz ließ sich z. B. feststellen, dass der Erwerb und Besitz sowie das Führen von Gas- und Schreckschusswaffen erlaubnisfrei waren, dass aber der Erwerb und Besitz von Luftdruckwaffen zwar ebenfalls erlaubnisfrei waren, das Führen jedoch waffenscheinpflichtig. Ein anderes Beispiel: Waffen- und Munitionsverbote waren teils im Waffengesetz (§ 37 des Waffengesetzes), teils in den Waffenverordnungen geregelt (vgl. § 8 der bisherigen Ersten Verordnung zum Waffengesetz, § 17 Abs. 2 der bisherigen Dritten Verordnung zum Waffengesetz).

Grundlegender Neuregelungsbedarf ergibt sich aber auch deswegen, weil die für den Vollzug des Waffenge-

setzes hauptsächlich zuständigen Waffenbehörden der Länder gravierende Probleme bei der Anwendung des Waffengesetzes feststellten mit erheblichen Defiziten für die öffentliche Sicherheit. So sehen nahezu alle Länder –im Gegensatz zum Bund – auf der Grundlage des geltenden Rechts keine Handhabe dafür, beispielsweise einem Sportschützen zu untersagen, dass er mit seiner Sportwaffe in einer Diskothek mit Zustimmung des Diskothekeninhabers Sicherheitsaufgaben wahrnimmt (siehe hierzu jetzt Artikel 1 § 12 Abs. 3 Nr. 1 und 2 sowie Begründung zu § 8).

In der 12. Legislaturperiode hatte daher die Bundesregierung eine grundlegende Reform des Waffenrechts vorzubereiten begonnen. Eine vom Bundesministerium des Innern eingesetzte Bund/Länder-Arbeitsgruppe hat dabei ihre Überlegungen darauf konzentriert,

- in Abkehr von den komplizierten, im Waffengesetz und seinen vielen Rechtsverordnungen verstreuten und damit selbst für Fachleute und die Vollzugsbehörden häufig kaum noch überschaubaren Regelungen des Waffenrechts ein klareres, übersichtlicheres und kompaktes, aus sich heraus verständliches und für den privaten Umgang mit Waffen allein maßgebliches Waffengesetz zu schaffen und dabei
- die Grundkonzeption des deutschen Waffenrechts zu konkretisieren, wonach für den privaten Waffenerwerb/-besitz und den sonstigen Umgang grundsätzlich das Vorliegen eines waffenrechtlichen Bedürfnisses notwendig und unverzichtbar ist.

Die Fortsetzung des Gesetzesvorhabens zur Neuregelung des Waffenrechts ist insbesondere unter dem Aspekt der notwendigen Anpassungen an die veränderte Sicherheitslage von den Regierungsparteien bekräftigt worden in der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998, wonach im Abschnitt IX „Sicherheit für alle – Bürgerrechte stärken“ unter Nummer 1 die Novellierung des Waffenrechts und unter Nummer 11 eine Überprüfung, Vereinfachung sowie Verringerung der Regeldichte von Rechtsvorschriften beschlossen wurden.

2. Außerdem entschied man sich dafür, zur Entlastung des Waffengesetzes von technischen Regelungen die Vorschriften über die sicherheitstechnische Zulassung von Schusswaffen (Produktsicherheit) in ein eigenes Beschussgesetz aufzunehmen (vor allem die bisherigen §§ 16 bis 26 des Waffengesetzes und die Vorschriften der Dritten Verordnung zum Waffengesetz).

Maßgeblicher inhaltlicher Grund für die künftige Trennung von Waffenrecht und Beschussrecht ist die unterschiedliche Zweckrichtung beider Gesetze: Während es bei dem neuen Waffengesetz primär um die Regelung des Umgangs mit Waffen unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geht, wird das Beschussgesetz die Prüfung und Zulassung insbesondere von Feuerwaffen, Böllern, Schussapparaten und Munition sowie von bestimmten sonstigen Waffen im Interesse der Sicherheit für den Verwender und Dritte regeln.

Die Trennung von Waffen- und Beschussgesetz besteht auch in allen anderen Staaten, die – wie Deutschland – Vertragsstaat des Internationalen Übereinkommens über die gegenseitige Anerkennung der Beschusszeichen für Handfeuerwaffen vom 1. Juli 1969 sind. Die Unterschiedlichkeit der Zweckrichtung von Waffen- und Beschussrecht bedingt auch eine Differenzierung in der maßgeblichen Begrifflichkeit. So unterscheidet sich der Regelungsbedarf in Bezug auf Teile von Waffen aus waffenrechtlicher und beschussrechtlicher Sicht deutlich: Unter dem waffenrechtlichen Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kommt es bei der Frage vor allem des Erwerbs von Waffenteilen darauf an, ob es sich um wesentliche Teile handelt, also solche, aus denen sich ohne spezialhandwerkliche Fähigkeiten und Fertigkeiten eine funktionsfähige Waffe zusammensetzen lässt. Beschussrechtlich ist demgegenüber wichtig, ob es sich um höchstbeanspruchte Teile handelt, also solche, die in besonderem Maße bei der Schussabgabe dem Gasdruck ausgesetzt sind und ohne deren ordnungsgemäße Be- und Verarbeitung die Haltbarkeit, Funktionsicherheit und Maßhaltigkeit als wesentliche Komponenten der Verwendungsicherheit nicht gegeben sind. Somit trägt die vorgesehene Entflechtung von Waffen- und Beschussrecht zur besseren Transparenz und Verständlichkeit, aber auch zur gebotenen Differenzierung und damit zu einer höheren Anwenderfreundlichkeit bei.

Die vorgesehene Entflechtung wird es außerdem in Zukunft erleichtern, für Deutschland verbindliche internationale oder europäische Rechtsakte im Beschussrecht umzusetzen, so vor allem die von der Ständigen Internationalen Kommission zur Prüfung von Handfeuerwaffen (CIP) getroffenen Beschlüsse oder Beschlüsse der Europäischen Union auf dem Gebiet der Produktsicherheit. Schließlich wird die Bedeutung des Beschussgesetzes für die öffentliche Sicherheit erhalten bleiben.

3. Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Artikel 1 und 2 des vorliegenden Entwurfs ergibt sich aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4a des Grundgesetzes, wonach dem Bund die Kompetenz zur Regelung des Waffenrechts zukommt. Der Waffenbegriff dieser 1972 eingeführten Kompetenznorm orientiert sich an dem durch das Waffengesetz 1938 und das Bundeswaffengesetz 1968 geprägten Begriff der Waffe. Demnach können in das Waffengesetz Gegenstände einbezogen werden, die bestimmt und geeignet sind, die Angriffs- oder Abwehrfähigkeit zu beseitigen oder herabzusetzen. Ebenfalls einbezogen sind Gegenstände, die zwar nicht ursprünglich für Angriffs- oder Verteidigungszwecke gegen Menschen bestimmt sind, aber wegen ihrer besonderen Beschaffenheit, Handhabung oder Wirkungsweise in großem Umfang tatsächlich für Angriffs- oder Verteidigungszwecke verwendet werden und damit eine Gefährlichkeit aufweisen, die derjenigen vergleichbar ist, die von echten Waffen ausgeht. Die Gegenstände, die vom Waffengesetz erfasst werden, sind in der Anlage 1 benannt und festgelegt und entsprechend ihrer Gefährlichkeit in der Anlage 2 (Waffenliste) differenziert eingeordnet. Die strafrechtlichen Bestimmungen und die Bußgeldregelungen in den Artikeln 1 und 2 werden auf Artikel 74 Abs. 1 Nr. 1 des Grundgesetzes gestützt.

Der Bund hat im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung, wozu Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4a und Nr. 1 des Grundgesetzes gehören, das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht (Artikel 72 Abs. 2 des Grundgesetzes). Eine bundesgesetzliche Regelung ist aus sicherheitspolizeilichen Gründen vor allem hinsichtlich des Erwerbs, des Besitzes und des Führens von Schusswaffen unerlässlich, um den Schutz aller Bürger einheitlich vor den Gefahren zu verbessern, die sich aus dem Umgang mit Schusswaffen ergeben. Aber auch aus sicherheitstechnischen Gründen sind im Interesse der Wirtschaftseinheit bundesgesetzliche Regelungen erforderlich, da wegen der Gefährlichkeit von Schusswaffen und Munition einheitliche Standards hinsichtlich der Zulassung dieser Gegenstände zum Schutz von Leben und Gesundheit der Nutzer oder Dritter gelten müssen. Im Hinblick darauf ist auch das Beschussrecht einheitlich zu regeln.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Artikel 3 ergibt sich aus Artikel 26 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes, die für Artikel 4 aus der Natur der Sache, die für die Artikel 7 und 15 aus Artikel 73 Nr. 5 des Grundgesetzes.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ergibt sich für Artikel 5 aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 1, für die Artikel 6 und 8 aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 11, für die Artikel 9 bis 12 aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4a und für Artikel 13 aus Artikel 74 Abs. 1 Nr. 11a des Grundgesetzes. Der Bund hat für diese Bereiche der konkurrierenden Gesetzgebung das Gesetzgebungsrecht, wenn und soweit die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet oder die Wahrung der Rechts- oder Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich macht. Eine bundesgesetzliche Regelung ist erforderlich, um gleichwertige Verhältnisse im Hinblick auf den Schutz von Leben, Gesundheit oder Sachgütern von Beschäftigten oder Dritter beim Umgang mit Waffen oder Munition sicherzustellen. Eine bundesgesetzliche Regelung ist ferner zur Wahrung der Rechts- und Wirtschaftseinheit im gesamtstaatlichen Interesse erforderlich. Nur durch flankierende bundeseinheitliche Regelung kann sichergestellt werden, dass in allen Bundesländern Personen im Umgang mit Waffen oder Munition gleichen Anforderungen unterliegen und Maßnahmen zur Feststellung von Verstößen nach einheitlichen Voraussetzungen getroffen werden.

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes für Artikel 14 ergibt sich aus Artikel 75 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 in Verbindung mit Artikel 72 Abs. 2 und Artikel 75 Abs. 2 des Grundgesetzes. Jagdrechtliche Erlaubnisse haben bundesweite Gültigkeit. Daher muss ihre Erteilung gleichen Anforderungen unterliegen. Jagdrechtliche Erlaubnisse berechtigen an Stelle einer waffenrechtlichen Erlaubnis nach dem Waffengesetz auch zum Erwerb bestimmter Jagdwaffen und hierfür bestimmter Munition durch den Erlaubnisinhaber. Erfüllt ein Antragsteller nicht die Anforderungen an die waffenrechtliche Zuverlässigkeit, darf ihm keine jagdrechtliche Erlaubnis erteilt werden,

die den Erwerb einer erlaubnispflichtigen Schusswaffe oder erlaubnispflichtiger Munition gestattet, da er sonst ohne Erfüllung der Anforderungen nach den §§ 5 und 6 des Waffengesetzes und damit als unzuverlässige oder persönlich ungeeignete Person in den Besitz einer erlaubnispflichtigen Schusswaffe gelangen könnte. Dies würde ihn gegenüber Antragstellern, die eine Waffe ausschließlich aus anderem als jagdrechtlichem Bedürfnis erwerben wollen, privilegieren. Es wäre auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht hinnehmbar. Mit der in Artikel 14 getroffenen Regelung wird der zuständigen Behörde nicht verwehrt, eine jagdrechtliche Erlaubnis zu erteilen. Sie darf jedoch keine Erlaubnis erteilen, die zum Umgang mit einer erlaubnispflichtigen Waffe berechtigt. Die Landesbehörde wird daher nur in dem im gesamtstaatlichen Interesse unvermeidbaren Umfang durch Bundesgesetz in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Zu Artikel 1 – Waffengesetz (WaffG)

I. Allgemeines

Die zentralen Elemente des Waffenrechtes sind nach der neuen Gesetzessystematik wie folgt gegliedert:

Mit dem Abschnitt 1 (Allgemeine Bestimmungen) und Abschnitt 2, Unterabschnitt 1 (Allgemeine Voraussetzungen für Waffen- und Munitionserlaubnisse) und Unterabschnitt 2 (Erlaubnisse für einzelne Arten des Umgangs mit Waffen oder Munition, Ausnahmen), werden in den Vorschriften der §§ 1 bis 9 WaffG (Entwurf)

- der Gegenstand und der Zweck des Gesetzes (§ 1 Abs. 1 des Entwurfs) vorangestellt;
- die einer Waffe gleichgestellten Gegenstände (§ 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b nach § 1 Abs. 4 in Verbindung mit Anlage 1) sowie die Verbote, Erlaubnispflichten für den Umgang mit bestimmten Waffen oder Munition sowie Freistellungen bestimmter Waffen von den vorgenannten Beschränkungen oder von dem Waffengesetz schlechthin nach § 2 Abs. 3 und 4 in der Anlage 2 (Waffenliste) zusammengefasst;
- die Begriffe wegen ihres häufig technischen Bezuges hauptsächlich in die Anlage 1 eingestellt (§ 1 Abs. 4 des Entwurfs);
- die für alle Waffen- und Munitionserlaubnisse gemeinsam geltenden Regelungen und die besonderen Voraussetzungen für Erlaubnisse zum Erwerb, Besitz, Führen und Schießen mit Waffen aufgeführt (§§ 4 ff. des Entwurfs).

Der Entwurf sieht demnach die Regelung aller wesentlichen Vorschriften über den privaten Erwerb und Besitz sowie über den sonstigen Umgang mit Waffen und Munition zu Beginn und im Hauptteil des Waffengesetzes vor. Hervorzuheben ist bei diesem Gesetzesaufbau, dass jedermann bereits aus den ersten beiden Vorschriften in Verbindung mit der Anlage 1 ohne weiteres entnehmen kann, welche Gegenstände überhaupt als Waffen anzusehen sind, welche Grundsätze für den Umgang mit Waffen gelten und aus Anlage 2, welche Waffen verboten, von einer Erlaubnis ganz

oder teilweise befreit oder vom Waffengesetz schlechthin freigestellt sind.

Vor allem die Waffenliste als Anlage 2 zum Gesetz hat den Vorzug, dass jeder Waffeninteressierte oder angehende Waffenbesitzer, jeder tatsächliche Waffenbesitzer, Waffennutzer oder jeder Rechtsanwender mit ihr vorab rasch und einfach feststellen kann, welche Besonderheiten hinsichtlich des Umgangs mit einzelnen Waffenarten bestehen, ohne einen weiteren Blick in das Gesetz werfen zu müssen.

Insgesamt trägt die Neugliederung mithin dem Umstand Rechnung, dass die Vorschriften über den Erwerb und Besitz von Waffen und über deren Verwendung einen mehrere Millionen zählenden Adressatenkreis haben, während die Gruppe der Waffenhersteller und Waffenhändler zahlenmäßig nicht ins Gewicht fällt und sicherheitspolitisch weniger problematisch ist.

Abgesehen von dieser neuen Gesetzessystematik sind im Wesentlichen folgende materielle Änderungen gegenüber dem geltenden Recht zu nennen:

- Verschärfung der Anforderungen an die Zuverlässigkeit (§ 5 des Entwurfs), d. h. obligatorische Waffenversagung bzw. Waffentzug bei Verbrechen und zu einjähriger Freiheitsstrafe verurteilten Personen; regelmäßig Annahme der Unzuverlässigkeit bei extremistischer Betätigung; gleiche Anforderungen an Jäger, bei denen bislang Straftaten gegen das Vermögen (z. B. Steuerdelikte!) nicht zur Unzuverlässigkeit führten; außerdem Überprüfung der Zuverlässigkeit künftig spätestens alle drei Jahre (§ 4 Abs. 3 des Entwurfs) statt bisher nur alle fünf Jahre (§ 30 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes);
- verschärfte Überprüfung des Bedürfnisses für erlaubnispflichtige Schusswaffen während der ersten sechs Jahre ab Erteilung der Besitzerlaubnis (§ 4 Abs. 4 des Entwurfs);
- Einführung der erlaubnisfreien Ausleihe von Schusswaffen bis zu einem Monat unter Waffenberechtigten (Erleichterung vor allem für Jäger und Sportschützen – § 12 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a des Entwurfs);
- für Sportschützen wird aus Gründen der Rechtsklarheit, aber auch der Erleichterung des Vollzugs ein Grundkontingent an Schusswaffen festgelegt, wie es bereits für Sportschützen und Jäger hinsichtlich der Kurzwaffen bisher festgelegt war (jeweils zwei Kurzwaffen). Die Einführung des Prinzips der Grundausstattung – die keine absolute Höchstgrenze bildet – lässt für Sportschützen den erleichterten Erwerb von insgesamt drei Repetier-Langwaffen oder halbautomatischen Langwaffen und zwei Kurzwaffen zu, für Jäger (Jahresjagdscheininhaber) den erleichterten Erwerb von Langwaffen und zwei Kurzwaffen. Im Übrigen werden nur Bedürfnisnachweise von Schützenvereinen anerkannt, die über eigene oder vertraglich gesicherte Schießstände verfügen und die einem staatlich anerkannten Schießsportverband angeschlossen sein müssen, dem grundsätzlich mindestens 10 000 aktive Sportschützen anzugehören haben (§ 15 des Entwurfs);
- Aufnahme einer Vorschrift über den Umgang mit Waffen oder Munition durch Kinder und Jugendliche in das Gesetz (§ 3 des Entwurfs): Das weiterhin geforderte

- Mindestalter von 12 Jahren für Kinder zum Schießen mit Schusswaffen wird bei Kindern in Schützenvereinen zur Förderung des Breiten- und Leistungssports generell auf zehn Jahre abgesenkt (§ 27 Abs. 4 des Entwurfs);
- eigenständige Regelung (§ 20 des Entwurfs) des Schusswaffenerwerbs durch Erben in Anlehnung an das geltende Recht, d. h. Erwerb ohne Volljährigkeit, ohne Sachkunde und ohne Bedürfnis zulässig; allerdings wird diese Privilegierung auf fünf Jahre befristet (Artikel 17 Nr. 2);
 - die Neuordnung und Konkretisierung der Verbringung von Schusswaffen oder Munition in den und aus dem Geltungsbereich des Gesetzes (§§ 29 bis 33 des Entwurfs);
 - Erstreckung der Pflicht zur sicheren Aufbewahrung auf alle Waffen bei gleichzeitiger Konkretisierung für Schusswaffen und Munition (§ 36 des Entwurfs);
 - Beseitigung des Verbrechenstraftatbestandes des bisherigen § 52a des Waffengesetzes, Einbeziehung dieser Tatbestände in einen gesetzestechnisch vereinfachten Vergehenstraftatbestand (§ 50 des Entwurfs);
 - Verbot des Umgangs mit Wurfsternen, Fall-, Faust- und Butterflymessern sowie weitere Einschränkungen des so genannten Taschenmesserprivilegs (Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.3 und Nr. 1.4.1 bis 1.4.3);
 - Aufhebung des Verbots von Schusswaffen mit dem Anschein einer Kriegswaffe, von Kriegswaffennachbildungen und von unbrauchbar gemachten Kriegswaffen (bisher § 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe e, Nr. 10 und 11 des Waffengesetzes);
 - das Führen von Gas- und Schreckschusswaffen wird künftig von einer Erlaubnis, die eine Zuverlässigkeits- und Eignungsprüfung voraussetzt, abhängig gemacht (so genannter kleiner Waffenschein – Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 Nr. 2).

II. Begründung zu den Einzelvorschriften

Zu § 1 (Gegenstand und Zweck des Gesetzes, Begriffbestimmungen)

Entsprechend dem heute üblichen Gesetzaufbau wird mit dieser Vorschrift gleich am Anfang der Regelungsbereich des Waffengesetzes vorgestellt; hinsichtlich des bisher geltenden Waffengesetzes fehlte es an einer entsprechenden Vorschrift.

Hauptsächlich erfasst werden von dem Waffengesetz nach einer zum Teil auf Schätzungen beruhenden Umfrage aus dem Frühjahr dieses Jahres ca. 2,3 Millionen legale Besitzer mit rund 7,2 Millionen so genannten scharfen Schusswaffen (nicht mit erfasst sind also die Besitzer von Druckluftwaffen oder von Gas-/Schreckschusswaffen).

Der Umgang mit (Schuss-)Waffen kann Privatpersonen naturgemäß nicht schrankenlos gewährt werden, da beispielsweise die unachtsame Aufbewahrung oder gar der missbräuchliche Gebrauch von Waffen für den Einzelnen häufig schwere körperliche, wenn nicht tödliche Folgen hat und die Sicherheit der Allgemeinheit nachhaltig erschüttert.

Ein anderer Aspekt der öffentlichen Sicherheit hat weiterhin Geltung für das Waffenrecht: Dem häufig gestellten, verständlichen Antrag auf Gewährung einer Erlaubnis zum Erwerb einer Schusswaffe zum Selbstschutz wird wie bisher nur unter engen Voraussetzungen entsprochen, da es eine Hauptverpflichtung des Staates ist, Freiheit und Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger als Kernbereich in seiner alleinigen Verantwortung zu schützen.

Die Verknüpfung des Umgangs mit Waffen und Munition mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung macht außerdem deutlich, dass sich die Regelung des Umgangs mit Waffen und Munition auf sicherheitspolizeiliche Aspekte konzentriert, jedoch beschusstechnische, zollrechtliche, allgemein gewerberechtliche oder umweltschutzrechtliche Anforderungen selbstverständlich unberührt bleiben – ohne dass auf die Anwendbarkeit dieser Rechtsbereiche ausdrücklich im Waffengesetz mehr hingewiesen wird (vgl. bisher § 44 Abs. 1, § 60 des Waffengesetzes).

Zu Absatz 1

Mit dieser zentralen Vorschrift wird der Zweck des Gesetzes umrissen, der hauptsächlich darin besteht, den privaten Erwerb und Besitz von Waffen und Munition sowie den hauptsächlichlichen Gebrauch davon – das Führen und Schießen – durch Privatpersonen zu privaten Zwecken – vor allem zur Jagd, zum Schießsport, zum Sammeln von Waffen oder Munition sowie zum Selbstschutz – zu regeln. Heranzuziehen ist in diesem Zusammenhang der wegen seines Umfangs am Ende des Gesetzes unter dem Abschnitt 5 (Ausnahmen von der Anwendung des Gesetzes) eingestellte § 53 des Entwurfs, der die Nichtanwendbarkeit des Waffengesetzes generell für Behörden und deren Bedienstete vorsieht oder durch Ermächtigung den Erlass von Freistellungsverordnungen zulässt.

Diese Reihenfolge – Erwerb, Besitz und Führen von bzw. Schießen mit Waffen – beherrscht durchgängig das neue Waffengesetz, nämlich bei der Ausgestaltung der einzelnen Erlaubnistatbestände im Allgemeinen (vgl. § 10 des Entwurfs), bei der Ausgestaltung besonderer Erlaubnistatbestände für bestimmte Personengruppen (vgl. §§ 13 bis 20 des Entwurfs), aber auch bei der Gliederung der Waffenliste in Anlage 2 unter Abschnitt 2. Erst anschließend erscheinen im Waffengesetz die Vorschriften über die Waffenherstellung und den Waffenhandel (vgl. §§ 21 ff. des Entwurfs).

Materielle Änderungen sind mit dieser neuen Systematik nicht verbunden. Allerdings soll mit ihr dem wichtigen Ziel des neuen Waffengesetzes Rechnung getragen werden, dem großen Adressatenkreis von angehenden Waffenbesitzern und bereits vorhandenen Waffenbesitzern sowie den Vollzugsbehörden die Voraussetzungen über den Erwerb und den Besitz sowie den Gebrauch von Waffen transparenter zu machen.

Eine derartige Systematik lag den bisherigen deutschen Waffengesetzen nicht zu Grunde. Vielmehr wurden in den Waffengesetzen des Deutschen Reiches und später der Bundesrepublik Deutschland die Waffenherstellung und der Waffenhandel immer vorrangig an erster Stelle geregelt. Nicht auszuschließen ist, dass sich dadurch in der Vergangenheit auch die Grundentscheidung über die Frage eines großzügigen oder restriktiven Waffenrechts maßgeblich an

den Bedürfnissen der Waffenindustrie orientierte. Jedenfalls vermittelt beispielsweise die amtliche Begründung zum (Reichs-)Waffengesetz vom 18. März 1938 gleich in ihrer Einleitung den Eindruck, als sei das Waffenrecht ein Instrument, Erleichterungen eintreten zu lassen, die vorzugsweise dem Waffengewerbe, das sich seinerzeit in einer überaus bedrängten wirtschaftlichen Lage befand, und der in ihm beschäftigten Arbeiterschaft zugute kommen sollen und demnach das Waffenrecht vorzugsweise dazu bestimmt, die wirtschaftliche Lage der Waffenindustrie zu verbessern.

Mithin kann die neue Gesetzessystematik auch dazu beitragen, die Gefahr der Vernachlässigung sicherheitspolitischer Belange zugunsten wirtschaftspolitischer Interessen zu minimieren.

Zu Absatz 2

Mit dieser Regelung wird, im Gegensatz zum bisherigen Recht, ausdrücklich festgelegt, welche Gegenstände vom Waffengesetz erfasst werden. Dabei ist primär maßgebend der Waffenbegriff, der sich an dem durch das Waffengesetz 1938 und das Bundeswaffengesetz 1968 geprägten Begriff der Waffe orientiert. An diesem wollte der verfassungsändernde Gesetzgeber 1972 nichts ändern, als er durch Artikel 74 Nr. 4a des Grundgesetzes (seit der Grundgesetzänderung von 1994 Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4a des Grundgesetzes) das Waffenrecht in die konkurrierende Gesetzgebungskompetenz des Bundes aufnahm (vgl. v. Mangoldt/Klein-Pestalozza, GG, 3. Aufl., Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4a Rdn. 267 und Begründung, Allgemeines a. E.). Dementsprechend wird an den herkömmlichen Waffenbegriff angeknüpft, wie er in den §§ 1 und 2 des Reichswaffengesetzes vom 18. März 1938 (RGBl. I S. 265) Eingang gefunden hatte.

Vor dem Hintergrund des herkömmlichen historischen Waffenbegriffs bedarf es allerdings als Korrektiv für die Einstufung von Gegenständen im Sinne des Absatzes 2 Nr. 2 Buchstabe b als Waffen des Parlamentsvorbehalts.

Zu Absatz 3

Diese Vorschrift benennt entsprechend dem bisherigen § 4 des Waffengesetzes die einzelnen Arten des Umgangs mit Waffen oder Munition, die dann in der Anlage 1 (Begriffsbestimmungen) noch näher bestimmt werden (vgl. Absatz 4).

Zu Absatz 4

Mit der Verweisung der hauptsächlichen waffenrechtlichen und waffentechnischen Festlegungen und Begriffe in die Anlage 1 soll das Waffengesetz klarer und übersichtlicher gestaltet und vor allem von technischen Vorschriften im laufenden Gesetzestext entlastet werden. Bisher waren Definitionen an verschiedenen Stellen des Waffengesetzes oder in den Waffenverordnungen getroffen worden: z. B. in den §§ 1 bis 4, § 7 Abs. 1 Nr. 1 und 2, § 27 Abs. 1, § 45 Abs. 1 des bisherigen Waffengesetzes, § 7 Abs. 1 und 3 der bisherigen Ersten Verordnung zum Waffengesetz.

Außerdem enthält die Anlage 1 alle Gleichstellungen von Teilen von Waffen und benennt ausdrücklich alle Gegenstände, die, ohne ihrem Wesen nach Waffen zu sein, als Waffen im Sinne dieses Gesetzes einzustufen sind (s. o. Begründung

„Allgemeines zum gesamten Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts“ unter Nummer 3). Durch die ausdrückliche Aufnahme in Anlage 1 wird ein Gegenstand im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b als Waffe eingestuft, während in Anlage 2 (Waffenliste) dann lediglich eine Zuordnung darüber getroffen wird, ob die Waffe im Umgang erlaubnispflichtig oder verboten ist.

Zu § 2 (Grundsätze des Umgangs mit Waffen oder Munition, Waffenliste)

Ausgehend von dem durch Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 28. Juli 1972 (BGBl. I S. 1305) eingefügten Artikel 74 Abs. 1 Nr. 4a des Grundgesetzes ist der durch die Schaffung dieses Kompetenztitels vorgefundene Waffenbegriff nicht statisch zu verstehen. Vor diesem Hintergrund bedarf es aber einer differenzierteren Zuordnung der Waffen und auch hier einer Beschränkung der Regelungsbefugnis auf das Parlament (Absatz 3 und 4).

Zu Absatz 1

Die Vorschrift regelt den Grundsatz, dass regelmäßig nur Personen Umgang mit Waffen haben dürfen, die das achtzehnte Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, das Gesetz gestattet Ausnahmen. Diese Regelung war im bisherigen Waffengesetz eher versteckt in § 30 Abs. 1 Nr. 1 und § 33 Abs. 1 enthalten. Dadurch, dass die Vorschrift nunmehr ausdrücklich jeden Umgang, d. h. den Erwerb, Besitz, das Führen usw. von Waffen und Munition durch Minderjährige nicht zulässt, trägt diese Regelung zur Klärung einer Zweifelsfrage bei: Aus dem im bisherigen § 33 Abs. 1 des Waffengesetzes ausschließlich genannten Erwerbsverbot für Minderjährige war vielfach geschlossen worden, dass beispielsweise der Erwerb durch Fund einer Hieb- oder Stoßwaffe oder einer erlaubnisfreien Schusswaffe (z. B. Luftdruckwaffe) durch einen Minderjährigen diesen dann zum dauernden Besitz dieser Waffen berechtigte, wenn etwa der Verlierer auf die Rückgabe verzichtete.

Zu Absatz 2

Diese Vorschrift enthält die schon bisher geltende Regelung, dass für den Umgang mit Schusswaffen oder Munition grundsätzlich eine Erlaubnis erforderlich ist. Außerdem erstreckt die Vorschrift nunmehr die Erlaubnispflicht für den Umgang grundsätzlich auf alle Waffen. Nach bisherigem Recht unterlagen Waffen, die keine Schusswaffen waren, lediglich den Anforderungen an ein bestimmtes Mindestalter; allerdings war der Umgang mit derartigen Waffen vielfach verboten (vgl. bisher § 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 bis 7 des Waffengesetzes, § 8 Abs. 1 Nr. 3 und 4 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz). Mit dieser Regelung wird künftig die Möglichkeit eröffnet, Waffen, die keine Schusswaffen sind, differenzierter zu behandeln und nicht – wie nach bisherigem Recht – in jedem Fall mit hochgradig gefährlichen Waffen oder typischen Verbrecherwaffen gleichzustellen.

Zu Absatz 3

Diese Vorschrift legt in Verbindung mit Abschnitt 1 der Anlage 2 (Waffenliste) fest, mit welcher Waffe oder Munition der Umgang verboten ist. § 40 ergänzt diese Vorschrift dahin gehend, dass sie Ausnahmewilligungen von Verboten vorsieht.

Die Zuordnung von Waffen und Munition als erlaubnispflichtig oder verboten orientiert sich primär nach der Zweckbestimmung und der Gefährlichkeit; daneben ist für die Zuordnung aber vor allem auch von Bedeutung, welche Bedrohungswirkung die Waffe oder der Gegenstand entfaltet, die Häufigkeit ihrer missbräuchlichen Verwendung oder z. B. selbst ihre bloße Geeignetheit, unter Kindern oder Jugendlichen die Aggressionsbereitschaft zu provozieren. Folglich haben eine besonders eingehende Abwägung und Begründung der Zuordnung regelmäßig zu erfolgen bei Waffen, die ihrem Wesen nach nicht zum Angriff oder zur Verteidigung bestimmt sind oder die objektiv weniger gefährlich sind oder die als solche sogar objektiv völlig ungefährlich sind (z. B. Spielzeugpistolen, Schusswaffenattrappen) und nur wegen ihrer getreuen Nachahmung (Beschaffenheit) einer so genannten scharfen Schusswaffe allein durch eine Täuschungshandlung des Täters eine Bedrohungswirkung beim Opfer entfalten können.

Zu § 3 (Umgang mit Waffen oder Munition durch Kinder und Jugendliche)

Ausgehend von dem in § 2 Abs. 1 geregelten Grundsatz, dass der Umgang mit Waffen oder Munition nur volljährigen Personen gestattet ist, trifft § 3 die notwendigen Regelungen, um typischen und atypischen Sondersituationen Rechnung tragen zu können. Neben dieser Grundsatzregelung für den Umgang mit Waffen durch Kinder und Jugendliche bestehen weitere Sondervorschriften für Jugendjagdscheininhaber (§ 13 Abs. 7) sowie für das Schießen auf Schießstätten durch Minderjährige (§ 27 Abs. 3 bis 6).

Zu Absatz 1

Absatz 1 regelt den typischen Sonderfall, dass Jugendliche im Rahmen eines Arbeits- oder Ausbildungsverhältnisses mit Waffen oder Munition umgehen müssen, etwa bei einer Ausbildung zum Büchsenmacher, Messerschmied oder einer Lehre im Waffenhandel oder anschließender entsprechender Berufstätigkeit. Für diesen Fall wird eine generelle Ausnahme vom Erfordernis der Vollendung des achtzehnten Lebensjahres gemacht. Voraussetzung für den Umgang mit Waffen oder Munition in diesen Fällen ist jedoch, dass der Umgang des Jugendlichen mit Waffen oder Munition unter der Aufsicht eines weisungsbefugten Waffenberechtigten geschieht.

Zu Absatz 2

Mit der Regelung des Absatzes 2 wird für die Waffenbehörden die Möglichkeit geschaffen, in besonderen Einzelfällen Ausnahmen von Alterserfordernissen nach diesem Gesetz bei Kindern und Jugendlichen zuzulassen. In Betracht kommen dabei vor allem besondere Gefahren- und Bedürfnissituationen der betreffenden Person. Absatz 2 entbindet nicht davon, dass die weiteren Voraussetzungen für den Umgang mit Waffen oder Munition von dem Kind oder Jugendlichen in vollem Umfang erfüllt werden müssen.

Zu § 4 (Voraussetzungen für eine Erlaubnis)

§ 4 ist die grundlegende Norm für alle Erlaubnisse nach diesem Gesetz. Sie enthält die zwingenden Voraussetzungen für jede waffenrechtliche Erlaubnis, soweit nicht Sondervorschriften ausdrücklich eine Ausnahme von diesen Anforderungen zulassen.

Daneben trifft die Vorschrift Regelungen über die regelmäßige Überprüfung der Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift fasst die zwingenden Voraussetzungen für eine waffenrechtliche Erlaubnis zusammen; fehlt auch nur eine dieser Voraussetzungen, ist eine Erlaubnis – vorbehaltlich abweichender ausdrücklicher Regelungen – zwingend zu versagen. Jede waffenrechtliche Erlaubnis erfordert demnach die Volljährigkeit, die Zuverlässigkeit, persönliche Eignung, Sachkunde und ein Bedürfnis des Antragstellers. Bei der Beantragung eines Waffenscheins oder einer Schießerlaubnis ist zudem ein Versicherungsnachweis erforderlich. Die Norm entspricht inhaltlich den Versagungsgründen, wie sie bisher in den §§ 30 und 36 des Waffengesetzes geregelt waren. Dabei wird wegen der Schadensentwicklung eine Anpassung der Versicherungssumme bei der Beantragung eines Waffenscheins oder einer Schießerlaubnis vorgenommen (vgl. Absatz 1 Nr. 5 gegenüber dem bisherigen § 36 Abs. 1 Satz 2 des Waffengesetzes). In den besonderen Vorschriften für waffenrechtliche Erlaubnisse werden für bestimmte Nutzer von Waffen oder Munition teilweise Ausnahmen von diesen Anforderungen zugelassen, weil und soweit diese durch gleichwertige andere Nachweise ersetzt werden können.

Zu Absatz 2

Diese Regelung orientiert sich im Wesentlichen an den Vorschriften des § 8 Abs. 3 und des § 30 Abs. 3 des bisherigen Waffengesetzes. Den Waffenbehörden wird im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens die Möglichkeit eröffnet, Angehörige dieses Personenkreises von bestimmten Formen des Umgangs mit Waffen oder Munition ausschließen zu können. Damit besteht für diesen Personenkreis auch bei Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 kein Anspruch auf Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis.

Zu Absatz 3

Die Zuverlässigkeit der Inhaber von Waffenbesitzkarten hatte die zuständige Behörde bislang nach § 30 Abs. 4 des Waffengesetzes, Nummer 30.3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz (WaffVwV) in regelmäßigen Abständen, mindestens nach Ablauf von fünf Jahren, erneut zu prüfen.

Aus sicherheitspolitischen Gründen sind die Anforderungen an die Kontrolle der Zuverlässigkeit von privaten Waffenbesitzern zu intensivieren. Der Zeitraum von fünf Jahren reicht oft nicht aus, um rechtzeitig auf waffenrechtlich relevante Entwicklungen beim einzelnen Waffenbesitzer zu reagieren. Deshalb sollen die Zuverlässigkeit und die persönliche Eignung künftig spätestens alle drei statt bisher alle fünf Jahre erneut geprüft werden. Bei Inhabern von Waffenscheinen und Schießerlaubnissen ist gleichzeitig das Fortbestehen einer Versicherung gegen Haftpflicht nachzuweisen.

Zu Absatz 4

Die Regelung geht von dem Grundsatz aus, dass berechtigter Waffenbesitz immer ein Bedürfnis (dazu näher § 8) voraussetzt. Dieses Bedürfnis muss fortbestehen, um den Um-

gang mit Waffen und Munition auch weiter zu legitimieren. Entfällt das Bedürfnis, ist die waffenrechtliche Erlaubnis zu widerrufen (§ 44 Abs. 2). Die sicherheitspolitisch notwendige Umsetzung dieser Grundregeln wird neben der ohnehin immer bestehenden Prüfungsmöglichkeit durch eine Verpflichtung der Waffenbehörden zur Prüfung des Bedürfnisses innerhalb der ersten sechs Jahre nach der ersten Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis sichergestellt. Das Bedürfnis ist demnach bei der Erteilung der Erlaubnis zu prüfen, erstmals drei Jahre nach Erteilung der Erlaubnis zu prüfen, erstmals drei Jahre nach Erteilung der Erlaubnis zu prüfen, erstmals drei Jahre nach Erteilung der Erlaubnis zu prüfen, erstmals drei Jahre nach Erteilung der Erlaubnis zu prüfen, erstmals drei Jahre nach Erteilung der Erlaubnis zu prüfen. Die Regelung eröffnet die Möglichkeit, aus Gründen der Verwaltungsökonomie die Prüfung nach Absatz 4 mit einer Prüfung nach Absatz 3 zu verbinden.

Zu § 5 (Zuverlässigkeit)

Die Vorschrift trennt erstmals die Fälle des vorwerfbareren Handelns von denen nicht vorwerfbarer körperlicher Einschränkungen (jetzt § 6 – persönliche Eignung). Dabei wird bei strafrechtlich relevantem Verhalten künftig die waffenrechtliche Unzuverlässigkeit im Wesentlichen an das Strafmaß statt an bestimmte Delikte geknüpft. Die Art der Begehung (Vorsatz oder Fahrlässigkeit) und die Schwere des Fehlverhaltens sind damit entscheidend für waffenrechtliche Konsequenzen.

Zu Absatz 1

Zu Nummer 1

Über die Regelung des bisherigen § 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe a bis c und e des Waffengesetzes hinaus wird bei Personen, die wegen eines Verbrechens verurteilt worden sind, die absolute waffenrechtliche Unzuverlässigkeit für die Dauer von zehn Jahren ab Rechtskraft des Urteils unwiderruflich vermutet.

Zu Nummer 2

Diese Fälle der absoluten Unzuverlässigkeit knüpfen an eine Verhaltensprognose an. Sie waren bisher in § 5 Abs. 1 des Waffengesetzes enthalten.

Für die Fälle des Absatzes 1 ist – gerade auch in Abgrenzung zur Regelunzuverlässigkeit nach Absatz 2 – keine Härtefallregelung vorgesehen. Im Fall der Nummer 1 ist die zu Tage getretene und rechtskräftig abgeurteilte Verletzung der Rechtsordnung von einem solchen Gewicht, dass das Vertrauen in die Zuverlässigkeit im Umgang mit Waffen für die Dauer der Zehn-Jahres-Frist als nicht wieder herstellbar anzusehen ist. Im Hinblick auf solche Personen, bei denen der Umgang mit Waffen zum Beruf gehört (z. B. Büchsenmacher), ist hervorzuheben, dass vergleichbare Verurteilungen etwa bei Beamten dauerhaft und endgültig zum Verlust dieses Status führen. Im Fall der Nummer 2 geht es um die auf Tatsachen gestützte Prognose eines spezifisch waffenrechtlich bedenklichen Verhaltens, aus dem mit hoher Wahrscheinlichkeit der Eintritt von Schäden für hohe Rechtsgüter resultiert, sei es durch das Verhalten des Antragstellers selbst (Buchstabe a und b erste Alternative) oder anderer (Buchstabe b zweite Alternative und Buchstabe c).

Zu Absatz 2

Nach Sinn und Zweck des § 5 Abs. 2 soll das mit jedem Waffenbesitz vorhandene Sicherheitsrisiko möglichst gering gehalten werden. Es soll nur bei Personen hingenommen werden, die nach ihrem Verhalten Vertrauen darin verdienen, dass sie mit der Waffe jederzeit und in jeder Hinsicht ordnungsgemäß umgehen. Diese Intention des Gesetzgebers wird von der (höchstgerichtlichen) Rechtsprechung nachdrücklich gestützt (BVerwGE 97, 245, 248; ständige Rechtsprechung).

Der Entwurf sieht die Unzuverlässigkeit über die in Absatz 1 genannten besonders schweren Straftaten (Verbrechen u. a.) hinaus in der Regel auch bei bestimmten sonstigen gewichtigen Straftaten als gegeben an. Die Aufzählung in Nummer 1 macht deutlich, dass es hierfür auf einen Bezug zum Umgang mit Waffen nicht ankommt; d. h. das Gesetz stellt bei der Prüfung der Zuverlässigkeit nicht allein auf Straftaten ab, bei denen Waffen eingesetzt oder die gewaltsam begangen wurden. Auf der Tatbestands-Seite für die waffenrechtliche Anknüpfung ist besonders Buchstabe b Fall 2 (fahrlässige gemeingefährliche Straftat) hervorzuheben. Es geht dabei um den 28. Abschnitt des Strafgesetzbuches (§§ 306 bis 323c StGB). In Übereinstimmung mit der vorher zitierten Rechtsprechung besteht keine Veranlassung, die fahrlässige Trunkenheitsfahrt nach § 316 Abs. 2 des Strafgesetzbuches aus dem Kanon der waffenrechtlich relevanten Fahrlässigkeitstaten herauszunehmen. Auf der Rechtsfolgen-Seite für die waffenrechtliche Anknüpfung handelt es sich bei den 60 Tagessätzen im Falle einer Erstverurteilung um einen Mittelwert, der im Kompromiss mit den Ländern gefunden wurde. Er trägt der Tatsache Rechnung, dass in der Praxis der Gerichte 60 Tagessätze durchaus ein erhebliches Unwerturteil bei einer Geldstrafe darstellen, das einiges Gewicht der konkreten Tat voraussetzt, so dass Bagatellden nicht erfasst werden. Die besondere Erwähnung der Aussetzung der Jugendstrafe trägt dem § 27 des Jugendgerichtsgesetzes (JGG) Rechnung.

Nummer 2 nimmt in die Tatbestände der Regelunzuverlässigkeit die aktuelle oder zurückliegende Mitgliedschaft in einem als Organisation gemäß § 3 des Vereinsgesetzes verbotenen Verein oder einem gemäß § 14 Abs. 2 Satz 1 des Vereinsgesetzes einem Betätigungsverbot unterworfenen Ausländerverein oder einer verfassungswidrigen Partei auf.

Materielle Verbotsvoraussetzung für einen Verein können nach § 3 des Vereinsgesetzes ein Zuwiderlaufen seiner Zwecke oder Tätigkeiten gegen die Strafgesetze oder sein Gerichtsetsein gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen die Völkerverständigung sein. Damit sind von der ersten Alternative gewaltbereite oder -orientierte Vereine auch allgemein krimineller Art (z. B. apolitische Roker- oder Schlägergruppen) und von der zweiten Alternative Vereine mit politisch-extremistischer Orientierung umfasst. Hinsichtlich der Ausländervereine treten die in § 14 Abs. 1 des Vereinsgesetzes genannten Betätigungsformen hinzu.

Bei einer Partei trifft das Bundesverfassungsgericht dann die Feststellung nach § 46 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes, wenn sie nach ihren Zielen oder dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgeht, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu ge-

führen; diese materiellen Tatbestandsvoraussetzungen sind in Artikel 21 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes festgelegt.

Die Vorschrift hat rechtlich eindeutige Anknüpfungspunkte: Die Unanfechtbarkeit eines Vereins- oder Betätigungsverbots bzw. die Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei.

Die zehnjährige „Wohlverhaltensfrist“ (Zeitraum seit dem Austritt oder sonstiger Beendigung der Mitgliedschaft) orientiert sich an der Zehn-Jahres-Frist des absoluten Unzuverlässigkeits-Tatbestands des Absatzes 1 Nr. 1 und ist damit doppelt so lang wie bei den übrigen Regelunzuverlässigkeits-Tatbeständen des Absatzes 2 Nr. 1, 2 Buchstabe a und Nr. 3 (dort jeweils fünf Jahre). Dies erscheint gerechtfertigt zum einen wegen der kollektiv-organisierten Betätigung, die bereits in der Mitgliedschaft in einem solchen Verein oder einer solchen Partei zum Ausdruck gekommen ist, zum anderen wegen der hohen Rechtsgüter, deren Infragestellung dem Vereinsverbot oder der Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Partei zu Grunde lag. Im Übrigen bleibt aber dadurch, dass es sich hier um einen Regelfall der Unzuverlässigkeit handelt, also kein Automatismus einer negativen Entscheidung auf Grund der Mitgliedschaft eintritt, genug Freiraum für die Einzelfallgerechtigkeit. So kann zum Beispiel im Fall einer Person, die auf eine waffenrechtliche Erlaubnis wegen der Berufsmäßigkeit des Umgangs mit einer Waffe angewiesen ist (z. B. ein Büchsenmacher), auch vor Ablauf der Zehn-Jahres-Frist seit Austritt etwa eine eindeutige Abkehr von den früher verfolgten Zielen zu einer positiven Entscheidung führen.

Nummer 3 greift eine Beschlusslage der Innenministerkonferenz auf, die der Bundesrat mehrfach bestätigt hat. Dieser Beschlusslage zufolge soll jedwede – individuelle oder kollektive – verfassungsfeindliche Betätigung in der Regel zur Unzuverlässigkeit führen. Im Unterschied zu Nummer 2 knüpft der Begriff des „Verfolgens“ verfassungsfeindlicher Bestrebungen auch bei kollektiver Betätigung immer an die aktive individuelle Betätigung an; für die Einschlägigkeit dieses Unzuverlässigkeits-Tatbestandes ist eine Mitgliedschaft zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung. Zur Auslegung des Begriffs „verfassungsfeindliche Bestrebungen“ können die einschlägigen bzw. wesensverwandten Begriffsbestimmungen in § 92 Abs. 2 des Strafgesetzbuches und § 4 des Bundesverfassungsschutzgesetzes herangezogen werden. Die Fünf-Jahres-Frist bezieht sich sowohl auf die individuelle als auch auf die kollektive Betätigung; auch hier gilt, dass kein Automatismus eintritt (Regelunzuverlässigkeit) und daher Raum für Einzelfallgerechtigkeit besteht.

Nicht bundesrechtlich geregelt wird in diesem Zusammenhang, auf welche Weise die zuständige Behörde die Informationen über eine verfassungsfeindliche Bestrebung erlangt (s. Absatz 5). Dem Wunsch der Länder gemäß soll die diesbezügliche Erhebung nicht bundeseinheitlich in einer Erhebungsvorschrift geregelt werden; vielmehr soll sie den Erhebungs- bzw. Übermittlungsbefugnissen nach dem jeweiligen Landesrecht unterfallen. Schon aus praktischen Gründen ist nach einer Umfrage bei den Ländern eine Regelanfrage bei den Verfassungsschutzbehörden fast durchweg nicht beabsichtigt; nur vereinzelt wurde die Entscheidung hierüber noch vorbehalten. In der Praxis wird es also um Fälle gehen, in denen die Waffenbehörde im konkreten

Fall Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Bestrebung hat; diese kann sie dann per Einzelanfrage verifizieren.

Nummer 4 ergänzt – unter Aufstellung gewisser Schwellenwerte (mehr als einmal; mit richterlicher Genehmigung, also nicht nur ganz kurzfristig), um auch hier Bagatell-Auffälligkeiten auszuschneiden – die vorstehenden Regelungen im Hinblick auf in erster Linie unpolitische Gewalttäter (z. B. gewalttätige Hooligans), die noch nicht im Rahmen von Straftaten auffällig wurden.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift knüpft an den bisherigen § 5 Abs. 2 Satz 2 des Waffengesetzes an. Haft oder Unterbringung in einer Anstalt bleibt bei der Berechnung der Frist außer Betracht.

Zu Absatz 4

Entsprechend der Regelung des bisherigen § 5 Abs. 3 des Waffengesetzes bleibt es bei der Möglichkeit, das waffenrechtliche Verfahren bis zum rechtskräftigen Abschluss eines Strafverfahrens auszusetzen, um nicht erst eine waffenrechtliche Erlaubnis zu erteilen, die alsbald wegen des folgenden Strafausspruchs zurückgenommen werden muss.

Zu Absatz 5

Dieser Absatz folgt einer Anregung der Länder.

Die Einholung der BZR-Auskunft (Nummer 1) ist bereits gängige Praxis. Die Übermittlungsbefugnis für das Bundeszentralregister ergibt sich aus § 41 Abs. 1 Nr. 9 des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG). Das BZRG trifft im Übrigen selbst Regelungen etwa zur Zweckbindung von ihm übermittelter personenbezogener Daten.

Die in Nummer 2 geregelte Erkundigung nach dem Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz (EGGVG), die laufende Strafverfahren betrifft, ist ebenfalls gängige Praxis; die in Nummer 2 bezeichneten Vorschriften werden ergänzt durch die Nummer 36 ff. der Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen (MiStra).

Eine weitere Informationsquelle ist die in Nummer 3 genannte örtliche Polizeidienststelle. Gemeint ist hier – wie an anderen Stellen des Entwurfs, an denen dieser Ausdruck verwendet wird – die Polizeidienststelle, in deren Zuständigkeitsbereich der Antragsteller seine alleinige Wohnung, seine Hauptwohnung oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Diese wird vor allem zu den Zuverlässigkeitskriterien mit prognostischem Einschlag (etwa gemäß Absatz 1 Nr. 2) Hinweise geben können. Darüber hinaus gibt Satz 3 der angefragten Polizeidienststelle auf, durch Recherchen gegebenenfalls in den ihr zur Verfügung stehenden Informationssystemen die Fälle polizeilichen Präventivgewahrsams nach Absatz 2 Nr. 4 aufzuklären und der Waffenbehörde mitzuteilen. Wie sich im Übrigen aus dem Begriff „Stellungnahme“ ergibt, bleibt die Entscheidungszuständigkeit und -verantwortlichkeit über die Zuverlässigkeit bei der Waffenbehörde; die Stellungnahme der Polizeidienststelle ist die Zuarbeit einer Erkenntnisbasis für diese Entscheidung.

Die Regelung geht davon aus, dass es sich, sowohl im öffentlichen Interesse an der Verwaltungsökonomie und -effizienz als auch im Interesse des Antragstellers an einer baldi-

gen Entscheidung, um routinemäßig gleichzeitig zu stellende Anfragen handelt, bei denen es einer Mitwirkung des Betroffenen nach § 43 Abs. 1 Satz 1 des Entwurfs nicht bedarf; die Erledigung von Anfrage und Antwort wird nach wie vor „formblattmäßig“ vonstatten gehen. Daher listet sie als Handlungsanweisung an die Behörde die vorzunehmenden Anfragen als an die Behörde gerichtete Handlungspflicht auf. Es ist verzichtbar, für den Fall eine gesetzliche Regelung zu treffen, in dem der Behörde das Vorliegen eines Unzuverlässigkeitsgrundes bereits definitiv bekannt ist. In diesem konkreten Fall wird die Behörde sowohl unter dem rechtlichen Gesichtspunkt der Nichterforderlichkeit der (weiteren) Datenerhebung als auch dem praktischen Gesichtspunkt der Verwaltungsökonomie auf weitere Erhebungen verzichten.

Die Aufzählung der in Absatz 5 normierten Erkundigungspflichten nach Bundesrecht schließt nicht aus, dass noch weitere Erkundigungen eingeholt werden. Das betrifft insbesondere die in Absatz 2 Nr. 2 und 3 genannten Regelunzuverlässigkeits-Tatbestände. Hier bleibt es den Ländern unbenommen, nähere verfahrensmäßige Regelungen betreffend etwaige weitere Anfragen zu treffen.

Zu § 6 (Persönliche Eignung)

Die Vorschrift fasst insbesondere alle in der Person liegenden Gesundheitsstörungen zusammen, die negativen Einfluss auf den Umgang mit Waffen haben können. Sie enthält Fälle persönlicher Mängel im Sinne des § 5 Abs. 2 Nr. 3 und 4 des bisherigen Waffengesetzes, darüber hinaus in Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 die Fälle aus dem bisherigen § 5 Abs. 1 des Waffengesetzes, bei denen sich eine Negativprognose aus gesundheitlichen Kriterien ergibt. Diese Nummer 3 erfasst auch die Fälle, in denen der Einsatz der Waffe gegen Leben oder Gesundheit des Berechtigten oder Dritter droht einschließlich von Selbstmordhandlungen.

In Abweichung vom geltenden Recht verpflichtet Absatz 2 den Beteiligten nicht mehr, der Erlaubnisbehörde ein amts- oder fachärztliches Zeugnis über seine körperliche und geistige Eignung zum Waffenbesitz vorzulegen. Damit wird der grundlegenden Bestimmung des § 26 Abs. 2 Satz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) entsprochen, wonach die Beteiligten bei der Ermittlung des Sachverhaltes lediglich mitwirken sollen. In Übereinstimmung mit der genannten Vorschrift wird von einer Verpflichtung zur Aufklärung der in Absatz 1 angesprochenen Sachverhalte abgesehen, weil dem Beteiligten nicht zugemutet werden kann, zur Aufklärung von für ihn nachteiligen Umständen beizutragen. Weigert sich der Beteiligte, einer Aufforderung zur amts-, fachärztlichen oder fachpsychologischen Untersuchung nachzukommen, so ist die Behörde berechtigt, hieraus für den Beteiligten auch negative Schlüsse zu ziehen und gegebenenfalls die beantragte Amtshandlung zu versagen (vgl. BVerwGE 8, 29). Zu berücksichtigen ist, dass die behördliche Aufgabe einer solchen Untersuchung der Begründung bedarf und nur bei Kenntnis entsprechender Tatsachen oder zumindest Vorliegen begründeter Zweifel an der persönlichen Eignung erfolgen darf.

Zu § 7 (Sachkunde)

Diese Regelung entspricht § 31 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu § 8 (Bedürfnis, allgemeine Grundsätze)

Die Geltung des Bedürfnisprinzips – d. h. eine Erlaubnis zum Umgang mit bestimmten Waffen und Munition nur bei Vorliegen eines besonders anzuerkennenden triftigen Grundes zu erteilen – bildet das zentrale Element des deutschen Waffenrechts. Es leitet sich hauptsächlich daraus her, dass die Verwendung von Waffen primär dem Schutz der Rechtsordnung zu dienen bestimmt ist und dieser Schutz mit Waffengewalt als Kernbereich dem Staat obliegt. Daran ändert sich prinzipiell nichts dadurch, dass Schusswaffen auch zur Jagd oder zum sportlichen Schießen verwendet werden.

Hinzu kommt, dass eine Schusswaffe wegen der mit ihr verhältnismäßig leicht zu erzielenden erheblichen Verletzung oder Tötung eines Menschen, d. h. ohne besondere kriminelle Energie, häufig als Instrument für Straftaten oder sogar als Mordwaffe missbraucht wird. Die Schusswaffe als Mittel zur Bewahrung der Rechtsordnung wird in der Hand eines Rechtsbrechers somit zu einem (lebens-)gefährlichen Mittel gegen friedliche Bürger.

Dieser ambivalente Gebrauch von Schusswaffen und deren Wirkung gebieten es, vor allem den Erwerb und Besitz von Schusswaffen prinzipiell von einem besonders anzuerkennenden triftigen Grund abhängig zu machen. Der Staat kann es im Hinblick auf seine Schutzpflicht für die übergroße Mehrheit der waffenlosen Bürger hinsichtlich der körperlichen Unversehrtheit nicht zulassen, insbesondere für den Erwerb und den Besitz von Schusswaffen auf den Nachweis eines Bedürfnisses zu verzichten. Die Geltung des Bedürfnisprinzips ist nicht nur ein zentrales Element des deutschen Waffenrechts, sondern auf Grund der Richtlinie des Rates über die Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen (91/477/EWG) – Waffenrichtlinie – vom 18. Juni 1991 (ABl. EG Nr. L 256 S. 51 ff.) auch für alle Staaten der Europäischen Union im Grundsatz festgeschrieben. Danach gestatten die Mitgliedstaaten den Erwerb und den Besitz von Feuerwaffen der Kategorie B (d. h. Kurz Waffen und grundsätzlich halbautomatische Langwaffen) nur Personen, die dafür eine Rechtfertigung anführen können (Artikel 5). Entsprechend restriktive Regelungen für andere Feuerwaffen auf Grund einzelstaatlicher Rechtssetzung werden ausdrücklich erlaubt. Auch das Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19. Juni 1990 (BGBl. II 1993 S. 1013 ff.) fordert in seinem für alle Schengen-Mitgliedstaaten verbindlichen Artikel 83, dass eine Erlaubnis zum Erwerb und Besitz einer Kurzfeuerwaffe oder halbautomatischen Langfeuerwaffe einer Person nur erteilt werden darf, wenn der für den Erwerb oder Besitz einer Feuerwaffe angeführte Grund als triftig anzusehen ist.

In diesem Zusammenhang ist übrigens besonders darauf hinzuweisen, dass angesichts der besonderen Zweckbestimmung und furchtbaren Wirkung von Schusswaffen für Bedienstete des Bundes, denen Schusswaffen dienstlich überlassen werden, ausdrücklich bestimmt ist, dass die Mitnahme der Schusswaffe in die Wohnung nur zulässig ist, wenn dienstliche Gründe es erfordern (§ 12 Abs. 2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Bundesministeriums des Innern zum Waffengesetz vom 6. Dezember 1976 – GMBI. 1977 S. 14). Dieses grundsätzliche Verbot des Besitzes von Schusswaffen in der Wohnung gilt prinzipiell selbst für die Polizeivollzugsbeamten des Bundes (Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz), um allein schon die Gefahr

des Missbrauchs durch Unbefugte (Familienangehörige, vor allem Kinder) zu minimieren. Keinesfalls steht demnach bei den Restriktionen des Waffengesetzes der Gedanke des Misstrauens vor allem gegen die großen Gruppen der Jäger und Sportschützen im Vordergrund, diese würden ihre Waffen für Straftaten missbrauchen.

Unvereinbar ist es mit dem Bedürfnisprinzip, dass etwa ein Sportschütze mit seiner Sportwaffe im Einverständnis mit einem Diskothekenbesitzer in dessen Diskothek Schutzaufgaben wahrnimmt. Da dies in der Vergangenheit vielfach vorgekommen ist, sieht der Entwurf insoweit jetzt ausdrücklich klarstellende Regelungen vor (vgl. § 12 Abs. 3 Nr. 1 und 2).

Mit dem Bedürfnisprinzip soll schließlich auch die Zahl der (Schuss-)Waffen möglichst klein gehalten werden, um von vornherein der Gefahr vorzubeugen, dass dem legalen Waffenbesitzer Waffen entwendet und zu Straftaten benutzt werden. Insoweit richtet sich das Bedürfnisprinzip nicht gegen die im Allgemeinen rechtstreuen Waffenbesitzer, sondern es dient primär dem Schutz der Allgemeinheit. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass jährlich aus legalem privaten Schusswaffenbesitz durchschnittlich über 6 000 Schusswaffen durch Diebstahl und sonstigen Verlust abhanden kommen. 1999 kamen 6 595 Schusswaffen abhanden; davon entfielen 7,4 % auf den staatlichen Bereich (d. h. neben einem Fall bei den NATO-Streitkräften und 18 Fällen bei der Bundeswehr entfielen sieben Fälle auf die Landespolizeien; bei sonstigen Behörden kamen in einem Fall Waffen abhanden; beim Bundesgrenzschutz und Bundeskriminalamt kamen im Berichtszeitraum keine Waffen abhanden), aber 92,0 % der Schusswaffen verschwanden aus privatem Besitz (d. h. der Jäger, Sportschützen, Sammler, der sonstigen Berechtigten wie Altbesitzer oder Erben und der Gewerbetreibenden). Bei Aufhebung des Bedürfnisprinzips würde sich bereits diese aus Gründen der öffentlichen Sicherheit bedrohlich hohe Zahl des Übergangs von Schusswaffen aus legalem in illegalen Besitz noch vervielfachen, was nicht hinnehmbar wäre.

Nach alledem kann aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht auf das Bedürfnisprinzip verzichtet werden, für das das Bundesverwaltungsgericht in über dreißigjähriger Rechtsprechung den treffenden Grundsatz geprägt hat: So wenig Waffen wie möglich „ins Volk“ (vgl. BVerwGE 49, 1 – ständige Rechtsprechung).

Im Verhältnis zu § 8 als Grundnorm enthalten die §§ 13 bis 20, 26 und 28 vor allem Konkretisierungen des Bedürfnisses hinsichtlich der Jäger, Sportschützen usw. in jeweils eigenen Vorschriften. Für diese Personengruppen sind wegen der großen Zahl an Anträgen auf den Erwerb und Besitz von Schusswaffen im Interesse eines bundeseinheitlichen Vollzuges spezielle Vorschriften vorgesehen, die detaillierter als bisher (vgl. vor allem § 32 des bisherigen Waffengesetzes) den Zugang zu Schusswaffen für diese hauptsächlichen Bedarfsgruppen regeln. § 8 bleibt aber als Auffangnorm für alle anderen Fälle, die nicht von den vorgenannten speziellen Regelungen erfasst werden, maßgebend, wie z. B. für den Erwerb und Besitz von Signalwaffen durch Wassersportler oder den Besitz einer Schusswaffe, die ein Büchsenmacherlehrling als Gesellenstück hergestellt hat. § 8 kommt für die Anerkennung eines Bedürfnisses auch z. B. in den Fällen in Betracht, in denen Personen Erlaubnisse

zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen in Deutschland beantragen, die sie ausschließlich außerhalb des Geltungsbereichs des Waffengesetzes z. B. als Jäger (ohne deutschen Jagdschein) oder als Sportschütze verwenden wollen. In diesen Fällen kann übrigens eine hinreichend nachgewiesene jagdliche oder schießsportliche Verwendung im Ausland nur ein Element für die Anerkennung eines Bedürfnisses sein; maßgebend für die Anerkennung eines Bedürfnisses wird in diesen Fällen vor allem sein, ob der Antragsteller einen triftigen Grund dafür geltend machen kann, dass er eine Schusswaffe wegen einer Verwendung im Ausland gerade in Deutschland besitzen muss. Dies kann bei einem Jäger bejaht werden, der etwa im deutsch-österreichischen Grenzgebiet wohnt und nur mit einer österreichischen Jagdberechtigung regelmäßig in Österreich die Jagd ausübt.

Insgesamt dient die Herausstellung und Konkretisierung des Bedürfnisprinzips in einer eigenen Vorschrift der Klarstellung gegenüber dem bisherigen Waffenrecht.

Zu § 9 (Inhaltliche Beschränkungen, Nebenbestimmungen und Anordnungen)

§ 9 fasst die an zahlreichen Gesetzesstellen verstreuten Vorschriften über inhaltliche Beschränkungen und Nebenbestimmungen der Erlaubnisse sowie über Anordnungen in einer Vorschrift zusammen. Die Neufassung leistet zugleich die notwendige Anpassung an das Verwaltungsverfahrensgesetz.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift ermöglicht die inhaltliche Beschränkung von waffenrechtlichen Erlaubnissen zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung. Dabei steht vor allem der Schutz von Leben und Gesundheit von Menschen im Vordergrund. Die Regelung entspricht inhaltlich im Wesentlichen § 10 Abs. 1 Satz 2 und 3, § 28 Abs. 1 Satz 5, § 29 Abs. 1 Satz 3, § 35 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2, § 44 Abs. 1 Satz 2 und § 45 Abs. 2 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Absatz 2

Diese Regelung des Gesetzes bezieht sich auf alle Erlaubnisse und Ausnahmegewilligungen, gleichgültig ob auf deren Erteilung ein Rechtsanspruch besteht oder ob die Entscheidung im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde liegt. § 36 Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes ermöglicht die Befristung einer Erlaubnis (Nummer 1), Auflagen (Nummer 4) sowie grundsätzlich die nachträgliche Aufnahme, Änderung oder Ergänzung einer Auflage (Nummer 5); letztere ist damit zulässig und lediglich insoweit eingeschränkt, dass bereits die Erlaubnis den entsprechenden Vorbehalt enthalten muss. Bei der Vorschrift handelt es um eine sachlich begründete Sonderregelung zu § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, die zum einen eine bereichsspezifische Zweckbindung von Befristungen und Auflagen enthält und zum anderen die Möglichkeit entsprechender nachträglicher Auflagen bereits gesetzlich vorsieht, also einen entsprechenden Vorbehalt in waffenrechtlichen Erlaubnissen entbehrlieh macht. Nebenbestimmungen zu waffenrechtlichen Erlaubnissen und Ausnahmegewilligungen müssen daher zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gerechtfertigt sein.

Zu Absatz 3

Absatz 3 entspricht im Wesentlichen § 10 Abs. 2 des bisherigen Waffengesetzes. Die Anordnungsbefugnis nach Absatz 2 ermöglicht es den Waffenbehörden, auch im nur anzeigepflichtigen Bereich die notwendigen Anordnungen zu treffen. Die Vorschrift ist auf erlaubnisfreie Schießstätten erweitert worden. Sie ist eine notwendige Ergänzung der vorgesehenen Anzeigepflicht für diese Schießstätten (vgl. § 27 Abs. 2 Satz 2 des Entwurfs).

Zu § 10 (Erteilung von Erlaubnissen zum Erwerb, Besitz, Führen und Schießen)

Die Vorschrift regelt die Form der Erteilung der Erlaubnisse für solche Waffen und Munition, für die eine Erlaubnispflicht hinsichtlich der hauptsächlichen Arten des Umgangs besteht, nämlich des Erwerbs und des Besitzes, des Führens und des Schießens. Die weiteren Arten des Umgangs mit Waffen oder Munition (vgl. im Einzelnen § 1 Abs. 4 in Verbindung mit Anlage 1 Abschnitt 2) sind im Unterabschnitt 4 des Gesetzes, der die Waffenherstellung, den Waffenhandel, die Bewachungsunternehmen und das Betreiben von Schießstätten regelt, und im Unterabschnitt 5, der das Verbringen von Waffen oder Munition zwischen Deutschland und den Mitgliedstaaten der EU bzw. Drittstaaten regelt, enthalten. Abweichend von diesen grundsätzlich für alle Personen geltenden Vorschriften beim Umgang mit Waffen oder Munition enthält der Unterabschnitt 3 für bestimmte Personengruppen (Jäger, Sportschützen, Waffensammler u. a.) Sonderregelungen hinsichtlich einzelner Arten des Umgangs und für bestimmte Waffen und Munition.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 28 Abs. 1 Satz 2 und 3 des Waffengesetzes. Danach wird die Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Waffen durch eine Waffenbesitzkarte erteilt. Die Besitzerlaubnis wird gleichzeitig mit der Erwerbserlaubnis durch Ausstellung einer Waffenbesitzkarte oder durch Eintragung in eine bereits erteilte Waffenbesitzkarte vorgenommen. Dies hat nicht zur Folge, dass mit Ablauf der zwei Wochen, innerhalb derer der Besitzer den Erwerb anzuzeigen hat, dieser Besitz nunmehr ohne Erlaubnis ausgeübt wird (vgl. die andere Rechtsfolge in den Fällen des erlaubnisfreien Erwerbs von Waffen kraft Gesetzes gemäß § 12, aber auch z. B. im Falle des § 13 Abs. 3 oder § 20 Abs. 1); allerdings hat die Verletzung der Anzeige- und Vorlagepflicht die Sanktion des § 51 Abs. 1 Nr. 5 und 6 zur Folge und kann unter Umständen die Zuverlässigkeit des Waffenbesitzers berühren. Mit der in Satz 4 neu geschaffenen Pflicht zur Benennung der Person, die die Schusswaffe überlassen hat, soll korrespondierend zu der entsprechenden Verpflichtung des nicht gewerblichen Überlassers bezüglich der Erwerbsperson nach § 4 Abs. 2 Satz 2 eine möglichst lückenlose Erfassung des Besitzes von Schusswaffen ermöglicht werden.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift entspricht § 28 Abs. 6 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift knüpft an § 29 des bisherigen Waffengesetzes an.

Mit dieser Regelung wird klargestellt, dass den Besitz an Munition nur derjenige behalten soll, der eine Erlaubnis zum Munitionserwerb besitzt. In der Vergangenheit war es streitig, ob beispielsweise die auf einer Schießstätte zum sofortigen Verschießen erworbene Munition bei Nichtverbrauch auf Dauer besessen werden durfte.

Mit der Neufassung in § 10 Abs. 3 des Entwurfs soll aber der Munitionserwerb und -besitz gesetzestechnisch einfacher gestaltet werden. Bei der Anwendung des Gesetzes ist deutlich geworden, dass die Berechtigung zum Munitionserwerb in der ganz überwiegenden Mehrzahl der Fälle in der Waffenbesitzkarte eingetragen wird. Nur in Ausnahmefällen, z. B. bei Munitionssammlern und bei Sachverständigen, besteht die Notwendigkeit, die Berechtigung in Form eines Munitionserwerbsscheins auszustellen. Die Neufassung der Bestimmung trägt dieser Sachlage Rechnung; danach ist die Eintragung der Erwerbs- und Besitzberechtigung in die Waffenbesitzkarte als Regelfall (Satz 1) und die Erteilung eines Munitionserwerbsscheins als Ausnahme (Satz 2) ausgestaltet. Bei der Erteilung der Erlaubnis zum Munitionserwerb und -besitz in Form der Eintragung in der Waffenbesitzkarte oder durch einen Munitionserwerbsschein müssen die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 vorliegen. Im Hinblick auf die in § 4 Abs. 3 und 4 vorgesehene Regelüberprüfung im Rhythmus von 3 Jahren wurde die Frist für die Geltung des Munitionserwerbsscheins auf 6 Jahre erhöht.

Wegen des ausnahmsweisen erlaubnisfreien Munitionserwerbs zum vorübergehenden Besitz wird des Weiteren auf die Begründung zu § 12 des Entwurfs verwiesen.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen der Vorschrift des bisherigen § 35 Abs. 1 und 2 des Waffengesetzes und wird dabei durch § 9 Abs. 2 des Entwurfs ergänzt; sie gilt nunmehr grundsätzlich nicht nur für Schusswaffen. Bei der Erteilung des Waffenscheins kann die Prüfung aller Versagungsgründe einer Erlaubnis nach § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 5 erforderlich oder auf einzelne Versagungsgründe beschränkt sein; dies ist bei der Erteilung des so genannten kleinen Waffenscheins für das Führen von Gas- und Schreckschusswaffen im Sinne der Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 Nr. 2.1 nach erfolgter Zuverlässigkeitsprüfung oder für die Erteilung einer Erlaubnis zum Erwerb und Besitz der in Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 Nr. 1.1 genannten Schusswaffen ohne Bedürfnisnachweis der Fall.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift entspricht dem Grundsatz nach dem bisherigen § 45 Abs. 1 des Waffengesetzes und wird ergänzt durch die Ausnahmenvorschriften insbesondere des § 12 des Entwurfs.

Zu § 11 (Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition mit Bezug zu einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union)

Der neu gebildete § 11 entspricht im Grundsatz der bisherigen Regelung des § 9 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz; er präzisiert aber nunmehr die Vorgaben der Waffenrichtlinie 91/477/EWG (Artikel 6 bis 9), um insbesondere zu vermeiden, dass wie bisher – entgegen den Vorschriften der Waffenrichtlinie – die Regelung auf alle nach deutschem Recht erlaubnispflichtigen Schusswaffen (z. B. für den Erwerb von Druckluftwaffen über 7,5 Joule) angewendet werden muss. Die Vorschrift nimmt dabei jeweils ausdrücklich Bezug auf die in der in Anlage 1 Abschnitt 3 aufgeführten Waffenkategorien A bis D der Waffenrichtlinie.

Rechtssystematisch werden in § 11 zusätzliche Voraussetzungen für die Erteilung von Erlaubnissen (bzw. einer Zustimmung) zum Erwerb und Besitz der in Frage stehenden Waffen (etwa nach § 13 Abs. 1 im Falle eines Jägers) aufgestellt; die allgemeinen Voraussetzungen bzw. Versagungsgründe bleiben hiervon im Grundsatz unberührt.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift findet insgesamt Anwendung nur in den Fällen, in denen eine Person ihren gewöhnlichen Aufenthalt, also den Mittelpunkt ihrer Lebensverhältnisse, in dem anderen Mitgliedstaat hat, dort – mit anderen Worten – ansässig ist; daneben ist es durchaus möglich, dass sich die betreffende Person im Rahmen eines anderen Status in Deutschland für kürzere oder längere Zeiträume aufhält, hier sogar gemeldet ist und eine Wohnung hat.

Satz 1 ist im Weiteren eine Konsequenz des Artikels 9 der Waffenrichtlinie (eine entsprechende Regelung findet sich im geltenden Recht nicht): Um sicherzustellen, dass ein Überlassen solcher Schusswaffen nur in den vorliegenden Fällen erfolgt, wird bereits die den Besitz ermöglichende Erlaubnis von den in der Regelung genannten Voraussetzungen abhängig gemacht. Auch hier bestehen also zusätzliche Voraussetzungen für die Erteilung einer Besitzerlaubnis.

Die vergleichbare Regelung zu Satz 2 war bisher in § 9 Abs. 1 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz enthalten. In Umsetzung des Artikels 7 Abs. 1 und 2 der Waffenrichtlinie bedarf eine Person aus einem anderen Mitgliedstaat der vorherigen Zustimmung dieses Staates zusätzlich zur deutschen Erlaubnis, wenn sie im Geltungsbereich des Gesetzes eine Schusswaffe der Kategorie B oder entsprechende Munition erwerben oder besitzen – also die tatsächliche Gewalt erlangen und ausüben – will.

Der Wohnsitznachweis kann sich vorzugsweise aus einem Personaldokument ergeben, das beim Erwerb von Schusswaffen den Behörden eines Mitgliedstaates oder einem Waffenhändler vorzulegen wäre.

Wenngleich Artikel 7 Abs. 1 der Waffenrichtlinie nicht auch die verbotenen Waffen (Artikel 6 der Waffenrichtlinie) erwähnt, dürfte angezeigt sein, das zusätzliche Erfordernis der vorherigen Zustimmung auch auf diese Schusswaffen anzuwenden.

Zu Absatz 2

Die Bestimmung entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 9 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz und regelt den Fall des Artikels 9 Alternative 2 in Verbindung mit Artikel 7 der Waffenrichtlinie, wenn die betreffende Person in Deutschland ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat. In diesen Fällen wird die Erlaubnis zum Erwerb und Besitz in dem anderen Mitgliedstaat erteilt. Die vorherige Zustimmung (Erlaubnis) kann sich dabei in Abweichung von § 4 Abs. 1 des Entwurfs darauf beschränken, die Zuverlässigkeit und persönliche Eignung einer solchen Person zu prüfen, da im Übrigen umfassend eine Prüfung der maßgeblichen Erlaubnisvoraussetzungen durch die Behörde des anderen Mitgliedstaates erfolgt (Artikel 5 in Verbindung mit Artikel 7 der Waffenrichtlinie). Soll die Feuerwaffe oder Munition nach Deutschland verbracht werden, so ist hierfür eine Verbringungserlaubnis notwendig gemäß § 29 Abs. 1 des Entwurfs, die von einer Prüfung der maßgeblichen Erlaubnisvoraussetzungen i. S. d. § 4 Abs. 1 abhängig ist.

Zu § 12 (Ausnahmen von den Erlaubnispflichten)

Das Kernstück dieser Vorschrift ist in Absatz 1 enthalten, der seinerseits an den bisherigen § 28 Abs. 4 des Waffengesetzes anknüpft. § 28 Abs. 4 des Waffengesetzes enthielt zehn Fälle von Ausnahmen von der Erlaubnispflicht für den Erwerb von Schusswaffen; die Freistellung des vorübergehenden Besitzes von Schusswaffen von der Erlaubnispflicht in diesen Ausnahmefällen ergab sich aus § 28 Abs. 5 Satz 3 des Waffengesetzes. Die Vorschrift des § 28 Abs. 4 des Waffengesetzes hatte ihre besondere Bedeutung dadurch, dass diese Ausnahmefälle nicht nur für Schusswaffen, sondern auch für den Erwerb von erlaubnispflichtiger Munition zum vorübergehenden Besitz (vgl. den bisherigen § 29 Abs. 2 des Waffengesetzes) und entsprechend für den Erwerb erlaubnisfreier Schusswaffen und Munition sowie für den Erwerb von Hieb- und Stoßwaffen – jeweils nur zum vorübergehenden Besitz – durch Minderjährige Anwendung fanden (vgl. den bisherigen § 33 Abs. 1 des Waffengesetzes). Zweifel in der Auslegung des § 28 Abs. 4 des Waffengesetzes führten somit zwangsläufig nicht nur zu einer unbefriedigenden Rechtsanwendung beim erlaubnisfreien Erwerb von Schusswaffen, sondern potenzierten sich bei den Ausnahmefällen des erlaubnisfreien Munitionserwerbs sowie des ausnahmsweisen Erwerbs von Waffen und Munition durch Minderjährige. Sie führten schließlich dazu, dass die Mehrheit der Länder sich aus Gründen des Rechtsstaatsgebots daran gehindert sah, z. B. den Besitz von erlaubnispflichtiger Munition zu unterbinden, den eine Person gemäß dem bisherigen § 29 Abs. 2 Nr. 3 des Waffengesetzes zum sofortigen Verbrauch auf einer Schießstätte erworben hatte, die sie aber nicht restlos verschießen konnte. Oder: Die Mehrheit der Länder sah im bisherigen § 33 Abs. 1 in Verbindung mit § 28 Abs. 4 Nr. 2 des Waffengesetzes keine Handhabe, von einem minderjährigen Finder Munition, zu deren Erwerb es der Erlaubnis bedurfte, oder Hieb- und Stoßwaffen heraus zu verlangen, wenn der Verlierer auf eine Rückgabe verzichtete.

Darüber hinaus waren die Ausnahmetatbestände nur unvollständig erfasst: Während die Freistellung von der Waffenscheinpflicht bisher in § 35 Abs. 4 Nr. 1 des Waffengesetzes für bauartzugelassene Schreckschuss-, Reizstoff- und Sig-

nalwaffen sowie für Schussapparate geregelt war, enthielt der bisherige § 28 des Waffengesetzes nur in seinem Absatz 3 eine Teilregelung für Schussapparate, während sich die Freistellung von der Waffenbesitzkartenpflicht für bauartzugelassene Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen erst aus § 2 Abs. 4 Nr. 2 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz erschloss.

Außerdem waren einige Ausnahmetatbestände hinsichtlich des erlaubnisfreien Erwerbs und vorübergehenden Besitzes von Schusswaffen (und damit entsprechend auch hinsichtlich Munition sowie hinsichtlich des Erwerbs von erlaubnisfreien Schusswaffen und Munition sowie Hieb- und Stoßwaffen durch Minderjährige) sicherheitspolitisch nicht länger vertretbar. Zu nennen ist hier vor allem die an überhaupt keine Voraussetzungen geknüpfte vorübergehende Überlassung von Schusswaffen zum Zwecke der nichtgewerbsmäßigen Verwahrung oder Beförderung (bisher § 28 Abs. 4 Nr. 3 des Waffengesetzes).

Dementsprechend beschränkt sich § 12 Abs. 1 und 2 des Entwurfs auf wenige bedeutende Ausnahmetatbestände hinsichtlich des Erwerbs und Besitzes von Waffen und Munition, lässt aber im Übrigen – wie § 12 Abs. 6 des Kriegswaffenkontrollgesetzes (KWKG) – eine Anzeigepflicht (§ 37 Abs. 1 Entwurf) genügen. Zur Entlastung der Vorschrift und zur Vermeidung von Auslegungsproblemen wird – im Unterschied zur bisherigen Rechtslage – darauf verzichtet, atypische Lebenssachverhalte, Sachverhalte, in denen andere Regelungskontexte überlagernd wirken (Beispiel: Insolvenzverwalter) oder Sachverhalte, in denen nur ein vorübergehendes Erwerbs- und Besitzrecht eingeräumt wird (Beispiel: Finder) ausdrücklich zu regeln. Soweit einzelne Ausnahmetatbestände ausschließlich bestimmte Personengruppen betreffen, sind diese bei den entsprechenden Sondertatbeständen geregelt (z. B. der bisherige § 28 Abs. 4 Nr. 7 des Waffengesetzes, nunmehr in § 13 Abs. 3 Satz 1 des Entwurfs). Soweit bestimmte Schusswaffen und deren Munition hinsichtlich des Erwerbs und Besitzes von der Erlaubnispflicht freigestellt sind, ist dies in Anlage 2 (Waffenliste) Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 zum Entwurf geregelt.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift knüpft an den bisherigen § 28 Abs. 4 des Waffengesetzes an. Abweichend hiervon sind die Bestimmungen über den dauernden Besitz durch Erben in einer eigenständigen Vorschrift (§ 20 des Entwurfs) geregelt. Im Unterschied zu der bisherigen Regelung ist vor allem aber auch die nichtgewerbliche Verwahrung oder Beförderung künftig nur bei Ausübung dieser Tätigkeit durch den Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis von der Erlaubnispflicht freigestellt (ausreichend sind auch gültige deutsche Jagdscheine). Es erscheint sicherheitspolizeilich nicht gerechtfertigt, die bisherige Freistellung beizubehalten.

Mit Nummer 1 Buchstabe a wird künftig die vorübergehende Ausleihe von Schusswaffen vor allem unter Sportschützen und Jägern als aus Gründen der öffentlichen Sicherheit unbedenklich auf eine eindeutige gesetzliche Grundlage gestellt. Die Befristung auf einen Monat erscheint notwendig, um das Vagabundieren von Schusswaffen zu verhindern. Für eine längere Ausleihe ist die Erlaubnis der Waffenbehörde notwendig.

Hier wie in weiteren Bestimmungen dieses Paragraphen (s. Absatz 3 Nr. 1, 2) wird die Freistellung auf den „von seinem Bedürfnis umfassten Zweck“ beschränkt. Diese Beschränkung soll sicherstellen, dass der von einer Erlaubnis zum Führen Freigestellte die Waffe gegenüber seinem anerkannten Bedürfnis nicht zweckentfremdet (s. das bei Absatz 3 Nr. 1 näher aufgezeigte Beispiel: Der Sportschütze nutzt seine Sportwaffe, um als – bewaffneter – Türsteher in einer Diskothek zu fungieren). Umgekehrt ist ein im Zusammenhang mit der Ausübung des Bedürfnisses stehendes Verhalten durch die Wörter „zu einem von seinem Bedürfnis umfassten Zweck“ mit abgedeckt, beispielsweise im Falle des Absatzes 3 Nr. 1 das Vorführen der Waffe bei einem Waffeninteressenten zwecks Besichtigung in Anbahnung eines Kaufgeschäfts über die Waffe.

Buchstabe b enthält die Fälle der sicheren Verwahrung oder Beförderung. Im Unterschied zu Nummer 2 wird auch hier der die Waffe übernehmende Personenkreis auf Inhaber einer Waffenbesitzkarte beschränkt. Hier ist eine Höchstfrist verzichtbar, weil sich einerseits die Dauer der Verwahrung nach den Umständen des konkreten Lebenssachverhalts richtet, andererseits bei der Beförderung eine Dauer von beispielsweise einem Monat in der Regel überzogen wäre. Allerdings macht auch hier der Begriff „vorübergehend“ deutlich, dass das Ende insbesondere der Verwahrzeit von vornherein festgelegt oder zumindest absehbar sein muss.

Die Nummer 2 trägt den Bedürfnissen der gewerblichen Beförderung und Lagerung Rechnung und bezieht Personen in die Freistellung von der Erlaubnispflicht ein, die – ohne Reparaturbetriebe im Sinne des § 21 Abs. 1 zu unterhalten – Waffen gewerbsmäßig verschönern, z. B. brünieren, vernickeln oder durch Gravuren verzieren; die Befreiung tritt nur ein, wenn die Waffen von einem Berechtigten und nur vorübergehend überlassen werden, wobei die Frist von einem Monat der Nummer 1 Buchstabe a nicht gilt.

Zu Nummer 3 Buchstabe a ist klarstellend darauf hinzuweisen, dass Prüfungen im Rahmen oder als Abschluss einer Ausbildung dem Begriff „Ausbildung“ im Sinne des Gesetzes unterfallen.

Die neue Regelung des Buchstabens c ermöglicht den erlaubnisfreien Erwerb und Besitz von Seenotsignalwaffen durch Charterer von seegehenden Schiffen. Damit ist die Ausrüstung durch den Schiffseigner möglich. Der Charterer hat kein Bedürfnis für eigene Waffen.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 29 Abs. 2 des Waffengesetzes. Allerdings ist die Regelung über den Munitionserwerb (und, wegen § 10 Abs. 3 des Entwurfs, den -besitz) wegen aufgetretener Zweifel in der Praxis (vgl. Begründung oben unter § 10 Abs. 3) klarer gefasst worden. Die Wörter „lediglich auf dieser Schießstätte zum sofortigen Verbrauch“ stellen zweifelsfrei klar, dass die Mitnahme von Munition von der Schießstätte nicht erfolgen darf.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 35 Abs. 4 in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 des Waffengesetzes. Ergänzend folgende Hinweise:

Zu Nummer 1

Zusätzlich wird im Falle der Nummer 1 neben der Zustimmung des Hausrechtsinhabers klargestellt, dass ein Bedürfnis zum Führen der Schusswaffe in dem fremden Besitztum vorliegen muss. Ein solches Bedürfnis wird nur im Ausnahmefall vorliegen. Mit dieser Ergänzung soll einer missbräuchlichen Verwendung von Schusswaffen begegnet werden. In der Vergangenheit ist es immer wieder vorgekommen, dass z. B. Sportschützen mit ihren Waffen in Lokalen als Türsteher oder als sonstiges Aufsichtspersonal mit Zustimmung des Hausrechtsinhabers fungierten. Häufig ist es auch vorgekommen, dass Waffensammler ihre Sammlerwaffen zum Sportschießen verwendet haben, entgegen der vom Bundesverwaltungsgericht und mehreren Verwaltungsgerichten der Länder ergangenen Rechtsprechung, wonach sich eine kulturhistorisch bedeutsame Sammlung darauf beschränkt, dass eine Mehrzahl oder Vielzahl von Waffen gleicher Art aus künstlerischen, wissenschaftlichen oder reinen Liebhaberinteressen zusammengebracht werden und dass diese Waffen nicht gebraucht werden.

Zu Nummer 2

Diese Regelung orientiert sich an dem bisherigen § 35 Abs. 4 Nr. 2 Buchstabe c des Waffengesetzes, allerdings wird zusätzlich gefordert, dass der Transport zu einem vom Bedürfnis umfassten Zweck erfolgt.

Zu Nummer 3

Nach der derzeitigen Rechtslage bedürfen Führer von kleineren Sportbooten zusätzlich eines Waffenscheins, wenn sie eine erlaubnispflichtige Signalwaffe an Bord mitführen wollen. Die Rechtsprechung zum Begriff „Wohnung“ verlangt nämlich, dass das Wasserfahrzeug über Einrichtungen verfügen muss, die ein Wohnen auf dem Fahrzeug gestatten. Solche Einrichtungen sind nur bei größeren Sportbooten vorhanden. Es erscheint sicherheitspolitisch unbedenklich, das Mitführen einer Signalwaffe an Bord von Sportbooten zu gestatten, ohne neben der Waffenbesitzkarte einen Waffenschein zu verlangen. Die neue Nummer 3 trägt diesem Bedürfnis Rechnung. Schließlich erscheint es unbedenklich und dient der Vereinfachung, Bergsteigern für Notsituationen das zugriffsbereite Mitführen einer Signalwaffe im Gebirge zu gestatten, ohne dass es hierzu eines Waffenscheins bedarf.

Zu Absatz 4

Die Regelung war bisher in § 45 Abs. 6 Nr. 2, 6 und 7 des Waffengesetzes enthalten. Die bisherigen Regelungen des § 45 Abs. 6 Nr. 3 und 4 erscheinen als Überreglementierung nicht länger erforderlich, Nummer 5 ist jetzt in § 13 Abs. 6 des Entwurfs enthalten.

Es wurde für entbehrlich gehalten, in Satz 1 den Biathlon ausdrücklich aufzunehmen, bei dem nicht in einer Schießstätte im eigentlichen Sinn geschossen wird, sondern der im freien Gelände, von dem bestimmte gekennzeichnete Bereiche vorübergehend – nämlich für die Dauer des Parcours – dem Schießen gewidmet sind, ausgetragen wird. Hier wird eine entsprechende Anwendung des Satzes 1 ausreichend sein.

Zu § 13 (Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Jäger, Führen und Schießen zu Jagdzwecken)

Die Vorschrift speziell für die Jäger dient der größeren Transparenz insoweit, als sie einer der Hauptnutzergruppen von Schusswaffen künftig gewissermaßen auf einen Blick ermöglichen soll, welche Voraussetzungen für den jagdlichen Umgang mit Schusswaffen oder Munition notwendig sind.

Nach künftigem Recht werden die bisherigen Regelungen aus verschiedenen Vorschriften wie folgt zusammengefasst: Absatz 2 des Entwurfs orientiert sich im Wesentlichen an dem bisherigen § 30 Abs. 1 Satz 3 des Waffengesetzes; Absatz 3 des Entwurfs enthält u. a. die Regelungen aus dem bisherigen § 28 Abs. 4 Nr. 7 und Abs. 5 Satz 1 des Waffengesetzes. Absatz 1 des Entwurfs war partiell im bisherigen § 32 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 des Waffengesetzes enthalten; Absatz 5 des Entwurfs orientiert sich am bisherigen § 29 Abs. 2 Nr. 1 des Waffengesetzes; Absatz 6 des Entwurfs entspricht dem bisherigen § 35 Abs. 4 Nr. 2 Buchstabe a und § 45 Abs. 6 Nr. 5 des Waffengesetzes.

Demnach waren die für Jäger wichtigen waffenrechtlichen Regelungen bislang in sechs verschiedenen Vorschriften, teilweise in mehreren Absätzen, geregelt: § 28 Abs. 4 Nr. 7, Abs. 5 Satz 1; § 29 Abs. 2 Nr. 1; § 30 Abs. 1 Satz 1; § 32 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 Satz 1 Nr. 2; § 35 Abs. 4 Nr. 2 Buchstabe a; § 45 Abs. 6 Nr. 5 des Waffengesetzes. Hinzu kommt, dass das bisherige Waffengesetz nicht ausdrücklich eine Grundnorm enthielt (vgl. jetzt § 13 Abs. 1 des Entwurfs), dass ein Jäger Langwaffen nur zur jagdlichen Verwendung, nicht aber z. B. zum Waffensammeln erwerben darf. Davon abgesehen enthielt das bisherige Waffenrecht in Bezug auf Jäger gravierende Defizite, die erst durch die vom Bundesverwaltungsgericht für obsolet erklärte Regelung des § 30 Abs. 1 Satz 3 des Waffengesetzes offenkundig wurden, wonach für die Zuverlässigkeit von Jägern nicht die strengen Versagungsgründe des Waffengesetzes, sondern die geringeren Anforderungen des Jagdrechts galten (vgl. § 17 Abs. 4 des Bundesjagdgesetzes).

Vor diesem Hintergrund dient § 13 der Vereinfachung (durch Zusammenfassung der wesentlichen Regelungen in einer Vorschrift), der Vervollständigung, der Klarstellung und der Erleichterung (Ausleihe von Waffen für alle Jäger, Erleichterung zur Schieß- und Jagdhundeausbildung u. a. – siehe Absatz 4 und 6).

Geprägt ist § 13 des Entwurfs gegenüber den sonstigen Waffenberechtigten von folgenden Erwägungen:

Zu Absatz 1

Wegen des vorrangigen Zwecks der Neuregelung, das Waffenrecht von Sonderregelungen für bestimmte Personengruppen zu befreien und den Vollzug zu vereinfachen, ist künftig auch für Jäger wie für alle übrigen Waffeninteressierten zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen grundsätzlich ein Bedürfnis nachzuweisen. Zur Klarstellung bedurfte es der Bestimmung, dass auch bei Jägern das Bedürfnisprinzip für den Erwerb und Besitz von Schusswaffen gilt, allerdings mit folgenden Besonderheiten:

Jäger müssen eine anspruchsvolle und schwierige Prüfung unter staatlicher Aufsicht ablegen. Die Jagdausübung ist in

den Jagdgesetzen des Bundes und der Länder detailliert reglementiert. Vor diesem Hintergrund erscheint es vertretbar, den Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch Jäger sowie den sonstigen Umgang mit Schusswaffen weniger strengen waffenrechtlichen Beschränkungen zu unterwerfen, zumal der Bedarf an Schusswaffen bei Jägern sich grundsätzlich auf die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit weniger gefährlichen Langwaffen (Flinten, Büchsen) beschränkt.

Angesichts der qualifizierten Jägerprüfung und eines gültigen Jagdscheines braucht waffenrechtlich auch nicht geprüft zu werden, ob und wie oft der Jäger zur Jagd geht. Die Jägerprüfung und der Erwerb eines Jahresjagdscheines können aber nicht dazu dienen, Schusswaffen zu einem anderen Zweck als der Jagd zu erwerben (z. B. für eine Sammlung). Dies ist in der Vergangenheit offenbar häufig großzügiger gehandhabt worden und zwar offenbar auf Grund der Vorschrift des bisherigen § 30 Abs. 1 Satz 3 des Waffengesetzes. § 13 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 8 des Entwurfs lassen es nicht zu, dass Jäger Schusswaffen zu einem anderen Zweck als der Jagd erwerben können; die zuständige Behörde kann daher in Zweifelsfällen einen Bedürfnisnachweis verlangen. Wird ein Bedürfnis allein auf Grund einer ausländischen Erlaubnis für die Jagd im Ausland geltend gemacht, ist hierfür § 8 anzuwenden (vgl. dort im Einzelnen die Begründung).

Zu Absatz 2

Die unterschiedlichen Jagdscheine (Jahresjagdschein, Tagesjagdschein, Jugendjagdschein) behalten ihre Bedeutung bei der Feststellung des Bedürfnisses, der Jahresjagdschein ist darüber hinaus auch Erwerbspapier für Langwaffen.

Die Vorschrift erlaubt daher dem Jäger mit gültigem Jahresjagdschein den Erwerb so vieler Schusswaffen, wie er für die Ausübung der Jagd benötigt. Ohne Nachweis eines Bedürfnisses lässt die Vorschrift außerdem den Erwerb von zwei Kurzwaffen als Grundausrüstung für Inhaber eines gültigen Jahresjagdscheines zu. Erworben werden dürfen nach Nummer 2 nur Schusswaffen, deren Verwendung zur Jagd nach den Bestimmungen des Bundesjagdgesetzes nicht verboten ist.

Zu Absatz 3

Diese Regelung orientiert sich am bisherigen § 28 Abs. 4 Nr. 7 und Abs. 5 des Waffengesetzes. Außerdem stellt Absatz 3 die bisherige Praxis der Ausleihe auf eine klare gesetzliche Grundlage. Allerdings berechtigt dieser waffenrechtlich erlaubnisfreie Erwerb nur zum vorübergehenden Besitz, der erst durch Erteilung einer Waffenbesitzkarte in eine weitergehende Berechtigung zum Besitz übergeleitet wird; bei Versäumung der Antragsfrist von 2 Wochen (1 Monat nach dem bisherigen Recht – § 28 Abs. 5 Satz 1 des Waffengesetzes) erlischt die Berechtigung zum Besitz (BVerwG in DVBl. 1985, S. 1311).

Zu Absatz 4

Diese Vorschrift stellt die bisherige Praxis der Ausleihe auf gültigen Jagdschein auf eine klare gesetzliche Grundlage.

Zu Absatz 5

Diese Regelung entspricht dem bisherigen § 29 Abs. 2 Nr. 1 des Waffengesetzes.

Zu Absatz 6

Die Regelung entspricht dem geltenden Recht mit folgender wesentlicher Ergänzung zu Gunsten von Jägern:

Im Rahmen der Ausbildung von Jagdhunden, die mit einer Prüfung abschließt, wird u. a. die Schussfestigkeit der Hunde erprobt und geprüft. Die in diesem Zusammenhang eingesetzte Schusswaffe dient nicht der Jagdausübung. Diese Tätigkeiten können – wie das Anschießen im Revier – von der Erlaubnispflicht nach § 10 Abs. 4 und 5 des Entwurfs für Jagdscheininhaber freigestellt werden, da insoweit keine durchgreifenden Sicherheitsbedenken entgegen stehen.

Zu Absatz 7

Im Interesse einer praxisgerechten Ausbildung ist diese Regelung für Jäger in der Ausbildung notwendig, aber auch aus sicherheitspolitischen Gründen vertretbar. Zusätzlich besteht außerdem für jugendliche Jäger in der Ausbildung auch die Ausweispflicht im Sinne des § 38 Satz 1 Nr. 1 des Entwurfs. Das Schießen jugendlicher Jäger wird durch § 27 Abs. 5 des Entwurfs geregelt.

Zu § 14 (Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch Sportschützen)

Während der Erwerb von Schusswaffen durch Jäger von einer staatlichen Prüfung abhängt und die Jagdausübung mit Schusswaffen der Einhaltung detaillierter jagdrechtlicher Vorschriften unterliegt (vgl. Begründung zu § 13), ist das Sportschützenwesen stark von der Autonomie des Sports geprägt und das sportliche Schießen im Wesentlichen nach den selbst gesetzten Regeln der Schützenverbände ausgerichtet.

An diesem Prinzip der staatlichen Zurückhaltung auch gegenüber dem Schießsport wird weiter festgehalten. Teilweise wird dieser Grundsatz noch stärker verankert (vgl. vor allem die Begründung zu § 15).

Allerdings sind auch einige Konkretisierungen notwendig:

Für Sportschützen wurde auf Grund des bisherigen § 28 Abs. 2 Satz 1 des Waffengesetzes davon ausgegangen, dass sie unbegrenzt viele Einzellader-Langwaffen erwerben und besitzen dürfen; diese irrije Auffassung, die teilweise auch Verwaltungspraxis war, stand nicht in Einklang mit dem bisherigen § 32 Abs. 1 Nr. 2 des Waffengesetzes. Darüber hinaus war auch der Begriff des Sportschützen nicht klar geregelt, wie sich aus den bisherigen Regelungen in § 27 Abs. 3 Nr. 2 und § 32 Abs. 1 Nr. 2 des Waffengesetzes ergibt, wonach nicht eindeutig war, ob der Brauchstumsschütze ein Unterfall des Sportschützen ist (s. u. jetzt aber die Begründung zu § 16 – Brauchstumsschützen). Im Hinblick darauf wird künftig eine Mitgliedschaft in einem Schießsportverein, der einem anerkannten Schießsportverband angehört, gefordert; eine Person, die den Schießsport betreiben möchte, kann daher Schusswaffen auf der Grundlage des Verfahrens nach § 14 – der Sportschützen Erleichterungen bei der Erteilung

von Erlaubnissen einräumt – nur unter dieser Voraussetzung erwerben und besitzen.

Zu Absatz 1

Für den Langwaffenerwerb war weder im Gesetz noch in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz eine bestimmte Dauer der Ausübung des Schießsportes, ja nicht einmal eine Vereinszugehörigkeit vorgeschrieben mit der Folge, dass das Waffenrecht den Langwaffenerwerb auch für nur sporadisch schießende, nicht vereinsgebundene Freizeitsportler zuließ.

Nur für den Kurzwaffenerwerb sah der bisherige § 32 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 des Waffengesetzes zwar eine sechsmo- natige Vereinsmitgliedschaft in einem Schießsportverein, verbunden mit einer regelmäßigen Teilnahme am Übungs- schießen, vor.

Die Vorschrift schreibt nunmehr in Satz 2 Nr. 1 für den Er- werb erlaubnispflichtiger Schusswaffen, also einschließlich Einzellader-Langwaffen, eine Mitgliedschaft in einem Schießsportverein und eine zwölfmonatige ununterbrochene regelmäßige Schießsportausübung in diesem Verein vor. Über die regelmäßige Schießsportausübung fehlten aber jegliche konkreten Regelungen mit der Folge, dass laut einer Länderumfrage im Jahre 1995 festgestellt wurde, dass hinsichtlich der Schießsportausübung durch einen Sport- schützen die Verwaltungspraxis offensichtlich vollkommen unterschiedlich ist und zwischen einmal pro Woche bis ein- mal pro Monat schwankt; überwiegend wird aber ein min- destens zweiwöchiger Rhythmus der Schießsportausübung verlangt.

Eine regelmäßige Sportausübung ist in der Regel daher dann anzunehmen, wenn der Sportschütze im maßgeblichen Jahreszeitraum wenigstens achtzehnmal oder einmal pro Monat intensiv und mit einer gewissen Dauer Schießübun- gen mit einer Waffe der Art betrieben hat, für die er ein Be- dürfnis geltend macht (Satz 2 Nr. 2). Dafür wird bei Sport- schützen in der Regel ein Bedürfnis für den Erwerb und Be- sitz von zwei Kurz- und drei halbautomatischen Langwaf- fen oder Repetier-Langwaffen – als Grundausrüstung (vgl. Absatz 2) – sowie für den Erwerb und Besitz von Einzel- lader-Langwaffen anerkannt, was einerseits im Einzelfall eine besondere Prüfung des Bedürfnisses nicht ausschließt, andererseits aber auch eine Zubilligung weiterer Kurz- und Langwaffen zulässt.

Die bisherige großzügige Anerkennung eines Bedürfnisses für eine unbeschränkte Zahl von Langwaffen einschließlich von Selbstlade-Langwaffen erscheint nicht gerechtfertigt. Es wird deshalb für den Erwerb dieser Waffen eine zahlen- mäßige Beschränkung wie bei Kurzwaffen eingeführt, da Langwaffen bei Sportschützen nicht allgemein verbreitet und als Sportwaffen nur von wenigen Schießsportvereini- gungen zugelassen sind. Die Beschränkung auf zwei Kurz- waffen und insgesamt drei halbautomatische oder Repe- tier-Langwaffen befriedigt zwar nicht alle Wünsche der ernsthaften Leistungssportler. In den Sportverbänden wer- den von den Pistolenschützen häufig bis zu fünf Disziplinen geschossen. Da es sich bei der Zubilligung von zwei Kurz- waffen und drei Langwaffen aber um die Grundausrüstung handelt, ist eine Zuerkennung weiterer Kurzwaffen und

Langwaffen unter Beachtung der sonstigen Voraussetzungen nicht ausgeschlossen.

Nicht unter § 14 Abs. 1, sondern unter § 8 fallen die so ge- nannten vereinseigenen Waffen, die ein Schießsportverein für seine Mitglieder vorhält. Für diese Vereinswaffen kann natürlich nicht die Voraussetzung des § 14 Abs. 2 gelten. Außerdem sind diese Vereinswaffen daher insbesondere auch nicht einem Sportschützen des Vereins auf sein Kontingent von zwei Kurzwaffen oder drei Repetier- oder halbautomatischen Langwaffen anzurechnen (§ 14 Abs. 2). Allerdings müssen die vereinseigenen Schusswaffen immer in einer Waffenbesitzkarte auf eine natürliche Person einge- tragen sein. Die Waffenbesitzkarte stellt eine höchstpersön- liche Erlaubnis dar, die weder einer Personengesellschaft noch einer juristischen Person erteilt werden kann. Dies folgt aus den gesetzlichen Voraussetzungen für ihre Er- teilung, die nur von natürlichen Personen erfüllt werden können, wie der Vollendung eines Mindestalters, der per- sönlichen Zuverlässigkeit, der körperlichen Eignung sowie dem Nachweis der Sachkunde.

Das Verbot des Satzes 3 dient der Verhinderung des Anle- gens von Waffensammlungen unter dem Deckmantel des Sportschützentums, zu dem insbesondere die Nichtkontin- gentierung von Einzellader-Langwaffen (Argument aus dem Eingangssatz des Absatzes 2) verleiten könnte; der Sache nach handelt es sich um ein Erwerbsstreckungsgebot.

Zu Absatz 2

Ein über das Regelbedürfnis des Absatzes 2 hinausgehender Bedarf für halbautomatische und Repetier-Langwaffen und Kurzwaffen muss detailliert nachgewiesen werden. Grund- voraussetzung für die Annahme eines besonderen Bedürf- nisses sind die intensive wettkampfbezogene Sportaus- übung über den Vereinsrahmen hinaus und besondere Lei- stungen oder das ernsthafte Ansinnen, weitere bzw. zusätzli- che Disziplinen schießen zu wollen. Ferner sind bei dieser besonderen Bedürfnisprüfung die Art und weitere Verwen- dung der bereits besessenen Waffen zu berücksichtigen. Es ist beabsichtigt, die Kriterien für die Leistungsschützen im Rahmen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift näher fest- zulegen.

Zu Absatz 3

Die Regelung entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 28 Abs. 2 Satz 1 des Waffengesetzes.

Zu § 15 (Schießsportverbände; schießsportliche Vereine)

Die uneingeschränkte Rechtstreue und Verlässlichkeit von Schießsportverbänden sowie deren Bereitschaft und Fähig- keit zur Aufsicht über ihre Mitgliedsvereine bilden eine we- sentliche Voraussetzung dafür, dass tatsächlich nur ernst- hafte Sportschützen den Besitz von Schusswaffen erlangen und mit ihren Waffen sachgemäß und sorgsam umgehen.

Seit geraumer Zeit ist festzustellen, dass sich ständig neue kleine und kleinste Verbände gründen, die immer neue Schießdisziplinen erfinden, um für sich die Vergünstigun- gen zu beanspruchen, die das Waffenrecht den etablierten Verbänden und seinen Sportschützen zugesteht. Die neuen „Verbände“ verfügen in der Regel über keine erkennbare Verbandsstruktur. Es fehlen regelmäßig sowohl Regional-

als auch Kreis- und Landesverbände. In einem konkreten Fall nennt sich ein örtlicher Verein mit ca. 120 Mitgliedern „Verband“, um seinen Mitgliedern die Möglichkeit zum Erwerb einer Fülle von Schusswaffen zu verschaffen. Nach den Feststellungen der zuständigen Landesbehörden ist es in diesem Zusammenhang in der Praxis teilweise zu einer missbräuchlichen Ausnutzung der Regelung des bisherigen § 32 Abs. 2 Nr. 3 Satz 1 des Waffengesetzes gekommen. Es besteht der begründete Verdacht, dass die bestehenden waffenrechtlichen Vergünstigungen in einer Reihe von Fällen wesentlich zur Bildung neuer schießsportlicher Vereinigungen beigetragen haben und dass die ausgestellten Bescheinigungen teilweise nicht den an sie zu stellenden Anforderungen entsprochen.

Dies kann – auch nach Auffassung des Bundesrates (vgl. Beschluss des Bundesrates vom 25. Februar 2000, Bundesratsdrucksache 764/99) – nicht länger hingenommen werden. Vielmehr muss gesetzlich festgelegt werden, dass ein Schießsportverband bestimmte Anforderungen hinsichtlich seiner Organisationsstruktur, Mitgliederzahl und sportlichen Betätigung erfüllen muss, um als Schießsportverband anerkannt zu werden. Nur deren Mitgliedern soll der Erwerb von Schusswaffen und Munition unter den Bedingungen des § 14 gestattet werden.

Der Entwurf sieht daher künftig für die Inanspruchnahme der den Schießsportlern bei der Erwerbserlaubnis eingeräumten Vergünstigungen eine Verlängerung der Frist für die Zugehörigkeit zu einem Schießsportverein auf zwölf Monate vor und verlangt außerdem die Zugehörigkeit des Schießsportvereins zu einem überörtlichen schießsportlichen Verband. Außerdem sollen die Vereine verpflichtet werden, ein Ausscheiden einzelner Mitglieder aus dem Verein oder dem aktiven Schießsport der zuständigen Behörde anzuzeigen (vgl. § 15 Abs. 5 des Entwurfs).

Mit diesem Mindestmaß an Ordnungsstruktur soll es einerseits ermöglicht werden, Gruppierungen zu erkennen, bei denen der Schießsport Vorwand für Waffenbeschaffung ist, andererseits soll es einen bundesweit einheitlichen Vollzug des Waffenrechts garantieren und schließlich die Verbände des Schießsports stärken, um mit weniger Staat den Vollzug des Waffenrechts zu sichern.

Zu Absatz 1

Über die bisher normierten Voraussetzungen hinaus wird daher mit dieser Vorschrift bestimmt, dass im Sinne des Waffenrechts ein Schießsportverband im Grundsatz – von den Ausnahmemöglichkeiten des Absatzes 2 abgesehen –

- wenigstens in jedem Land, in dem Mitglieder ansässig sind, in Schießsportvereinen organisiert ist,
- mindestens zehntausend aktive Schützen als Mitglieder hat,
- den Schießsport als Breiten- und Leistungssport betreibt,
- sich um eine sachgerechte Ausbildung und einen altersgerechten Kinder- bzw. Jugendschießsport in den Vereinen bemüht,
- regelmäßig überregionale Wettbewerbe organisiert oder daran teilnimmt,

- den sportlichen Betrieb in den Vereinen auf der Grundlage einer bei Antrag auf Anerkennung vorzulegenden Schießsportordnung organisiert und
- durch organisatorische Maßnahmen darauf hinwirkt, dass die ihm angehörenden Vereine die Prinzipien des Schießsportes und vor allem die waffenrechtlichen Vorschriften einhalten. Dazu gehört auch, dass der Verein über den geregelten Zugang zu einer Schießstätte verfügt, auf der mit den Schusswaffen, für die ein Bedürfnis geltend gemacht wird, auch geschossen werden kann. Dazu gehört darüber hinaus zumindest in den ersten Jahren nach der erstmaligen Erteilung der Sportschützen-Waffenbesitzkarte die Nachweisführung über die schießsportlichen Aktivitäten der Mitglieder, die es der Behörde ermöglichen, eine Feststellung darüber zu treffen, ob der Sportschütze sich tatsächlich regelmäßig schießsportlich betätigt hat. Zu dokumentieren sein wird insbesondere, welche Übungen der Schütze absolviert oder welche Disziplinen er geschossen hat. Entscheidend ist nicht, wie viel Munition der Sportschütze verbraucht hat. Gelingt dem Verband nicht, die ihm angeschlossenen Vereine zu einer entsprechenden Organisation zu veranlassen, wird ihm die Anerkennung mit den daraus resultierenden Konsequenzen auch für die Mitglieder versagt oder entzogen werden müssen.

Es ist beabsichtigt, die vorgenannten Anforderungen an einen Schießsportverband und die Zulassung von Ausnahmen hiervon im Rahmen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift näher zu konkretisieren.

Zu Absatz 3

Die Anerkennungsprüfung und -entscheidung selbst muss – schon wegen der Nähe zum Vollzug des Waffenrechts im Übrigen – bei den Ländern liegen. Die Regelung sieht in den Fällen länderübergreifender Verbände das Einvernehmen der zuständigen Länderbehörden vor.

Zu Absatz 4

Diese Vorschrift enthält verwaltungsverfahrenrechtliche Sondervorschriften.

Zu Absatz 5

In dieser Vorschrift ist eine Benennungspflicht des Vereins hinsichtlich ausgeschiedener Mitglieder statuiert.

Zu § 16 (Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Brauchtumsschützen, Führen von Waffen und Schießen zur Brauchtumspflege)

Auf Grund der Vorschriften der bisherigen § 27 Abs. 3 Nr. 3, § 28 Abs. 4 Nr. 5 und § 32 Abs. 1 Nr. 2 des Waffengesetzes war unklar, ob Brauchtumsschützen waffenrechtlich als Sportschützen zu behandeln sind. Die jetzige Vorschrift schafft eine deutliche Abgrenzung und regelt das Brauchtumsschützenwesen selbstständig und an einer Stelle.

Zu Absatz 1

Abweichend von dem bisherigen § 32 Abs. 1 Nr. 2 WaffG erleichtert diese Vorschrift – regelungstechnisch in Anlehn-

nung an die Regelung betreffend Sportschützen in § 14 des Entwurfs – den Erwerb bestimmter Langwaffen durch Brauchtumsschützen. Die Vorlage einer Bescheinigung der Brauchtumsschützenvereinigung dient der Glaubhaftmachung des Bedürfnisses, dass die Waffen zur Brauchtumspflege benötigt werden. Künftig wird eine nicht begrenzte Anzahl an Einzellader-Langwaffen sowie ein Kontingent von bis zu drei Repetier-Langwaffen anerkannt. Die Zubilligung auch von Repetier-Langwaffen an Brauchtumsschützen trägt dem Umstand Rechnung, dass diese sich nach Aussage der Verbände der Brauchtumsschützen, die von Ländern, in denen das Brauchtumsschützentum verankert ist, bestätigt werden, besonders gut zum Salutschießen eignen und von Brauchtumsschützen auch für schießsportliche Betätigungen verwendet werden. Allerdings wird sowohl auf die entsprechende Anwendung der für Sportschützen geltenden Regelungen des § 14 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 (Mitgliedschaft und regelmäßiges Betreiben in einer Vereinigung seit mindestens einem Jahr) und des § 14 Abs. 1 Satz 3 (Erwerbsstreckungsgebot) verzichtet.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift ist wegen des in § 43 des Entwurfs (vormals § 39 des Waffengesetzes) geregelten Verbotes des Führens von Waffen jeglicher Art im Sinne des Entwurfs notwendig. Bei Brauchtumsschützenveranstaltungen handelt es sich um öffentliche Veranstaltungen, bei denen das Führen von Waffen durch die Brauchtumsschützen gerade Sinn und Zweck der Veranstaltung ist. Lediglich aus systematischen Gründen wird die bisherige Ausnahmevorschrift des § 39 Abs. 3 des Waffengesetzes nunmehr in den § 16 des Entwurfs verlagert, allerdings mit der Konkretisierung, dass die Erlaubnis für die Vereinigung wegen des Prinzips der Höchstpersönlichkeit waffenrechtlicher Erlaubnisse (die auch insbesondere in den Zuverlässigkeitskriterien zum Ausdruck kommt) auf einen verantwortlichen Leiter (dies muss nicht der Vorsitzende der Vereinigung sein) auszustellen ist.

Zu Absatz 3

Hier wird die Vorschrift des bisherigen § 45 Abs. 4 des Waffengesetzes aufgegriffen und in den § 16 des Entwurfs eingefügt. Auch hier wird ausdrücklich entsprechend Nummer 45.3 Satz 2 der bisherigen Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz bestimmt, dass die Erlaubnis auf eine natürliche Person auszustellen ist (auf die Ausführungen oben zu Absatz 2 wird verwiesen).

Zur Erleichterung des Verfahrens wird in Satz 3 die Möglichkeit eingeräumt, die Erlaubnis zum Schießen und die Ausnahmegewilligung zum Führen (und die darauf gerichteten Verwaltungsverfahren) miteinander zu verbinden.

Zu § 17 (Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Waffen- oder Munitionssammler)

Zu Absatz 1

Diese Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 32 Abs. 1 Nr. 4 des Waffengesetzes. Während Erlaubnisse zum Erwerb und Besitz von Waffen in der Regel die entsprechenden Erlaubnisse für Munition einschließen, ist dies in den Fällen des § 17 des Entwurfs nicht der Fall. Dies

schließt jedoch nicht aus, dass ein Waffensammler auch und gleichzeitig eine Erlaubnis zum Munitionserwerb erhält. Das Sammeln von Waffen oder Munition kann sich aus dem Beruf oder der fachlichen Ausbildung ergeben oder kulturhistorischen Zwecken dienen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält die Regelungen aus den bisherigen § 28 Abs. 2 Satz 2 und 4 und § 28 Abs. 7 Satz 2 des Waffengesetzes. Abweichend von der bisherigen Regelung in § 28 Abs. 2 Satz 4 des Waffengesetzes liegt die zeitliche Bestimmung zur Vorlage einer Aufstellung über den Waffenbestand im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde. Die Auflagenermächtigung verfolgt präventive Zwecke; die Erteilung einer Auflage setzt nicht das Vorliegen einer konkreten Gefahrensituation voraus.

Zu § 18 (Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition durch Waffen- oder Munitionssachverständige)

Da es sich bei dieser Personengruppe nicht um Waffen- oder Munitionssammler im eigentlichen Sinne handelt, war für sie eine eigenständige Regelung vorzusehen.

Zu Absatz 1

Diese Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem Sinngehalt des bisherigen § 28 Abs. 2 des Waffengesetzes und überführt ihn insoweit in die Terminologie des neuen Rechts.

Zu Absatz 2

Absatz 2 enthält die Regelungen aus dem bisherigen § 28 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 7 Satz 2 des Waffengesetzes. Auch für Sachverständige wird in Satz 2 eine Verpflichtung zur Vorlage einer Aufstellung über den Bestand an Schusswaffen vorgesehen. Ebenso wie bei Waffen- und Munitionssammlern liegt die zeitliche Bestimmung zur Vorlage einer Aufstellung über den Waffenbestand im pflichtgemäßen Ermessen der Behörde. Die Auflagenermächtigung verfolgt auch hier präventive Zwecke; die Erteilung einer Auflage setzt nicht das Vorliegen einer konkreten Gefahrensituation voraus.

Zu § 19 (Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition, Führen von Schusswaffen durch gefährdete Personen)

Die Vorschrift fasst im Wesentlichen die bewährten Vorschriften des bisherigen § 32 Abs. 1 Nr. 3 und des § 35 des Waffengesetzes zusammen.

Zu Absatz 1

Die Regelung entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 32 Abs. 1 Nr. 3 des Waffengesetzes.

§ 19 Abs. 1 des Entwurfs hält im Einklang mit dem bisherigen Recht fest, dass das für eine waffenrechtliche Erlaubnis nach § 4 Abs. 1 Nr. 4 notwendige Bedürfnis im Sinne des § 8 bei einer Gefährdung der Person durch Angriffe auf Leib oder Leben gegeben sein kann. Ob eine Person wesentlich mehr als die Allgemeinheit durch Angriffe gefährdet ist (Nummer 1) und der Erwerb von Schusswaffen geeignet ist,

diese Gefahr zu mindern (Nummer 2), bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalles. Für die Anerkennung einer Gefährdung als Bedürfnis ist stets ein strenger Maßstab bei der Abwägung der persönlichen Interessen des Antragstellers an der Verbesserung seiner Sicherheit durch den Besitz einer Schusswaffe und dem öffentlichen Interesse daran, dass möglichst wenig Waffen unter die Bevölkerung kommen, anzulegen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 nimmt die im bisherigen § 35 WaffG enthaltene Regelung auf. Will eine gefährdete Person eine Schusswaffe außerhalb des eigenen befriedeten Besitztums, der eigenen Wohnung oder Geschäftsräume führen, so muss sie glaubhaft machen, dass die von Absatz 1 vorausgesetzte Gefährdung auch in diesen Situationen besteht. Im Hinblick auf die besondere Gefährlichkeit des Führens von Schusswaffen im öffentlichen Bereich ist hier ein besonders strenger Maßstab bei der Prüfung dieses Bedürfnisses anzulegen.

Zu § 20 (Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch Erben)

Die Regelung entspricht dem bisherigen auf mehrere Vorschriften verstreuten Recht und fasst dieses in einer Vorschrift zusammen.

Das Waffengesetz befasst sich nicht mit Eigentumsfragen im zivilrechtlichen Sinne. Dies bedeutet, dass jedermann – d. h. selbst eine minderjährige vorbestrafte, nicht sachkundige oder kein Bedürfnis nachweisende Person – an Schusswaffen Eigentum und Besitz im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) erwerben darf. Entsprechendes gilt für das Erbrecht; jeder, d. h. selbst eine minderjährige, vorbestrafte und keinerlei waffenrechtliche Voraussetzungen erfüllende Person kann Erbe von Schusswaffen werden und das durch Erbfall erworbene zivilrechtliche Eigentum an Schusswaffen in vollem Umfang auf Dauer behalten. Hieran soll sich auch in Zukunft nichts ändern.

Hiervon zu trennen ist allerdings der Besitz (im waffenrechtlichen Sinne) an Schusswaffen, d. h. die Ausübung der tatsächlichen Gewalt über Schusswaffen. Allein die tatsächliche Besitzausübung über Schusswaffen macht das Waffengesetz von strengen Voraussetzungen abhängig. Danach darf ein Waffenhändler zwar einem Käufer das Eigentum an einer Schusswaffe verschaffen; waffenrechtlich ist es aber nicht zulässig, dass ein Waffenhändler dem Käufer diese Schusswaffe aushändigen, d. h. den Besitz verschaffen darf, wenn nicht dafür alle waffenrechtlichen Voraussetzungen – Volljährigkeit, Zuverlässigkeit, persönliche Eignung, waffenrechtliche Sachkunde und Bedürfnis – vorliegen.

Zu den Ausnahmen gehörte bislang der Erwerb von Todes wegen (§ 28 Abs. 4 Nr. 1, § 29 Abs. 2 Nr. 2 des bisherigen Waffengesetzes). Wollte der Erbe die Schusswaffe behalten, hatte er binnen eines Monats seit Annahme der Erbschaft oder Ablauf der Ausschlagungsfrist die Erteilung einer Waffenbesitzkarte zu beantragen (§ 28 Abs. 5 Satz 1 und 2 des bisherigen Waffengesetzes). Diese durfte nur versagt werden, wenn der Antragsteller die erforderliche Zuverlässigkeit nicht besaß (§ 30 Abs. 1 Satz 2 des bisherigen Waffengesetzes). Dies bedeutete insbesondere, dass der sonst gebotene Nachweis eines Bedürfnisses beim Erwerb einer

Schusswaffe von Todes wegen entfiel (vgl. § 30 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 des bisherigen Waffengesetzes).

Auf Grund dieser Regelung gehört der Besitzerwerb von Schusswaffen durch Erbschaft mit zu den häufigsten Erwerbsgründen. Die Zahl der legalen Schusswaffenbesitzer kraft Erbschaft nimmt kontinuierlich zu und nähert sich der Zahl, die sich für Sportschützen und Jäger zusammen ergibt.

Diese Privilegierung des Erben wird beibehalten, allerdings befristet nach Artikel 17 Nr. 2. Falls bis zum Ablauf der Frist kein wirksames Blockiersystem von der Waffenindustrie auf den Markt gebracht ist, lässt sich die Privilegierung des Erben nicht länger vertreten.

Zu § 21 (Gewerbsmäßige Waffenherstellung, Waffenhandel)

Die Vorschrift fasst die Bestimmungen der §§ 7, 8, 10 und 11 des bisherigen Waffengesetzes zusammen. Sie wurde sprachlich zum Teil neu gefasst. Da sich ein Teil der Definitionen aus den Anlagen zum Waffengesetz ergibt, war eine Wiederholung im Text der Vorschrift nicht notwendig.

Zu Absatz 1

Der Absatz enthält im Wesentlichen die Regelung des bisherigen § 7 des Waffengesetzes, wonach die gewerbsmäßige Herstellung von Waffen und der Waffenhandel der Erlaubnis bedürfen.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift regelt den Umfang der Herstellungserlaubnis. Dies wurde bisher in § 7 Abs. 3 des Waffengesetzes geregelt.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift enthält die obligatorischen Versagungsgründe entsprechend der Regelung des bisherigen § 8 Abs. 1 und 2 des Waffengesetzes. Sie wurde um den Versagungsgrund der fehlenden Eignung (§ 6) ergänzt, die im bisher geltenden Gesetz der Zuverlässigkeit zugerechnet wurde.

Zu Absatz 4

Als fakultativer Versagungsgrund wurde die Regelung des bisherigen § 8 Abs. 3 des Waffengesetzes übernommen. Für Ausländer, die Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der EU sind oder Unternehmen aus diesen Staaten gilt die Beschränkung des Absatzes 4 Nr. 1 nach der Zweiten Verordnung zum Waffengesetz nur teilweise.

Zu Absatz 5

Das in diesem Absatz geregelte Erlöschen einer Erlaubnis orientiert sich am bisherigen § 10 Abs. 3 des Waffengesetzes.

Zu Absatz 6

Diese Vorschrift fasst die Anzeigepflichten nach § 11 des bisherigen Waffengesetzes und § 26 der bisherigen Ersten Verordnung zum Waffengesetz zusammen.

Zu Absatz 7

In der Vergangenheit ist es trotz Entzugs der Waffenherstellungs- oder -handelserlaubnis wiederholt zur Fortführung dieser gewerbsmäßigen Tätigkeit gekommen. Mit der Unterrichtungspflicht sollen vor allem unzulässige Ein- und Ausfuhren aufgedeckt oder verhindert werden.

Zu § 22 (Fachkunde)

Diese Vorschrift über die Fachkunde entspricht im Wesentlichen § 9 des bisherigen Waffengesetzes. Die Vorschrift aus § 9 Abs. 2 Nr. 2 des bisherigen Waffengesetzes wurde nicht übernommen. In der Praxis kam es zu Auslegungsproblemen, wann die Anforderung der Vorschrift inhaltlich und zeitlich erfüllt war. Es ist einem Antragssteller zuzumuten, eine Prüfung der Kenntnisse vor einer zuständigen Stelle abzulegen. Der durch Absatz 1 Satz 2 des Entwurfs privilegierte Büchsenmacher hat diese Prüfung bereits vor einer Handwerkskammer abgelegt und muss diese daher nicht wiederholen.

Zu § 23 (Waffenbücher)

Die Vorschrift übernimmt inhaltlich die bisherigen Regelungen des § 12 des Waffengesetzes.

Die Pflicht zur Führung des Waffenherstellungsbuches trifft – wie bisher – nur den Waffenhersteller. Der Begriff „herstellt“ in § 23 Abs. 1 des Entwurfs umfasst also nicht den Büchsenmacher, der Schusswaffen nur bearbeitet oder instand setzt, sondern nur den Büchsenmacher, der Schusswaffen herstellt.

§ 23 des Entwurfs verzichtet auf die Vorschriften über das Munitionshandelsbuch (§ 12 Abs. 3 des bisherigen Waffengesetzes) und die Definition der Bewegungsenergie (§ 12 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes). Das im Jahre 1972 eingeführte Munitionshandelsbuch hat die an seine Einführung geknüpften Erwartungen nicht erfüllt. Nach den kriminalpolizeilichen Erfahrungen sind seit Bestehen des Gesetzes keine Fälle bekannt geworden, in denen Straftaten mit Hilfe des Munitionshandelsbuches aufgeklärt worden sind. In das Munitionshandelsbuch wurden bisher neben den Angaben über den Hersteller der Name des Erwerbers und dessen Erwerbsermächtigung eingetragen. Mit seiner Hilfe kann jedoch die Herkunft der Patronen nicht ermittelt werden. Eine Kennzeichnung jeder einzelnen Patrone mit einer Herstellungsnummer ist aus technischen Gründen nicht möglich. Gleichwohl wird die Beibehaltung des Munitionshandelsbuches aus präventiven Gründen teilweise gefordert. Es entspricht jedoch der Erfahrung, dass potenzielle Straftäter sich die erforderliche Munition nicht über eine Munitionserwerbsermächtigung beschaffen. Deshalb ist der Wegfall des Munitionshandelsbuches nach § 12 Abs. 3 des bisherigen Waffengesetzes gerechtfertigt.

Der Wegfall der Definition für die Bewegungsenergie nach § 12 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes dient der Entlastung des Gesetzes; die Bestimmung kann in die allgemeinen Verwaltungsvorschriften übernommen werden.

Zu § 24 (Kennzeichnungspflicht, Markenanzeigepflicht)

Diese Vorschrift über die Kennzeichnungspflicht entspricht im Wesentlichen der bisherigen Vorschrift des § 13 des

Waffengesetzes. Dabei wurde zum einen der Begriff „Einfuhr“ durch den Begriff des „Verbringens“ ersetzt. Zum anderen wurde zur Entlastung des Gesetzes der bisherige § 13 Abs. 2 des Waffengesetzes über die Kennzeichnung von Schusswaffen mit einer geringeren Bewegungsenergie gestrichen. Der bisherige § 13 Abs. 5 des Waffengesetzes betraf die Kennzeichnungspflicht von Schusswaffen, die sich an staatliche Stellen richtet; die Vorschrift kann im Gesetz gestrichen und in die allgemeinen Verwaltungsvorschriften übernommen werden.

Zuständige Stelle für die Entgegennahme von Anzeigen ist zukünftig nicht mehr das Bundeskriminalamt, sondern die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (Absatz 5). Dies ist gegenüber den originären Aufgaben des Bundeskriminalamtes sachgerechter.

Zu § 25 (Ermächtigungen und Anordnungen)

Diese Vorschrift enthält im Wesentlichen die Ermächtigungen und Anordnungen des bisherigen § 15 des Waffengesetzes. Außerdem sind die Ausnahmen von der Kennzeichnungspflicht nach dem bisherigen § 14 des Waffengesetzes im Interesse einer flexiblen Anpassung an technische und sonstige Entwicklungen aus dem Gesetz gestrichen und für diese Materie ebenfalls die Möglichkeit der Regelung durch Rechtsverordnung geschaffen worden.

Zu § 26 (Nichtgewerbsmäßige Waffenherstellung)

Diese Vorschrift regelt die nichtgewerbsmäßige Waffenherstellung und orientiert sich im Wesentlichen an dem bisherigen § 41 des Waffengesetzes.

Durch die Ergänzung des Absatzes 1 soll die Erlaubnis des bisherigen § 41 des Waffengesetzes auf den Erwerb und Besitz wesentlicher Teile, die zur Herstellung oder Instandsetzung der dem Erlaubnisinhaber zugebilligten Schusswaffe benötigt werden, erstreckt werden. Die beabsichtigte Regelung dient der Verwaltungsvereinfachung, da bei der Herstellung oder Instandsetzung einer Schusswaffe in aller Regel wesentliche Teile zugekauft werden und es hierfür zurzeit einer besonderen Erlaubnis bedarf.

Die Nichtaufnahme des bisherigen § 41 Abs. 2 Satz 3 und 4 des Waffengesetzes dient der Anpassung an die Vorschriften der Verwaltungsverfahrensgesetze (vgl. § 9 des Entwurfs und die Begründung hierzu).

Zu § 27 (Schießstätten, Schießen durch Minderjährige auf Schießstätten, Ausbildung im Verteidigungsschießen)

Die Vorschrift ist ohne Vorläufer im früheren Waffenrecht des Reiches und des Bundes. Die Schießstättenbetriebs-erlaubnis entspricht auch nicht den Erlaubnissen zum Umgang mit Schusswaffen und Munition. Sie entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 44 des Waffengesetzes. Die Absätze 1 und 2 regeln die rechtlichen Voraussetzungen für das Betreiben von Schießstätten. Die Absätze 3 bis 6 treffen Sonderregelungen für das Schießen durch Minderjährige auf Schießstätten unter Abweichung von § 2 Abs. 1 des Entwurfs. Hiermit wird der besonderen Situation beim Schießen auf Schießstätten Rechnung getragen, die auch die weit reichende Erlaubnisfreiheit des Umgangs mit Waffen dort rechtfertigt. Absatz 7 schafft die Voraussetzungen für die

notwendigen mit Schießstätten im Zusammenhang stehenden Rechtsverordnungen.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift definiert zunächst den Begriff der Schießstätte in ihrem Satz 1; sie entspricht dabei § 44 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes. Sowohl der Betrieb als auch eine wesentliche Änderung der Beschaffenheit oder Benutzung sind hiernach erlaubnispflichtig. Satz 2 hält fest, dass die Erlaubnis nur dann erteilt werden darf, wenn der Antragsteller sowohl zuverlässig als auch persönlich geeignet ist. Daneben kann die Erlaubnis im Rahmen der waffenrechtlichen Anforderungen versagt werden oder mit Auflagen versehen werden (§ 9 des Entwurfs); als solche kommen insbesondere Auflagen über die Beschaffenheit, Abnahme, Benutzung, regelmäßige Prüfung der Anlage und über die Versicherung gegen Haftpflicht und Unfall in Betracht. Satz 3 erleichtert die Anforderungen für ortsveränderliche Schießstätten. Hier ist die einmalige Erlaubnis vor der erstmaligen Aufstellung ausreichend. Der Betreiber einer solchen Schießstätte hat den Betrieb der Anlage, und zwar sowohl Beginn als auch Ende des Betriebs, zwei Wochen im Voraus der zuständigen Behörde, nämlich der in deren Bezirk die Schießstätte betrieben werden soll, anzuzeigen (Satz 4). Damit wird dieser ermöglicht, durch entsprechende Auflagen einen sicheren Betrieb der mobilen Schießstätte zu gewährleisten.

Die Schießstättenerlaubnis nach dieser Vorschrift lässt andere Zulassungen, die für Schießstätten gegebenenfalls erforderlich sind, unberührt. Schießstände für Handfeuerwaffen, ausgenommen solche in geschlossenen Räumen, und Schießplätze sind genehmigungsbedürftige Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. Der Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen, insbesondere der erforderliche Lärmschutz, wird im Rahmen dieser Vorschriften gewährleistet. Bei immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungsbedürftigen Schießstätten in geschlossenen Räumen kann der Schutz gegen schädliche Umwelteinwirkungen im Rahmen der erforderlichen Baugenehmigung sichergestellt werden, die nach den allgemeinen landesrechtlichen Bauvorschriften auch Änderungen der Nutzung von Gebäuden, etwa lärmrelevante Nutzungsänderungen, umfasst. Diese Regelungen rechtfertigen die Streichung des bisherigen § 44 Abs. 1 Satz 2 des Waffengesetzes.

Zu Absatz 2

Absatz 2 nimmt Schießanlagen von der Erlaubnispflicht aus, die der Erprobung von Schusswaffen oder Munition durch Waffen- oder Munitionshersteller, Waffen- oder Munitionssachverständige und durch wissenschaftliche Einrichtungen dienen und der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind. Hersteller von Schusswaffen und Munition unterziehen ihre Produkte im Verlaufe des Fertigungsprozesses häufig verschiedenen Prüfungen auf Funktion und Haltbarkeit. In diesen Fällen wird auf kurze Distanz in ein Medium geschossen, ohne dass dabei eine Schießstätte wie beim sportlichen oder jagdlichen Schießen benutzt wird. Ähnliche Erfordernisse bestehen bei wissenschaftlichen Einrichtungen. Für die Erprobung bei der Waffen- oder Munitionsherstellung gelten einschlägige Unfallverhütungsvorschriften, die gewährleisten, dass die erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen zum Schutze der Arbeitnehmer getroffen werden.

Um etwaigen sicherheitlichen Bedenken Rechnung zu tragen, sieht der Entwurf eine Anzeigepflicht des Betreibers an die zuständige Behörde vor (Satz 2). Hierdurch erhalten die Behörden Kenntnis von den Räumen, in denen die Schießanlage betrieben wird; etwa erforderliche Anordnungen können nach § 9 des Entwurfs getroffen werden. Die Aufnahme und die Beendigung des Betriebs sind in diesen Fällen der zuständigen Behörde zwei Wochen vorher anzuzeigen.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift trifft die grundlegenden Sonderregelungen für das Schießen von Kindern und Jugendlichen auf Schießstätten. Kernelement der Norm ist, dass eine entsprechende schriftliche Einverständniserklärung des Sorgeberechtigten vorliegen muss, diese muss von der verantwortlichen Aufsichtsperson aufbewahrt und für die zuständige Behörde zugänglich gehalten werden. Unter der Aufsicht einer solchen verantwortlichen Aufsichtsperson dürfen Kinder ab dem vollendeten zwölften Lebensjahr mit einer Einverständniserklärung des Sorgeberechtigten mit Druckluft-, Federdruck- und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase verwendet werden, schießen.

Zu Absatz 4

Für schießsportliche Aktivitäten modifiziert Absatz 4 die Regelung des Absatzes 3. Im Rahmen schießsportlicher Kinder- und Jugendarbeit können schießsportliche Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen durch hierfür besonders geeignete Aufsichtspersonen gestattet werden. Die Aufsichtsperson hat ihre Eignung der Waffenbehörde gegenüber glaubhaft zu machen. Dies hat vor Übernahme einer Aufsichtstätigkeit zu geschehen.

Hinsichtlich der Altersanforderungen für schießsportliche Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen gilt Folgendes: Unter der Aufsicht einer verantwortlichen Aufsichtsperson dürfen Kinder zwischen zehn und vierzehn Jahren mit einer Einverständniserklärung des Sorgeberechtigten mit Druckluft-, Federdruck- und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase verwendet werden, schießen; Jugendliche (zwischen vierzehn und achtzehn Jahren) mit diesen Waffen ohne eine Einverständniserklärung, mit sonstigen Schusswaffen jedoch nur mit Einverständniserklärung des Sorgeberechtigten. Insoweit wird für diesen Bereich eine Ausnahme von § 2 Abs. 1 des Entwurfs gemacht.

Zur Förderung des Leistungssports kann die zuständige Behörde auf Antrag des Sorgeberechtigten Ausnahmen von dem festgelegten Alterserfordernis machen; dies soll insbesondere in den Fällen einer besonderen schießsportlichen Begabung und damit einhergehender geistiger und körperlicher Eignung geschehen (Satz 3 und 4). Andere Gründe müssen ein vergleichbares Gewicht haben.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift trifft eine Sonderregelung für in der Ausbildung zum Jäger befindliche Personen. Diese dürfen nach Vollendung des vierzehnten Lebensjahres auf Schießstätten mit Jagdwaffen (siehe dazu § 13 Abs. 1 Nr. 2 des Entwurfs) schießen, soweit sie eine Bescheinigung ihres Ausbildungs-

leiters und eine Einverständniserklärung des Sorgeberechtigten vorweisen können. Die verantwortliche Aufsichtsperson im Sinne des Absatzes 3 hat sich hiervon zu überzeugen.

Zu Absatz 6

Die Regelung trifft die notwendigen Vorkehrungen für das Schießen von Minderjährigen auf ortsveränderlichen Schießstätten. Hiermit wird den sicherheitspolitischen Notwendigkeiten genauso wie den Traditionen des Betriebs von Schießbuden und ähnlichem im Rahmen von Volksfesten Rechnung getragen.

Zu Absatz 7

Die Regelung enthält – unbeschadet bestehender Verordnungsermächtigungen anderer Gesetze, etwa der §§ 7 und 23 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes – die notwendigen waffenrechtlichen Verordnungsermächtigungen. Nummer 1 folgt dem bisherigen § 44 Abs. 3 Nr. 1 des Waffengesetzes. Nummer 2 ermöglicht eine genaue Abgrenzung des verbotenen Verteidigungsschießens von anderen Schießarten durch eine entsprechende Rechtsverordnung. Nummer 3 entspricht dem bisherigen § 44 Abs. 3 Nr. 2 des Waffengesetzes.

Zu § 28 (Erwerb, Besitz und Führen von Schusswaffen oder Munition durch Bewachungsunternehmer und ihr Bewachungspersonal)

Das private Sicherheitsgewerbe hat in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt seine Dienste auf immer mehr Aufgabenfeldern angeboten; dies hat zu einem starken Wachstum dieser Branche geführt. Bewachungspersonal mit Schusswaffen wird vor allem bei der Begleitung von Geld- und Werttransporten und beim Personenschutz eingesetzt.

Ergänzend zu der beabsichtigten Änderung von § 34a der Gewerbeordnung (GewO) und der Bewachungsverordnung (BewachV) soll § 28 die Voraussetzungen für den Umgang von Bewachungspersonal mit Schusswaffen präzisieren.

Über die generelle Pflicht zur sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen oder Munition, die der Bewachungsunternehmer nach § 36 wie jeder Erlaubnisinhaber hat, hinaus ist er nach § 13 Abs. 1 Satz 1 der Bewachungsverordnung als Gewerbetreibender besonders in die Pflicht genommen und hat auch dafür zu sorgen, dass die Übergabe der Schusswaffen oder Munition nach Beendigung des Wachdienstes erfolgt (§ 13 Abs. 1 Satz 3 – künftig Satz 2 – der Bewachungsverordnung). Einer gesonderten Regelung im Waffengesetz bedarf es insoweit nicht.

Zu Absatz 1

Diese Vorschrift regelt die Grundvoraussetzungen, die eine Person erfüllen muss, um Leben und Eigentum anderer Personen gewerbsmäßig mit Schusswaffen bewachen zu dürfen.

Zu Absatz 2

Absatz 2 regelt, dass Angehörige privater Sicherheitsdienste Schusswaffen nur bei der tatsächlichen Durchführung eines konkreten Bewachungsauftrags führen dürfen und nur dann,

wenn die Sicherung einer gefährdeten Person oder eines gefährdeten Objekts nur mit Schusswaffen wirksam erfolgen kann. Bei Aufträgen, die Schusswaffen aus Gründen der Sicherung nicht erfordern, dürfen also keine Wachpersonen mit Schusswaffen außerhalb des eigenen befriedeten Besitztums eingesetzt werden.

Zu Absatz 3

Durch die Regelung des Absatzes 3 wird sichergestellt, dass die Wachpersonen ebenfalls zuverlässig, persönlich geeignet und sachkundig sein müssen, um Schusswaffen besitzen oder führen zu dürfen. Die Absicherung über eine Haftpflichtversicherung obliegt dem Erlaubnisinhaber. § 13 Abs. 1 Satz 2 der Bewachungsverordnung ist damit nicht länger erforderlich.

Zu Absatz 4

Die Regelung orientiert sich an § 35 Abs. 3 des bisherigen Waffengesetzes. Sie dient der Erleichterung der Kontrolle, nämlich rasch feststellen zu können, ob der Erlaubnisinhaber – der Bewachungsunternehmer – dazu berechtigt ist, seinem Bewachungspersonal Schusswaffen zu überlassen, und dass die Wachpersonen die Schusswaffen nach seinen Weisungen führen dürfen. Sie macht eigene Waffenscheine für jede Wachperson entbehrlich. Damit bedarf der Wechsel der Bewachungspersonen keiner gesonderten Überwachung durch die zuständige Waffenbehörde.

Zu den §§ 29 bis 33 (Verbringen von Waffen oder Munition in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes)

Vorbemerkung

Das deutsche Waffenrecht war bis zur Umsetzung der Waffenrichtlinie 91/477/EWG vom 18. Juni 1991 (ABl. EG Nr. L 256/51) durch die Verordnung zur Änderung von waffenrechtlichen Verordnungen vom 20. Oktober 1994 (BGBl. I S. 3073) von dem Grundsatz geprägt, dass es für das Verbringen von Schusswaffen und Munition in den Geltungsbereich des Waffengesetzes keiner Erlaubnis bedurfte: Der bisherige § 27 Abs. 1 des Waffengesetzes, der – missverständlich – den zollrechtlichen Begriff „Einfuhr“ verwendet, verpflichtete den Verbringer („Einführer“) lediglich, seine Berechtigung zum Erwerb und zur Ausübung der tatsächlichen Gewalt den Überwachungsbehörden nachzuweisen. Wie dieser Nachweis zu erbringen war, wurde in § 27 Abs. 4 Satz 2 des Waffengesetzes näher geregelt; einer (vorherigen) besonderen Verbringungserlaubnis („Einfuhrerlaubnis“ – wie in § 27 Abs. 1 des Waffengesetzes 1972 geregelt) bedurfte es also nicht. Zum Verbringen aus dem Geltungsbereich des Waffengesetzes („Ausfuhr“) waren im deutschen Waffenrecht überhaupt keine Regelungen getroffen worden mit Ausnahme der Anzeigepflicht nach § 28 der Ersten Waffenverordnung (vgl. jetzt § 29 Abs. 3 Satz 3 des Entwurfs).

Mit dem Wegfall der Grenzkontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen ist dort beim Verbringen von Schusswaffen nach Deutschland der Nachweis der waffenrechtlichen Berechtigung durch einen Waffenbesitzer gegenüber Grenzbehörden (in Deutschland Bundesgrenzschutz, Zoll) nicht mehr möglich. Die gleiche Situation besteht, wenn

Personen aus Deutschland Schusswaffen oder Munition in Mitgliedstaaten der EU verbringen, für diese Mitgliedstaaten.

Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit innerhalb der EU hat die Waffenrichtlinie bestimmt, dass das (vorübergehende) Verbringen von Schusswaffen beim Überschreiten der Grenze zwischen zwei Mitgliedstaaten grundsätzlich nur hingenommen werden kann, wenn die Mitgliedstaaten darin eingewilligt haben, mindestens aber darüber unterrichtet sind; für Jäger und Sportschützen sind nach der Waffenrichtlinie weniger strenge Vorschriften vertretbar. Für das Verbringen von Munition enthält Artikel 10 der Explosivstoffrichtlinie 93/15/EWG des Rates vom 5. April 1993 (ABl. EG Nr. L 121 S. 20) – umgesetzt durch Gesetz zur Änderung des Sprengstoffgesetzes vom 23. Juni 1997 (BGBl. I S. 1530) – die entsprechende umfassende Regelung. Gleichzeitig hat die Waffenrichtlinie die Verpflichtung der Mitgliedstaaten bestimmt, dass Reisende aus Drittstaaten, die sich mit einer Schusswaffe in einen zweiten Mitgliedstaat begeben wollen, auch eine Genehmigung dieses Mitgliedstaates besitzen (vgl. Artikel 15 Abs. 1 der Waffenrichtlinie).

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig geworden, das Verbringen als grundsätzlich erlaubnispflichtig einzustufen. Verbringen (s. die Legaldefinition in Anlage 1 Abschnitt 2 Nr. 5 zu diesem Entwurf) ist vom äußeren Geschehensablauf her das Transportieren in der Form der Mitnahme oder der Beförderung von Waffen oder Munition in den, durch den und aus dem Geltungsbereich des Gesetzes. Dabei bezieht sich diese Art des Umgangs auf das „Überschreiten der Grenze“ (vgl. die Erwägungsgründe zu der vorgenannten Waffenrichtlinie). Mit dem Überschreiten der Grenze ist der objektive Verbringensvorgang folglich abgeschlossen und es finden im Geltungsbereich des Gesetzes für den weiteren Verlauf der Mitnahme, Beförderung oder Übergabe der Waffen oder Munition an einen anderen die waffenrechtlichen Tatbestände des Besitzes, Führens oder Überlassens Anwendung, d. h. es ist nicht der Fall, dass das Verbringen etwa erst am Ort des Empfängers der Waffe (miten) in Deutschland enden würde und dabei die vorgenannten Arten des Umgangs mit eingeschlossen wären.

Das bisherige Waffenrecht hatte bislang nur unvollkommen in der Ersten Verordnung zum Waffengesetz Detailregelungen zur Umsetzung der Zielvorgaben der Waffenrichtlinie getroffen. Infolgedessen sind in dem Waffengesetz die notwendigen systematischen und inhaltlichen Folgerungen zu treffen und in einem besonderen Unterabschnitt mit entsprechenden Vorschriften umfassend zu regeln. Maßgebliches Ziel dieser Vorschriften ist es, als Ausgleich für die vollständige Abschaffung der Personenkontrollen und der Sicherheitskontrollen der beförderten Gegenstände an den in-nergemeinschaftlichen Grenzen statt dessen innerhalb der EU-Mitgliedstaaten eine wirksame Kontrolle des Erwerbs und Besitzes von Schusswaffen oder Munition und ihres Verbringens zu ermöglichen. Weiteres Ziel – vor allem für die Vorschriften über das Verbringen aus Staaten, die nicht der EU angehören – ist es, den illegalen Transfer vor allem von Schusswaffen und Munition zu bekämpfen, der häufig mit kriminellen Aktivitäten wie Terrorismus, grenzüberschreitender organisierter Kriminalität und Drogenhandel in Verbindung steht.

Allerdings sollen die Regelungen über die Verbringung von Waffen oder Munition nicht zur Unterbindung oder unnötigen Beschränkung anerkannter Freizeitbeschäftigungen wie Reisen zum Zwecke des Schießsports, der Jagd und anderer anerkannter Formen des Besitzes und der Verwendung von Schusswaffen führen.

Das Verbringen im Sinne der §§ 29 ff. des Entwurfs stellt darauf ab, ob die Waffe/Munition auf Dauer oder zeitweilig, aber mit einem Besitzwechsel verbunden, verbracht werden soll. Es kann endgültig sein (z. B. bei einer Veräußerung) und ohne Besitzwechsel erfolgen (z. B. bei einem Umzug). Auch ein zeitlich begrenztes Verbringen unter Besitzaufgabe (z. B. zu Reparaturzwecken) unterfällt den vorgenannten Vorschriften.

Das vorübergehende Verbringen im Sinne der §§ 30, 31 und 33 hat die Besonderheit, dass in diesen Fällen die Schusswaffen oder Munition zur Durchfuhr durch Deutschland oder zur Nutzung mitgeführt werden und dabei nicht aus der Hand gegeben werden. Fälle der Nutzung sind nicht nur Schießsport- oder Jagdveranstaltungen, sondern können auch Brauchtumsveranstaltungen, Waffensammlertreffen, wo die Sammlerwaffen präsentiert werden, oder selbst Waffenmessen, wo die Waffen durch den Besitzer zur Ansicht präsentiert werden, sein.

Zu § 29 (Verbringen von Waffen oder Munition aus einem oder in einen Mitgliedstaat der Europäischen Union)

Die Bestimmungen waren bisher in § 9a Abs. 1 bis 3 und § 9b der Ersten Verordnung zum Waffengesetz bezüglich der den EG-Richtlinien unterfallenden Waffen und Munition geregelt.

Zu Absatz 1

Die Bestimmung regelt für die darin genannten Waffen und Munition die Voraussetzungen, unter denen eine Erlaubnis zur endgültigen Verbringung aus anderen Mitgliedstaaten erteilt werden kann. Die Erlaubnis (Zustimmung) der deutschen Behörde ergänzt für die Fälle des Artikels 11 Abs. 4 erster Unterabsatz der Waffenrichtlinie die Verbringungserlaubnis des anderen Mitgliedstaates (Versenderstaat) (Grundsatz der doppelten Erlaubnis); da in Deutschland alle der in Frage stehenden Schusswaffen und die entsprechende Munition erlaubnispflichtig sind, bedürfen sie auch dieser doppelten Erlaubnis. Für die der genannten Richtlinie nicht unterfallenden Waffen und Munition ist die Erlaubnis der deutschen Behörde ausreichend, aber auch notwendig (z. B. das Verbringen einer Druckluftwaffe mit einer Bewegungsenergie von mehr als 7,5 Joule).

Die geforderte Erwerbsberechtigung des Empfängers (dies kann auch der Verbringer sein) muss nach den allgemeinen Voraussetzungen für die Erlaubnis der deutschen Behörde nachgewiesen werden. Die geforderte Gewährleistung des sicheren Transports ermöglicht der deutschen Behörde, die Umstände der Verbringung – auch bezüglich der beteiligten Personen – unter Sicherheitsaspekten zu prüfen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Erlaubnis zu der Verbringung lediglich das Überschreiten der Staatsgrenze mit Waffen oder von Munition nach Deutschland erfasst und ab der Grenze weder einen Besitz noch eine Nutzung selbst

ermöglicht (s. o. Vorbemerkung zu den §§ 29 bis 33). Die Prüfung der Voraussetzungen der gegebenenfalls erforderlichen Verbringenserlaubnis nach dem nationalen Recht eines anderen Mitgliedstaates – der die Waffenrichtlinie beachten muss – gewährleistet, dass die Anforderungen ebenfalls insbesondere unter Sicherheitsaspekten berücksichtigt werden.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift schreibt entsprechend Artikel 11 Abs. 1, 2 und 4 der Waffenrichtlinie vor, unter welchen Voraussetzungen Erlaubnisse zum Verbringen aus Deutschland in einen anderen Mitgliedstaat erteilt werden dürfen. Einer weiteren Prüfung der Erlaubnisvoraussetzungen nach § 4 bedarf es hier in der Regel nicht, da dies bereits im Rahmen der Erteilung der erforderlichen Besitzberechtigung erfolgt ist.

Gemäß Artikel 11 Abs. 1 und 2 der Richtlinie ist nur für Feuerwaffen der Kategorien A bis D eine Verbringenserlaubnis erforderlich, nicht aber für das Verbringen von nach nationalem Recht erlaubnispflichtigen Schusswaffen schlechthin (wie z. B. in Deutschland erlaubnispflichtige Luftdruckwaffen mit einer Bewegungsenergie von mehr als 7,5 Joule). Von daher bezieht sich die Erlaubnis für das Verbringen in einen anderen Mitgliedstaat nur auf solche Waffen, die in Anlage 1 Abschnitt 3 aufgezählt sind und die dem Regelungsbereich sowohl dieses Gesetzes als auch der Richtlinie unterfallen.

Die Zustimmung des anderen Mitgliedstaates ist für Waffen der Anlage 1 Abschnitt 3 (Kategorien A und B) immer erforderlich, da diese generell hinsichtlich des Erwerbs gemäß Artikel 7 Abs. 1 der Waffenrichtlinie einer Erlaubnispflicht unterliegen müssen. Hinsichtlich der Waffen nach den Kategorien C und D hängt dies vom jeweiligen Recht des Mitgliedstaates ab.

Zu Absatz 3

Durch diese Regelung wird gewerbsmäßigen Waffenherstellern oder -händlern die Möglichkeit der Verbringung der genannten Waffen oder Munition in einen anderen Mitgliedstaat in einem im Vergleich zu Absatz 2 vereinfachten Verfahren eröffnet, wie dies nach Artikel 11 Abs. 3 der Waffenrichtlinie vorgesehen ist.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 9b der Ersten Verordnung zum Waffengesetz und regelt die nach Artikel 11 der Waffenrichtlinie oder im Übrigen einzuhaltenden Angaben und Verfahren bei der Erteilung der Erlaubnisse.

Zu § 30 (Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition aus einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union)

Zu Absatz 1

Die Regelung erfasst die Fälle, in denen Waffen oder Munition, deren Erwerb oder Besitz erlaubnispflichtig ist, durch Deutschland durchgeführt werden sollen. Sofern Waffen oder die Munition im Sinne der Waffenrichtlinie in einen

anderen Mitgliedstaat verbracht werden sollen, ist zusätzlich dessen Zustimmung hierfür nachzuweisen.

Zu Absatz 2

Die Bestimmungen waren bisher in § 9c Abs. 1 und 2 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz enthalten und entsprechen den Erfordernissen, wie sie durch Artikel 12 Abs. 1 und 2 der Waffenrichtlinie für die Mitnahme von Waffen der Kategorien A bis D auf Reisen aufgestellt sind; betroffen sind allerdings auch hier solche Waffen und Munition, die in Deutschland hinsichtlich Erwerb oder Besitz einer Erlaubnis bedürfen. Eine Regelung für Munition ist hier durch EU-Recht nicht vorgegeben; die Mitnahme umfasst aber auch Munition in der für den Besuchszweck entsprechenden Menge für diejenigen Schusswaffen, auf die sich die Erlaubnis bezieht.

Maßgeblicher Anknüpfungspunkt für die Erteilung einer Erlaubnis im Sinne der Vorschrift ist zunächst, dass die Voraussetzungen nach dem deutschen Waffenrecht für den beantragten Umgang erfüllt sein müssen (bei einer gefährdeten Person z. B. Besitz, Führerlaubnis). Außerdem ist die Innehabung eines Europäischen Feuerwaffenpasses notwendig, der die Berechtigung zum Besitz einer Schusswaffe in dem anderen Mitgliedstaat dokumentiert (Artikel 12 Abs. 1 der Waffenrichtlinie).

Zu Absatz 3

Abweichend von Absatz 2 trägt die Bestimmung dem Gedanken insbesondere des Artikels 12 Abs. 2 der Waffenrichtlinie Rechnung, dass für Jäger (zum Zwecke der Jagd oder des jagdlichen Übungsschießens), Sportschützen (zum Zwecke des Schießsports) und Brauchtumsschützen (zur Teilnahme an Brauchtumsveranstaltungen) erleichterte Bedingungen gelten sollen. Auch für die Personengruppe im Sinn des Absatzes 3 Satz 1 Nr. 1 ist ein Absehen von einer Verbringens- und Besitzerlaubnis vertretbar.

Zu § 31 (Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition in einen anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union)

Die Bestimmungen waren bisher in § 9d Abs. 1 und 2 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz enthalten und entsprechen Artikel 12 Abs. 1 und 2 der Waffenrichtlinie hinsichtlich einer Mitnahme von Schusswaffen und Munition auf Reisen in andere EU-Mitgliedstaaten.

Der hierfür erforderliche Europäische Feuerwaffenpass wird ausgestellt, wenn der Antragsteller zum Besitz der Waffen und Munition nach deutschem Recht berechtigt ist.

Zu § 32 (Verbringen von Waffen oder Munition aus einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist)

Zu Absatz 1

Diese Regelung war bisher in § 27 Abs. 1 des Waffengesetzes enthalten. Auf die nunmehr vorgesehene vorherige Erlaubnis kann nicht verzichtet werden. Dies ergibt sich schon aus der Verpflichtung Deutschlands nach Artikel 15 der Waffenrichtlinie, die Kontrollen hinsichtlich der Verbringung von Schusswaffen und Munition aus Drittstaaten in

den Binnenraum zu verstärken. Die Mitgliedstaaten sind demnach verpflichtet, darüber zu wachen, dass Reisende aus Drittstaaten, die sich in einen anderen Mitgliedstaat mit Waffen oder Munition begeben wollen, dessen vorherige Zustimmung eingeholt haben.

Zu Absatz 2

Die Regelung unter Nummer 2 zieht die Konsequenz aus der im Vergleich zum bisherigen Recht schärferen Bestimmung des Absatzes 1 und stellt sicher, dass in berechtigten Fällen von der Verbringenserlaubnis Ausnahmen möglich sind; allerdings befreit diese Regelung nicht davon, die Schusswaffen und Munition der nach Absatz 4 zuständigen Überwachungsbehörde gemäß Absatz 3 anzumelden und auf Verlangen derselben dieser vorzuführen unter Vorlage der Verbringensberechtigung. Nummer 2 enthält die Ausnahmevorschrift des bisherigen § 27 Abs. 2 Nr. 1 des Waffengesetzes.

Zu Absatz 3

Diese Regelung enthält Anmelde- und Nachweispflichten entsprechend dem bisherigen § 27 Abs. 4 des Waffengesetzes sowie Kontrollrechte der Überwachungsbehörden.

Zu Absatz 4

Welche Überwachungsbehörden bei der Kontrolle mitwirken, ist in Absatz 4 entsprechend dem bisherigen § 27 Abs. 6 Satz 1 und 2 des Waffengesetzes geregelt.

Zu § 33 (Vorübergehendes Verbringen von Waffen oder Munition aus einem Staat, der nicht Mitgliedstaat der Europäischen Union ist)

Diese Vorschrift orientiert sich an dem bisherigen § 27 Abs. 1 bis 3 des Waffengesetzes und erfasst dabei die Fälle der Durchfuhr von Waffen oder Munition durch Deutschland sowie der anlassbezogenen Mitnahme von Waffen und dafür bestimmter Munition nach Deutschland.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift beinhaltet den Grundsatz, dass das zeitweilige Verbringen in den Geltungsbereich dieses Gesetzes die Berechtigung zum Erwerb oder Besitz sowie im Falle der Durchfuhr in einen anderen Mitgliedstaat, wie sich aus Absatz 2 Nr. 1 Buchstabe a ergibt, dessen vorherige Zustimmung erfordert.

Zu Absatz 2

Die Regelung enthält Ausnahmen von der Erlaubnispflicht des Absatzes 1.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift orientiert sich an § 30 Abs. 3 des Entwurfs und konkretisiert, unter welchen Voraussetzungen eine Erlaubnis zu einer vorübergehenden Mitnahme erteilt werden kann. Eine solche Erlaubnis kommt danach insbesondere in Betracht in den in Nummer 1 genannten Fällen; hier findet sich – wie schon im bisherigen Waffengesetz (vgl. § 27 Abs. 3 des Waffengesetzes) – eine großzügige Regelung für Sportschützen und Brauchtumsschützen aus Drittstaaten bezüglich der Mitnahme von Waffen und Munition zu den dort

genannten Zwecken. Das besuchsweise Mitbringen von Jagdwaffen durch Jäger aus Drittstaaten war dagegen bislang im Waffengesetz nicht ausdrücklich geregelt gewesen. Zur Klarstellung war daher jetzt eine Bestimmung für Jäger aus Drittstaaten aufzunehmen, die es diesen ermöglicht, mit ihren Jagdwaffen auf Grund einer vorherigen waffenrechtlichen Einwilligung und einer Einladung einzureisen, ohne zuvor bereits im Besitz eines Ausländerjagdscheins zu sein.

Zu Absatz 4

Die Regelung stellt klar, dass in allen Fällen des Verbringens nach § 33 die Pflichten nach § 32 Abs. 3 bestehen.

Zu § 34 (Überlassen von Waffen oder Munition, Prüfung der Erwerbsberechtigung, Anzeigepflicht)

Diese Vorschrift übernimmt im Wesentlichen die Regelungen des bisherigen § 34 des Waffengesetzes. In vorangegangenen Gesetzentwürfen der Bundesregierung (vgl. Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes – Bundestagsdrucksache 11/1556 vom 18. Dezember 1987) sollte diese Vorschrift durch Straffung und Streichung der Absätze 2, 3 und 6 (Artikel 1 Nr. 22) von Detailregelungen entlastet und diese Materie in einer Rechtsverordnung geregelt werden. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, dass häufig derartige Detailregelungen, wenn sie lediglich in einer Rechtsverordnung geregelt sind, nicht beachtet werden. Da diese Regelungen regelmäßig von Bedeutung sind, verbleiben sie in § 34 des Entwurfs. Um die volle Anwendung zu gewährleisten, werden zusätzlich die Überlassensvorschriften des bisherigen § 28 Abs. 1, § 28b Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz in § 34 des Entwurfs mit aufgenommen.

Die Verordnungsermächtigung in Absatz 6 betrifft lediglich Details zu den dort genannten Anzeigen.

Zu § 35 (Werbung, Hinweispflichten, Handelsverbote)

Diese Vorschrift enthält die bisher in § 34 Abs. 7 und 8 des Waffengesetzes enthaltenen Hinweispflichten und die bisher in § 38 des Waffengesetzes geregelten Handelsverbote mit folgenden Modifizierungen:

Zu Absatz 1

Die Neufassung des Absatzes 1 (bisher § 34 Abs. 8 des Waffengesetzes) bezweckt eine Erweiterung in mehrfacher Hinsicht. Einmal verpflichtet Absatz 1 Satz 1 nunmehr die Anbieter von erlaubnisfreien Schusswaffen und Munition sowie von sonstigen Waffen zur Angabe des vorgeschriebenen Mindestalters und die Anbieter verbotener Gegenstände zur Angabe des Erfordernisses einer Ausnahmegenehmigung. Die Vorschriften des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) über irreführende oder falsche Angaben in der Werbung haben sich insoweit als wenig praktikabel erwiesen. Die Ergänzung ermöglicht den Waffenrechtsbehörden auf Grund des eindeutigen Gebots ein Vorgehen gegen einschlägige Werbepraktiken. Der Anbieter wird durch Absatz 1 Satz 1 verpflichtet, dem Publikationsorgan gegenüber seine Personalien anzugeben und in der Anzeige auf das Erfordernis einer Erwerbserlaubnis – nach der jeweiligen Waffenart unterschieden – hinzuweisen. Hierbei ist der in den Nummern 1 bis 3 vorgeschriebene Text zu verwenden.

Zum anderen sollen auch Personen, die Angebote für Schusswaffen oder Munition in Anzeigen oder Werbeschriften veröffentlichen, verpflichtet werden, auf die Mitveröffentlichung der dort bezeichneten Hinweise hinzuwirken (Satz 2). Die bisherige Regelung hat sich insoweit als lückenhaft erwiesen, insbesondere kann die Verpflichtung des bisherigen § 34 Abs. 8 des Waffengesetzes gegen im Ausland ansässige Firmen nicht durchgesetzt werden. Die in Artikel 5 des Grundgesetzes garantierte Pressefreiheit gilt auch für den Anzeigenteil von Druckwerken (vgl. BVerfGE 21, 278 ff.); die Pressefreiheit findet allerdings ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze. Die Presse ist danach verpflichtet, Druckwerke von strafbarem Inhalt freizuhalten und Druckwerke strafbaren Inhalts nicht zu verbreiten. Nach der vorgesehenen Ergänzung hat daher das Publikationsorgan – vorwiegend Fachverlage – eine Prüfung der Anzeigen vorzunehmen, ob diese die in Absatz 1 Satz 1 geforderten Angaben enthalten. Das Publikationsorgan hat dabei lediglich zu prüfen, ob der Anbieter seine Personalien angegeben hat und ob die Anzeige einen der für die jeweilige Waffenart vorgeschriebenen Hinweise enthält. Eine Prüfung der Anzeigen darauf, ob die Hinweise sachlich richtig oder bei Angeboten für mehrere Waffenkategorien richtig zugeordnet sind, wird von dem Publikationsorgan nicht gefordert.

Die Neuregelung des Absatzes 1 Satz 3 in Verbindung mit Satz 4 lässt den Beteiligten schließlich die Wahl, ob in der Anzeige die Personalien des nicht gewerblichen Inserenten angegeben oder ob bei Chiffreanzeigen die Unterlagen hierüber von dem Publikationsorgan ein Jahr lang aufbewahrt werden. Damit soll den Besorgnissen privater Waffenbesitzer Rechnung getragen werden, die in der öffentlichen Bekanntgabe ihrer Personalien in Verbindung mit dem Verkaufsangebot einen sie gefährdenden Hinweis auf lohnende Diebstahlobjekte für potenzielle Straftäter erblicken. Da selbst mit der Neuregelung der sicheren Aufbewahrung in § 36 die Anforderungen an die sichere Aufbewahrung beim privaten Waffenbesitzer geringer bleiben als bei einem gewerblichen Berechtigten, war dem Rechnung zu tragen. Die Kontrollmöglichkeiten der Behörden werden dadurch in keiner Weise eingeschränkt und dem illegalen Waffenhandel kein Vorschub geleistet. Im Falle des Absatzes 1 Satz 3 muss der Inserent seine Personalien nur dann dem Publikationsorgan bekannt geben, wenn er der Veröffentlichung dieser Angaben widerspricht.

Presserechtlich bestehen gegen die vorgesehene Bekanntgabe der Personalien des Anbieters an die Behörde keine Bedenken. Das Zeugnisverweigerungsrecht der Presse nach § 53 Abs. 1 Nr. 4 der Strafprozessordnung (StPO) ist hinsichtlich des Inhalts auf die für den redaktionellen Teil des periodischen Druckwerks bestimmten Beiträge, Unterlagen und Mitteilungen beschränkt. Damit entfällt die entsprechende Sicherung für den Anzeigenteil der periodischen Druckwerke. Der Verleger ist daher rechtlich nicht gehindert, die ihm bekannten Personalien eines Inserenten der Behörde auf Verlangen bekannt zu geben.

Zu Absatz 2

Die Ergänzung des Absatzes 2 (bisher § 34 Abs. 7 des Waffengesetzes) bezweckt, durch die Aufnahme der Hinweispflicht auch auf das Erlaubnisfordernis des Schießens au-

ßerhalb von Schießstätten (§ 10 Abs. 5 des Entwurfs) Missbräuchen zu begegnen, die sich vor allem zum Jahreswechsel auf Grund missverständlicher Verkaufsanzeigen im Waffenhandel von Silvesterfeuerwerk und Signalwaffen im Sinne der Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.3 ereigneten. Nahezu niemand, der erlaubnisfreie Signalwaffen und deren insbesondere pyrotechnische Munition zum Jahreswechsel erwirbt, ist sich bewusst, dass er damit nicht ohne Erlaubnis schießen darf, auch nicht auf seinem befriedeten Besitztum. Nahezu unbekannt ist auch, dass bestimmte im Erwerb und Besitz erlaubnisfreie Schusswaffen einer Erlaubnis zum Führen bedürfen.

Zu Absatz 3

Mit der Neufassung der Vorschrift werden nunmehr alle gewerblichen und privaten Veranstaltungen vom Waffenhandelsverbot erfasst. Hierzu gehören nach Satz 1 gewerbliche Flohmärkte (Nummer 1) ebenso wie nichtgewerbliche Flohmärkte (Nummer 3) oder Sammlertreffen. Der Waffenhandel und der sonstige Umgang bleiben möglich im Wege behördlicher Ausnahmen (Satz 2). Von dem Verbot nicht erfasst ist das Überlassen von Schusswaffen oder Munition (Satz 1 Nr. 3) zum Schießen auf einer Schießstätte.

Zu § 36 (Aufbewahrung von Waffen oder Munition)

Das Waffenrecht hat die Aufgabe, die Bevölkerung vor den Gefahren, die von Waffen oder Munition ausgehen, zu schützen. Besonders wichtig ist die sichere Aufbewahrung von Waffen oder Munition vor allem unter dem Gesichtspunkt, eine unberechtigte Nutzung durch Dritte – auch Angehörige des Berechtigten – möglichst zu verhindern.

Nach bisherigem Recht beschränkte sich das Waffengesetz (§ 42) darauf, Personen, die die tatsächliche Gewalt über Schusswaffen oder Munition ausüben, dazu zu verpflichten, die erforderlichen Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass Dritte Schusswaffen oder Munition unbefugt an sich nehmen. Dazu konnte die Behörde die erforderlichen Maßnahmen anordnen. Nicht geregelt war die sichere Aufbewahrung anderer Waffen und welche Anforderungen an eine sichere Aufbewahrung von Schusswaffen zu richten sind.

Wie eine Reihe von Einzelfällen zeigt, zuletzt u. a. in Bad Reichenhall, Metten, Brannenburg und Plütscheid, wo Schüler oder junge Erwachsene mit Waffen ihrer Väter auf Lehrer oder andere Personen schossen oder schießen wollten, reichen die bisherigen Bestimmungen zur sicheren Aufbewahrung von Schusswaffen oder Munition nicht aus. Es ist daher für einen einheitlichen und effizienten Vollzug notwendig, die materiellen Anforderungen an die Aufbewahrung in verbindlicher Form zu regeln. Auf dieser Grundlage sollen dann die Waffenrechtsbehörden gegenüber allen Waffenbesitzern verbindlich festlegen, welche Maßnahmen zur sicheren Aufbewahrung zu treffen sind.

Zu Absatz 1

Diese Regelung orientiert sich am bisherigen § 42 Abs. 1 des Waffengesetzes; allerdings wendet sich die Regelung nunmehr von vornherein generell an alle Waffenbesitzer, hebt nicht mehr in erster Linie auf den Waffenhändler/-hersteller ab und bezieht alle Waffen ein. Mit der Verpflichtung

zur getrennten Aufbewahrung von Schusswaffen und Munition – z. B. in einem gesondert abschließbaren Fach im Waffenschrank – soll die rasche Entwendung von Schusswaffen und Munition zum alsbaldigen Missbrauch erschwert werden. Von einer getrennten Verwahrung der Munition kann bei Behältnissen nach DIN/EN 1143-1 vom Widerstandsgrad 0 an verzichtet werden, da diese Norm einen deutlich verbesserten Einbruchschutz garantiert. Die Norm ist beim Beuth-Verlag zu beziehen. Sie kann bundesweit in Normenauslagestellen des Deutschen Instituts für Normung e. V. und in großen Bibliotheken eingesehen werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 legt als Mindeststandard hinsichtlich der Aufbewahrung von im Erwerb erlaubnispflichtigen Schusswaffen oder verbotenen Waffen – hier geht es um Fälle des Besitzes auf Grund einer Ausnahmegewilligung – ein Behältnis nach DIN/EN 1143-1 Widerstandsgrad 0 fest. Die seit 1987 in Empfehlungen des Bundesministeriums des Innern genannte und von den Erlaubnisbehörden zur Grundlage von Auflagen zur sicheren Aufbewahrung gemachte Norm VDMA 24992 wird zum 31. Dezember 2002 aufgehoben, weil für ihre Beibehaltung als nationale Norm neben der europäischen Norm DIN/EN 1143-1 kein Raum mehr ist. Da der Standard der Sicherheitsstufe B nach VDMA 24992 ungefähr dem Widerstandsgrad 0 nach DIN/EN 1143-1 entspricht, werden diese Sicherheitsbehältnisse für die Aufbewahrung der Schusswaffen als gleichwertig anerkannt. Die Gleichstellung erstreckt sich nicht auf die Ausnahme von der getrennten Aufbewahrung der Munition nach Absatz 1.

Da für eine begrenzte Zahl von Langwaffen bisher Behältnisse der Sicherheitsstufe A nach VDMA 24992 (einwandige Stahlblechschränke) anerkannt waren, wird diese Regelung zu Gunsten der Betroffenen beibehalten. Darüber hinaus können derartige Schränke auch zur Verwahrung von im Erwerb erlaubnisfreien Waffen verwandt werden, da sie zwar nur einen leichten Schutz gegen Angriffe mit mechanisch wirkenden, leichten Einbruchswerkzeugen bilden, jedoch einen deutlich erhöhten Diebstahlschutz gegenüber sonstigen Sicherungen besitzen.

Da die Norm VDMA 24992 zum 31. Dezember 2002 aufgehoben und nicht mehr dem Stand der Technik angepasst wird, werden nach diesem Zeitpunkt keine Schränke mehr hergestellt, die als der Norm entsprechend gekennzeichnet sind. Hergestellte oder beim Verbraucher befindliche Schränke können jedoch weiter genutzt werden. Sie ermöglichen Personen, die Langwaffen oder im Erwerb erlaubnisfreie Waffen bisher nicht in einem Sicherheitsbehältnis aufbewahrt haben, eine kostengünstige Anpassung des Sicherheitsstandards der Aufbewahrung.

Die Gleichstellung von Behältnissen der Sicherheitsstufe B nach VDMA 24992 mit solchen nach DIN/EN 1143-1 Widerstandsgrad 0 ist nicht abschließend. Als gleichwertig können auch vom Verband deutscher Sachversicherer (VdS) zertifizierte Behältnisse in Betracht kommen.

Zu Absatz 3

Der Waffeninhaber hat der zuständigen Waffenbehörde auf deren Verlangen in geeigneter Weise die geforderten Moda-

litäten der Aufbewahrung seiner Schusswaffen und Munition nachzuweisen. In der Regel wird schon ein Beleg über den Erwerb des erforderlichen Waffenschrankes ausreichen. Die Vorschrift berechtigt die zuständige Waffenbehörde zum Erlass ergänzender Anordnungen zur Erreichung des erforderlichen Sicherheitsstandards, insbesondere auch zur Nachbesserung bereits bestehender Vorkehrungen für eine sichere Aufbewahrung. Insoweit wird sich die Einschaltung einer kriminalpolizeilichen Beratungsstelle empfehlen. Die waffenrechtlichen Vorschriften bieten bisher keine rechtliche Handhabe, bei einem rechtmäßigen Waffenbesitzer auf Grund bestimmter Anhaltspunkte einer mangelhaften Aufbewahrung seiner Schusswaffen oder Munition eine Kontrolle vorzunehmen. Für den Fall, dass tatsächliche Anhaltspunkte hinsichtlich derartiger Sicherheitsdefizite bestehen, gestattet daher die Vorschrift, die Wohnung des Betroffenen zum Zwecke der Prüfung der sicheren Aufbewahrung der Schusswaffen und Munition zu betreten.

Zu Absatz 4

Anknüpfend an Absatz 3 verpflichtet Absatz 4 die Behörde, notwendige Ergänzungen des Sicherheitsstandards der Aufbewahrung im Einzelfall anzuordnen, die durch die Gesetzesänderung erforderlich werden. Die Verknüpfung beider Regelungen verhindert, dass die Erlaubnisbehörden mit Inkrafttreten der Gesetzesänderung durch die Verpflichtung zur Überprüfung des Aufbewahrungsstandards außerstande gesetzt werden, ihre anderen gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen.

Zu Absatz 5

Ob der vorgeschriebene Sicherheitsstandard ausreichend ist oder Art und Zahl der Waffen oder der Ort der Aufbewahrung eine erhöhte oder abgesenkte Sicherung erfordern, regelt das Gesetz nicht, sondern überlässt dies der Festlegung im Einzelfall vor Ort. Bei einer höheren Waffenanzahl kommt einem gesicherten Aufbewahrungsraum gegenüber einem Behältnis eine größere Bedeutung zu. Die Festlegung detaillierter Sicherheitsstandards für jede Art und Zahl von Waffen sprengt zum einen den Rahmen des Gesetzes, zum anderen birgt sie die Gefahr, dass durch eine detaillierte Regelung Besonderheiten im Einzelfall nicht angemessen gewürdigt werden können. Daher wird dem Verordnungsgeber die Möglichkeit gegeben, zum Zwecke einer bundeseinheitlich weitgehend gleichen Ausfüllung des gesetzlichen Rahmens detailliertere Bestimmungen für die sichere Aufbewahrung zu erlassen.

Die Festlegung weiterer Anforderungen an die sichere Aufbewahrung von Waffen einschließlich technischer Anforderungen an die Aufbruch- und Manipulationssicherheit von Sicherungssystemen bleibt der Rechtsverordnung vorbehalten.

Technische Sicherungssysteme sind Geräte im Sinne des Gerätesicherheitsgesetzes. Ihre Herstellung und Qualitätssicherung unterliegt dem Recht der Europäischen Union. Für Zwecke des Gesetzes werden abweichend vom Gerätesicherheitsgesetz jedoch nur solche Sicherungssysteme anerkannt, die in einem EU-Baumusterprüfverfahren ihre Aufbruch- und Manipulationssicherheit nachgewiesen haben. Darüber hinaus muss der Hersteller in einem Qualitätssicherungsverfahren die Übereinstimmung nachgefertigter Pro-

dukte mit der Bauart nachweisen. Für die Akkreditierung und Tätigkeit benannter Stellen finden dabei die Bestimmungen des Gesetzes über technische Arbeitsmittel (Gerätesicherheitsgesetz) vom 24. Juni 1968 (BGBl. I S. 717) in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Die Auswahl und Anerkennung der Stellen, die eine Baumusterprüfung durchführen und die im Rahmen eines Qualitätssicherungsverfahrens tätig sind, erfolgt durch die Länder. Sie können sich hierzu ihrer Zentralstelle für Sicherheitstechnik und Akkreditierungsstelle für Mess- und Prüfstellen zum Vollzug des Gefahrstoffrechts bedienen.

Ertelung, Ablauf, Rücknahme, Widerruf und Erlöschen von Akkreditierungen sollen dem Bundesministerium des Innern angezeigt werden, um so sicherzustellen, dass nur von zugelassenen Prüfeinrichtungen geprüfte Systeme zur Sicherung von Waffen und Munition Verwendung finden.

Vor Erlass der Rechtsverordnung sind die beteiligten Kreise zu hören. Dies sind neben Normungsgremien wie DIN und VDMA die Hersteller der Sicherheitsbehältnisse oder -systeme ebenso wie die Verbände der von der Regelung betroffenen Waffen- und Munitionsbesitzer.

Zu § 37 (Anzeigepflichten)

Diese Vorschrift orientiert sich bezüglich ihres Absatzes 1 am bisherigen § 43 des Waffengesetzes, hinsichtlich ihres Absatzes 2 am § 28a Abs. 1 der bisher geltenden Ersten Verordnung zum Waffengesetz.

Zu Absatz 1

Die Vorschrift hat prinzipiell schon einmal in der Vergangenheit bestanden, nämlich gemäß § 43 Abs. 1 des Waffengesetzes von 1972, das eine unverzügliche Anzeigepflicht für den Schusswaffen- und Munitionserwerb von Todes wegen, für den Finder und für Amtspersonen wie den Konkursverwalter statuierte. Angesichts der heutigen, vielfältigen Formen von Partnerbeziehungen, aber auch der vielen Single-Haushalte kann im Falle des Todes eines Waffenbesitzers nicht mehr zugewartet werden, bis der Erbe festgestellt worden ist und dieser dann – mit Annahme der Erbschaft bzw. mit Ablauf der für die Ausschlagung vorgeschriebenen Frist – binnen eines Monats die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte beantragt oder aber die Schusswaffe einem Berechtigten überlässt (§ 28 Abs. 5 des bisherigen Waffengesetzes und § 20 Abs. 2 des Entwurfs). Nach solch einem häufig sehr langen Zeitraum musste vielfach ein beträchtlicher „Schwund“ an Schusswaffen im Nachlass des Erblassers festgestellt werden. Dies kann aus Sicherheitsinteressen nicht länger hingenommen werden, so dass künftig jedermann, der beim Tode eines Waffenbesitzers Waffen oder Munition, deren Erwerb ihrer Art nach der Erlaubnis bedarf, in Obhut nimmt, dies unverzüglich der zuständigen Behörde anzuzeigen hat (vgl. im Übrigen § 12 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 des Kriegswaffenkontrollgesetzes).

Zu Absatz 2

Die Benachrichtigung der zuständigen Polizeidienststelle über das Abhandenkommen von Waffen und Munition (Satz 2) ermöglicht außer den Fahndungsmaßnahmen nach den abhanden gekommenen Waffen auch andere polizeiliche Ermittlungen. Der Verlust solcher Waffen beeinträchtigt

in der Regel öffentliche Sicherheitsinteressen, weil hierdurch die Gefahr begründet wird, dass die Waffe zur Begehung von Straftaten oder in sonstiger Weise missbräuchlich verwendet wird.

Zu Absatz 3

In der Vergangenheit ist das Waffengesetz zunehmend von so genannten Detailregelungen entlastet worden, die zu meist dann in die Erste Verordnung zum Waffengesetz aufgenommen wurden. Dies hat häufig dazu geführt, dass diese Detailregelungen nicht erkannt und nicht angewandt wurden. Dies galt auch für die Vorschrift des § 28a Abs. 1 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz, die hiermit in § 37 des Entwurfs als Absatz 3 eingestellt wird.

Zu § 38 (Ausweispflichten)

Diese Vorschrift entspricht dem bisherigen § 35 Abs. 5 des Waffengesetzes; allerdings war sie eher versteckt unter der Überschrift „Waffenschein“ geregelt. Die Regelungen der bisherigen § 9b Abs. 2 Satz 3 und § 9c Abs. 3 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz wurden teilweise konkretisiert und in die gesetzliche Vorschrift aufgenommen.

Zu § 39 (Auskunfts- und Vorzeigepflicht, Nachschau)

Diese Vorschrift entspricht im Wesentlichen der bisherigen Vorschrift des § 46 des Waffengesetzes.

Die Änderungen der Absätze 1 und 2 beziehen auch die Waffenherstellung, den Waffenhandel, Schießstätten und die Bewachungsunternehmen, soweit sie erlaubnisfrei betrieben werden dürfen, in die Auskunftspflicht und die Vorschriften über die Nachschau mit ein. Diese Erstreckung ist im Interesse einer Überwachung auch dieser Tätigkeiten geboten. Im Übrigen sind die Änderungen konkretisierender Natur.

Einer besonderen Nennung der Ausnahmegewilligung, wie im bislang geltenden Recht (§ 46 Abs. 1 Satz 1 des Waffengesetzes), bedarf es in Absatz 1 Satz 3 des Entwurfs nicht, da diese einen Unterfall der Erlaubnis darstellt und daher begrifflich mit umfasst ist.

Absatz 3 des Entwurfs wurde gegenüber dem bisherigen Recht (§ 46 Abs. 3) umformuliert, weil sich der Besitz-Begriff des Waffenrechts nicht auf Urkunden erstreckt.

Eine inhaltliche Änderung gegenüber dem bisherigen Recht ist mit diesen redaktionellen Bereinigungen nicht verbunden.

Zu § 40 (Verbotene Waffen)

Diese Vorschrift enthält im Wesentlichen die Regelungen des bisherigen § 37 des Waffengesetzes; der Katalog der verbotenen Waffen ist nunmehr allerdings gesondert in der Waffenliste (Anlage 2) unter Abschnitt 1 erfasst.

Außerdem ist auf folgende Änderungen hinzuweisen:

Die Streichung des bisherigen § 37 Abs. 2 Nr. 1 des Waffengesetzes ist durch die Zusammenfassung der Ausnahmegewilligungen für die Bundeswehr etc. bedingt (vgl. § 53 des Entwurfs). Die Streichung des bisherigen § 37 Abs. 2 Nr. 3 des Waffengesetzes steht im Zusammenhang mit der vorgesehenen Abgrenzung zwischen Waffengesetz und Kriegswaffen-

kontrollgesetz (vgl. § 55 des Entwurfs und die Begründung hierzu).

Die Neufassung des Absatzes 3 berücksichtigt die einschlägige verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zu dieser Vorschrift. Danach handelt es sich beim bisherigen § 37 Abs. 1 des Waffengesetzes um ein repressives Verbot, das die Herstellung, den Vertrieb, den Besitz etc. prinzipiell verhindern soll und von dem Ausnahmen nur in atypischen Fällen zugelassen werden können, in denen auf Grund besonderer Umstände öffentliche Interessen der Ausübung tatsächlicher Gewalt über verbotene Gegenstände nicht entgegenstehen (vgl. BVerwG, Urteil vom 6. Dezember 1978, NJW 1979 S. 1563). Die zuständige Behörde – nicht mehr das Bundeskriminalamt – hat in jedem Fall zu prüfen, ob die Interessen des Antragstellers die öffentlichen Interessen überwiegen. Dabei werden in dem neu gefassten Absatz 3 Satz 2 neben dem Verbringen aus dem Geltungsbereich des Gesetzes die Bestimmung der Gegenstände zu wissenschaftlichen oder Forschungszwecken oder zur Erweiterung einer kulturhistorisch bedeutsamen Sammlung besonders genannt. Ausnahmegewilligungen nach Absatz 3 können künftig nicht mehr durch das Bundeskriminalamt erteilt werden, weil das Interesse nach bundeseinheitlicher Handhabung keinen Kompetenztitel für den Bund hergibt (Löwer in *Recht der Jugend und des Bildungswesens* 1997, S. 226, 227 f.). Geboten und ausreichend ist in diesen Fällen vielmehr eine Selbstkoordinierung der Länder in Abstimmung mit dem Bund auf der Grundlage der Koordinations- und Kooperationspflichten der Länder. Vor allem ist eine Entscheidung durch eine Behörde am Ort des Antragstellers kraft größerer Sachnähe vorzuziehen.

Auf die Ermächtigung zur Erteilung von Auflagen nach dem bisherigen § 37 Abs. 3 Satz 2 und 3 des Waffengesetzes kann im Hinblick auf das Verwaltungsverfahrensgesetz und auf § 9 des Entwurfs verzichtet werden. Ebenso kann der bisherige Absatz 5 wegen der Zusammenfassung aller Vorschriften über Sicherstellung und Einziehung in § 45 des Entwurfs gestrichen werden.

Wegen der Liste verbotener Waffen wird auf Anlage 2 (Waffenliste) Abschnitt 1 und die Begründung hierzu verwiesen.

Zu § 41 (Waffenverbote für den Einzelfall)

§ 41 des Entwurfs sieht eine wesentliche Umgestaltung und Erweiterung der Befugnis zum Erlass eines Waffenbesitzverbotes gegenüber der bisherigen Regelung in § 40 des Waffengesetzes vor.

Die Voraussetzungen für den Erlass eines Waffenbesitzverbotes sind zurzeit abweichend von den Voraussetzungen für die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis geregelt. In Rechtsprechung und Verwaltungspraxis wird der für den bisherigen § 40 des Waffengesetzes maßgebliche Begriff „missbräuchlich verwendet“ in einem umfassenden Sinne ausgelegt und damit inhaltlich den Tatbeständen des bisherigen § 5 Abs. 1 (Zuverlässigkeit) angenähert (vgl. BVerwG, Urteil vom 6. Dezember 1978 in DVBl. 1979, S. 725). Dabei stehen nach der Rechtsprechung Erlaubniserteilung und Verbot für den Einzelfall in einer Wechselwirkung: Einerseits soll das Vorliegen eines Verbotes im Einzelfall die Erteilung einer Waffenbesitzkarte sperren können und sind die

Voraussetzungen eines Waffenbesitzverbots vor der Erteilung einer Waffenbesitzkarte zu prüfen (BVerwG, a. a. O.). Andererseits brauchen bei einem Verbot nicht die Voraussetzungen etwa der persönlichen Eignung in dem Maße restlos erfüllt zu sein, wie das für die Versagung einer Waffenbesitzkarte erforderlich wäre. So kann ein Verbot bereits dann ausgesprochen werden, wenn die betroffene Person häufig betrunken ist und hierbei leichtfertig mit Waffen umgeht, ohne alkoholstüchtig zu sein, oder sich gegenüber anderen Personen nicht dagegen durchzusetzen vermag, dass sich diese der Waffen bemächtigen.

Zu Absatz 1

Die Fassung des Absatzes 1 Satz 1 des Entwurfs berücksichtigt die Ergebnisse der vorgenannten Verwaltungsrechtsprechung.

Hinsichtlich ihres Anwendungsbereiches bezieht sich diese Vorschrift auf erlaubnisfreie Waffen. Hierunter fallen beispielsweise auch – nicht verbotene – Hieb- und Stoßwaffen bzw. tragbare Gegenstände nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b. Nach polizeilichen Erkenntnissen werden die Hieb- und Stoßwaffen, z. B. Messer oder Dolche, zunehmend bei gewalttätigen Auseinandersetzungen benutzt. Durch die Ermächtigung zum Erlass eines Waffenbesitzverbotes wird den Waffenrechtsbehörden ein Mittel an die Hand gegeben, gegen Personen, die sich bei der Begehung von Gewalttaten dieser Waffen bedienen, repressiv und präventiv vorzugehen. Von besonderer Bedeutung ist, dass für Zuwiderhandlungen die Sanktionsnorm des § 50 Abs. 3 Nr. 7 des Entwurfs zur Verfügung steht.

Satz 1 enthält zwei Fälle:

Nummer 1 ist am Rechtsgüterschutz orientiert und hat die Verhütung von Gefahren zum Gegenstand.

Nummer 2 stellt nicht primär auf die Gefahrenlage ab. Hier geht es vielmehr darum, dass es einzelne Personen gibt, die durch ihr konkretes Verhalten ex negativo bewiesen haben, dass sie das Vertrauen, das der Gesetzgeber in den durchschnittlichen Volljährigen setzt, bei dem er hinsichtlich der erlaubnisfreien Waffen auf eine Überprüfung bestimmter persönlicher Voraussetzungen (hier: persönliche Eignung und Zuverlässigkeit) verzichtet, nicht verdienen. In diesen Fällen ist ein Waffenverbot für den Einzelfall zulässig, wenn eine auf Tatsachen gestützte Annahme fehlender Eignung oder Zuverlässigkeit besteht. In den praktisch wichtigsten Fällen wird es dabei um Alkohol- oder Rauschmittelmissbrauch gehen. Um hier dem Betroffenen den Weg zu weisen, durch eigenes Zutun das Verbot (das nach allgemeinen Regeln unbefristet oder befristet ergehen kann) aus der Welt zu schaffen, schreibt Satz 2 eine Hinweispflicht auf die Möglichkeit der Beibringung eines entkräftenden Untersuchungszeugnisses vor. Die Verweisung auf § 6 Abs. 2 im zweiten Halbsatz stellt insbesondere klar, dass die Kosten des Zeugnisses der Betroffene trägt. Mit dieser Regelung hat es der Betroffene selbst in der Hand, eine Aufhebung der gegen ihn ergriffenen behördlichen Maßnahmen herbeizuführen. Diese können nämlich zurückgenommen werden, wenn er ein amts- oder fachärztliches Gutachten vorlegt, aus dem sich die Haltlosigkeit der gegen ihn erhobenen Verdachtsmomente ergibt.

Zu Absatz 2

Absatz 2 umfasst die Fälle der erlaubnispflichtigen Waffen und der verbotenen Waffen, die auf Grund einer Ausnahmebewilligung für den Einzelfall besessen werden dürfen.

Im Zusammenhang mit dem Vorfall 1988 in Dorfen bei München, bei dem drei Polizeibeamte von einem Geistesgestörten getötet wurden, ist eine Lücke des Waffengesetzes deutlich geworden. Die waffenrechtlichen Vorschriften bieten zurzeit keine rechtliche Handhabe, bei einem rechtmäßigen Waffenbesitzer, der auf Grund bestimmter Anhaltspunkte eine Gefahr für die Allgemeinheit darstellt, die in seinem Besitz befindlichen Schusswaffen umgehend sicherzustellen; das allgemeine Polizeirecht bietet insoweit nur einen unvollkommenen Ersatz. Durch den vorliegenden Absatz 2 des Entwurfs soll diese Lücke geschlossen werden. In Verbindung mit dem Verbot kann die Behörde die in seinem Besitz befindlichen Waffen und Munition sowie die ihm erteilten Erlaubnispapiere vorläufig sicherstellen (§ 45 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1).

Der bisherige § 40 Abs. 2 des Waffengesetzes wird durch die allgemeine Vorschrift des § 45 des Entwurfs ersetzt.

Einer dem Absatz 1 Satz 1 Nr. 2, Satz 2 entsprechenden Regelung bedarf es hier nicht. Im Fall der Annahme mangelnder persönlicher Eignung oder Zuverlässigkeit ist für den Inhaber einer Berechtigung das Rücknahme- oder Widerrufsverfahren das passende Instrument, das – nach allgemeinen Regeln – auch Sofortanordnungen zulässt; von diesem Instrument wird die Waffenbehörde regelmäßig von Amts wegen Gebrauch machen.

Bei einem Nichtberechtigten ist der illegale Waffenbesitz ohnehin strafrechtlich bewehrt, was wiederum auf etwaige spätere Bemühungen um den (legalen) Erwerb oder Besitz einer Waffe durchschlägt.

Zu Absatz 3

Die Benachrichtigung über den Erlass eines Waffenbesitzverbotes setzt die örtliche Polizeidienststelle in die Lage, darauf zu achten, dass etwaige Verstöße gegen das Waffenbesitzverbot unterbunden werden; hierzu ist die Waffenrechtsbehörde aus personellen Gründen und auch häufig wegen ihrer Ortsferne nicht in der Lage.

Zu § 42 (Verbot des Führens von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen)

Die Vorschrift belässt es inhaltlich bei der Regelung des bisher geltenden § 39 des Waffengesetzes, passt diese jedoch in den Duktus und Zusammenhang des Entwurfs ein:

Zu Absatz 1

In dieser Bestimmung wird gegenüber dem bisherigen § 39 Abs. 1 des Waffengesetzes das dort normierte Verbot fortgeschrieben. Es wird nur insoweit materiell erweitert, als die bisherige Begrenzung auf Schusswaffen, Hieb- und Stoßwaffen entfällt und nunmehr durch die Bezugnahme auf § 1 Abs. 2 alle Gegenstände, die Waffen im Sinne des Waffengesetzes sind oder solchen gleichgestellt sind, in das Verbot einbezogen werden.

Die Neufassung des Absatzes 1 bezweckt im Übrigen eine genauere Abgrenzung gegenüber nicht einzubeziehenden

Veranstaltungen. Auf Grund der bisher geltenden Fassung gab es insoweit wiederholt Zweifel und Unklarheiten. Durch die enumerative Aufzählung der öffentlichen Veranstaltungen, verbunden mit dem Begriff „ähnliche öffentliche Veranstaltungen“, wird der Anwendungsbereich des Verbots deutlicher gekennzeichnet. Nicht den Veranstaltungen unterfallen Versammlungen im Sinne des Versammlungsgesetzes; für diese sieht das Versammlungsgesetz einschlägige Bestimmungen vor.

Zu Absatz 2

Die neu geschaffene Möglichkeit, nicht nur für den Einzelfall, sondern auch allgemein Ausnahmen zulassen zu können, trägt der Verwaltungspraxis Rechnung. Diese hat die Notwendigkeit zu Tage treten lassen, Ausnahmen von dem Verbot nach Absatz 1 für mehrere gleichartige Veranstaltungen und für eine größere Zahl von Teilnehmern an einer öffentlichen Veranstaltung zuzulassen. Die vorgesehene Ergänzung ermöglicht die Erteilung von Ausnahme genehmigungen auch in der Form einer Allgemeinverfügung.

Im Übrigen werden die Bedingungen für eine Ausnahme in Nummer 1 mit den einschlägigen Tatbestandsvoraussetzungen des neuen WaffG verzahnt und in Nummer 2 durch die neue Formulierung in Anlehnung an die Auslegung der Bestimmung des bisherigen § 39 Abs. 2 Nr. 2 des Waffengesetzes verdeutlicht, dass es insoweit nicht etwa um das Bedürfnis im Sinne des bisherigen § 32 des Waffengesetzes bzw. § 8 des Entwurfs geht, sondern um eine im Kontext der jeweiligen Veranstaltung liegende Unverzichtbarkeit, die beispielsweise bei historischen Umzügen aus dem Gesichtspunkt der traditionsgemäßen Üblichkeit folgen kann. Nummer 3 formuliert die polizeiliche Generalklausel redaktionell einheitlich zu ihrer Verwendung in anderen Bestimmungen des Entwurfs.

Zu Absatz 3

Diese Regelung normiert in Ergänzung der Ausweispflichten des § 38 die Verpflichtung zum Mitführen und Vorlegen des – im Wege des Einzelverwaltungsakts oder der Allgemeinverfügung ergangenen – Ausnahmebescheides nach Absatz 2.

Zu Absatz 4

Die Nummern 1 bis 3 greifen die Ausnahmetatbestände des bisherigen § 39 Abs. 6 auf.

Nummer 1 enthält gegenüber der Freistellung von der Schießerlaubnispflicht nach § 12 Abs. 4 Satz 2 Nr. 2 Buchstabe a deswegen einen eigenen spezifischen Regelungscharakter, weil er das Führen ungeladener Schusswaffen sowie das Führen von Waffen, die keine Schusswaffen sind, nämlich solche nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 des Entwurfs, umfasst.

Nummer 3 hat gegenüber der Freistellung von der Schießerlaubnis nach § 12 Abs. 4 Satz 1 des Entwurfs klarstellenden Charakter.

Nummer 4 trägt der Neufassung des Absatzes 1 Rechnung. Dieser soll nunmehr unter anderem das Führen von Schusswaffen auch auf Messen, Ausstellungen und ähnlichen öffentlichen Veranstaltungen verbieten. Unter den Anwendungsbereich dieser Vorschrift fallen auch gewerbliche Tä-

tigkeiten, die nach Sinn und Zweck nicht verboten werden sollen. Hierzu gehört das gewerbliche Ausstellen von Waffen oder sonstigen Gegenständen auf Messen und Ausstellungen, womit nach Sinn und Zweck dieser Bestimmung auch der An- und Abtransport dieser Gegenstände dorthin und von dort durch Waffenhändler umfasst ist. Die vorgesehene Ergänzung des Absatzes 4 soll diese Handlungen von dem Verbot des Absatzes 1 ausnehmen. Über das Ausstellen bei Messen und Ausstellungen hinaus ist an dieser Stelle keine Regelung zu treffen, da der Entwurf an anderer Stelle einschlägige Tatbestände normiert. So stellt § 33 Abs. 3 Nr. 2 die Möglichkeit einer Mitnahmeerlaubnis in das Inland zur Teilnahme an einer Messe oder Ausstellung bereit. § 35 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 verbietet Vertrieb und Überlassen von Schusswaffen, Munition, Hieb- und Stoßwaffen auf Messen und Ausstellungen.

Aus Gründen systematisch an anderer Stelle getroffener Querschnittregelungen sind die Vorschriften des bisherigen § 39 Abs. 3 und 4 Waffengesetz betreffend die Brauchtumsschützen sowie die Möglichkeit der Erteilung von Auflagen entbehrlich. Einschlägige Regelungen finden sich nun insbesondere in § 16 Abs. 2 (Brauchtumsschützen) sowie in § 9 des Entwurfs (inhaltliche Beschränkungen, Nebenbestimmungen und Anordnungen).

Zu § 43 (Erhebung und Übermittlung personenbezogener Daten)

Die datenschutzrechtliche Regelung beschränkt sich darauf, punktuell solche Aspekte zu regeln, die Besonderheiten gegenüber dem allgemeinen Datenschutzrecht aufweisen bzw. in diesem angelegte Gestaltungsspielräume ausschöpfen.

Zu Absatz 1

Satz 1 stellt eine Regelung im Sinne des § 4 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) vom 20. Dezember 1990 (BGBl. I S. 2854, 2955), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Mai 2001 (BGBl. I S. 898) geändert worden ist, oder vergleichbarer Rechtsvorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dar. Er beschränkt sich auf den Aspekt der Nichterforderlichkeit der Mitwirkung des Betroffenen und führt diesbezüglich die Vorschriften des Entwurfs auf, die den Waffenbehörden bei der Zuverlässigkeits- und Eignungsprüfung ausdrücklich Datenerhebungen bei den dort bezeichneten inländischen öffentlichen Stellen aufgeben.

Satz 2 stellt klar, dass es sich bei Satz 1 nicht um eine abschließende Regelung betreffend den Gesichtspunkt der Nichterforderlichkeit von Mitwirkungshandlungen des Betroffenen handelt. Es gibt Erhebungen, die nicht ausdrücklich im Entwurf aufgegeben werden, die aber vom Entwurf vorausgesetzt werden und die datenschutzrechtlich beispielsweise in Erhebungsbefugnissen von oder in Übermittlungsverpflichtungen oder -befugnissen an die Waffenbehörden nach bundes- oder landesrechtlichen Vorschriften abgesichert sind. So wird die Frage der Mitgliedschaft in einem verbotenen Verein oder einer für verfassungswidrig erklärten Partei oder die Verfolgung verfassungsfeindlicher Bestrebungen regelmäßig nicht über die Anfrage bei der örtlichen Polizeidienststelle geklärt werden können. Zur Aufklärung des Vorliegens einer Suchtkrankheit wird sich die

Waffenbehörde gegebenenfalls auch an Sozial- oder Gesundheitsbehörden wenden. Hier ist auf spezialgesetzliche Normen etwa der Verfassungsschutzgesetze des Bundes oder der Länder oder des Sozialgesetzbuchs (SGB) oder auf sonstige Normen des bereichsspezifischen oder des allgemeinen Datenschutzrechts zurückzugreifen.

Die Vorschrift des Absatzes 1 ist erforderlich, um deutlich und bundeseinheitlich klarzustellen, dass es in den genannten Fällen der Mitwirkung des Betroffenen nicht bedarf. Andernfalls würden die Datenschutzgesetze der Länder zur Anwendung kommen, die unterschiedliche Anforderungen an das Erfordernis der Mitwirkung des Betroffenen stellen.

Hervorzuheben ist, dass im Übrigen, also außerhalb des Anwendungsbereichs dieser Vorschrift, der allgemeine datenschutzrechtliche Grundsatz der Erhebung personenbezogener Daten beim Betroffenen unberührt bleibt.

Sonstige Aspekte der Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten werden von Absatz 1 dieser Vorschrift ohnehin nicht geregelt.

Zu Absatz 2

Diese Bestimmung statuiert eine Auskunftspflicht von um Auskunft ersuchten inländischen öffentlichen Stellen und verstärkt damit bestehende Übermittlungsbefugnisse zu einer Auskunftspflicht. Der Ausdruck „im Rahmen von“ sichert die Kompatibilität mit korrespondierenden Übermittlungsvorschriften, z. B. nach dem Bundeszentralregistergesetz. Die Regelung führt als begrenzendes Element öffentliche Geheimhaltungsinteressen an. Diese Einschränkung bezieht sich deshalb ausschließlich auf öffentliche Geheimhaltungsinteressen, weil private Interessen bereits in den datenschutzrechtlichen Übermittlungsbefugnissen aufgefangen sind. Die Bestimmung ist erforderlich, weil zum einen die Regelungen der Amtshilfe dort nicht greifen, wo die Auskunftserteilung zu den eigenen Aufgaben der ersuchten Behörde gehört (das ist z. B. der Fall bei den Auskünften des Bundeszentralregisters an die Waffenbehörden), und zum anderen bei Fehlen einer Regelung im Waffengesetz je nach Paarung der Auskunft ersuchenden und Auskunft erteilenden Behörde sich die Amtshilfe einfachrechtlich nach den §§ 4 ff. des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes oder den die Amtshilfe betreffenden Regelungen des Verwaltungsverfahrensrechts der Länder richten würde.

Verzichtet wird, etwa in Anlehnung an das Ausländergesetz, auf die ausdrückliche Regelung einer Pflicht zu Spontanmitteilungen, also Mitteilungen ohne Auskunftersuchen auf Initiative der an die Waffenbehörde übermittelnden Stelle. Dies deshalb, weil die Eigenschaft einer Person, Antragsteller in waffenrechtlichen Verfahren oder Umgang Habender mit Waffen zu sein, nicht evident oder allgemein bekannt ist. Nichtsdestoweniger bestehen aus allgemein datenschutzrechtlichen Gründen Befugnisse zu Spontanmitteilungen an die Waffenbehörde, die in den Fällen relevant werden, in denen der Übermittelnde weiß, dass der Betroffene Waffenbesitzer ist oder zu werden im Begriffe ist.

Zu § 44 (Rücknahme und Widerruf)

Die Vorschrift knüpft an den bisherigen § 47 des Waffengesetzes an. Die besonderen Vorschriften über die Rücknahme

und den Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse sind Sondervorschriften zu den grundsätzlich auch im Waffenrecht geltenden §§ 48, 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes. Der Begriff „waffenrechtliche Erlaubnis“ umfasst dabei alle Erlaubnistatbestände dieses Gesetzes, also auch etwa Zustimmungen oder Ausnahmebewilligungen und -bescheide.

Wegen der sicherheitspolizeilichen Zielsetzung des Waffengesetzes kann die Rücknahme oder der Widerruf bei mangelnder Zuverlässigkeit, persönlicher Eignung oder Sachkunde nicht in das Ermessen der Erlaubnisbehörde gestellt werden. Der Schutz der Allgemeinheit verlangt vielmehr, dass in diesen Fällen die Rücknahme und der Widerruf zwingend vorgeschrieben werden. Dies gilt grundsätzlich auch beim Wegfall des Bedürfnisses (vgl. OVG Berlin – 1 B 67.95 – vom 14. Oktober 1998, NVwZ-RR 2000, 431 f.), wie sich auch aus Artikel 87 Abs. 1 des Schengener Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 (BGBl. II 1993 S. 1013 ff.) ergibt, der den Vertragsstaaten vorschreibt, waffenrechtliche Erlaubnisse bei Wegfall des Bedürfnisses zu widerrufen.

Zu Absatz 1

Absatz 1 enthält die notwendige Sonderregelung zu § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes; eine waffenrechtliche Erlaubnis ist zwingend zurückzunehmen, wenn die Waffenbehörde nachträglich Kenntnis davon erhält, dass im Zeitpunkt der Erteilung Versagungsgründe vorlagen. Die Rücknahmepflicht ist abweichend von § 48 Abs. 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes zeitlich unbefristet, die Waffenbehörde muss bei Kenntniserlangung die Erlaubnis immer zurückzunehmen. Dies entspricht auch dem bisherigen Recht (BVerwGE 101, 24). In anderen Fällen kann eine Rücknahme waffenrechtlicher Erlaubnisse auch auf § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gestützt werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 Satz 1 enthält die notwendige Sonderregelung zu § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes; erlangt die Waffenbehörde davon Kenntnis, dass nach Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis Versagungsstatbestände eingetreten sind, ist die Erlaubnis zu widerrufen. Im Übrigen kann auf die Begründung zu Absatz 1 verwiesen werden. Ergänzend zu § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes ermöglicht Satz 2 den Widerruf auch, wenn inhaltliche Beschränkungen nicht beachtet werden.

Zu Absatz 3

Schon nach der Regelung des bisherigen § 47 Abs. 2 Satz 1 des Waffengesetzes war auch bei Wegfall des Bedürfnisses der Widerruf der Erlaubnis zwingend vorgeschrieben. Die Vorschrift führte teilweise zu schwer vermittelbaren Härten und wurde deshalb vielfach nicht strikt angewendet. Absatz 3 schafft nunmehr die Möglichkeit, flexibel zu reagieren: Satz 1, erste Alternative lässt nunmehr bei einem nur vorübergehenden Wegfall des ursprünglichen Bedürfnisses zu, dass die zuständige Behörde von einem Widerruf der Erlaubnis absieht. Vorübergehend ist der Wegfall eines Bedürfnisses, wenn das Wiederaufleben des der Erlaubnis zu Grunde liegenden Bedürfnisses in naher Zukunft zu erwarten ist. Dies ist etwa gegeben, wenn ein Sportschütze oder ein Jäger einen längeren Auslandsaufenthalt z. B. aus

beruflichen Gründen antritt. Anhaltspunkt für das zu erwartende Wiederaufleben des Bedürfnisses kann etwa das Fortsetzen der Mitgliedschaft in einem Sportschützen- oder Brauchtumsschützenverein sein. Satz 1, zweite Alternative eröffnet die Möglichkeit, auch bei einem endgültigen Wegfall des Bedürfnisses von einem Widerruf aus diesem Grund absehen zu können, wenn ein besonderer Grund hierfür vorliegt. Hat ein Jäger, Sportschütze, Waffen- oder Munitionssammler gewissermaßen sein Leben lang die Jagd, den Schießsport oder das Sammeln ausgeübt, so wird in der Regel auch bei altersbedingter dauernder Unmöglichkeit des aktiven Umgangs mit Waffen und Munition von einem Widerruf der Erlaubnis abzusehen sein. Satz 2 stellt klar, dass das ausnahmsweise mögliche Absehen vom Widerruf der Erlaubnis nicht für eine Erlaubnis gilt, die zum Führen einer Waffe (Waffenschein) berechtigt. Hier verbleibt es bei der Regelung des Absatzes 2: Zwingender Widerruf der Erlaubnis.

Zu Absatz 4

Diese Vorschrift trägt dem Umstand Rechnung, dass die erstmalige Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis ein begünstigender Verwaltungsakt ist, der jedoch nach dem vom Entwurf vorgesehenen Mechanismus nicht befristet ist (dann müsste er immer wieder aufs Neue beantragt werden), sondern mit Dauerwirkung ergeht. Gleichwohl geht der Entwurf, wie sich u. a. aus § 40 ergibt, davon aus, dass bestimmte Tatbestandsvoraussetzungen schon und noch gegeben sein müssen, um den Zustand der Begünstigung aufrecht erhalten zu können.

Schon aus § 43 Abs. 1 ergibt sich, dass im Rahmen der dort vorgeschriebenen Erkundigungen bei der erstmaligen Prüfung im Hinblick auf den Erlass des begünstigenden Verwaltungsakts ebenso wie bei späteren Prüfungen (sei es im Zuge der in § 4 Abs. 3 und 4 vorgesehenen Routinen, sei es außerhalb derartiger Routinen) Datenerhebungen ohne Mitwirkung des Betroffenen erfolgen können.

Absatz 4 deckt die Fälle der datenschutzrechtlichen Mitwirkung des Betroffenen bei der wiederholten Erhebung ab. Er trägt dem Ausgangspunkt Rechnung, dass im Regelfall die Prüfungsgrundlagen für das Vorliegen von Tatbestandsvoraussetzungen für die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis von demjenigen beizubringen sind, der den begünstigenden Verwaltungsakt begehrt (s. insbesondere die verschiedenen Obliegenheiten zur Glaubhaftmachung oder zum Nachweis bestimmter Voraussetzungen durch denjenigen, der eine waffenrechtliche Erlaubnis beantragt). Bei der (erstmaligen) Beantragung ergibt sich ohne Weiteres, dass eine Verweigerung der Mitwirkung zur Versagung führt.

Um sicher zu stellen, dass bei späteren Überprüfungen der Inhaber einer waffenrechtlichen Erlaubnis nicht durch schlichtes Verweigern einer Mitwirkungshandlung sich die Aufrechterhaltung dieses begünstigenden Zustandes erschleicht, lässt Satz 1 die – im Einzelfall widerlegbare – Vermutung zu, dass die Basis für die Begünstigung weggefallen ist.

Satz 2 ist der Hinweispflicht des § 4 Abs. 3 Satz 2 des Bundesdatenschutzgesetzes oder vergleichbarer Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder nachgebildet.

Zu § 45 (Weitere Maßnahmen)

In dem neuen § 45 werden die bisher geltenden Vorschriften des § 37 Abs. 5, § 40 Abs. 2 und § 48 Abs. 2 des Waffengesetzes zusammengefasst.

Zu Absatz 1

Absatz 1 trifft die selbstverständliche Entscheidung, dass bei Rücknahme oder Widerruf einer waffenrechtlichen Erlaubnis (siehe dazu die Begründung zu § 44) deren Inhaber alle Ausfertigungen der Erlaubnis der zuständigen Behörde zurückzugeben hat. Diese Handlungspflicht ist „unverzüglich“, also ohne schuldhaftes Zögern, zu erfüllen. Die gleiche Verpflichtung trifft den Inhaber einer erloschenen, etwa befristeten Erlaubnis.

Zu den Absätzen 2 und 3

Absatz 2 räumt der Behörde allgemein die Befugnis ein, nach Rücknahme, Widerruf oder Erlöschen einer waffenrechtlichen Erlaubnis anzuordnen, dass der Gegenstand innerhalb einer bestimmten Frist einem Berechtigten zu überlassen oder unbrauchbar zu machen ist. Die Erfüllung dieser Anordnung ist durch den Besitzer in vollem Umfang nachzuweisen. Absatz 3 trifft die entsprechende Regelung für den Fall unerlaubten Waffen- oder Munitionsbesitzes. Zusätzlich erfasst Absatz 3 verbotene Waffen oder Munition; hier ist die Beseitigung der Verbotensmerkmale möglicher zusätzlicher oder alternativer Inhalt einer Anordnung.

Die Sicherstellung der Waffen und Munition ist nach beiden Absätzen erst zulässig, wenn die von der Behörde gesetzte Frist fruchtlos abgelaufen ist. Die Einziehung des Gegenstandes setzt außerdem voraus, dass diese Maßnahme zur Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung erforderlich ist. Die Regelung des § 45 lässt die Befugnisse des Richters oder Staatsanwalts unberührt, in einem Strafverfahren nach § 98 der Strafprozessordnung die Beschlagnahme von Gegenständen anzuordnen.

Zu Absatz 4

Zunächst sei auf die Begründung zu § 41 des Entwurfs verwiesen. Der neue § 45 Abs. 4 räumt der Waffenbehörde in den Fällen des § 41 die Befugnis ein, dem Betroffenen die in seinem Besitz befindlichen Waffen und Munition sowie die ihm erteilten Erlaubnispapiere unverzüglich wegzunehmen. Für den Fall, dass sich der Beteiligte der Wegnahme widersetzt, wird die rechtliche Grundlage geschaffen, die Wohnung des Beteiligten zu betreten und diese nach Waffen, Munition sowie den in Satz 1 genannten Erlaubnispapieren zu durchsuchen. Die in Absatz 4 vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen werden auch auf die sonstigen Eilfälle des § 41 erstreckt. Dies macht es erforderlich, bei Durchsuchungsanordnungen zwischen einem Waffenbesitz mit und ohne Gefahr im Verzug zu unterscheiden. Im Hinblick hierauf wird eine zweiteilige Regelung vorgesehen: Anordnung grundsätzlich durch den Richter, bei Gefahr im Verzug auch durch die zuständige Behörde.

Um die Sicherungsmaßnahmen sofort wirksam werden zu lassen, wird in Absatz 4 Satz 3 angeordnet, dass Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die behördlichen Maßnahmen keine aufschiebende Wirkung haben.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift ermöglicht die Einziehung und Verwertung sichergestellter Waffen. Die Einziehung ist dabei nur möglich, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder Ordnung besteht. Benennt der bisher Berechtigte nicht binnen vier Wochen nach der Einziehung einen Empfänger für die eingezogenen Waffen und Munition, so kann die Behörde diese verwerten. Der benannte Empfänger muss dabei waffenrechtlich berechtigt sein, also die für den Erwerb und Besitz der eingezogenen Waffen notwendigen waffenrechtlichen Erlaubnisse haben; fehlt es daran, so kommt es zur Verwertung. Der wirtschaftliche Erlös der Verwertung steht dabei grundsätzlich dem bisher Berechtigten zu. Die Behörde kann jedoch die auf Grund der Kostenordnung zum Waffengesetz gerechtfertigten Gebühren bei der Auskehr des Erlöses einbehalten.

Neben diesen Maßnahmen soll dem waffenrechtlich nicht berechtigten Besitzer in manchen Fällen die Möglichkeit eröffnet werden, einen Antrag auf Erteilung der erforderlichen waffenrechtlichen Erlaubnis zu stellen. Damit kann der Behörde der nach geltendem Recht unerlässliche Verwertungsversuch erspart werden.

Der bisherige § 48 Abs. 1 des Waffengesetzes kann im Hinblick auf § 52 des Verwaltungsverfahrensgesetzes gestrichen werden. Im Übrigen ist auch § 52 Satz 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes im Waffenrecht (Rückverlangen von als ungültig gekennzeichneten Urkunden) anzuwenden.

Zu § 46 (Verordnungen zur Erfüllung zwischenstaatlicher Vereinbarungen oder zur Angleichung an Gemeinschaftsrecht)

Diese Vorschrift entspricht dem bisherigen § 6 Abs. 5 des Waffengesetzes. Von der Ermächtigung wurde in der Vergangenheit Gebrauch gemacht: Die Vorschriften der §§ 9, 9a bis 9d, 28b und 28c der Ersten Verordnung zum Waffengesetz beruhen auf ihr. Sie regeln, welche Angaben und Auskünfte gegenüber wem erteilt werden müssen beim Verbringen von Schusswaffen aus oder in einen anderen Mitgliedstaat der EU. Eine Fortschreibung der bindenden Beschlüsse zum Waffenrecht auf Ebene der EU ist zu erwarten.

Zu § 47 (Sachliche Zuständigkeit)

Die Vorschrift beruht auf den bisherigen Bestimmungen in § 6 Abs. 1 Satz 3 und 4, Abs. 2 sowie § 50 des Waffengesetzes. Sie eröffnet die Möglichkeit für die Länder, Sonderregelungen über die sachliche Zuständigkeit zu treffen.

Zu Absatz 1

Die Länder haben hiernach die Möglichkeit, die sachliche Zuständigkeit für die Ausführung dieses Gesetzes umfassend selbst zu gestalten; die Rechtsform, in der sie dieses regeln, bleibt ihnen überlassen. Soweit dieses Gesetz bereits eine sachliche Zuständigkeit von Landesbehörden festlegt und soweit eine Bundesbehörde zuständig ist, sind der Gestaltungsmöglichkeit der Länder allerdings Grenzen gesetzt.

Zu Absatz 2

Mit Absatz 2 trifft der Bund für seinen Bereich die notwendige Regelung der sachlichen Zuständigkeit: Das Bundes-

verwaltungsamt (BVA) wird damit im Bereich des Bundes als sachlich zuständige Behörde festgelegt, soweit einer der vier abschließend aufgezählten Sachverhalte gegeben ist. Die Regelung schließt sich dabei an das bisherige Recht an.

Die Nummern 1, 3 und 4 folgen § 50 Abs. 2 Nr. 1, 2 und 4 des bisherigen Waffengesetzes.

Nummer 2 trifft die notwendige Regelung, um der seit dem 1. Januar 2001 bestehenden uneingeschränkten Geltung des deutschen Waffenrechts für alle Angehörigen der in Deutschland stationierten Streitkräfte Rechnung zu tragen; der hier erfasste Personenkreis orientiert sich an den Bestimmungen des Nato-Truppenstatuts sowie dem früheren Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über den Erwerb und Besitz von privateigenen Waffen durch Personal der Streitkräfte der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik Deutschland vom 29. November 1984, und erstreckt sich auch auf solche Personen, die Mitglieder von Streitkräften, jedoch Staatsangehörige aus Nicht-Nato-Staaten sind. Damit wird dem Wunsch des US-Hauptquartiers in Europa und der Länder nach einer zentralen Bundesstelle für die Erteilung waffenrechtlicher Erlaubnisse an diesen Personenkreis entsprochen. Ob die fehlende Ortsnähe des BVA den hauptsächlich im südwestdeutschen Raum stationierten Militärangehörigen und die für einen langen Zeitraum notwendig bleibende massive Unterstützung seitens der Waffenbehörden zu Gunsten des BVA (z. B. bei der Abnahme der Sachkundeprüfungen) die gewünschte Vereinfachung der waffenrechtlichen Verfahren ergeben wird, wird die Praxis erweisen.

Zu § 48 (Örtliche Zuständigkeit)

Zu Absatz 1

Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich grundsätzlich nach den dem § 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes entsprechenden Regelungen der Verwaltungsverfahrensgesetze der Länder. So ist z. B. bei Gefahr in Verzug die Waffenbehörde für unaufschiebbare Maßnahmen zuständig, in deren Bezirk die Gefahr droht (§ 3 Abs. 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes). Eine Sonderregelung ist jedoch für die Fälle erforderlich, in denen der Antragsteller im Geltungsbereich des Gesetzes keinen gewöhnlichen Aufenthalt hat oder hatte und für die Entscheidungen über die Erteilung oder Aufhebung einer Erlaubnis nach § 21 Abs. 1 (gewerbsmäßige Waffenherstellung, Waffenhandel) oder § 28 Abs. 1 (Umgang mit Waffen oder Munition durch Bewachungsunternehmer) des Entwurfs. Die Nummern 1 und 2 sehen deshalb für diese Fälle eine ergänzende Zuständigkeitsregelung vor.

Nummer 1 ordnet die örtliche Zuständigkeit der Waffenbehörde an, in deren Bezirk sich der Antragsteller oder Erlaubnisinhaber aufhalten will. Für die Fälle, in denen sich ein solcher Wille nicht ermitteln lässt, wird die örtliche Zuständigkeit der für den Bezirk, in dem der Grenzübergang erfolgt, sachlich zuständigen Waffenbehörde festgelegt.

Nummer 2 knüpft abweichend von § 3 Abs. 1 Nr. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Zuständigkeit an den Ort der Hauptniederlassung des Unternehmers.

Zu Absatz 2

Die Regelung des Absatzes 2 schreibt die Sonderzuständigkeitsregelungen des bisherigen § 52 Abs. 3 WaffG fort, da diese im Wesentlichen beibehalten werden.

Nummer 1 entspricht dem bisherigen § 52 Abs. 3 Nr. 6 des Waffengesetzes.

Nummer 2 entspricht dem bisherigen § 52 Abs. 3 Nr. 5 des Waffengesetzes.

Nummer 3 legt für ortsveränderliche Schießstätten (§ 27 Abs. 1 Satz 2 des Entwurfs) in Buchstabe a als Zuständigkeit für Erlaubniserteilungen den gewöhnlichen Aufenthaltsort des Betreibers fest. Dies dient der Konzentration waffenrechtlicher Erlaubnisse bei einer zuständigen Behörde. Den örtlichen waffenrechtlichen Erfordernissen wird durch die Zuständigkeit der Waffenbehörde des Bezirks, in dem diese Schießstätte aufgestellt werden soll, für die Erteilung von Auflagen Rechnung getragen (Nummer 3 Buchstabe b). Insgesamt schreibt die Regelung den bisherigen § 52 Abs. 3 Nr. 5 des Waffengesetzes fort.

Nummer 4 entspricht dem bisherigen § 52 Abs. 3 Nr. 3 des Waffengesetzes.

Nummer 5 entspricht dem bisherigen § 52 Abs. 3 Nr. 2 des Waffengesetzes.

Zu § 49 (Kosten)

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 49 des Waffengesetzes. Die bisher dort in Absatz 2 vorgesehenen Obergrenzen für die Gebührenbemessung sind nicht länger gerechtfertigt. Auf (neue) Gebührenhöchstsätze wird verzichtet, da sie sich als zu starr erwiesen haben.

Zu § 50 (Strafvorschriften)

Mit der Strafandrohung des bisherigen § 52a des Waffengesetzes (vgl. Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes zur Änderung des Waffenrechts vom 31. Mai 1978) war eine verschärfte Strafandrohung für den Umgang mit vollautomatischen Selbstladewaffen sowie halbautomatischen Selbstladewaffen, die den Anschein einer vollautomatischen Selbstladewaffe hervorrufen, geschaffen worden. Veranlassung für diese Gesetzesinitiative waren die mit Schusswaffen begangenen Terroranschläge auf exponierte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (vgl. Bundestagsdrucksache 8/977).

Die Vorschrift richtete sich also vor allem gegen die kriminelle Verwendung der erwähnten gefährlichen Schusswaffen. Adressaten der Vorschrift sind jedoch nach der grundsätzlichen Trennung des Waffengesetzes vom Kriegswaffenkontrollgesetz (vgl. § 55 Abs. 1 Satz 1 des Entwurfs) nur noch Personen, die die Waffen bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes besessen haben. Auf Tatbestände des unerlaubten Umgangs mit Kriegsschusswaffen, die nach Inkrafttreten dieses Gesetzes eintreten, findet dagegen die Strafvorschrift des § 22a des Kriegswaffenkontrollgesetzes Anwendung. Die Vorschrift wäre deshalb im Wesentlichen noch anwendbar auf Personen, die ihren Waffenbesitz nach den Vorschriften der Änderungsgesetze von 1973 und 1976 nicht angemeldet haben, z. B. Waffensammler, sowie – für die Zeit nach Inkrafttreten dieses Gesetzes – auf den unerlaubten Umgang mit automatischen Schusswaffen, die keine Kriegsschusswaffen sind. Bezogen auf diesen Personenkreis

und die genannten Waffenarten führt die Vorschrift im Hinblick auf die Mindeststrafe von einem Jahr zu unangemessenen Ergebnissen. Selbst bei Zubilligung eines minder schweren Falles (Absatz 6) bleibt die Tat ein Verbrechen (§ 12 des Strafgesetzbuches (StGB)); das Verfahren kann nicht nach § 153 der Strafprozessordnung eingestellt werden. Um diese unangemessenen Ergebnisse zu mildern, ist eine Herabsetzung der Mindeststrafe auf sechs Monate vorgesehen. Da infolgedessen der Strafrahmen der Strafvorschrift des bisherigen § 53 des Waffengesetzes entspricht, ist eine Aufhebung des bisherigen § 52a unter gleichzeitiger Einstellung der dort erfassten Tatbestände in § 50 des Entwurfs vorgenommen worden. Mit dieser Einbeziehung der Tatbestände des bisher geltenden § 52a des Waffengesetzes ist gleichzeitig eine gesetzestechnische Vereinfachung erfolgt mit dem Ziel, die Tatbestände deutlicher abzugrenzen, Unausgewogenheiten zu beseitigen sowie die Vorschrift insgesamt übersichtlicher zu gestalten.

Zusätzliche Änderungen sind im Übrigen im Wesentlichen eine Folge der zu bewehrenden verwaltungsrechtlichen Vorschriften.

Zu Absatz 1

Zu Nummer 1

Mit der Vorschrift werden die dort bezeichneten Arten des Umgangs mit Kriegswaffen, vollautomatischen Selbstladewaffen oder so genannten Molotow-Cocktails bewehrt. Die Vorschrift übernimmt die Bewehrungen des § 52a und § 53 Abs. 1 Nr. 4 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Nummer 2 Buchstabe a

Die Vorschrift bewehrt das Erwerben von Schusswaffen oder Munition ohne Erlaubnis zum Zwecke des Überlassens an einen Nichtberechtigten. Dies war im bisherigen Waffengesetz in § 53 Abs. 1 Nr. 3 geregelt.

Zu Nummer 2 Buchstabe b

Die Vorschrift bewehrt das Erwerben, Besitzen und Führen einer halbautomatischen Kurzwaffe ohne Erlaubnis. Dies wurde bisher in § 53 Abs. 1 Nr. 3a Buchstabe a und b des Waffengesetzes geregelt.

Zu Nummer 2 Buchstabe c

Die Vorschrift bewehrt das Herstellen oder den Handel mit Schusswaffen oder Munition ohne die erforderliche Erlaubnis. Sie war im bisherigen Waffengesetz in § 53 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a enthalten. Die Bewehrung der Instandsetzung ohne Erlaubnis wurde nicht übernommen.

Zu Nummer 2 Buchstabe d

Die Vorschrift bewehrt das Verbringen in den und durch den Geltungsbereich des Gesetzes entgegen § 2 Abs. 2, 4 in Verbindung mit § 29 Abs. 1 Satz 1 oder § 32 Abs. 1 ohne Erlaubnis. Diese Vorschrift war bisher in § 53 Abs. 1 Nr. 2 des Waffengesetzes (alt) enthalten. Die Durchfuhr von Schusswaffen oder Munition ohne die erforderliche Erlaubnis wird nunmehr ausdrücklich genannt.

Zu Nummer 3

Die Vorschrift bewehrt das Vertreiben und Überlassen von Schusswaffen, Munition oder Hieb- und Stoßwaffen im Reise- oder auf Messen, Ausstellungen, Märkten, Volksfesten, Schützenfesten oder ähnlichen Veranstaltungen.

Im bisherigen Waffengesetz war dies in § 53 Abs. 1 Nr. 6 und Abs. 3 Nr. 4 geregelt. Für Hieb- und Stoßwaffen und Waffen, für deren Erwerb es keiner Erlaubnis bedarf, wurde die Strafbewehrung angepasst.

Zu Nummer 4

Die Vorschrift bewehrt das Anleiten oder Auffordern zur Herstellung von verbotenen Gegenständen. Dies war bisher in § 53 Abs. 1 Nr. 5 des Waffengesetzes geregelt.

Zu Absatz 2

Es wurde die Vorschrift aus dem bisherigen § 53 Abs. 2 des Waffengesetzes übernommen.

Zu Absatz 3

Zu Nummer 1

Die Vorschrift bewehrt, in Ergänzung des Absatzes 1 Nr. 1, die nämlichen Arten des Umgangs mit den genannten verbotenen Gegenständen. Diese Bewehrung war bisher enthalten in § 53 Abs. 3 Nr. 3 des Waffengesetzes.

Zu Nummer 2 Buchstabe a

Es wird in dieser Vorschrift Erwerb, Besitz oder Führen von Schusswaffen ohne Erlaubnis bewehrt. Die Regelung entstammt dem bisherigen § 53 Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe a und b des Waffengesetzes.

Zu Nummer 2 Buchstabe b

Die Vorschrift bewehrt den Erwerb und Besitz von Munition ohne Erlaubnis. Der Erwerb von Munition ohne Erlaubnis war bisher nicht bewehrt. Dies war aus sicherheitspolitischen Gründen nicht aufrecht zu erhalten.

Zu Nummer 3

Die Vorschrift bewehrt die Herstellung von Schusswaffen ohne Erlaubnis. Die Regelung war in § 53 Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe c des bisherigen Waffengesetzes enthalten.

Zu Nummer 4

Die Vorschrift bewehrt das Verbringen von Schusswaffen oder Munition in andere Mitgliedstaaten der EU ohne Erlaubnis. Die Bewehrung ist notwendig, um das illegale Verbringen dieser Gegenstände innerhalb des EU-Raums zu unterbinden. Die Verpflichtung zur Schaffung von Sanktionsnormen ergibt sich aus Artikel 16 der Waffenrichtlinie 91/477/EWG.

Zu Nummer 5

Die Vorschrift bewehrt das vorübergehende Verbringen von bestimmten Schusswaffen oder Munition ohne Erlaubnis in oder durch den Geltungsbereich des Gesetzes. Die Bewehrung

rung ist notwendig, um das illegale Verbringen zu unterbinden, auch wenn die Waffe oder Munition nicht zum Zwecke des endgültigen Verbleibs ein- oder durchgeführt werden soll.

Zu Nummer 6

Die Vorschrift bewehrt das Überlassen von erlaubnispflichtigen Schusswaffen an Nichtberechtigte. Diese Regelung war bisher in § 53 Abs. 3 Nr. 2 des Waffengesetzes enthalten.

Zu Nummer 7

Die Vorschrift bewehrt die Zuwiderhandlung gegen ein vollziehbar angeordnetes Waffenverbot. Diese Regelung war bisher in § 53 Abs. 3 Nr. 6 des Waffengesetzes enthalten.

Zu Nummer 8

Die Vorschrift bewehrt das Führen von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen. Dies war bisher in § 53 Abs. 3 Nr. 5 des Waffengesetzes geregelt.

Zu Nummer 9

Die Vorschrift bewehrt den Besitz von ehemaligen Kriegswaffen ohne waffenrechtliche Genehmigung. Die Regelung war neu aufzunehmen, da mit der Entlassung aus der Kriegswaffenliste das Kriegswaffenkontrollgesetz keine Anwendung findet, die Waffe jedoch berechtigt erworben worden war.

Zu Absatz 4

Es wurde die Vorschrift aus § 53 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes übernommen.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift übernimmt die Regelungen des bisherigen § 52a Abs. 2 des Waffengesetzes.

Zu Absatz 6

Die Vorschrift übernimmt die Regelungen des bisherigen § 52a Abs. 3 des Waffengesetzes.

Zu § 51 (Bußgeldvorschriften)

Der bisherige § 55 des Waffengesetzes wird aus Gründen der Übersichtlichkeit ebenfalls völlig neu gefasst. Die Änderungen sind im Wesentlichen eine Folge der Änderungen der zu bewehrenden verwaltungsrechtlichen Vorschriften.

Zu Absatz 1

Zu Nummer 1

Die Vorschrift bewehrt Erwerb und Besitz von nichterlaubnispflichtigen Waffen oder Munition entgegen dem Alterserfordernis. Diese Regelung ist im bisherigen § 55 Abs. 1 Nr. 16 des Waffengesetzes enthalten.

Zu Nummer 2

Die Vorschrift bewehrt, in Ergänzung von § 50 Abs. 1 Nr. 1 und Abs. 3 Nr. 1, die dort bezeichneten Arten des Umgangs

mit nicht zugelassenen Reizstoffsprühgeräten, Munition mit Reizstoffen oder Elektroimpulsgeräten. Dies war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 22 Buchstabe a des Waffengesetzes geregelt.

Zu Nummer 3

Die Vorschrift bewehrt das Schießen ohne eine entsprechende Schießerlaubnis. Diese Regelung war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 25 des Waffengesetzes enthalten.

Zu Nummer 4

Die Vorschrift bewehrt das Zuwiderhandeln gegen eine vollziehbare Auflage oder vollziehbare Anordnung. Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 55 Abs. 1 Nr. 1 und 2 des Waffengesetzes.

Zu Nummer 5

Die Vorschrift bewehrt das Nichterstatte, nicht richtige, nicht vollständige, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitige Erstatte von Anzeigen nach diesem Gesetz. Die Regelungen waren bisher in § 43 Abs. 1 Nr. 5 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz enthalten. Zur besseren Übersichtlichkeit wurde die Vorschrift in das Gesetz aufgenommen.

Zu Nummer 6

Die Vorschrift bewehrt das Nicht- oder nicht rechtzeitige Vorlegen der Waffenbesitzkarte oder des Europäischen Feuerwaffenpasses. Dies war bisher nicht bewehrt. Die Verpflichtung zur Schaffung von Sanktionsnormen ergibt sich aus Artikel 16 der Waffenrichtlinie 91/477/EWG.

Zu Nummer 7

Die Vorschrift bewehrt das nicht, nicht richtige oder nicht vollständige Führen des Waffenherstellungs- oder Waffenhandelsbuches. Diese Regelung war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 4 des Waffengesetzes bewehrt.

Zu Nummer 8

Die Vorschrift bewehrt das Nichtanbringen, nicht rechtzeitige, nicht vollständige, nicht in der vorgeschriebenen Weise vorgenommene Anbringen von Kennzeichen auf Schusswaffen oder Munition. Dies wurde bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 5 des Waffengesetzes geregelt.

Zu Nummer 9

Die Vorschrift bewehrt das gewerbsmäßige Überlassen von nicht ordnungsgemäß gekennzeichneten Schusswaffen oder Munition. Dies war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 6 des Waffengesetzes bewehrt.

Zu Nummer 10

Die Vorschrift bewehrt den Betrieb oder die wesentliche Änderung einer Schießstätte ohne die erforderliche Erlaubnis. Dies war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 24 des Waffengesetzes bewehrt.

Zu Nummer 11

Die Vorschrift bewehrt die Gestattung des Schießens von Kindern und Jugendlichen ohne Erlaubnis. Diese Vorschrift war bisher in § 43 Abs. 1 Nr. 9 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz enthalten.

Zu Nummer 12

Hier wird die Verletzung der Pflicht zur Aufbewahrung und Herausgabe von Urkunden bewehrt.

Zu Nummer 13

Die Vorschrift bewehrt das Nichtmitführen eines neu geschaffenen Berechtigungsnachweises für minderjährige Personen.

Zu Nummer 14

Die Vorschrift bewehrt das Führen einer Schusswaffe durch Bewachungsunternehmer ohne Erlaubnis und das Nichtführen, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht in der vorgeschriebenen Weise vorgenommene Führen von Nachweisen. Die Vorschrift über das Führen und Überlassen einer Schusswaffe durch Bewachungsunternehmer war bisher nicht gesondert bewehrt. Vielmehr mussten bei Verstößen durch Bewachungsunternehmer die allgemeinen Vorschriften (bisheriger § 53 Abs. 1 Nr. 3a Buchstabe b und Abs. 3 Nr. 1 Buchstabe b des Waffengesetzes) herangezogen werden. Eine Differenzierung war hier geboten. Eine ordnungsgemäße Führung der Nachweise kann nur durchgesetzt werden, wenn dies bewehrt wird.

Zu Nummer 15

Die Vorschrift bewehrt das Nichtanmelden und nicht rechtzeitige Vorlegen einer Schusswaffe oder von Munition bei den dafür zuständigen Überwachungsbehörden. Diese Regelung war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 14 des Waffengesetzes bewehrt.

Zu Nummer 16

Die Vorschrift bewehrt das Überlassen von nichterlaubnispflichtigen Waffen oder Munition an einen Nichtberechtigten. Im bisherigen Waffengesetz war dies in § 55 Abs. 1 Nr. 16 des Waffengesetzes enthalten.

Zu Nummer 17

Die Vorschrift bewehrt die Nichtaufbewahrung von Urkunden oder die Nichtgewährung von Einsicht hierin durch den Veröffentlichenden von Chiffre-Anzeigen.

Zu Nummer 18

Die Vorschrift bewehrt das nicht sichere Aufbewahren von Schusswaffen oder Munition entgegen § 36. Diese Regelung war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 23 des Waffengesetzes bewehrt.

Zu Nummer 19

Die Vorschrift bewehrt das Nichtmitführen sowie das nicht oder nicht rechtzeitige Aushändigen der in § 35 Abs. 1 ge-

nannten Urkunden. Diese Regelung war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 21 des Waffengesetzes bewehrt.

Zu Nummer 20

Die Vorschrift bewehrt den Verstoß gegen die in § 39 genannten Auskunftspflichten. Sie trifft Waffenhersteller, Waffenhändler, Schießstättenbetreiber und Bewachungsunternehmer. Zu den Auskunftspflichten gehört auch die Herausgabe der nach § 27 Abs. 3 und 5 geforderten Unterlagen. Diese Regelungen waren bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 17, 18 und 26 des Waffengesetzes und § 43 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 12 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz enthalten.

Zu Nummer 21

Die Vorschrift bewehrt das Nichtaushändigen von Aufzeichnungen und die Nichtrückgabe von Erlaubnisurkunden. Die Nichtrückgabe von Erlaubnisurkunden war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 27 des Waffengesetzes geregelt.

Zu Nummer 22

Die Vorschrift bewehrt den Verstoß gegen Tatbestände der dort genannten Rechtsverordnungen nach § 25 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe b, § 27 Abs. 3, § 36 Abs. 5 Satz 2 und § 46 sowie auf ihrer Grundlage ergangenen vollziehbaren Anordnungen, wenn die Rechtsverordnungen eine Rückverweisungsklausel enthalten.

Eine entsprechende Regelung war bisher in § 55 Abs. 1 Nr. 28 des Waffengesetzes enthalten.

Zu Absatz 2

Die Vorschrift entspricht dem bisherigen § 55 Abs. 3 des Waffengesetzes. Der seit 1972 unveränderte Bußgeldrahmen wurde angepasst, um eine angemessene Sanktionierung auch bei Verstößen mit erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen zu ermöglichen.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift entspricht § 55 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes. Die Bundesanstalt für Materialprüfung und -forschung ist nicht mehr aufgeführt. Sie nimmt zukünftig nur Aufgaben nach dem Beschussgesetz, nicht aber nach dem Waffengesetz wahr.

Zu § 52 (Einziehung und erweiterter Verfall)

Die Vorschrift entspricht § 56 Abs. 2 bis 4 des bisher geltenden Rechts. Wegen der Aufgabe der Unterteilung in Verbrechen- und Vergehenstatbestände in § 50 des Entwurfs ist die Einziehung insgesamt als fakultative, also in das pflichtgemäße Ermessen gestellte, ausgestaltet. Die Maßstäbe, die der Einziehung zu Grunde liegen, nämlich die Besorgnis, dass durch den weiteren Besitz eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu besorgen ist, die in den Fällen des bisherigen § 56 Abs. 1 des Waffengesetzes (obligatorische Einziehung) qua Gesetz als gegeben unterstellt wurden, bleiben unverändert.

Zu § 53 (Ausnahmen für oberste Bundes- und Landesbehörden, Bundeswehr, Polizei und Zollverwaltung, erheblich gefährdete Hoheitsträger sowie Bedienstete anderer Staaten)

§ 53 entspricht weitgehend dem bisherigen § 6 Abs. 1 des Waffengesetzes sowie den an zahlreichen Stellen verstreuten Ausnahmeregelungen für die Bundeswehr, den Bundesgrenzschutz und die Bundeszollverwaltung. In materieller Hinsicht sind folgende Abweichungen vorgesehen:

Zu Absatz 1

Nummer 3 bezieht auch die Polizeien der Länder in die Ausnahmeregelung mit ein. Diese Regelung entspricht im Wesentlichen den in den zurzeit geltenden Durchführungsverordnungen der Länder zugelassenen Freistellungen. Der Begriff der Beamten wurde durch den der Bediensteten ersetzt, da das Waffengesetz nicht die Organisation der Vollzugsaufgaben regelt. Die Freistellung wurde von Schusswaffen auf alle Waffen erstreckt, da zur dienstlichen Ausstattung auch Waffen gehören, die keine Schusswaffen sind.

Zu Absatz 2

Dieser übernimmt § 6 Abs. 2 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Absatz 3

Dieser entspricht dem bisherigen § 6 Abs. 2b des Waffengesetzes.

Zu Absatz 4

Dieser entspricht § 37 Abs. 2 Nr. 1 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu den Absätzen 5 und 6

Diese enthalten Verordnungsermächtigungen für die Bundesregierung und die Landesregierungen gemäß den Vorgaben des Artikels 80 Abs. 1 des Grundgesetzes.

Zu § 54 (Sondervorschriften für Staatsgäste und andere Besucher)

§ 54 ist im Wesentlichen unverändert aus § 6 Abs. 2a des bisherigen Waffengesetzes übernommen worden. Die Bekanntgabe der behördlichen Entscheidung an den Adressaten kann im Einzelfall entfallen. In der Regel wird sie jedoch erfolgen, weil der Adressat seinen privilegierten Status nur durch den Bescheid nachweisen kann. Wird die nach § 47 Abs. 1 des Entwurfs zuständige Behörde statt des Bundesverwaltungsamtes tätig, handelt es sich regelmäßig um eine Eilentscheidung, bei der das Einvernehmen nicht vorab herbeigeführt werden kann. In diesem Fall ist jedoch die nachträgliche Unterrichtung des Bundesverwaltungsamtes geboten.

Zu § 55 (Kriegswaffen)

Zu Absatz 1

Satz 1 dieses Absatzes entspricht der Regelung im 1. Halbsatz des bisherigen § 6 Abs. 3 des Waffengesetzes. Er ist notwendig, da auch militärische Handfeuerwaffen tragbare

Schusswaffen im Sinne des Waffengesetzes sind. Ohne eine abgrenzende Vorschrift würden daher die Bestimmungen des Waffengesetzes auch auf militärische Handfeuerwaffen, die bereits unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen, Anwendung finden.

Bisher werden allerdings trotz der grundsätzlichen Trennung von Waffengesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz einige Vorschriften des Waffengesetzes auch auf militärische Handfeuerwaffen erstreckt. Dafür ist ein Bedürfnis weitgehend entfallen, seitdem durch das Gesetz zur Änderung des Waffenrechts vom 31. Mai 1978 das Kriegswaffenkontrollgesetz um einige Bestimmungen erweitert wurde, die der öffentlichen Sicherheit dienen (Strafbarkeit des unbefugten Besitzes, Einziehungsmöglichkeit bei Unzuverlässigkeit).

Notwendig ist eine Erstreckung von Vorschriften des Waffenrechts gegenständlich nur noch auf Kriegsschusswaffen, die nach dem Waffengesetz 1972 legalisiert worden sind und bei denen die erforderlichen Prüf- und Überwachungsmaßnahmen nicht nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz getroffen werden können. Insoweit muss es daher auch weiterhin bei der Regelung bleiben, dass für die periodische Überprüfung der Zuverlässigkeit und das Aufbewahren der Waffen die Vorschriften des Waffengesetzes maßgebend sind. Bei der Verweisung auf die Überwachungsbefugnis nach § 4 Abs. 3 und § 44 Abs. 1 und 2 des Entwurfs handelt es sich um eine bloße Klarstellung, nicht um eine sachliche Änderung. Die Befugnis des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle als der zuständigen Überwachungsbehörde in Bezug auf die nach § 59 des Waffengesetzes 1972 registrierten Kriegsschusswaffen lässt sich aus dem Gesamtzusammenhang der einschlägigen Vorschriften des Waffengesetzes ableiten. Gleichfalls aus Gründen der Rechtsklarheit wird durch Absatz 1 Satz 4 verdeutlicht, dass sowohl für Anordnungen gemäß § 36 Abs. 3 als auch für Maßnahmen nach § 4 Abs. 3 und § 44 Abs. 1 und 2 des Entwurfs das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, bei dem diese Waffen registriert sind, zuständig ist. Die Klausel „unbeschadet der Vorschriften des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen“ in Absatz 1 Satz 2 stellt außer Zweifel, dass die Registrierung und Legalisierung der Schusswaffen nach dem Waffengesetz 1972 keine Freistellung von den Genehmigungstatbeständen des Kriegswaffenkontrollgesetzes bedeutet, also der Inhaber einer solchen Waffe z. B. zur Überlassung an einen anderen oder zu ihrer Beförderung einer Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz bedarf. Ferner sollen auf die Zuwiderhandlungen von Personen, die ihre Schusswaffen nach dem Waffengesetz 1972 und dem Waffengesetz 1976 nicht angemeldet oder einen Antrag auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung nicht gestellt haben, die einschlägigen Strafvorschriften des Waffengesetzes weiterhin anwendbar sein. Auf Straftaten im Sinne des § 52a Abs. 1 Nr. 1 des Waffengesetzes 1978 (soweit es sich um Kriegswaffen handelt), die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes begangen worden sind, findet § 50 Abs. 1 als milderes Recht Anwendung (§ 2 Abs. 3 des Strafgesetzbuches). Einer ausdrücklichen Regelung bedarf es insoweit nicht.

Durch die Beseitigung der bisher in gewissen Fällen vorgesehenen Anwendbarkeit von Vorschriften sowohl des Waffengesetzes als auch des Kriegswaffenkontrollgesetzes auf einen einheitlichen Sachverhalt (Gemengelage) wird er-

reicht, dass Unklarheiten beseitigt werden, die durch Über-schneidungen der beiden Gesetze entstanden sind.

Zu Absatz 2

Der neue Absatz 2 sieht eine Auffangregelung für tragbare Schusswaffen vor, die aus der Kriegswaffenliste herausgenommen werden und damit in den Anwendungsbereich des Waffengesetzes fallen. Dabei können mehrere Fallgestaltungen auftreten. Einmal kann es sich um Waffen handeln, die nach den Überleitungsvorschriften der Waffengesetze von 1972 oder 1976 legalisiert worden sind, oder für die ausnahmsweise eine Erwerbsgenehmigung nach den Vorschriften des Kriegswaffenkontrollgesetzes erteilt worden ist oder die von Erben, Findern oder ähnlichen Personen nach den Vorschriften des Kriegswaffenkontrollgesetzes (§ 12 Abs. 6, § 26a) angezeigt worden sind. All diesen Fallgestaltungen ist gemeinsam, dass die Besitzer solcher Waffen die tatsächliche Gewalt über sie befugtermaßen ausüben und ihre Befugnis durch eine Anzeigebestätigung der zuständigen Behörde (im Falle der § 12 Abs. 6, § 26a des Kriegswaffenkontrollgesetzes des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle), durch eine Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde nach § 56 Abs. 5, § 40 Abs. 3 des Entwurfs, eine Waffenbesitzkarte nach § 59 Abs. 2 WaffG 1972 oder durch eine Genehmigung nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz nachweisen können.

In diesen Fällen ist es aus rechtsstaatlichen Gesichtspunkten geboten, den rechtlichen Besitzstand aufrecht zu erhalten und den geltenden Rechtsstatus in einen entsprechenden Status nach dem Waffengesetz zu überführen. Die Überleitung in das Waffengesetz wird hier dadurch vollzogen, dass solchen Waffenbesitzern gegen Vorlage der genannten, ihre Besitzberechtigung ausweisenden behördlichen Waffenbesitzkarten, Bestätigungen, Erlaubnisse oder Genehmigungen von der nach Waffenrecht zuständigen Behörde eine Waffenbesitzkarte ausgestellt wird – in den Fällen des § 40 Abs. 3 des Entwurfs zusätzlich zur Ausnahmegenehmigung der zuständigen Behörde – oder (wie im Falle des § 59 Abs. 2 des Waffengesetzes 1972) eine bereits vorhandene, auf eine Kriegsschusswaffe lautende Waffenbesitzkarte auf eine solche nach Waffengesetz „umgeschrieben“ wird. Aus Gründen der Besitzstandswahrung soll die Ausstellung bzw. Umschreibung der Waffenbesitzkarte in diesen Fällen nicht von einer Bedürfnisprüfung abhängig gemacht werden.

Eine zweite Gruppe betrifft Schusswaffen, die bislang nicht behördlich legalisiert sind. Nach den Überleitungsvorschriften des Waffengesetzes von 1972 waren nur diejenigen Kriegswaffen anzumelden, die unter Verstoß gegen Genehmigungspflichten nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz erworben worden waren, d. h. diese Überleitungsregelung erfasste nicht Kriegswaffen, über die die tatsächliche Gewalt bereits vor dem Inkrafttreten des Kriegswaffenkontrollgesetzes (1. Juni 1961) erlangt worden war. Die Überleitungsvorschriften des Waffengesetzes von 1976 haben diese den Altbesitz betreffende Lücke für diejenigen Kriegswaffen, die verbotene Gegenstände im Sinne der Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1 sind, geschlossen. Für den aus der Zeit vor dem Inkrafttreten des Kriegswaffenkontrollgesetzes erlangten Altbesitz an halbautomatischen Kriegsschusswaffen, die nicht als so genannte Anscheinswaffen verbotene Gegenstände im Sinne des bisherigen § 37 Abs. 1

Satz 1 Nr. 1 Buchstabe e des Waffengesetzes waren (schlichte Halbautomaten), blieb es dagegen bei dem früheren Rechtszustand.

Ob der Gesetzgeber die – lediglich den Altbesitz solcher schlichter Halbautomaten betreffende – Lücke durch die Anmeldepflicht des § 26a des Kriegswaffenkontrollgesetzes schließen wollte, ist für die Besitzer solcher Altwaffen nicht zweifelsfrei erkennbar gewesen. Zwar erfasst § 26a des Kriegswaffenkontrollgesetzes seinem Wortlaut nach einschränkungslos alle Kriegswaffen, also auch die vor Inkrafttreten des Kriegswaffenkontrollgesetzes erlangten Waffen. Andererseits wird in der Begründung zu § 26a KWKG (Bundestagsdrucksache 8/1614, S. 18, Sp. 2) ausgeführt: „...Selbstverständlich werden durch die Übergangsvorschrift nicht die dem Waffengesetz (§ 6 Abs. 3) unterstellten tragbaren Schusswaffen, die Kriegswaffen sind, betroffen.“ Die Altbesitzer solcher Schusswaffen konnten demgemäß die Regelung auch dahin verstehen, dass auch nach Einfügung des § 26a des Kriegswaffenkontrollgesetzes sich für schlichte Halbautomaten am bisherigen Rechtszustand nichts geändert habe. Dies umso mehr, als die mit dem Waffenrechtsänderungsgesetz vom 31. Mai 1978 eingeführte Auffangstrafvorschrift für den unbefugten Besitz von Kriegswaffen (§ 16 Abs. 1 Nr. 6 des Kriegswaffenkontrollgesetzes), die unter anderem an die Anzeigepflicht nach § 26a des Kriegswaffenkontrollgesetzes anknüpft, ausdrücklich nur subsidiäre Geltung gegenüber den Strafvorschriften des Waffengesetzes beansprucht. Um nunmehr auch für diesen nicht ganz zweifelsfreien Restbereich eine behördliche Erfassung und zugleich eine Legalisierung zu erreichen, wird aus Anlass der Streichung solcher Waffen aus der Kriegswaffenliste den Waffenbesitzern die Möglichkeit eingeräumt, binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten der Änderung der Kriegswaffenliste die Legalisierung dieser Waffen durch Ausstellung einer Waffenbesitzkarte zu beantragen. Die Waffenbesitzkarte kann gemäß Absatz 4 nur dann versagt werden, wenn der Antragsteller die erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt. Eine Bedürfnisprüfung findet also auch insoweit nicht statt.

Soweit es sich dagegen um Schusswaffen handelt, die bereits nach den Vorschriften der Waffengesetze 1972 und 1976 hätten angezeigt werden müssen, aber nicht angezeigt worden sind, mit der Folge, dass sich diese Waffenbesitzer durch Unterlassen der Anzeige strafbar gemacht haben, kann eine neue Antragsmöglichkeit nicht eröffnet werden. Sie liefe nämlich auf eine (neue) Amnestie hinaus, die nicht Ziel der Regelung ist. Für diese Fallgestaltungen – dabei handelt es sich um die überwiegende Anzahl der Fälle dieser Gruppe – soll es bei dem bisherigen Rechtszustand verbleiben. Das Gleiche gilt für Schusswaffen, die nach den § 12 Abs. 6, § 26a des Kriegswaffenkontrollgesetzes hätten angezeigt werden müssen (Fälle des originären Erwerbs durch Erwerb von Todes wegen, durch Fund oder auf ähnliche Weise), aber nicht angezeigt worden sind. Auch für sie wird keine neue Anmelde-möglichkeit eröffnet.

Zu Absatz 3

Für Munition für tragbare Schusswaffen, die aus der Kriegswaffenliste herausgenommen wird, sieht Absatz 3 eine dem Absatz 2 entsprechende Regelung vor. Die Besitzer dieser Munition sollen – sofern sie eine Berechtigung zum Erwerb

von Munition nicht besitzen – verpflichtet werden, innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach Streichung aus der Kriegswaffenliste einen Antrag auf Erteilung einer Erlaubnis nach § 10 Abs. 3 bei der nach Landesrecht zuständigen Behörde zu stellen.

Einer Regelung für nicht mehr funktionsfähige Kriegswaffen bedarf es nicht. Sie verlieren ihren Status als Kriegswaffe durch Einzelentscheidung und den Status als Schusswaffe ausschließlich durch Unbrauchbarmachung.

Absatz 4 beschränkt die Gründe für die Versagung einer Erlaubnis nach Absatz 2 oder 3 auf die Zuverlässigkeit (§ 5) und die persönliche Eignung (§ 6).

Die Rechtsfolge des Unterlassens eines Antrags nach Absatz 2 Satz 2 oder Absatz 3 regelt Absatz 5. Verstöße hiergegen sind nach § 50 Abs. 3 Nr. 9 strafbar.

Zu § 56 (Altbesitz)

Die Vorschrift enthält die durch die Neufassung notwendigen Übergangsbestimmungen einschließlich der Fortgeltung von Munitionserwerbserlaubnissen auch für den Besitz und einer eingeschränkten Amnestieregelung (Absatz 8). Das Außerkrafttreten waffenrechtlicher Erlaubnisse für Kriegsschusswaffen ist erforderlich, weil für diese das Waffengesetz künftig nicht mehr gilt. Zur Bestandsschutzwahrung werden entsprechende Ergänzungen kriegswaffenrechtlicher Erlaubnisse erfolgen.

Zu § 57 (Verwaltungsvorschriften)

Diese Vorschrift entspricht dem bisherigen § 51 Abs. 2 des Waffengesetzes.

Der bisherige § 51 Abs. 1 des Waffengesetzes war nicht zu übernehmen: Nach der neuesten Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts kann eine Allgemeine Verwaltungsvorschrift nur durch die Bundesregierung als Kollegialorgan erlassen werden; dies einfachgesetzlich zu regeln besteht kein Bedarf, weil sich diese Befugnis unmittelbar aus Artikel 84 Abs. 2 des Grundgesetzes ergibt.

Zu Anlage 1 (Begriffsbestimmungen)

Anlage 1 enthält nicht nur waffen- und munitionstechnische sowie waffenrechtliche Begriffe, sondern trifft auch Einstufungen über Teile von Waffen und Munition sowie über die Gegenstände, die erst durch ihre Aufnahme in diese Anlage den Waffen gleichgestellt werden.

Zu Abschnitt 1

In diesem Abschnitt werden einerseits die Waffen genannt, die von § 1 Abs. 2 erfasst sind; darüber hinaus werden Definitionen dieser Waffen sowie weiterer waffen- und munitionstechnischer Begriffe gegeben:

Zu Unterabschnitt 1

Hier wird festgelegt, welche Gegenstände Schusswaffen im Rechtssinne des § 1 Abs. 2 Nr. 1 sind, und es werden weitere Definitionen von Begriffen gegeben, die im Zusammenhang mit Schusswaffen von Bedeutung sind.

Zu einzelnen Vorschriften hieraus folgende ergänzende Anmerkungen:

Zu Nummer 1

Die Definition entspricht der Legaldefinition des bisherigen § 1 Abs. 1 des Waffengesetzes.

Zu Nummer 1.2

Die Begriffsbestimmung der Nummer 1.2.2 stellt darauf ab, dass die Antriebsenergie durch Muskelkraft aufgebracht wird und die so gewonnene Energie gespeichert werden kann. Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen § 1 Abs. 2 des bisherigen Waffengesetzes in Verbindung mit § 5 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz.

Zu Nummer 1.3

Die Vorschrift war bisher in § 3 Abs. 1 Satz 1 des Waffengesetzes enthalten. Die allgemeine Gleichstellung von wesentlichen Teilen von Schusswaffen und Schalldämpfern gewährleistet eine effektive rechtliche Erfassung zunächst aller wesentlichen Teile und Schalldämpfer, unabhängig vom augenblicklichen Verwendungszweck, ausschließlich unter dem Gesichtspunkt, dass die Verwendung als Waffenzubehör weiterhin möglich ist.

Zu den Nummern 1.3.1 bis 1.3.6

Hier sind die Regelungen des bisherigen § 3 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 bis 4 des Waffengesetzes zusammengefasst; hinsichtlich des Merkmals der „allgemein gebräuchlichen Werkzeuge“ wird auf die Ausführungen der Begründung zu Nummer 1.4 verwiesen. Aus Gründen der Rechtsklarheit werden erstmals alle wesentlichen Teile umfassend definiert.

Die Definition des Laufes entspricht Nummer 1.1.2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. November 1979 (WaffVwV). Bei Schreckschuss-, Reizstoffwaffen wird kein Geschoss durch den Lauf getrieben. Sie besitzen nur einen Gaslauf. Der Begriff „Trägereinrichtungen“ (des Verschlusses) ist technisch nicht fassbar, weil von Waffentyp zu Waffentyp verschieden. Zur Vermeidung von Auslegungsproblemen wurde der Begriff daher nicht übernommen.

Die Definition in Nummer 1.3.5 schließt – auch ohne ausdrückliche Erwähnung – für Schusswaffen bestimmte und mit Innenprofilen versehene Laufrohlinge einschließlich von Teilen oder Reststücken ein, ebenso Teile oder Reststücke fertiger Läufe.

Nummer 1.3.6 lehnt sich an § 3 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes an, macht jedoch deutlich, dass nicht alle dämpfenden Bauteile als Schalldämpfer einzuordnen sind. Insbesondere Kompensatoren sind keine Schalldämpfer.

Zu Nummer 1.4

Mit der Vorschrift wurden die Regelungsinhalte des § 1 Abs. 3 des bisherigen Waffengesetzes und des § 7 Abs. 1 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz zusammengefasst. Die Regelung wurde für Lang- und Kurzwaffen aufgliedert.

Die Verwendung des Begriffs Treibladung in Nummer 1.4.1 stellt klar, dass nicht nur Munition, sondern auch konfektioniertes Treibladungspulver zum Antrieb eines Geschosses nicht geladen werden darf.

Durch die Untergliederung in den Nummern 1.4.4 und 1.4.5 wird der Inhalt lesbar und damit klarer. Im Übrigen muss die Bohrung nicht radial sein. Ist sie schräg, wird der Zweck sogar besser erreicht.

Im Hinblick auf den Begriff der „allgemein gebräuchlichen Werkzeuge“ wurde in mehrjähriger Arbeit in Zusammenarbeit mit dem Verband der Hersteller von Waffen von der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt eine entsprechende Liste erarbeitet. Im Rahmen der Anlage wird daher auf eine detaillierte Auflistung verzichtet; eine entsprechende Darstellung bleibt einer Regelung in der Verwaltungsvorschrift vorbehalten.

Zu Nummer 1.5

Die Regelung war bisher in § 7 Abs. 2 und 3 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz enthalten.

Zu den Nummern 2.1 und 2.2

Die Regelung entspricht § 1 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes. Während im bisherigen Waffengesetz Bestimmungen für Handfeuerwaffen enthalten waren, wird in diesem Gesetz nur der Begriff Feuerwaffe verwandt, der darüber hinaus im Beschussgesetz eine Rolle spielt, da Feuerwaffen nach anderen Bestimmungen auf ihre Verwendungsicherheit geprüft werden als sonstige Schusswaffen. Einer Differenzierung hinsichtlich der Tragbarkeit der Feuerwaffe (Handfeuerwaffe) bzw. des gleichgestellten Gegenstandes bedarf es nicht.

Zu Nummer 2.3

Erfasst werden alle Arten automatischer Schusswaffen unabhängig von der Art der Schussauslösung (Abzugszügel oder elektrischer Kontakt). Durch Satz 3 der Nummer 2.3 werden auch halbautomatische Schusswaffen erfasst, die von Vollautomaten abgeleitet als Halbautomaten hergestellt oder mangels Absatzchancen herstellerseits vor dem Verkauf von Vollautomaten in Halbautomaten umgebaut worden sind. Dies würde hinsichtlich fabrikneuer Halbautomaten zu erheblichen Problemen führen und zu einer unververtretbaren Ausweitung z. B. als verbotene Schusswaffe. Die Regelung stellt ausdrücklich klar, dass die Bestimmung nur auf halbautomatische Waffen angewendet werden, die aus Vollautomaten entstanden sind.

Zu den halbautomatischen Waffen gehört im Übrigen z. B. nicht der Revolver im System Double-Action, da bei ihm das Ausziehen und Auswerfen der abgeschossenen Hülse und das Nachladen nicht selbsttätig erfolgen, sondern durch die vom Schützen bei der Abzugsbetätigung aufgebraachte Muskelkraft.

Zu Nummer 2.4

Repetierwaffen wurden bisher nicht definiert. Die Verwendung des Begriffs im Waffengesetz macht dies nötig.

Zu Nummer 2.5

Die Definition des Begriffs „Einzellader“ erleichtert die Abgrenzung zu Mehrladern.

Zu Nummer 2.6

Die Verwendung der Begriffe der Langwaffen und der Kurzwaffen im Gesetz erfordert deren Definition.

Zu den Nummern 2.7 bis 2.9

Bislang fehlte eine Definition der Begriffe „Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffe“, obwohl auf diese Waffenarten im Waffengesetz mehrfach Bezug genommen wird.

In der Regel dienen die Waffen der Schreckschuss- oder Reizstoffabgabe oder der Signalgebung. Auch diese Waffen erzeugen einen Schussknall, weshalb sie häufig auch als Alarmwaffen bezeichnet werden.

Zu Nummer 3

Die Definitionen der Läufe (Nummer 3.1 bis 3.3) wurden aus Nummer 3.3 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz übernommen. Die Begriffe werden in der Praxis teilweise unterschiedlich benutzt. Zur Klarstellung werden die bisher verwandten Begriffe ausdrücklich in die Anlage zum Gesetz aufgenommen. Dabei wurde zur Vermeidung von Irritationen die Definition des Austauschlaufs geringfügig modifiziert.

Wechsel- und Einstecksysteme sind von waffenrechtlicher Relevanz. Daher werden sie als Begriffsbestimmungen aufgenommen.

Einsätze gibt es auch für Kartuschenlager, z. B. für Salutwaffen.

Der Begriff „Kaliber“ wird teilweise nur für den Laufinnendurchmesser verwandt. Der Begriff „Abmessungen“ verdeutlicht, dass Einsätze auch Abweichungen im Hinblick auf die Patronenlänge enthalten können.

Zu Nummer 4

Diese Gegenstände waren bisher in § 37 Abs. 1 Nr. 2 und 3 des Waffengesetzes enthalten.

Zu Unterabschnitt 2

Dieser Unterabschnitt behandelt die Bestimmung des Begriffs der tragbaren Gegenstände im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2.

Zu Nummer 1

Hier werden die Waffen genannt, die insbesondere dem § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a unterfallen; dies sind Hieb- und Stoßwaffen und andere tragbare Gegenstände, die ihrem Wesen nach dazu bestimmt sind, die Angriffs- oder Abwehrfähigkeit von Menschen zu beeinträchtigen; mit dieser Festlegung wird klargestellt, dass Verteidigungsmittel, die ausschließlich dem Passivschutz dienen (z. B. Schutzwesten, Schutzschilde, Alarmanlagen, Panzerungen), keine Waffen sind. Die Aufzählung ist nicht abschließend und berücksichtigt lediglich die Gegenstände, die nach dem bisherigen Entwicklungsstand im Waffenrecht als Waffen behandelt und geregelt wurden.

Zu Nummer 1.1

Die Definition wurde aus § 1 Abs. 7 des bisherigen Waffengesetzes übernommen.

Zu den Nummern 1.2.1 und 1.2.2

Regelungen für Elektroimpulsgeräte („Elektroschockgeräte“) und Reizstoffsprühgeräte zur Verwendungsicherheit sind in das Beschussgesetz aufgenommen worden. Auf die nähere Begründung dort wird verwiesen. Nicht erfasst werden über Nummer 1.2.2 etwa solche Reizstoffsprühgeräte, die nachweislich ihrer Bezeichnung zur Abwehr etwa von Tieren („Hundeabwehrsprays“) gedacht sind; die Unterstellung solcher Gegenstände unter das Waffengesetz wurde bislang nicht gefordert, könnte jedoch auf der Grundlage des § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b erfolgen.

Zu den Nummern 1.2.3 bis 1.2.5

Diese Regelungen nennen Gegenstände, die bisher durch § 37 Abs. 1 Nr. 7 bis 9 des Waffengesetzes geregelt waren.

Zu Nummer 1.2.6

Die hier genannten Gegenstände zum Würgen unterliegen bisher nach § 8 Abs. 1 Nr. 3 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz dem Verbot.

Zu Nummer 1.3

Die hier genannten Präzisionsschleudern unterliegen bisher nach § 8 Abs. 1 Nr. 4 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz dem Verbot.

Zu Nummer 2

Hier abschließend aufgeführt sind die Gegenstände im Sinne des § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b. Diese sind originär nicht für den Zweck bestimmt, die Angriffs- oder Abwehrfähigkeit von Menschen auszuschalten, aber sind – objektiv – dafür geeignet. Für solche „gekorene“ Waffen bedarf es des gesetzgeberischen Aktes der positiven Enumerierung.

Zu Nummer 2.1

Die hier genannten Gegenstände waren bisher schon überwiegend durch § 37 Abs. 1 des Waffengesetzes erfasst und werden künftig dem Waffengesetz insgesamt zumindest mit der Maßgabe unterliegen, dass sie erst ab achtzehn Jahren erworben werden dürfen.

Hinsichtlich der hier genannten Messer gilt Folgendes:

Spring- und Fallmesser, die die Kriterien des so genannten Taschenmesser-Privilegs erfüllen (vgl. Nummer 37.2.6 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz), wurden bislang als Gebrauchsgegenstände angesehen, also nicht unter den Begriff der Hieb- und Stoßwaffen im Sinne des § 1 Abs. 7 Satz 1 des bisherigen Waffengesetzes subsumiert. Für Faust- und Butterflymesser gibt es hierzu bislang keine eindeutige Festlegung. Die Bundesratsinitiative eines Entwurfs eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Waffengesetzes, die sich noch nicht auf Faustmesser bezog, ging ausweislich der Begründung des federführenden Bundes-

rats-Innenausschusses (Bundesratsdrucksache 589/1/97) davon aus, dass Butterflymesser „klassische Hieb- und Stoßwaffen“ seien. In Bezug auf Faustmesser, die eigentlich als Spezialwerkzeuge für Kürschner und Jäger zum Abziehen von Fellen entwickelt worden sind („Skinner“), hat sich noch keine Verkehrsanschauung gebildet.

Spring-, Fall-, Faust- und Butterflymesser unterfallen nunmehr allesamt dem Regime des Waffengesetzes; dabei wird – ohne rechtliche Auswirkungen – darauf verzichtet, eine unterschiedliche Zuordnung unter die Buchstaben a oder b des § 1 Abs. 2 des Entwurfs vorzunehmen. Einzige sich unmittelbar daraus ergebende Rechtswirkung ist die Tatsache, dass bislang frei verkäufliche derartige Taschenmesser (in Bezug auf diese war die Nichtwaffeneigenschaft und mangels sonstiger Einbeziehung die Nichtgeltung des Regimes des bisherigen Waffengesetzes unzweifelhaft) nunmehr grundsätzlich erst an Volljährige verkauft werden dürfen. In Bezug auf den Waffenhandel und dessen Schutz durch das Grundrecht der Berufsfreiheit (Artikel 12 des Grundgesetzes) liegt hierin eine Regelung der Berufsausübung (Artikel 12 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes), die durch das Interesse des Gemeinwohls gerechtfertigt ist.

Zu Unterabschnitt 3**Zu Nummer 1**

Diese Begriffsbestimmungen waren bisher in § 2 Abs. 1 des Waffengesetzes geregelt.

Zu Nummer 1.1

Die Formulierung erfasst neben normaler Patronenmunition auch jede andere Art von Raketengeschossen (z. B. das Gyrojet-Geschoss).

Zu Nummer 1.3

Die Regelung verdeutlicht die Besonderheit der hülsenlosen Munition auch in Bezug auf die Treibladung.

Zu Nummer 1.4

Die Vorschrift definiert erstmals umfassend die unterschiedlichen Arten pyrotechnischer Munition. Sie verdeutlicht dabei, dass diese Munition nicht dem Treffen eines Ziels, sondern der Erzeugung unterschiedlicher Effekte dient.

Zu Nummer 2

Die Regelung definiert erstmals die Treibladung und verdeutlicht dabei die unterschiedlichen Formen.

Zu Nummer 3

Diese Regelung über Geschosse entspricht § 2 Abs. 3 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Abschnitt 2**Zu Nummer 1**

Die Regelung entspricht § 4 Abs. 1 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Nummer 2

Der Besitz als Ausübung der tatsächlichen Gewalt war bisher nur mittelbar in § 28 Abs. 1 des geltenden Waffengesetzes definiert.

Zu Nummer 3

Die Regelung entspricht § 4 Abs. 2 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Nummer 4

Die Regelung entspricht § 4 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Nummer 5

Der Begriff des Verbringens gilt gleichermaßen für grenzüberschreitende innergemeinschaftliche Ortsveränderungen wie für solche Ortsveränderungen in Bezug auf Drittstaaten. Im Verhältnis zu Drittstaaten ersetzt er die Begriffe Einfuhr, Durchfuhr und Ausfuhr des bisherigen Waffengesetzes.

Zu Nummer 6

Der Begriff des Schießens war im bisherigen Waffengesetz nicht definiert. Die Definition macht deutlich, dass das Abschießen eines Geschosses nur eine mögliche Form des Schießens ist.

Zu Nummer 7

Die Regelung war bisher in § 7 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit Abs. 2 des Waffengesetzes enthalten. Hinzuweisen ist, dass – wie im geltenden Recht – der Begriff „treibt Waffenherstellung“ ein Oberbegriff ist, der in die Unterbegriffe „herstellen“ einerseits (Nummer 7.1), „bearbeiten und instandsetzen“ andererseits (Nummer 7.2) zerfällt. Wird im Gesetz das Wort „herstellt“ verwendet, dann ist lediglich der Unterfall gemeint; soll der Oberbegriff genannt werden, heißt der Ausdruck „betreibt Herstellung“. Mit der Herstellung, dem Vertrieb oder dem Überlassen unter Name, Firmenbezeichnung oder Marke übernimmt der Hersteller die Verantwortung für das Produkt unabhängig davon, ob es den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.

Das Zerlegen der Waffe in ihre Einzelteile ist kein Verkürzen. Ergänzende Erläuterungen bleiben der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz vorbehalten entsprechend der bisherigen Verfahrensweise (vgl. Nummer 41 der bisherigen WaffVwV).

Das nichtgewerbsmäßige Laden von Hülsen unterliegt ausschließlich den Bestimmungen des Sprengstoffgesetzes.

Zu Nummer 8

Diese Regelung zum Waffenhandel war bisher in § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Waffengesetzes enthalten.

Zu Abschnitt 3

Der Abschnitt ist so im bisherigen Waffenrecht nicht dargestellt. Er wurde aufgenommen, da sich einige Vorschriften des Entwurfs (vgl. §§ 11, 29 bis 31) besonders auf Waffen im Sinne der Waffenrichtlinie 91/477/EWG beziehen. Die

Einteilung und Definition der Begriffe erfolgt dabei im Wesentlichen nach Maßgabe des Anhangs I der Richtlinie.

Zu Nummer 1.1

Anstelle der Nummern II.A.1 und 4 des Anhangs I der Richtlinie sind Kriegswaffen im Sinne des Kriegswaffenkontrollgesetzes genannt, soweit sie dem Waffengesetz unterliegen. Das Verbot des Erwerbs und des Besitzes von Kriegswaffen und Kriegswaffenmunition ist im Übrigen im Kriegswaffenkontrollgesetz geregelt.

Zu Anlage 2 (Waffenliste)

Mit der Anlage 2 zum Gesetz, der Waffenliste, soll jedermann rasch und verhältnismäßig einfach feststellen können, für welche Waffen der Umgang verboten (Abschnitt 1), ganz oder teilweise erlaubnispflichtig (Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 und 2) oder die Erlaubniserteilung erleichtert (Abschnitt 2 Unterabschnitt 3) ist oder welche Waffen vom Waffengesetz teilweise oder schlechthin befreit sind (Abschnitt 3). Inhaltlich wird bezüglich der aufgeführten Gegenstände ganz überwiegend die geltende Rechtslage wiedergegeben, wie sie bisher zum Teil im Waffengesetz, zum Teil in der Ersten und der Dritten Verordnung zum Waffengesetz niedergelegt war. Änderungen gegenüber dem bisherigen Recht ergeben sich vor allem in Bezug auf Messer: Fall-, Faust- und Butterflymesser sind künftig im Umgang gänzlich verboten; bei Springmessern besteht ein im Vergleich zum geltenden Recht modifizierter Ausnahmetatbestand, sofern diese Messer eine konkrete Funktionsweise und Ausformung haben. Für die Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen ist künftig ein Waffenschein nach § 10 Abs. 4 zum Führen dieser Schusswaffen erforderlich, der – die Volljährigkeit vorausgesetzt – nach Prüfung der Zuverlässigkeit und persönlichen Eignung einer Person erteilt wird.

Zu Abschnitt 1 (Verbotene Waffen)

Die Liste fasst die in § 37 Abs. 1 des bisher geltenden Waffengesetzes, § 8 Abs. 1 der Ersten und § 17 Abs. 2 der Dritten Verordnung zum Waffengesetz enthaltenen verbotenen Gegenstände zusammen.

Neu aufgenommen wurden aus der Kriegswaffenliste nach dem KWKG entlassene Waffen mit Ausnahme halbautomatischer Handfeuerwaffen (Nummer 1.1) und Wurfsterne (Nummer 1.3.3).

Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage ergeben sich auf besonderen Wunsch der Länder in Bezug auf Messer (Nummer 1.4.1 bis 1.4.3): Fall-, Faust- und Butterflymesser werden künftig generell verboten, bei Springmessern werden die Voraussetzungen für eine Ausnahme vom Verbot in teilweiser Abweichung von der bisherigen Rechtslage normiert (vgl. das so genannte Taschenmesserprivileg nach Nummer 37.2.6 der WaffVwV in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Januar 1979 einerseits, Nummer 1.4.1 Satz 2 des Entwurfs andererseits). Diese Rechtsänderung beruht auf kriminalistischen Erfahrungen und Beobachtungen: Nach vorne aufschnappende Springmesser werden wegen ihrer Eignung zum heimtückischen Führen, das sogar einen plötzlichen Angriff „aus

dem Ärmel heraus“ (etwa aus dem Verdecktsein durch eine Hemdsmanschette oder einen langen Ärmel heraus) ermöglicht, nicht zuletzt im Bereich der Straßenkriminalität bei räuberischen Angriffen, aber auch bei Messerstechereien, verwendet. Es befinden sich eine Reihe von Billigprodukten auf dem Markt, die einerseits zur Nutzung in Sport, Handwerk oder Basteln mangels Verarbeitungsqualität nicht taugen, für den Brachialeinsatz im Kampf jedoch durchaus geeignet sind. Gerade diese Sorte von Springmessern ist derzeit in einschlägigen Kreisen von Kriminellen besonders verbreitet. Die Butterflymesser haben insbesondere in gewaltbereiten Kreisen von Jugendlichen eine weite Verbreitung. Das Verbot der Fall- und Faustmesser beruht in erster Linie auf dem absehbaren Ausweicheffekt, der auf ihrer Wesensverwandtschaft in der kriminellen Einsetzbarkeit beruht: Der einzige Unterschied der Fallmesser zu den Springmessern besteht darin, dass die Klinge nicht durch einen Federmechanismus, sondern durch die Schwerkraft (beim Herausrutschenlassen durch senkrechtes Halten nach unten) oder Masseträgheit (beim Heraus schleudern in einer Arm- oder Handbewegung) hervorschnellt. Faustmesser eignen sich durch ihre Verwinkelung vom Griff zur Klinge einerseits zum Zufügen besonders schwerer Verletzungen auf Grund des Drucks, der auf die Klinge ausgeübt werden kann, andererseits ist es bei ihnen besonders schwer, einem Angriff auszuweichen.

Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist die Aufnahme eines Gegenstandes, der bis zum Inkrafttreten der neu gefassten Regelung über verbotene Gegenstände kein verbotener Gegenstand war, in diese Regelung keine Enteignung, sondern eine zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums (BVerwG, Urt. v. 6. Dezember 1978 – 1 C 34/77 in: NJW 1979, 1563). Dabei stellt das Bundesverwaltungsgericht nicht darauf ab, ob der Gegenstand zuvor überhaupt schon als Waffe angesehen wurde oder nicht. Entscheidend ist nach dieser Rechtsprechung, dass durch eine Übergangsregelung dem bislang unangefochtenen besitzenden Eigentümer die Möglichkeit gegeben ist, den Gegenstand wirtschaftlich zu verwerten, bzw. die Verbotregelung selbst differenziert genug ist, um besonderen Fallgruppen gerecht zu werden. Hierfür ist es bei der Regelung des bisherigen § 37 bzw. neuen § 40 als einem repressiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt ausreichend, dass der dortige Absatz 3 die Möglichkeit einer Verhältnismäßigkeitsprüfung im Einzelfall eröffnet.

Nicht mehr erfasst sind die so genannten Anscheinswaffen, d. h. Schusswaffen, die den Anschein einer vollautomatischen Kriegsschusswaffe erwecken (vgl. bisher § 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe e des Waffengesetzes). Die optische Ähnlichkeit dieser Waffen mit Kriegswaffen allein führt kaum zu einem Gefahrenpotential, das dem der sonstigen verbotenen Gegenstände vergleichbar wäre. Auch nicht mehr als verboten eingestuft werden Nachbildungen von Kriegsschusswaffen im Sinne der Nummer 10 und von unbrauchbar gemachten Kriegsschusswaffen im Sinne der Nummer 11 des bisherigen § 37 Abs. 1 des Waffengesetzes.

Zu Abschnitt 2 (Erlaubnispflichtige Waffen)

In diesem Abschnitt werden alle Waffen und Munition genannt, mit denen der Umgang gänzlich (Unterabschnitt 1) oder für einzelne Arten (Unterabschnitt 2) einer Erlaubnis

bedarf oder bei denen die Erteilung der Erlaubnis unter erleichterten Voraussetzungen erfolgen darf (Unterabschnitt 3); in die Kategorie der erlaubnispflichtigen Waffen fallen augenblicklich Schusswaffen und die dafür bestimmte Munition.

Zu Unterabschnitt 1

Die Erlaubnispflicht gilt – in Abbildung des Grundsatzes des § 2 Abs. 2, der hierdurch und in Verbindung mit Unterabschnitt 4 jedoch auf Schusswaffen und ihnen gleichgestellte Gegenstände eingeschränkt wird – für alle hier genannten Waffen und Munition, soweit solche Waffen oder Munition nach Unterabschnitt 2 nicht nur für einzelne Arten des Umgangs von der Erlaubnispflicht freigestellt sind.

Zu Unterabschnitt 2

Hier aufgeführt sind die Gegenstände, bei denen einzelne Arten des Umgangs keiner Erlaubnispflicht unterliegen.

Zu Unterabschnitt 3

Zu den Nummern 1.1 und 1.2

Sie übernehmen § 2 Abs. 5 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz.

Zu Nummer 2

Die Erteilung eines Waffenscheins im Sinne des § 10 Abs. 3 bedarf für die hier genannten Waffen lediglich der Prüfung der Zuverlässigkeit und persönlichen Eignung einer Person. Nach bisher geltender Rechtslage sind der Erwerb, der Besitz und das Führen von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen nur an das Alterserfordernis von 18 Jahren geknüpft. In dem Waffen- und Sprengstoff-Jahresbericht des Bundeskriminalamts aus dem Jahre 1999 wurde festgestellt, dass es sich bei mehr als der Hälfte (51,5 %, 994 Waffen) aller sichergestellten Schusswaffen, mit denen Straftaten nach dem Strafgesetzbuch verübt wurden, um erlaubnisfreie Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffen handelte; diese Feststellung, dass mehr als 50 % der sichergestellten Tatwaffen dieser Gruppe zuzuordnen sind, findet sich in allen Jahresberichten der vergangenen Jahre. Vor diesem Hintergrund hat sich der Bundesrat in seiner Entschliebung zur Stärkung der Inneren Sicherheit vom 26. September 1997 – Bundesratsdrucksache 580/97 (Beschluss) – dafür ausgesprochen, das Führen solcher Schusswaffen unter eine eingeschränkte Erlaubnispflicht zu stellen („kleiner Waffenschein“). Diesem Ansinnen wird mit Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 3 Nr. 2.1 entsprochen.

Zu Unterabschnitt 4

Da bisher für die in § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a genannten Waffen keine Erlaubnispflicht besteht, war dies in Unterabschnitt 4 klarzustellen.

Zu Abschnitt 3 (Vom Gesetz ganz oder teilweise ausgenommene Waffen)

Zu Unterabschnitt 1

Die hier getroffene Regelung entspricht dem bisher geltenden § 2 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz.

Zu Unterabschnitt 2**Zu den Nummern 1 bis 4**

Die Regelungen entsprechen § 1 Abs. 1 Nr. 1 bis 3 und § 7 Abs. 4 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz. So genannte Soft-air-Waffen unterliegen in Zukunft auch dann nicht dem Waffenrecht, wenn aus ihnen gasförmige, flüssige oder feste Stoffe in Umhüllungen verschossen werden können. Andererseits unterfallen sie künftig dem Waffengesetz (Mindestalter!), wenn sie getreue Nachahmungen von Schusswaffen sind, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf, da die europäische Richtlinie des Rates vom 3. Mai 1988 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Sicherheit von Spielzeug (88/378/EWG) – Spielzeugrichtlinie – diese Gegenstände nicht dem Spielzeug zuordnet. Die Richtlinie legt zudem für Spielzeug eine maximale Geschossenergie von 0,08 Joule fest. Der bisherige waffenrechtliche Grenzwert war daher anzupassen.

Zu Artikel 2 – Beschussgesetz (BeschG)**I. Allgemeines**

Maßgeblicher inhaltlicher Grund für die künftige Trennung von Waffenrecht und Beschussrecht ist die unterschiedliche Zweckrichtung beider Gesetze:

Während es bei dem neuen Waffengesetz primär um die Regelung des Umgangs mit Waffen unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Sicherheit geht, wird das Beschussgesetz die Prüfung und Zulassung insbesondere von Feuerwaffen, Böllern, Schussapparaten und Munition sowie von bestimmten sonstigen Waffen im Interesse der Sicherheit für den Verwender und Dritte regeln. Die Trennung von Waffen- und Beschussgesetz besteht auch in allen anderen Staaten, die – wie Deutschland – Vertragsstaat des Internationalen Übereinkommens über die gegenseitige Anerkennung der Beschusszeichen für Handfeuerwaffen vom 1. Juli 1969 sind.

Die Unterschiedlichkeit der Zweckrichtung von Waffen- und Beschussrecht bedingt auch eine Differenzierung in der maßgeblichen Begrifflichkeit. So unterscheidet sich der Regelungsbedarf in Bezug auf Teile von Waffen aus waffenrechtlicher und beschussrechtlicher Sicht deutlich: Unter dem waffenrechtlichen Gesichtspunkt der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit kommt es bei der Frage vor allem des Erwerbs von Waffenteilen darauf an, ob es sich um wesentliche Teile handelt, also solche, aus denen sich ohne spezialhandwerkliche Fähigkeiten und Fertigkeiten eine funktionsfähige Waffe zusammensetzen lässt. Beschussrechtlich ist demgegenüber wichtig, ob es sich um höchstbeanspruchte Teile handelt, also solche, die in besonderem Maße bei der Schussabgabe dem Gasdruck ausgesetzt sind und ohne deren ordnungsgemäße Be- und Verarbeitung die Haltbarkeit, Funktionssicherheit und Maßhaltigkeit als wesentliche Komponenten der Verwendersicherheit nicht gegeben sind. Somit trägt die vorgesehene Entflechtung von Waffen- und Beschussrecht zur besseren Transparenz und Verständlichkeit, aber auch zur gebotenen Differenzierung und damit zu einer höheren Anwenderfreundlichkeit bei.

Die vorgesehene Entflechtung wird es außerdem in Zukunft erleichtern, für Deutschland verbindliche internationale oder europäische Rechtsakte im Beschussrecht umzusetzen, so vor allem die von der Ständigen Internationalen Kommission zur Prüfung von Handfeuerwaffen (CIP) getroffenen Beschlüsse oder Beschlüsse der Europäischen Union auf dem Gebiet der Produktsicherheit.

Schließlich wird die Bedeutung des Beschussgesetzes für die öffentliche Sicherheit erhalten bleiben.

Der Titel des Gesetzes war weit zu fassen. Beschuss oder Zulassung von Schusswaffen betrifft zwar in erster Linie Handfeuerwaffen, d. h. tragbare Schusswaffen, die dazu bestimmt sind, von einer Person zum Schießen verwendet zu werden (Pistole, Revolver, Gewehr; Büchse oder Flinte für die Jagd). Darüber hinaus werden aber auch – und zwar schon nach dem bisherigen, im Waffengesetz und den auf ihm beruhenden Verordnungen integrierten Beschussrecht – Modellkanonen zum sportlichen Schießen beschussrechtlich geprüft. Insofern ist die Präzisierung durch Ausdehnung des Begriffs auf „Feuerwaffen“ geboten. Außerdem werden vom Beschussgesetz künftig weitere Waffen wie z. B. Druckluftwaffen, Reizstoffsprüngeräte oder Elektroimpulsgeräte (so genannte Elektroschockgeräte) erfasst (§ 1 Abs. 1 Nr. 3 in Verbindung mit § 9), da die Vergangenheit gezeigt hat, dass das bisherige Anzeigeverfahren (vgl. vor allem § 26 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz) allein keine ausreichende Verwendersicherheit gewährleisten konnte.

II. Zu den einzelnen Vorschriften**Zu § 1 (Zweck, Anwendungsbereich)****Zu Absatz 1**

Diese Vorschrift regelt unter Hervorhebung des mit dem Beschussgesetz verfolgten Zwecks der Verwendungssicherheit den Anwendungsbereich des Gesetzes. Diese Vorschrift umfasst alle Geräte, bei deren bestimmungsgemäßem Gebrauch Munition verwendet wird, und die Munition selbst. Prüfung und Zulassung dieser Gegenstände werden durch dieses Gesetz geregelt. Die Munitionsprüfung soll Gefahren infolge technischer Mängel vom Benutzer von Schussgeräten abwenden und stellt somit ein wichtiges Element des Beschusswesens dar. Aus diesem Grund wird die Munitionsprüfung in der Grundvorschrift des Beschussgesetzes mit aufgeführt. Die Bestimmung bezieht nunmehr die höchstbeanspruchten Teile in den Anwendungsbereich ein. Von daher ist es entbehrlich, Einsteck- und Austauschläufe, wie bislang in der Vorläufervorschrift des § 16 Abs. 1 des Waffengesetzes geschehen, gesondert anzusprechen, da es sich hierbei um höchstbeanspruchte Teile handelt. Diese sind den Feuerwaffen gleichgestellt, die ohnehin der Beschusspflicht unterliegen.

Zu Absatz 2

Der Inhalt des Absatzes 2 (Nichtanwendung des Beschussgesetzes) wurde bisher in § 2 Abs. 3 (betreffend Nummer 1) und § 3 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis 3 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz (betreffend Nummer 2) geregelt. Nummer 3 übernimmt die bisherigen Regelungen aus § 27 Abs. 2 Nr. 1 und § 6 Abs. 3 des Waffengesetzes.

Die Änderung in Absatz 2 Nr. 3 trägt dem Zollkodex und der auf ihm beruhenden Terminologie Rechnung. Der Begriff „verschlossene Zolllager“ wird in der Begründung zu § 4 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe c näher erläutert.

Kriegswaffen unterliegen nicht mehr besonderen Ausnahmeregelungen außer denen des § 4 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe d. Dort sind alle Waffen, die für die Bundeswehr, in Deutschland stationierte Alliierte Streitkräfte, den Zoll, die Polizeien der Länder und des Bundes hergestellt oder ihnen überlassen werden, von der Beschusspflicht ausgenommen. Hierunter fallen auch alle Kriegswaffen dieser Einrichtungen. Eine allgemeine Befreiung von Kriegsschusswaffen von der Beschusspflicht ist nicht gerechtfertigt.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift übernimmt § 5 Abs. 3 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz und wurde sprachlich klarer gefasst. Satz 2 eröffnet die Möglichkeit, in bestimmten Fällen, in denen es als unzureichend erscheint, für die in Satz 1 Nr. 2 bezeichneten technischen Schussapparate es bei der einzelfallbezogenen Bauartzulassung bewenden zu lassen, das gesamte Gerät zusätzlich durch Einzelbeschuss zu testen.

Zu § 2 (Beschusstechnische Begriffe)

Wegen der Ausgliederung des Beschussrechts aus dem Waffengesetz ist es notwendig, die beschusstechnischen Begriffe, die bisher im Waffengesetz definiert waren, in das Beschussgesetz zu übernehmen. Die Vorschrift orientiert sich an Anlage 1 Abschnitt 2 zum Waffengesetz.

Wegen der notwendigen (erweiternden) Präzisierung des Begriffs „Handfeuerwaffe“ vgl. Begründung unter Allgemeines.

Zu Absatz 1

Die Definition in Nummer 2 umfasst die Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen sowie Schussapparate. Nicht der Beschusspflicht unterliegen Luftdruck-, Federdruck- und CO₂-Waffen (vgl. hierzu aber § 9).

Zu Absatz 2

Dieser spricht im Gegensatz zum bisherigen Waffengesetz (§ 3) nicht von den wesentlichen Teilen einer Waffe, sondern von den höchstbeanspruchten Teilen (vgl. hierzu die Begründung unter Allgemeines).

Der in Nummer 6 gebrauchte Begriff der Kurzwappe erschließt sich aus der Zusammenschau von Absatz 1 dieser Vorschrift (Feuerwappe) mit Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.6 dritter Halbsatz zum Waffengesetz (Kurzwappe).

Zu Absatz 3

Dieser definiert – in Anlehnung an das bisherige Begriffsverständnis – den Begriff „Böller“. Zusätzlich aufgenommen werden bestimmte nichttragbare Böller, aus denen Munition, die in den Maßtafeln enthalten ist, ausschließlich zur Erzeugung des Schussknalls abgeschossen werden kann. Gasböller werden eigens definiert, da bei ihnen – im Unterschied zu sonstigen Böllern – ein Einzelbeschuss und

eine Bauartzulassung in Betracht kommen (s. § 3 Abs. 1 Satz 2).

Zu Absatz 4

Diesem kommt, wiewohl auch er das überkommene Begriffsverständnis des bisherigen Waffenrechts beibehält, ein gegenüber dem neuen Waffengesetz eigenständiger Regelungsgehalt zu, da Schussapparate nunmehr aus dem Waffengesetz herausgenommen sind.

Zu Absatz 5

Dieser übernimmt in einer dynamischen Verweisung die munitionstechnischen Begriffe des Waffengesetzes, die in dessen Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 definiert sind.

Zu Absatz 6

Dieser übernimmt die überkommene Begriffsbestimmung des § 2 Abs. 1 Satz 4 der Dritten Verordnung zum Waffengesetz.

Zu Absatz 7

Die Auffangklausel des Absatzes 7 trägt der Überlegung Rechnung, dass die aus der Natur der Sache gegebene Verwandtschaft der Materien des Beschussgesetzes und des Waffengesetzes dort, wo keine beschusspezifischen Besonderheiten eigene oder präzisierende Begrifflichkeiten notwendig machen, den vollständigen Gleichklang der im Beschussrecht verwendeten Begriffe mit dem Waffenrecht erfordert. Absatz 7 fängt insbesondere folgende im Beschussgesetz verwendeten Begriffe auf: „wesentliche Teile“ in § 14 Abs. 4, definiert in Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.3 Satz 3 in Verbindung mit Nr. 1.3.1 bis 1.3.6 zum Waffengesetz; „Umgang“ in § 17 Abs. 1, definiert in § 1 Abs. 3 in Verbindung mit Anlage 1 Abschnitt 2 zum Waffengesetz.

Zu § 3 (Beschusspflicht für Feuerwaffen und Böller)

Die Vorschrift entspricht in den Grundzügen der bisherigen Regelung der Beschusspflicht in § 16 Abs. 1 und 2 des bisherigen Waffengesetzes. Sie wurde ergänzt um Regelungen aus § 4 Abs. 1 der Dritten Verordnung zum Waffengesetz. Mit der Neufassung wird im Wesentlichen einer Verpflichtung der Bundesrepublik Deutschland aus einem Beschluss der Ständigen Internationalen Kommission für die Prüfung von Handfeuerwaffen (CIP) vom Juni 1989 entsprochen. Gegenüber dem geltenden Recht ergeben sich folgende Änderungen:

Neben den im bisherigen § 16 Abs. 1 des Waffengesetzes erwähnten Einsteck- oder Austauschläufen werden in zunehmendem Maße auch andere austauschbare Teile, insbesondere für Jagd- und Sportwaffen, gefertigt. Hierzu gehören austauschbare Verschlussvorrichtungen und so genannte Austauschsysteme. Diese bestehen in der Regel aus Lauf, Verschluss und Patronenlager und bilden eine Einheit. Es erscheint folgerichtig, auch diese austauschbaren Teile hinsichtlich der Beschusspflicht entsprechend dem CIP-Beschluss wie die Austauschläufe zu behandeln. Überdies ist es notwendig, bei der Abgrenzung des Bestehens oder Nichtbestehens einer Pflicht zum Beschuss einer aus bereits geprüften höchstbeanspruchten Teilen zusam-

mengesetzten Waffe gemäß Absatz 1 Satz 3 darauf abzustellen, ob zu ihrer Einpassung in die Schusswaffe eine Nacharbeit durch einen Fachmann erforderlich ist. Die Bestimmung des bisherigen § 16 Abs. 1 Satz 2 des Waffengesetzes, die auf die Verwendung von Hilfsmitteln (z. B. Schraubendreher) abstellt, ist kein präzises Abgrenzungskriterium und hat sich als wenig praktikabel erwiesen. Im Hinblick auf die vergleichbare Sachlage bei den Austauschläufen müssen daher die anderen austauschbaren Teile einer gesonderten Beschussprüfung unterworfen werden, wenn die Teile zur Einpassung einer Nacharbeit bedürfen, insbesondere unter Anwendung von Werkzeugen eingepasst werden müssen.

Durch die Ergänzung des Absatzes 2 sollen hinsichtlich des Austauschs, der Veränderung oder Instandsetzung einer bereits geprüften Feuerwaffe oder eines Böllers alle höchstbeanspruchten Teile und damit insbesondere auch Griffstücke für Kurzwaffen (Pistolen und Revolver) in den Instandsetzungsbeschuss einbezogen werden. Das Griffstück einer Selbstladewaffe hat erheblichen Einfluss auf die Haltbarkeit und Funktionssicherheit der gesamten Waffe. Wird nachträglich ein fehlerhaftes Griffstück in die Waffe eingesetzt oder nicht fachgerecht eingepasst, kann hierdurch die Sicherheit des Schützen gefährdet werden. Die Notwendigkeit der beabsichtigten Regelung wird dadurch bestätigt, dass sich in einer Reihe von Fällen die Griffstücke bei der Beschussprüfung als nicht haltbar erwiesen haben. Die Ausnahmeregelung nach Absatz 2 Satz 2 gilt nur, wenn die höchstbeanspruchten Teile der Schusswaffe mit dem für diese Waffen vorgeschriebenen Beschussgasdruck beschossen worden sind; die letztere Einschränkung ist aus Gründen der Funktionssicherheit erforderlich.

Zu § 4 (Ausnahmen von der Beschusspflicht)

Zu Absatz 1

Dieser greift die Vorschrift des bisherigen § 17 des Waffengesetzes auf und führt sie wegen der Einbeziehung der höchstbeanspruchten Teile mit dem Regelungsgegenstand des bisherigen § 3 Abs. 3 des Waffengesetzes zusammen. Die Nummer 2 (bisher § 17 Abs. 1 Nr. 1 des Waffengesetzes) wird für gewisse höchstbeanspruchte Teile ergänzt. Der Zulassungsbehörde Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) sind Signalgeräte zur Zulassung vorgelegt worden, bei denen ein wesentlicher druckbeanspruchter Teil zum einmaligen Gebrauch bestimmt ist, der jedoch wegen der Abmessungen der Antriebskartuschen nicht von der Beschusspflicht befreit ist. Eine Einzelbeschussprüfung dieser Waffenteile wäre wenig sinnvoll, weil diese Teile nur für ein einmaliges Abfeuern haltbar sind. Andererseits erscheint eine Prüfung dieser Teile auf Haltbarkeit und Funktionssicherheit zum Schutz des Schützen geboten. Im Hinblick auf die Zweckbestimmung dieser Waffenteile (einmaliger Gebrauch) und mit Rücksicht darauf, dass die in diesen Waffen verwendete Munition einen nur geringen Gasdruck entwickelt, erscheint es sinnvoll, sie in die Bauartprüfung nach § 7 einzu beziehen. Hinsichtlich der übrigen Waffenteile, die für eine mehrfache Verwendung bestimmt sind, z. B. des Griffstücks, verbleibt es bei der Einzelbeschussprüfung. Die vorgesehenen Ergänzungen des § 4 Abs. 1 Nr. 2 und des § 8 Abs. 3 dienen diesem Zweck.

Die Ausnahme nach Nummer 3 Buchstabe a erstreckt sich auf Waffen für Forschungszwecke, die in wissenschaftlichen Einrichtungen verwendet werden.

Nummer 3 Buchstabe c Doppelbuchstabe aa nimmt wie bisher Schusswaffen, die Jäger, Sport- oder Brauchtumsschützen vorübergehend in den Geltungsbereich des Gesetzes mitbringen, von der Beschusspflicht aus. Dies ist aus Sicherheitsaspekten unbedenklich. Zusätzlich werden durch Doppelbuchstabe bb Feuerwaffen von der Beschusspflicht ausgenommen, die zum Zwecke der Lagerung, d. h. vom Lebenssachverhalt her der Durchfuhr in ein verschlossenes Zolllager verbracht werden. Die Vorschrift ergänzt insoweit § 1 Abs. 2 Nr. 3: Es würde keinen Sinn ergeben, die Lagerung selbst vom Anwendungsbereich des Beschussgesetzes auszunehmen, für das Verbringen an den Ort der Lagerung jedoch eine Beschusspflicht vorzusehen. Bei verschlossenen Zolllagern (s. dazu bereits oben Begründung zu § 1 Abs. 2 Nr. 3) handelt es sich um in aller Regel privat betriebene Zolllager. Der Begriff „verschlossen“ besagt, dass hier das „Zwei-Schlüssel-Prinzip“ herrscht, also ein Zugang nur bei Entriegelung auch mit einem öffentlichen Schlüssel möglich ist. Auf diese Weise werden Bestandsveränderungen nicht nur buchmäßig, sondern auch tatsächlich zollamtlich überwacht.

Die Fassung der Nummer 4 ist in ihrem ersten Teil durch die Erweiterung der Beschusspflicht in § 3 Abs. 1 bedingt. Da fertige höchstbeanspruchte Teile von Schusswaffen nunmehr der Beschusspflicht unterliegen, muss eine Ausnahme hiervon insoweit vorgesehen werden, als sich die Teile, zu deren Einpassung eine Nacharbeit nicht erforderlich ist, noch im Fertigungsprozess befinden. Hierunter fallen sowohl die Zusammensetzung der Waffe im Herstellungsbetrieb als auch die Zulieferung von Teilen an einen anderen Herstellungsbetrieb. Auf Grund der Gleichstellungsregelung nach § 3 Abs. 1 könnte ferner die Auffassung vertreten werden, dass auch vorgearbeitete höchstbeanspruchte Teile sowie Laufrohlinge der Beschusspflicht unterliegen. Diese Konsequenz ist nicht gewollt. Der Beschuss dieser noch unfertigen Teile würde in der Praxis zu erheblichen technischen Schwierigkeiten führen und wäre auch sicherheitstechnisch bedenklich. Die Nummer 4 nimmt daher die vorgearbeiteten Teile ausdrücklich von der Beschusspflicht aus.

Zu Absatz 2

Das Entfallen der Beschusspflicht bei gegenseitiger Anerkennung der Beschusszeichen ausländischer Staaten entspricht dem bisherigen § 17 Abs. 2 des Waffengesetzes.

Zu Absatz 3

Dieser enthält – außerhalb der konzentrierten Ermächtigungsnorm des § 14 – eine den Vorgaben des Artikels 80 Abs. 1 des Grundgesetzes entsprechende Ermächtigung zur Herausnahme aus der Beschusspflicht für sonstige Dienststellen des Bundes bzw. der Länder, die nicht bereits in Absatz 1 Nr. 3 Buchstabe d genannt sind.

Zu § 5 (Beschussprüfung)

Die Vorschrift ist aus § 18 des bisherigen Waffengesetzes übernommen worden. Hervorzuheben ist, dass der Beschuss seiner Natur nach eine Überlastprüfung ist, ihm also nicht

die jeweils zugelassene Munition (Gebrauchsmunition) zu Grunde liegt, sondern spezielle so genannte Beschussmunition mit dem jeweils vorgeschriebenen Beschussgasdruck.

Zu Absatz 1

In Absatz 1 wird – zur Verdeutlichung der Abgrenzung zu Absatz 3 – hervorgehoben, dass es hier um den Beschuss von Feuerwaffen geht. In Absatz 1 Nr. 1 wird neben der zugelassenen Munition auch die festgelegte Ladung erwähnt, da aus Vorderladern oder Modellkanonen nicht mit konfektionierter Munition geschossen wird, d. h. die Munition wird individuell hergestellt. In Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 3 Nr. 2 (Funktionssicherheit) sind die zu prüfenden Teile der Waffe bzw. des Böllers ausdrücklich genannt worden, um fehlerhafte Interpretationen zu verhindern. Der Begriff der Handhabungssicherheit wurde durch den Begriff „Funktionssicherheit“ ersetzt. Hierdurch werden die innerstaatlichen Beschussvorschriften dem Sprachgebrauch bereits gefasster Beschlüsse der CIP angepasst; eine wesentliche inhaltliche Änderung der Beschusspflicht tritt hierdurch nicht ein.

Zu § 6 (Prüfzeichen)

Die Vorschrift entspricht dem § 19 des bisherigen Waffengesetzes. Sie legt fest, dass die Beanstandungsfreiheit als Ergebnis der Prüfung nach § 5 auf dem Prüfgegenstand dokumentiert wird. Die Festlegung, welche Zeichen verwandt werden, wird in den Anlagen zur Beschussverordnung getroffen werden.

Zu Absatz 2

Absatz 2 legt fest, dass im Falle des Vorliegens einer Ausnahme von der Beschusspflicht nach diesem Gesetz für die in § 4 Abs. 1 Nr. 3 Buchstabe d genannten Stellen diese die Gegenstände im Hinblick auf die erfolgte Durchführung einer auf die Verwendungssicherheit bezogenen Prüfung urkundlich kennzeichnen müssen mit ihrem jeweiligen Prüfzeichen. Dadurch entfällt ein erneuter Beschuss, wenn diese Waffen nach Aussonderung in den freien Handel abgegeben werden sollen.

Zu § 7 (Zulassung von Schussapparaten, Einsteckläufen und nicht der Beschusspflicht unterliegenden Feuerwaffen, Systemprüfungen von Schussapparaten und der in ihnen zu verwendenden Kartuschenmunition)

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen der bisherigen Regelung in § 21 des Waffengesetzes. Es wird kein spezieller höchstzulässiger Gasdruck für die Waffen mehr angegeben. Die Höhe des Gasdruckes ist abhängig von den in der CIP vereinbarten Werten. Sie wird zukünftig ausschließlich in der Beschussverordnung geregelt.

Die im bisher geltenden Recht gewählte Reihenfolge der Prüfobjekte stand im völligen Gegensatz zu ihrer Bedeutung in der Praxis. Dies hat gelegentlich zu Missverständnissen geführt.

Zu einzelnen Bestimmungen ergänzende Erläuterungen:

Zu Absatz 1

Die Umsetzung internationaler Vereinbarungen erfordert die Festlegung der Systemprüfung in Absatz 1 Satz 3 und 4.

Zu Absatz 4

Die Einführung der Nummer 3 des Absatzes 4 hat den Hintergrund, dass die Möglichkeit der Abgabe eines gezielten Schusses in den freien Raum als Versagungsgrund aus Gründen der Klarheit besonders zu nennen ist.

Zu § 8 (Zulassung von Schreckschuss-, Reizstoff- und Signalwaffen)

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen dem bisherigen § 22 des Waffengesetzes. Folgende Änderungen wurden vorgenommen:

Zu Absatz 1

Mit der Neufassung des Absatzes 1 wird die Zulassungspflicht auf zwei Gerätearten erweitert. Die Waffenindustrie hat in der Vergangenheit Signalgeräte zum Verschießen von Signalpatronen im Kaliber von mehr als 12 mm entwickelt, die kein Patronen- oder Kartuschenlager besitzen. Diese Geräte sind zurzeit nicht zulassungspflichtig und – als Folge fehlender beschussrechtlicher Prüfung – nicht von der Waffenbesitzkartenpflicht ausgenommen. Die mit dieser Vorschrift bewirkte Herausnahme aus der Waffenbesitzkartenpflicht ist unbedenklich, da die Geräte in einem Zulassungsverfahren auf Veränderbarkeit zu überprüfen sind. Die mechanische Wirkung der Geschosse ist nur mit einem erheblichen Aufwand größer zu machen als die der Geschosse, die aus nach § 22 des bisherigen Waffengesetzes zugelassenen Waffen verschossen werden. Das Gerät kann außerdem nur mit einem erheblichen Aufwand in eine scharfe Schusswaffe umgeändert werden. Die Ergänzung des Absatzes 1 bezieht deshalb diese Geräte in die Zulassungspflicht ein. Die Einbeziehung der zweiten Gerätegruppe – der Zusatzgeräte – in die Zulassungspflicht hat sich aus Sicherheitsgründen als notwendig erwiesen. Von der Industrie werden Geräte in den Verkehr gebracht, die es ermöglichen, insbesondere aus Schreckschuss- oder Reizstoffwaffen pyrotechnische Geschosse zu verschießen und diese damit erst zu einer Signalwaffe zu machen. Es handelt sich dabei z. B. um die so genannten Zusatzläufe (Abschussbecher) oder um Mehrladevorrichtungen. Die Zusatzläufe wurden bisher, da sie immer nur für ein bestimmtes Waffenmodell gefertigt wurden, als zu diesem gehörig betrachtet und in der Anlage der entsprechenden Zulassung aufgeführt und beschrieben, ohne dass die Anbringung des Zulassungszeichens verlangt wurde. Es werden jedoch auch Mehrladeeinrichtungen für pyrotechnische Geschosse mit Leuchtsatz gefertigt, deren Verwendung nicht an eine bestimmte Waffe gebunden ist. Durch solche Vorrichtungen kann die Funktionssicherheit der Waffen in unzulässiger Weise beeinträchtigt werden. Es ist deshalb gerechtfertigt, diese Zusatzgeräte ebenfalls einer behördlichen Prüfung zu unterziehen. Auch einfache Schießbecher können Zusatzgeräte im Sinne dieser Vorschrift sein. In § 22 Abs. 4 ist aus Gründen des Vertrauensschutzes eine Übergangsvorschrift für bereits am Markt befindliche Geräte vorgesehen.

Zu Absatz 2

Der den Rechtsgedanken des § 22 Abs. 2 Nr. 2 des bisherigen Waffengesetzes aufnehmende Absatz 2 Nr. 3 wurde neu gefasst. Waffen nach § 8 haben in der Regel keine Läufe, der Führungsteil entspricht nicht zwei Kalibrierlängen, deshalb wird der Begriff Gaslauf verwandt. Dieser Begriff wird nur für Waffenteile verwandt, die die Position und das Aussehen eines Laufes haben, aber weder den Geschossdurchgang noch das Abströmen der Verbrennungsgase erlauben.

Die Regelung des Absatzes 2 Nr. 6 war bisher in der Anlage I zur Dritten Verordnung zum Waffengesetz geregelt (Nummer 4.3.2 Satz 1). Eine so wesentliche Regelung muss aus Gründen der Klarheit für die Adressaten schon im Gesetz aufgeführt werden. Die entsprechende Munition ist in den im Bundesanzeiger veröffentlichten Maßtafeln erfasst.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift des Absatzes 3 betreffend die Schusswaffen mit den dort genannten kleinen Abmessungen des Patronen- oder Kartuschenlagers trägt der in § 4 Abs. 1 Nr. 2 vorgesehenen Ausnahme dieser Waffen von der Beschusspflicht Rechnung. Während also bei den Schusswaffen mit größeren Abmessungen des Lagers Haltbarkeit, Funktionssicherheit und Maßhaltigkeit im Wege des Beschusses geprüft werden (§ 5 Abs. 1), muss in den hier geregelten Fällen die darauf bezogene Prüfung in die Bauartzulassung einbezogen werden.

Zu § 9 (Anzeige, Prüfung, Zulassung von sonstigen Waffen und Kartuschenmunition mit Reizstoffen)

Die Vorschrift regelt, zum Teil zum ersten Mal, die Anzeige zur Einfuhr oder Herstellung sowie die Prüfung und Zulassung sonstiger Waffen und Kartuschenmunition mit Reizstoffen.

Zu Absatz 1

Nach Nummer 1 bedürfen Schusswaffen für Zier-, Sammler- oder Aufführungszwecke und nach Nummer 2 unbrauchbar gemachte Schusswaffen oder aus Schusswaffen – jeweils eines bestimmten Modells – hergestellte Gegenstände vor ihrer gewerbsmäßigen erstmaligen Herstellung der Anzeige an die sowie der Prüfung und Zulassung durch die zuständige Landesbehörde. Bisher brauchten diese Waffen keiner Behörde zur Prüfung vorgelegt zu werden. Für die meisten Besitzer solcher Waffen ist nicht erkennbar, ob ihre Waffe den gesetzlichen Bestimmungen gemäß verändert oder unbrauchbar gemacht worden ist. Aus Gründen der Rechtssicherheit muss geprüft werden, ob die gesetzlichen Bestimmungen bei Veränderung oder Unbrauchbarmachung der Waffe eingehalten worden sind. Die vorgeschriebenen Prüfungen dienen in erster Linie der Vermeidung krimineller Nutzung und damit der inneren Sicherheit. Die Prüfung trägt daneben auch zur Verbesserung der Verwendungsicherheit bei. Ob die Prüfung durch eine staatliche Stelle oder eine private Einrichtung als beliehener Unternehmer erfolgt, fällt in die Entscheidungskompetenz der Länder. Auf Grund vorhandener Prüfeinrichtungen und der aus der Prüfung von Feuerwaffen gewonnenen Erfahrung wäre eine Beauftragung der Beschussämter sachgerecht.

Zu Absatz 2

Nummer 1 erfasst die Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden (CO₂-Waffen). Die Erfahrungen mit § 26 der bisher maßgebenden Ersten Verordnung zum Waffengesetz zeigen jedoch, dass die bislang bestehende Anzeigepflicht unzureichend ist und durch eine Herstellererklärung ergänzt werden muss. Außerdem ist bei begründetem Anlass eine Prüfung der eingesandten Gegenstände durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt vorgesehen. Eine Eingriffsmöglichkeit der Behörde ist nach den Erfahrungen des bislang für die Entgegennahme der Anzeigen zuständigen Bundeskriminalamtes unabdingbar. Zum Teil sind in der Vergangenheit Druckluftwaffen auf den Markt gelangt, bei denen ohne besondere Schwierigkeiten durch Verstellung vorhandener Schrauben die Steigerung der Mündungsenergie über die erlaubten 7,5 Joule hinaus erreichbar war. In dem neuen Verfahren können solche Manipulationsmöglichkeiten nun leichter ausgeschlossen werden. Dieses Verfahren stimmt überein mit den Anforderungen der Richtlinie 98/37/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 1998 – Maschinenrichtlinie – (vgl. § 9 Abs. 3 Nr. 1).

In Nummer 2 werden so genannte Elektroschockgeräte einer Anzeigepflicht und Herstellererklärung unterworfen. Wer diese Geräte herstellt oder einführt, muss zukünftig auch die Erklärung abgeben, dass diese Geräte nicht tödlich wirken (Absatz 3 Nr. 3). Die Wirkungsweise dieser Geräte beruht auf der Abgabe von gespeicherter elektrischer Energie, die durch einen Auslösungsmechanismus freigesetzt wird. Bei Berührung des Gerätes werden sehr schmerzhaft elektrische Schläge versetzt. Es ist aus Sicherheitsgründen notwendig, dass der Hersteller oder Einführer solcher Geräte durch eigene Prüfung sicherstellt, dass sie bei der Anwendung nicht tödlich wirken.

Die bisherigen Zuständigkeiten des Bundeskriminalamtes nach § 15 Abs. 2 des Waffengesetzes und § 26 der Ersten Verordnung zum Waffengesetz werden auf die Physikalisch-Technische Bundesanstalt übertragen (siehe die Zuständigkeitsregelung in § 20 Abs. 3). Diese Aufgaben waren gegenüber der eigentlichen Aufgabenstellung des Bundeskriminalamtes ein Fremdkörper. Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt ist hierfür geeigneter.

Zu Absatz 3

Dieser trägt folgender Erwägung Rechnung: Nach den Bestimmungen des Gerätesicherheitsrechts, das die Maschinenrichtlinie umsetzt, ist für die entsprechenden Geräte, die keine Feuerwaffen sind, keine Bauartprüfung vorgeschrieben. Es reicht vielmehr die Herstellererklärung, dass es sich um ein sicheres Produkt handelt. Eine Bauartprüfung obligatorisch vorzuschreiben, ist nach dem Recht der Europäischen Union nicht zulässig.

Zu Absatz 4

Hier wird die Möglichkeit von Anordnungen zur Sicherstellung und damit zur zwangsweisen Durchsetzbarkeit der Muster- und Anforderungskonformität der Gegenstände eröffnet. Eine (zusätzliche) Bußgeldbewehrung ist aus den in

der Begründung zu § 21 Abs. 1 Nr. 9 genannten Gründen (Präventivzweck der Anordnung) nicht vorgesehen.

Zu § 10 (Zulassung von pyrotechnischer Munition)

Die Vorschrift entspricht – von geringfügigen redaktionellen Änderungen abgesehen – dem § 23 des bisherigen Waffengesetzes. Der Verzicht auf den bisherigen § 23 Abs. 4 und 5 WaffG ist durch die Zusammenfassung der Ausnahmen in § 13 bedingt bzw. dient der Anpassung an die Verwaltungsverfahrensgesetze (vgl. § 18). Im Unterschied zur Munition (vgl. § 11) handelt es sich hier um eine Bauartprüfung.

Zu einzelnen Bestimmungen folgende ergänzende Erläuterungen:

Zu Absatz 2

Die Regelung hat folgenden Hintergrund: Der Verwender von pyrotechnischer Munition muss sich für eine bestimmungsgemäße Verwendung an die im Zulassungsbescheid festgelegten Verwendungshinweise halten, um eine ungefährliche Handhabung zu erreichen. Hierfür muss jeder Gegenstand entsprechend gekennzeichnet werden. Entsprechende Regelungen finden sich im Sprengstoffgesetz und in dessen ergänzenden Verordnungen.

Zu Absatz 3

In Nummer 2 wird nur noch auf den höchsten Gebrauchsdruck abgestellt. Der früher auf Ebene der gesetzlichen Regelung vorgesehenen Unterscheidung von normalem oder überhöhtem Gebrauchsdruck bedarf es nicht. Die jetzige Formulierung befindet sich im Einklang mit der darauf bezogenen Verordnungsermächtigung in § 14 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe c. Der Versagungsgrund der Nummer 4 entspringt folgender Überlegung: Qualitätssicherung ist Aufgabe des Herstellers. Der Zulassungsbehörde muss jedoch die Möglichkeit eröffnet werden, eine Zulassung zu widerrufen, wenn der Hersteller nicht in der Lage ist, Produkte mit gleich bleibender Qualität herzustellen und damit die Bedingungen der Zulassung zu erfüllen.

Zu § 11 (Zulassung sonstiger Munition)

Die Vorschrift entspricht im Wesentlichen § 25 des bisherigen Waffengesetzes. Für die in den Handel kommende Munition ist eine Typenprüfung und -zulassung vorgeschrieben. Im Übrigen wurden in Absatz 1 die bisherigen Regelungen des § 25 des Waffengesetzes um hülsenlose Munition erweitert.

In Absatz 2 Nr. 2 sind Ausnahmeregelungen für gewerbliche Einführer von Munition und behördlich anerkannte Sachverständige aufgenommen worden. Diese benötigen die Munition auch für die genannten Zwecke.

Zu § 12 (Überlassen und Verwenden beschuss- oder zulassungspflichtiger Gegenstände)

Durch die Vorschrift soll verhindert werden, dass nicht geprüfte Waffen in Verkehr kommen oder aus ihnen geschossen wird. Das Überlassen war getrennt in den bisherigen § 16 Abs. 3 und § 24 des Waffengesetzes geregelt. Aus sys-

tematischen Gründen und zur besseren Übersicht wurden die Regelungen zusammengeführt. Die Neufassung berücksichtigt die Einbeziehung der durch § 3 des Entwurfs der Beschusspflicht neu unterworfenen Gegenstände.

Die Ergänzung des Absatzes 2 um den Aspekt der Prüfung trägt der Einführung dieses Instituts in § 9 Rechnung.

Zu § 13 (Ausnahmen in Einzelfällen)

Der besseren Übersicht wegen sind die bisherigen Ermächtigungen zur Erteilung von Ausnahmen von der Zulassungspflicht nach § 21 Abs. 6, § 22 Abs. 4, § 23 Abs. 4 und § 25 Abs. 5 des bisherigen Waffengesetzes in einer Vorschrift zusammengefasst und um die in § 9 genannten Geräte erweitert worden. Durch die ausdrückliche Beschränkung der Ausnahmemöglichkeiten auf § 10 Abs. 3 Nr. 2 bis 4 wird klargestellt, dass nicht suspendiert werden kann von dem Gebot der Gewährleistung der Sicherheit von Leib, Leben oder Sachgütern des Benutzers, aber insbesondere auch von Dritten. Im Interesse der Vereinheitlichung ist dabei auf die beispielhafte Aufführung des Verbringens aus dem Geltungsbereich des Gesetzes im bisherigen § 22 Abs. 4 des Waffengesetzes verzichtet worden; eine materielle Änderung tritt hierdurch nicht ein.

Zu § 14 (Ermächtigungen)

Die Vorschrift fasst die beschussrechtlichen Ermächtigungen zum Erlass von Rechtsverordnungen der bisherigen §§ 20, 25 Abs. 3 und § 26 des Waffengesetzes zur besseren Übersicht und leichteren Lesbarkeit des Gesetzes an einer Stelle zusammen.

Die Verordnungsermächtigungen sind notwendig, um zeitnah auf die technische Entwicklung bei Schusswaffen und Munition reagieren zu können. Die Maßstabfeln nach Absatz 1 Nr. 1 unterliegen einer fortwährenden Veränderung. Sie werden daher in regelmäßigen Abständen überarbeitet und in ihrer Neufassung im Bundesanzeiger veröffentlicht. Es ist geplant, anstelle der Dritten Verordnung zum Waffengesetz eine Beschussverordnung zu erlassen. In ihr und in den dazu gehörigen Anlagen werden die technischen Einzelheiten der Beschussprüfung und das Verwaltungsverfahren geregelt werden.

Gegenüber dem bisherigen Recht sieht die Vorschrift im Wesentlichen folgende Änderungen vor: § 26 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 Buchstabe e der alten Fassung des Waffengesetzes wurde gestrichen. Die Kleinmengenregelung war nicht CIP-konform. Sie ist bereits durch die Zweite Verordnung zur Änderung waffenrechtlicher Verordnungen vom 10. Januar 2000 (BGBl. I S. 38) in der Dritten Verordnung zum Waffengesetz gestrichen worden (vgl. § 29 Abs. 1) und wurde nicht mehr angewandt.

Ergänzend zu einzelnen Bestimmungen folgende Erläuterungen:

Zu Absatz 2

Hier wurden zur besseren Lesbarkeit und damit zur Verdeutlichung des Regelungsprogramms im Einzelnen die im bisherigen Recht sehr komprimierten Regelungen durch Untergliederung aufgelockert.

Die Ermächtigungen in Satz 1 Nr. 1 und 2 wurden auf die in § 9 erfassten Geräte, die weder dem Einzelbeschluss noch der Bauartzulassung unterliegen, erstreckt.

Satz 1 Nr. 3 Buchstabe b, Nr. 5 Buchstabe d und e in Verbindung mit § 20 Abs. 3 sieht die Zuständigkeit der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt für periodische Kontrollen von zugelassenen Feuerwaffen, Schussapparaten, Einsteckläufen und Einsätzen vor, da sie bereits für die Zulassung dieser Gegenstände zuständig ist. Da nur fünf Bundesländer über eigene Beschussämter verfügen, könnten die in anderen Bundesländern ansässigen Hersteller und Importeure bei einer nicht zentralisierten Lösung nicht ohne weiteres zur Durchführung von Wiederholungsprüfungen verpflichtet werden; hierzu bedürfte es vielmehr eines besonderen Abkommens zwischen den Ländern. Außerdem ist es von der Sache her geboten, die Prüfungen von der Stelle vornehmen zu lassen, die auch die Zulassung ausgesprochen hat. Um den Verwaltungsaufwand bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt möglichst gering zu halten, sollen die Hersteller und Importeure verpflichtet werden, Prüfstücke in der erforderlichen Anzahl bei der Behörde einzureichen.

Zu Absatz 4

Die Vorschrift wurde aus § 15 Abs. 1 Nr. 6 des bisherigen Waffengesetzes übernommen. Anzeigepflichten für Nachbildungen von Schusswaffen sind nicht mehr vorgesehen.

Zu Absatz 5

Die Vorschrift bildet die Rechtsgrundlage zum Erlass für Vorschriften zur Lagerung von Munition und deren Ausgangsstoffen wie z. B. Schwarzpulver.

Zu Absatz 6

Die Regelung war bisher enthalten in § 6 Abs. 4 Nr. 4 des Waffengesetzes. Für Elektroschockgeräte wird die Überprüfungsmöglichkeit durch die zuständige Behörde neu eingeführt. Hiermit wird eine Regelungslücke des bisherigen Waffenrechts geschlossen. Aus Gründen der Verwendensicherheit ist dies unumgänglich.

Zu § 15 (Beschussrat)

Die Vorschrift entspricht § 26 Abs. 3 des bisherigen Waffengesetzes. Der Beschussrat berät seit vielen Jahren das Bundesministerium des Innern in technischen Fragen. Die Einrichtung hat sich bewährt. In dem Beschussrat sollen wie bisher die zuständigen Behörden, die Hersteller, Importeure und Händler von Schusswaffen und Munition und das Büchsenmacherhandwerk vertreten sein.

Zu § 16 (Kosten)

Bisher werden alle waffenrechtlichen und beschussrechtlichen Gebühren nach der Kostenverordnung zum Waffengesetz erhoben. Die Regelung trägt der Trennung von Waffen- und Beschussrecht Rechnung und eröffnet die Festlegung der beschussrechtlichen Gebühren in einer eigenen Kostenverordnung. Eine Änderung dieser Gebühren ist zurzeit nicht vorgesehen.

Zu § 17 (Auskunftspflichten und besondere behördliche Befugnisse im Rahmen der Überwachung)

Um den Vollzug des Gesetzes zu gewährleisten, müssen – wie bisher im Waffengesetz geregelt – eigene Vorschriften für die Überwachung, insbesondere in diesem Rahmen bestehende Mitwirkungspflichten des Betroffenen und besondere behördliche Befugnisse, in das Gesetz aufgenommen werden. Die Eingriffsrechte der Behörden gehen über die bisher geltenden Rechte nach dem Waffengesetz nicht hinaus. Es bedarf zwar nicht der Klarstellung dieser Selbstverständlichkeit im Text des Gesetzes, sollte aber an dieser Stelle betont werden, dass es den zuständigen Behörden obliegt, die Durchführung dieses Gesetzes, der auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen und der darauf beruhenden behördlichen Anordnungen und Verfügungen zu überwachen.

Die Normierung der – an sich selbstverständlichen, weil der Eingriffsbefugnis spiegelbildlich korrespondierenden – Duldungspflicht in Absatz 2 Satz 3 erfolgt wegen der Bewehrung von Verstößen hiergegen in § 21 Abs. 1 Nr. 7.

Zu § 18 (Inhaltliche Beschränkungen, Nebenbestimmungen und Anordnungen)

Die Vorschrift entspricht strukturell § 8 des Waffengesetz-Entwurfs, der sich an § 21 Abs. 5 des bisherigen Waffengesetzes orientiert. Sie dient dem Ziel, die Vorschriften über inhaltliche Beschränkungen und Nebenbestimmungen der Erlaubnisse sowie über Anordnungen „hinter die Klammer zu ziehen“ und in einer Vorschrift für das Beschusswesen zusammenzufassen. Mit dieser spezialgesetzlichen ausführlichen Regelung ist zugleich die Grundlage für eine Bußgeldbewehrung vollziehbarer Auflagen nach Absatz 1 und Anordnungen nach Absatz 2 in § 21 Abs. 1 Nr. 9 gegeben.

Absatz 1 Satz 1 gestattet, in Fortführung der bisherigen Rechtslage, die inhaltliche Beschränkung von Zulassungen. Ein Fall der inhaltlichen Beschränkung ist unter anderem die Begrenzung der Zulassung auf eine bestimmte Stückzahl. Mit der Möglichkeit des Satzes 1 wird über das in § 36 des Verwaltungsverfahrensgesetzes zur Verfügung gestellte System von Nebenbestimmungen hinausgegangen und die Möglichkeit zum Erlass so genannter modifizierender Auflagen eröffnet. Satz 2 erster Halbsatz stellt demgegenüber aus dem Repertoire der Nebenbestimmungen gemäß § 36 Abs. 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes die Befristung und die Auflage zur Verfügung. Von Bedeutung ist, dass der zweite Halbsatz insoweit auch nachträgliche Auflagen zulässt.

Zu § 19 (Rücknahme und Widerruf)

Die Vorschrift in Absatz 1 sieht die Rücknahme (Versagungstatsachen lagen von vornherein vor) und in Absatz 2 Satz 1 den Widerruf (Versagungstatsachen traten im Nachhinein ein; Satz 2: inhaltliche Beschränkungen wurden nicht beachtet) zu Unrecht bestehender Erlaubnisse vor. Per bundesrechtlicher Vorschrift werden Muss-Rücknahmetatbestände sowie Muss- und Kann-Widerrufstatbestände statuiert. Dabei wird der Regelungsstruktur des bisherigen § 47 des Waffengesetzes gefolgt. Auf die weiteren detaillierten Regelungen in den §§ 48 und 49 des bisherigen Waffenge-

setzes kann verzichtet werden. Insbesondere brauchen nach Beschussrecht keine Erlaubnisurkunden zurückgegeben werden.

Zu Absatz 1

Dieser statuiert eine Rücknahmepflicht und eröffnet damit eine Abweichung von den allgemeinen Grundsätzen des § 48 des Verwaltungsverfahrensgesetzes, insbesondere von dessen Absätzen 1 und 4. Jenseits des hier gesondert geregelten Falls, dass die Zulassung hätte versagt werden müssen (im Beschussrecht kann es wegen der in Rede stehenden Schutzgüter nicht angehen, dass der Betroffene im Falle des objektiven Vorliegens zwingender Versagungsgründe von der Tatsache profitiert, dass diese erst im Nachhinein bekannt werden), bleibt es bei der Anwendung des allgemeinen Verwaltungsverfahrenrechts nach den Verwaltungsverfahrensgesetzen des Bundes oder der Länder.

Zu Absatz 2

Dieser statuiert in Satz 1 eine dem Absatz 1 korrespondierende Widerrufspflicht. Satz 2 hingegen ist eine Rechtsvorschrift im Sinne des § 49 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 erste Alternative des Verwaltungsverfahrensgesetzes (Widerrufszulassung durch Rechtsvorschrift). Sie gibt neben der Bußgeldbewehrung die Handhabe im Sinne einer Kann-Bestimmung, auf die Missachtung auch von inhaltlichen Beschränkungen einer Zulassung nach § 18 Abs. 1 zu reagieren. Auch bezüglich des Widerrufs bleibt jenseits der hier spezialgesetzlich geregelten Fallkonstellationen das allgemeine Verwaltungsverfahrenrecht anwendbar.

Zu Absatz 3

Die Regelung wurde analog dem § 34 Abs. 4 des Sprengstoffgesetzes gefasst.

Zu § 20 (Zuständigkeiten)

In dieser Vorschrift wird die sachliche Zuständigkeit festgelegt. Da nicht jedes Bundesland eigene zuständige Behörden hat – es gibt nur sieben Beschussämter bundesweit –, wird auf eine besondere Festlegung der örtlichen Zuständigkeit verzichtet. Damit ist jedes Beschussamt als örtlich zuständige Behörde zu betrachten.

Zu einzelnen Bestimmungen folgende ergänzende Erläuterungen:

Zu Absatz 2

Die besondere Zuständigkeitsregelung in Satz 2 trägt den in der Vergangenheit gemachten Erfahrungen Rechnung, die gezeigt haben, dass es sinnvoll ist, periodische Kontrollen von Munition durch die Behörde durchführen zu lassen, bei der die erstmalige Zulassung erfolgt ist.

Zu Absatz 3

Die in Satz 2 getroffene Zuständigkeitsregelung für die Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung (BAM) entspricht der bisher geltenden Zuständigkeitsregelung (§ 23 Abs. 1 des Waffengesetzes). Die der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt übertragenen Aufgaben

sollen zentral (zum Teil bisher beim Bundeskriminalamt angesiedelt) durchgeführt werden.

Zu Absatz 4

§ 14 Abs. 2 der bisherigen Dritten Verordnung zum Waffengesetz traf eine entsprechende Regelung bereits für die Zulassung pyrotechnischer Munition. Diese wird nunmehr auf alle Prüfungen und Zulassungen erstreckt und die Führung der Liste der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt übertragen. Damit werden die Prüfungen und Zulassungen von zurzeit sieben Beschussämtern, der PTB und der BAM an einer Stelle gesammelt und für Wirtschaft und Behörden leichter abrufbar. Gegenüber der Bekanntmachung im Bundesanzeiger steht zeitnah zudem immer der gesamte Datenbestand zur Auskunftserteilung zur Verfügung.

Zu § 21 (Bußgeldvorschriften)

Es wurden zum einen der Sache nach unter Anpassung an die Vorgaben inzwischen erreichter Standards der Rechtsförmlichkeit die bereits bestehenden Ordnungswidrigkeitstatbestände des § 55 des Waffengesetzes zur Materie des Beschusswesens übernommen. Außerdem werden nunmehr auch neu geschaffene Verhaltensvorschriften, sei es in Rechtsnormen, sei es in vollziehbaren Anordnungen, bewehrt.

Zu Absatz 1

In Nummer 1 werden die bislang in verschiedene Nummern aufgegliederten Vorschriften, jeweils mit Einbeziehung der Ausdehnungsfähigkeit per Rechtsverordnung, zusammengefasst.

Nummer 2 bezieht unter Zusammenfassung bisher in verschiedenen Nummern enthaltener Regelungsinhalte alle in den Bezugsvorschriften genannten Gegenstände, nicht nur einzeln aufgeführte Elemente, in die Bewehrung ein und berücksichtigt ebenfalls die Ausdehnungsmöglichkeit per Rechtsverordnung.

Nummer 3 bewehrt die in § 9 Abs. 1 und 2 vorgeschriebenen Anzeigepflichten.

Nummer 4 bewehrt das gewerbsmäßige Vertreiben oder Überlassen von Munition nach § 11 Abs. 1.

Nummer 5 bewehrt das Überlassen einer Feuerwaffe, eines Einstecklaufes oder von Munition entgegen § 12.

Nummer 6 dient der Bewehrung der dort bezeichneten Auskunftspflicht.

Nummer 7 bewehrt die Duldungs- und Mitwirkungspflichten bei den dort genannten hoheitlichen Eingriffsmaßnahmen.

Nummer 8 bewehrt die vollziehbar angeordnete Vorzeigepflicht.

In Nummer 9 wurde gemäß den Prinzipien des modernen Nebenordnungswidrigkeitsrechts die repressive Bewehrung primär präventiver Anordnungen nach § 9 Abs. 4, für deren Durchsetzung ohnehin der Verwaltungszwang zur Verfügung steht, nicht aufgenommen.

In Nummer 10 werden nur noch dort Rechtsverordnungen mit Rückverweisungsklausel vorgesehen, wo es Sinn ergibt,

da dort zusätzliche Verhaltensregeln vorgegeben werden. Im Übrigen erfolgt die Einbeziehung so genannter ausdehnender Rechtsverordnungen durch die Ausdehnungsklausel, wie sie sich in den Nummern 1 und 2 findet.

Zu Absatz 2

Die deutliche Erhöhung des Höchstmaßes der Geldbuße für die genannten Verstöße (nach dem bisherigen § 55 Abs. 3 des Waffengesetzes betrug der Höchstsatz 10 000 DM) in Absatz 2 bei gleichzeitiger Umstellung in Euro beruht nicht in erster Linie auf der zwischenzeitlichen Entwicklung des Geldwerts, sondern auf der Notwendigkeit, den Bußgeldrahmen so zu wählen, dass die Geldbuße von den betroffenen Verkehrskreisen (das sind fast ausschließlich Gewerbetreibende) als empfindlich wahrgenommen wird. Im Hinblick auf den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz ist für die Verletzung von Anzeige-, Auskunfts-, Melde- oder gleichartigen Pflichten ein Bußgeldrahmen von höchstens zwanzigtausend Euro vorgesehen worden.

Zu Absatz 3

Die Vorschrift greift in modifizierter Form § 55 Abs. 4 des bisherigen Waffengesetzes auf. Weder die auf Grund ihrer technischen Fachkompetenz für die eigentlichen beschussrechtlichen Prüfungen zuständigen Bundesbehörden Physikalisch-Technische Bundesanstalt, Bundesanstalt für Materialforschung und -prüfung und Bundeskriminalamt noch die Beschussämter sollen mit der Durchführung von Ordnungswidrigkeitsverfahren belastet werden. Vielmehr bietet es sich insoweit weiterhin an, die für Herstellung und Handel zuständigen Waffenbehörden mit dieser Aufgabe befasst zu lassen.

Zu § 22 (Übergangsvorschriften)

Es ist notwendig, aus Gründen der Rechtssicherheit bereits bestehende Erlaubnisse und Prüfzeichen fortgelten zu lassen.

Zu einzelnen Bestimmungen folgende ergänzende Erläuterungen:

Zu Absatz 4

Die Ausnahmenvorschrift des Absatzes 4 ist für die Hersteller dieser Zusatzgeräte notwendig, um Zulassungen für bereits auf dem Markt befindliche Geräte beantragen und erhalten zu können.

Zu Absatz 5

Mit der Regelung in Absatz 5 wird sichergestellt, dass in Privatbesitz befindliche Gegenstände nachträglich zu prüfen sind und der Besitzer die für den Besitz ungeprüfter Gegenstände erforderlichen Erlaubnisse beantragen kann.

Zu den Absätzen 6 und 7

Diese regeln die vorübergehende Weitergeltung und sinn-gemäße Anwendung der Dritten Verordnung zum Waffengesetz und der Kostenverordnung zum Waffengesetz bis zum Erlass einer Beschussverordnung und einer eigenen Kostenvorschrift.

Zu Artikel 3 – Änderung des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen

Das Waffengesetz gilt künftig nicht für Kriegswaffen im Sinne des Gesetzes über die Kontrolle von Kriegswaffen. Die nachfolgenden Änderungen ergeben sich aus dieser Trennung.

Zu Nummer 1

Die Befreiung von der Genehmigungspflicht für das Überlassen der tatsächlichen Gewalt über Kriegswaffen bzw. den Erwerb dieser tatsächlichen Gewalt für Instandsetzungs- oder Beförderungszwecke von bestimmten Stellen ist über den Zollgrenzdienst hinaus auf die Zollverwaltung insgesamt wegen der geänderten Aufgaben zu erstrecken. Außerdem ist auch das Beschaffungsamt des Bundesministeriums des Innern in die Freistellungsregelung aufzunehmen, da dieses für die vom Gesetz freigestellten Polizeien des Bundes Kriegswaffen zu beschaffen und zu warten hat.

Zu Nummer 2

Als Konsequenz der Nummer 1 wird die Subdelegationsermächtigung der Bundesregierung zur Bestimmung bestimmter Ressorts (hier: des Bundesministeriums der Finanzen) zur Genehmigungsbehörde in Absatz 2 Nr. 2 auf die Zollverwaltung insgesamt bezogen.

Zu Nummer 3

In Parallele und im Wertungsgleichlauf zur Regelung des neuen Waffengesetzes, die davon absieht, unbrauchbar gemachte Waffen per se einer Verbotsnorm zu unterstellen, wird auch im Kriegswaffenkontrollgesetz grundsätzlich davon abgesehen. Gründe der Systemgemäßheit sprechen dafür, auch davon abzusehen, das Führen objektiv ungefährlicher Gegenstände, zu denen unbrauchbar gemachte Kriegswaffen an sich gehören, von einem Genehmigungstatbestand abhängig zu machen.

Von daher soll der Umgang mit unbrauchbar gemachten Kriegswaffen – ebenso wie derjenige mit unbrauchbar gemachten Waffen, die keine Kriegswaffen waren – zunächst freigestellt werden. Sollte sich herausstellen, dass doch Einschränkungen des Umgangs mit solchen Gegenständen erforderlich sind, kann von der vorgeschlagenen Verordnungsermächtigung Gebrauch gemacht werden.

Zu Nummer 4

Zu Buchstabe a

Die Begründung oben zu Nummer 1 gilt sinngemäß.

Zu Buchstabe b

Hinsichtlich der Einbeziehung des Beschaffungsamtes des Bundesministeriums des Innern gilt die Begründung oben zu Nummer 1 sinngemäß.

Den Beschussämtern werden nicht selten Waffen zur Prüfung angeliefert, deren Kriegswaffeneigenschaft nicht erkennbar ist. Aus diesem Grund werden sie insoweit von den Bestimmungen des Gesetzes freigestellt.

Zu Nummer 5

Es handelt sich um eine Folgeänderung der künftigen strikten Trennung von Waffengesetz und Kriegswaffenrecht.

Zu Nummer 6

Soweit der Umgang mit unbrauchbar gemachten Kriegswaffen durch eine Rechtsverordnung nach § 13a Abs. 2 (neu) eingeschränkt wird, muss ein Verstoß gegen die Beschränkungsregelung angemessen sanktioniert werden können. Der Bußgeldtatbestand orientiert sich an der bislang den unerlaubten Umgang mit verbotenen Gegenständen nach dem bisherigen § 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 des Waffengesetzes beziehenden Bußgeldnorm des bisherigen § 55 Abs. 1 Nr. 22 Buchstabe b des Waffengesetzes.

Zu Nummer 7

Durch die Änderung werden nunmehr die Maschinengewehre mit Wasserkühlung sowie die vor dem 2. September 1945 bei einer militärischen Streitkraft eingeführten Maschinenpistolen, voll- und halbautomatischen Gewehre endgültig aus dem Kriegswaffenbegriff ausgegliedert. Die Geltung dieser bereits durch Verordnung zur Änderung kriegswaffenrechtlicher Vorschriften vom 3. Oktober 1986 (BGBl. I S. 1625) in Nummer 29 Buchstabe a bis d aufgenommenen Regelung war bislang durch die nunmehr gestrichene Fußnotenregelung ausgesetzt. Die Angleichung des nach der bisherigen Regelung für Maschinenpistolen vorgesehenen Stichtags (1. September 1939) an den für die voll- und halbautomatischen Gewehre einheitlich auf den 2. September 1945 (Tag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs durch die Kapitulation Japans) hat keine praktischen Auswirkungen; eine Überprüfung hat ergeben, dass zwischen dem bisher für Maschinenpistolen vorgeschriebenen und dem neuen Stichtag kein neues Maschinenpistolenmodell in einer militärischen Streitkraft eingeführt wurde, so dass eine unterschiedliche Stichtagsregelung nicht sinnvoll wäre. Die Inkraftsetzung der Stichtagsregelung, die auf den Zeitpunkt der Einführung bei einer militärischen Streitkraft abstellt, führt zu keiner Einschränkung des Geltungsbereichs der KWL Nummer 29 für die hiervon nicht ausgenommenen Maschinenpistolen sowie voll- und halbautomatischen Gewehre. Insbesondere kommt es – wie bisher – für die Feststellung der Kriegswaffeneigenschaft nicht darauf an, dass Maschinengewehre, Maschinenpistolen und vollautomatische Gewehre tatsächlich bei einer Streitkraft eingeführt wurden.

Zu Artikel 4 – Änderung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Es handelt sich um eine Folgeänderung. Die bisherigen Straftatbestände des § 52a (Verbrechen) und § 53 des Waffengesetzes (Vergehen) werden nunmehr einheitlich in dem Vergehenstatbestand des § 50 des Waffengesetz-Entwurfs zusammengeführt. Die in Bezug genommenen Tathandlungen bleiben unverändert.

Zu Artikel 5 – Änderung der Strafprozessordnung

Hinsichtlich der Änderungen in den insgesamt drei Vorschriften wird auf die Begründung oben zu Artikel 4 verwiesen.

Zu Artikel 6 – Änderung des Produktsicherheitsgesetzes

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung infolge der Aufteilung der bisher in einem Gesetz geregelten Materie in ein neues Waffengesetz und Beschussgesetz.

Zu Artikel 7 – Änderung der Verordnung über die Zuständigkeit der Hauptzollämter zur Verfolgung und Ahndung bestimmter Ordnungswidrigkeiten nach dem Waffengesetz und dem Sprengstoffgesetz

Es handelt sich um redaktionelle Folgeänderungen der Umnummerierung im Vergleich des neuen zum bisherigen Waffengesetz.

Zu Artikel 8 – Änderung der Bewachungsverordnung

Die Streichung trägt dem Umstand Rechnung, dass nunmehr diesbezügliche Regelungen in § 28 des neuen Waffengesetzes getroffen werden.

Zu Artikel 9 – Änderung der Ersten Verordnung zum Waffengesetz

Die redaktionelle Anpassung ist durch das neue Waffengesetz bedingt.

Zu Artikel 10 – Änderung der Dritten Verordnung zum Waffengesetz

Die Anpassung ist erforderlich, weil die beschussrechtlichen Bestimmungen des bisherigen Waffengesetzes in das neue Beschussgesetz verlagert und Verstöße dort sanktioniert sind.

Zu Artikel 11 – Änderung des Sprengstoffgesetzes

Es handelt sich um eine redaktionelle Änderung infolge der Aufteilung der bisher in einem Gesetz geregelten Materie in ein neues Waffengesetz und Beschussgesetz.

Zu Artikel 12 – Änderung der Ersten Verordnung zum Sprengstoffgesetz

Auf die Begründung zu Artikel 11 wird verwiesen. In diesem Fall ist maßgeblicher Ort der Regelung das Beschussgesetz, das allerdings insoweit dynamisch auf das neue Waffengesetz verweist.

Zu Artikel 13 – Änderung der Atomrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfungs-Verordnung

Es handelt sich bei beiden Änderungen um redaktionelle Änderungen infolge der Aufteilung der bisher in einem Gesetz geregelten Materie in ein neues Waffengesetz und Beschussgesetz.

Zu Artikel 14 – Änderung des Bundesjagdgesetzes**Zu Nummer 1****Zu Buchstabe a**

Im Falle fehlender Zuverlässigkeit und persönlicher Eignung kommt nur die Erteilung eines Falknerjagdscheins in Betracht. Die Regelung ist erforderlich, weil die Prüfung der Zuverlässigkeit durch die Jagdbehörde, die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis jedoch ausnahmslos durch die Waffenbehörde erfolgt. Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit ist es nicht hinnehmbar, dass ein zuvor in waffenrechtlicher Hinsicht unzuverlässiger, jedoch in jagdrechtlicher Hinsicht zuverlässiger Jagdscheininhaber weiterhin eine Waffe nicht nur besitzen, sondern auch führen darf, während einem Waffenbesitzkarteninhaber, der nicht zugleich Jagdscheininhaber ist, die Waffenbesitzkarte zu entziehen ist. Auch das Bundesverwaltungsgericht hat infolge der unterschiedlichen Regelungen dieser Frage die Privilegierungen des § 30 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 4 Satz 2 des Waffengesetzes 1976 für obsolet erklärt, soweit das Jagdrecht im Rahmen der Regelvermutungen hinter den Zuverlässigkeitsanforderungen des Waffenrechts zurückbleibt (BVerwGE 97, 245).

Zu Buchstabe b

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung der Umnummerierung im Vergleich des neuen zum bisherigen Waffengesetz.

Zu Nummer 2

Hier wird eine Pflicht zur Übermittlung waffenrechtsrelevanter personenbezogener Daten an die zuständigen Behörden statuiert. Die Übermittlung ist erforderlich, um der Waffenbehörde die notwendigen Erkenntnisgrundlagen für die waffenrechtlichen Konsequenzen der Eigenschaft als Jäger an die Hand zu geben. Selbstverständlich gelten insoweit, wie im gesamten Waffenrecht, die allgemeinen datenschutzrechtlichen Regeln insbesondere der Erforderlichkeit der (Vornahme und Aufrechterhaltung der) Speicherung und der Zweckbindung, so dass sowohl im Bundesjagdgesetz (aus der Perspektive der übermittelnden Behörde) als auch im Waffengesetz (aus der Perspektive der empfangenden Behörde) die Normierung bereichsspezifischer Regelungen entbehrlich ist.

Zu Artikel 15 – Änderung der Außenwirtschaftsverordnung

Es handelt sich um eine redaktionelle Folgeänderung der Umnummerierung im Vergleich des neuen zum alten Waffengesetz.

Zu Artikel 16 – Rückkehr zum einheitlichen
Verordnungsrang

Die Regelung ist erforderlich, um dem Verordnungsgeber die Möglichkeit zur künftigen Änderung der durch den Gesetzgeber geänderten Rechtsverordnungen zu geben.

Zu Artikel 17 – Inkrafttreten, Außerkrafttreten,
Fortgeltung von Vorschriften**Zu Nummer 1**

Die mit den Artikeln 1 und 2 beschlossenen Änderungen bedingen die Neufassung der Verordnungen zum Waffengesetz, da die in Bezug genommenen gesetzlichen Bestimmungen anzupassen sind und Teile der bisherigen Verordnungen in das Waffen- und Beschussgesetz selbst Eingang gefunden haben. Die Verordnungsermächtigungen müssen daher sofort in Kraft treten, während erhebliche Anpassungen der Verwaltungsverfahren durch Ausführungsbestimmungen einen Zeitraum von wenigstens drei Monaten erfordern. Das Inkrafttreten der materiellen Bestimmungen des Gesetzes ist daher entsprechend vorzusehen.

Zu Nummer 2

In der Industrie werden zurzeit Blockiersysteme entwickelt, die es ermöglichen, eine Waffe ohne Zerstörung so zu blockieren, dass Nichtberechtigte damit nicht schießen können. Mit der Marktreife derartiger Systeme ist in einem Zeitraum von etwa fünf Jahren zu rechnen.

Nach diesem Zeitpunkt erscheint es aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht länger vertretbar, generell Personen, die nicht alle Anforderungen nach Artikel 1 § 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 4 erfüllen, Zugang zu schussfähigen erlaubnispflichtigen Schusswaffen zu gewähren. Nur dem Erben, dessen ererbte Waffe mit einem Blockiersystem so gesperrt ist, dass er ohne behördliche Mitwirkung die Waffe nicht in Funktion setzen kann, wird eine derartige Waffe belassen werden können.

Zu Nummer 3

Mit dem Inkrafttreten von Waffen- und Beschussgesetz tritt das bisherige Waffengesetz außer Kraft. Damit entfällt die Grundlage für die Erste, Zweite und Dritte Verordnung zum Waffengesetz sowie die Kostenverordnung. Während Artikel 2 § 22 Abs. 6 das Fortgelten der Dritten Verordnung zum Waffengesetz sowie der beschussrechtlichen Kostentatbestände der Kostenverordnung regelt, wird durch Artikel 17 Nr. 3 sichergestellt, dass die übrigen Bestimmungen der Kostenverordnung sowie die Erste und Zweite Verordnung zum Waffengesetz weiterhin angewendet werden können, soweit die Regelungen nicht im Gesetz selbst enthalten sind und einer Verordnungsermächtigung des Waffengesetzes zuzuordnen sind.

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 768. Sitzung am 19. Oktober 2001 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Zum Gesetzentwurf insgesamt

Der Bundesrat stellt fest, dass die Aussagen im Vorblatt unter Buchstabe D Nr. 2 (Vollzugaufwand), wonach die Kommunen durch die Ausführung des Gesetzes nicht und die Länder durch die Ausweitung der behördlichen Tätigkeiten in deutlich geringerem Maße als der Bund betroffen sind, nicht zutreffen. Tatsächlich sind auch Kommunen betroffen. Die Hauptbetroffenen von den Aufgabenmehrungen sind die Länder.

2. Zu Artikel 1 (§ 1 Abs. 1 WaffG)

In Artikel 1 § 1 Abs. 1 sind die Wörter „unter Berücksichtigung der Belange“ durch die Wörter „insbesondere zum Zwecke der Gewährleistung“ zu ersetzen.

Begründung

Ausweislich des Vorblatts und der Begründung des Gesetzentwurfs soll das neue Waffengesetz primär sicherheitspolizeilichen Belangen dienen. Durch die vorgeschlagene Neuformulierung wird dieser Zweck besser zum Ausdruck gebracht.

3. Zu Artikel 1 (§ 2 WaffG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren § 2 WaffG-E im Hinblick auf Systematik, Folgerichtigkeit und Rechtsklarheit zu überprüfen.

Begründung

§ 2 WaffG-E soll – in Verbindung mit der Waffenliste (Anlage 2 zu § 2 Abs. 3) – die Grundsätze für den Umgang mit Waffen oder Munition regeln. Es erscheint zweifelhaft, ob die Bestimmung in ihrer derzeitigen Fassung das beabsichtigte Regelungsziel widerspruchsfrei umsetzt.

Nach Absatz 2 des Entwurfs bedarf, wer mit Waffen oder Munition umgehen will, der Erlaubnis, es sei denn, der in Rede stehende Umgang ist durch (positive) Benennung in der Waffenliste ganz oder teilweise von der Erlaubnispflicht ausgenommen (§ 2 Abs. 4 Satz 1 WaffG-E i. V. m. Anlage 2). Der Entwurf stellt damit – in Übereinstimmung mit der Begründung (S. 98) – den Grundsatz der Erlaubnispflicht für jedweden Umgang mit Waffen oder Munition auf. Von einem umgekehrten Regel-Ausnahme-Verhältnis geht indes die Waffenliste in Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 aus: Danach bedarf (nur) der Umgang, ausgenommen das Überlassen, mit Schusswaffen oder ihnen gleichgestellten Gegenständen (§ 1 Abs. 2 Nr. 1 WaffG-E; s. Anlage 1 zu § 1 Abs. 4 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1) und der dafür bestimmten Munition der Erlaubnis (i. S. d. §§ 4 ff. WaffG-E), vorbehaltlich der Bestimmungen in Unterabschnitt 2 (Freistellung bestimmter Arten des Umgangs) und Unterabschnitt 3 (Erleichterte Erteilung der Erlaubnis). Im Umkehrschluss

zwingt dies – in Übereinstimmung mit der beigegebenen Begründung (S. 178) – zu der Auslegung, dass alle sonstigen Waffen grundsätzlich erlaubnisfrei sind. Dies stünde aber im Widerspruch zur gesetzlichen Grundregel in § 2 Abs. 2 und 4 Satz 1 WaffG-E.

Diese unklare Rechtslage wird praktisch insbesondere im Hinblick auf Waffen i. S. d. § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b WaffG-E (für Waffen i. S. d. § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a WaffG-E enthält die Waffenliste in Abschnitt 2 Unterabschnitt 4 einen (deklaratorischen?) Befreiungstatbestand). So wird aus § 2 Abs. 2 WaffG-E zu folgern sein, dass nicht verbotene Springmesser (vgl. Abschnitt 1 Nr. 1.4.1 Satz 2 der Waffenliste) der Erlaubnispflicht unterliegen, da sie in der Waffenliste nicht ausdrücklich ausgenommen sind. Diese Rechtsfolge dürfte aber nicht gewollt sein.

4. Zu Artikel 1 (§ 2 Abs. 2 WaffG)

Der Bundesrat bittet zu prüfen, ob in Artikel 1 § 2 Abs. 2 das Wort „Waffen“ durch das Wort „Schusswaffen“ ersetzt werden sollte. Nach der Begründung des Gesetzentwurfs ist ein Grund für die Änderung des Waffengesetzes, ein klares und übersichtliches Waffengesetz zu schaffen. Es ist daher nicht zielführend und für den betroffenen Bürger und die Verwaltung schwer nachvollziehbar, wenn nach Absatz 2 der Umgang mit allen Waffen – also auch mit Gegenständen nach § 1 Abs. 2 Ziffer 2 – z. B. Hieb und Stoßwaffen – einer Erlaubnis unterworfen wird, gleichzeitig aber nach Absatz 4 in Verbindung mit der Waffenliste (Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 4) der Umgang mit allen Waffen, die nicht Schusswaffen sind, von der Erlaubnispflicht befreit sind. Zur Klarstellung muss auch bei anderen Vorschriften wie z. B. § 8 Ziffer 2, § 10 Abs. 1 und 4, § 12 Abs. 1 und 3, §§ 29 bis 33 etc. geprüft werden, ob sich ihr Regelungsinhalt auf alle Waffen oder nur auf Schusswaffen beziehen soll.

5. Zu Artikel 1 (§ 2 Abs. 5 – neu – WaffG)

In Artikel 1 ist dem § 2 folgender Absatz 5 anzufügen:

„(5) Bestehen Zweifel darüber, ob ein Gegenstand von diesem Gesetz erfasst wird oder wie er nach Maßgabe der Begriffsbestimmungen in Anlage 1 Abschnitte 1 und 3 und der Waffenliste einzustufen ist, so entscheidet auf Antrag die zuständige Behörde. Antragsberechtigt sind

1. Hersteller, Importeur, Erwerber oder Besitzer des Gegenstandes, soweit sie ein berechtigtes Interesse an der Entscheidung nach Satz 1 glaubhaft machen können,
2. die zuständigen Behörden des Bundes und der Länder.

Die nach Landesrecht zuständigen Behörden sind vor der Entscheidung zu hören. Die Entscheidung ist für den Geltungsbereich dieses Gesetzes allgemein verbindlich. Sie ist im Bundesanzeiger bekannt zu machen.“

Begründung

In der Praxis hat sich das Fehlen einer für die bundesweit verbindliche Einstufung von Gegenständen zuständigen Stelle bisher ausschließlich zu Lasten der Bürger ausgewirkt. Sie müssen damit rechnen, dass ein Gegenstand in einem Land als verboten, im nächsten als nicht verboten, in einem als Waffe, im nächsten nicht als Waffe eingestuft wird. Sie müssen ferner damit rechnen, dass selbst die Entscheidung der Waffenbehörde ohne Nutzen ist, da weder Staatsanwaltschaften noch Gerichte im Rahmen der Strafverfolgung an die waffenrechtliche Entscheidung gebunden sind.

Die vorgeschlagene Änderung soll diesen höchst unbefriedigenden Zustand beenden. Sie sieht zum einen in § 2 Abs. 5 die Möglichkeit einer allgemein verbindlichen Entscheidung auf Antrag vor. Die Antragsbefugnis steht den betroffenen Personen und den obersten zuständigen Bundes- und Landesbehörden zu, soweit sie ein Feststellungsinteresse glaubhaft machen können. Die Befugnis auf der Seite der Behörden ist nicht auf die obersten Waffenbehörden beschränkt, so dass auch die Polizei- oder Justizbehörden z. B. im Rahmen eines staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahrens (das das Feststellungsinteresse begründet) den Antrag stellen können, soweit sie durch Landesrecht dazu ermächtigt sind. Im Rahmen dieses Verfahrens ist die Beteiligung der Länderbehörden zwingend vorgesehen.

6. Zu Artikel 1 (§ 3 Abs. 1a – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 3 ist nach Absatz 1 folgender Absatz 1a einzufügen:

„(1a) Jugendliche ab 14 Jahren dürfen abweichend von § 2 Abs. 1 Umgang mit geprüften Reizstoffsprühgeräten haben.“

Begründung

Der Kabinettsentwurf geht in § 2 Abs. 1 von einem Mindestalter für den Umgang mit Waffen von 18 Jahren mit der Möglichkeit der Ausnahme im Einzelfall (§ 3 Abs. 3 – neu –) aus. Daher bedarf es – wie nach derzeitiger Rechtslage – einer generellen Ausnahmeregelung für den Umgang mit geprüften Reizstoffsprühgeräten, um eine unnötige Erhöhung des Verwaltungshandelns – Einzelfallprüfung – zu verhindern und den Bürger von unnötigen Mehrbelastungen (Behördengänge, Gebühren) zu entlasten. Die generelle Altersbegrenzung des Kabinettsentwurfs auf 18 Jahre gegenüber der jetzigen Rechtslage führt zu keiner erkennbaren Verbesserung der Sicherheitslage.

Die Notwendigkeit für die Herabsetzung der Altersgrenze von 18 Jahren auf 14 Jahre für den Umgang mit geprüften Reizstoffsprühgeräten ergibt sich aus dem sicherheitsrechtlichen Bedürfnis von Jugendlichen für eine Abwehrmöglichkeit im Notwehrfall mit Geräten unterhalb der Schwelle von Schusswaffen oder Hieb- und Stoßwaffen.

7. Zu Artikel 1 (§ 3 WaffG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren eine Begriffsbestimmung für „Kinder“ und „Jugendliche“ (vgl. § 3 WaffG-E; s. auch § 15 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe b WaffG-E) aufzunehmen.

Begründung

§ 3 WaffG-E trifft eine von § 2 Abs. 1 WaffG-E abweichende Sonderregelung für den Umgang mit Waffen oder Munition durch Kinder oder Jugendliche. Die Begriffe sind nicht hinreichend bestimmt bzw. abgegrenzt.

Der Entwurf weist keinen einheitlichen Sprachgebrauch auf. In den §§ 3 und 15 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe b WaffG-E wird das Begriffspaar verwendet; in § 27 Abs. 3, 4 und 6 WaffG-E werden die Begriffe einzeln mit jeweils einem einschränkenden Zusatz („... die das zwölfte bzw. zehnte/vierzehnte Lebensjahr vollendet haben“) verwendet; in der Überschrift zu § 27 WaffG-E wird demgegenüber aber der (bürgerlich-rechtliche) Begriff des Minderjährigen (vgl. §§ 2, 104 Nr. 1, § 106 BGB) verwendet (s. Begründung S. 129); in § 13 Abs. 5 WaffG-E schließlich wird von „Personen (...)“, wenn sie das 14. Lebensjahr vollendet haben (...)“ gesprochen. Die Begründung zu § 27 Abs. 4 WaffG-E (S. 130) wiederum will – wohl in Anlehnung an das Strafrecht (vgl. § 19 StGB, § 1 Abs. 2 JGG) – Kinder als Personen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres und Jugendliche als Personen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres verstanden wissen.

Eine eindeutige (und einheitliche) Begriffsbestimmung im Gesetzestext (ggf. durch einen Klammerzusatz in § 3 WaffG-E) dürfte sich empfehlen.

8. Zu Artikel 1 (§ 4 Abs. 2a – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 4 ist folgender Absatz 2a einzufügen:

„(2a) Unbeschadet der Absätze 1 und 2 ist eine Erlaubnis zum Schießen zu versagen, wenn sonst Gefahren, erhebliche Nachteile oder Belästigungen für die Bewohner des Grundstückes, die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit nicht verhindert werden können.“

Begründung

Im Interesse einer effektiven Gefahrenabwehr ist es unerlässlich, zur Verhinderung des Schießens bei gefährlichen örtlichen Verhältnissen (z. B. Schießen von Rindern in unmittelbarer Nähe zu einer Wohnbebauung), in lärmsensiblen Zonen (z. B. in der Nähe von Krankenhäusern oder Pflegeheimen) oder zu lärmsensiblen Zeiten (z. B. Nachtzeit, Sonn- oder Feiertage) einen sachlichen Versagungsgrund vorzusehen. § 9 des Gesetzentwurfs sieht nur inhaltliche Beschränkungen, nicht aber die Versagung dieser Erlaubnisse vor. Die Regelung entspricht der derzeitigen bewährten Rechtslage des § 45 Abs. 3 Satz 1 WaffG 1972.

9. Zu Artikel 1 (§ 4 Abs. 3 Satz 2 – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 4 ist dem Absatz 3 folgender Satz 2 anzufügen:

„Dies gilt nicht für Inhaber gültiger Jagderlaubnisse.“

Begründung

Die Überprüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit von Inhabern gültiger Jagderlaubnisse ist entbehrlich, da dieser Personenkreis bereits nach Jagdrecht bei der Erteilung oder Verlängerung von Jagdscheinen ausreichend überprüft wird. Eine Doppelüberprüfung von ca. 400 000 Jagdscheininhabern in Deutschland erhöht den Verwaltungsaufwand erheblich, ist sicherheitsrechtlich aber unnötig.

10. Zu Artikel 1 (§ 5 Abs. 2 Nr. 1 WaffG)

In Artikel 1 § 5 Abs. 2 Nr. 1 ist die Angabe „60“ durch die Angabe „30“ zu ersetzen.

Begründung

Entgegen den Ausführungen der Entwurfsbegründung hätte die in Artikel 1 § 5 Abs. 2 Nr. 1 im Hinblick auf erstmalige Verurteilungen vorgesehene Einführung einer Strafmaßgrenze von 60 Tagessätzen nicht lediglich die tatbestandliche Aussonderung von Bagatellfällen aus dem Bereich der Regelunzuverlässigkeit zur Konsequenz. Da in allen praktisch häufig auftretenden Fallgruppen (Diebstahl, einfache Körperverletzung, gemeingefährliches Verkehrsdelikt, ...) gerade auch bei erstmaliger Aburteilung eine derartige Strafmaßgrenze in aller Regel nicht erreicht wird, wären künftig in diesen Deliktgruppen vielmehr nur noch (Erst-)Verurteilungen mit einem auf besonders schwere Begleitumstände zurückgehenden außergewöhnlich hohen Strafausspruch zuverlässigkeitsrelevant. In Anbetracht der quantitativen Bedeutung der dann bereits tatbestandlich von der Regelvermutung ausgeschlossenen (Erst-)Verurteilungen würde dies unter praktischer Umkehrung des gegenwärtigen Regel-/Ausnahmeverhältnisses letztendlich dazu führen, dass dem insgesamt überwiegenden Teil der derzeit vom Erwerb oder vom weiteren Besitz erlaubnispflichtiger Schusswaffen und Munition auszuschließenden Straftäter künftig der Erwerb oder der weitere Besitz dieser Gegenstände behördlich gestattet werden müsste. Für derart weit gehende Lockerungen der Anforderungen an die waffenrechtliche Zuverlässigkeit sind sachliche Gründe weder vorgebracht noch erkennbar. Vielmehr muss auch zukünftig in den gegenständlich erfassten Bereichen einer erstmaligen strafgerichtlichen Verurteilung im Regelfall eine erhebliche Aussagekraft bei der Bewertung der waffenrechtlichen Vertrauenswürdigkeit des Antragstellers oder Waffenbesitzers zugewilligt werden und sollten Bagatellfälle vorrangig auf Grundlage einer einzelfallbezogenen behördlichen Entkräftungsprüfung als nicht unzuverlässigkeitsbegründend eingestuft werden. Eine Absenkung der Strafmaßgrenze auf 30 Tagessätze würde in diesem Sinne eine Zurückstellung der öffentlichen Sicherheitsinteressen weit gehend vermeiden. Tatbestandlich von der Regelvermutung ausgeschlossen wären dann nur noch (Erst-)Verurteilungen, die tatsächlich einen außergewöhnlich geringfügigen Strafausspruch aufweisen und daher die allgemeine Unterstellung eines Bagatellfalls auch sachlich rechtfertigen. Die im Strafausspruch durchschnittlichen (Erst-)Verurteilungen würden dagegen entsprechend der gegenwärtigen Rechtslage sachgerecht auch weiterhin der Vermutung unterfallen und wären dann im Hinblick auf außergewöhnliche Abweichungen vom Regelfall ausschließlich einer einzelfallbezogenen behördlichen Entkräftungsprüfung zu unterziehen.

11. Zu Artikel 1 (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG)

In Artikel 1 § 5 Abs. 2 ist Nummer 3 wie folgt zu fassen:

„3. einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung Bestrebungen verfolgen oder in den letzten fünf Jahren verfolgt haben, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind,“

Begründung

Nach § 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG-E soll ein Tatbestand der Regelunzuverlässigkeit bereits dann eingreifen, wenn der Betroffene – einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung – verfassungsfeindliche Bestrebungen verfolgt oder in den letzten fünf Jahren verfolgt hat. Es erheben sich angesichts des weit gefassten Tatbestands Zweifel, ob die Grundrechtsbeschränkung (jedenfalls des Grundrechts auf allgemeine Handlungsfreiheit aus Artikel 2 Abs. 1 GG) hinreichend verfassungsrechtlich legitimiert ist, namentlich dem Verhältnismäßigkeitsprinzip Rechnung trägt (s. im Übrigen zum „Entscheidungsmonopol“ des Bundesverfassungsgerichts bei der Verwirkung von Grundrechten: Jarass in Jarass/Pieroth, GG-Komm., 5. Aufl. 2000, Artikel 18 Rn. 3 m. w. N.; s. weiter zum „Parteienprivileg“ Artikel 21 Abs. 2 GG). Kriterien für eine – einschränkende – Auslegung des Merkmals des „Verfolgens (verfassungsfeindlicher Bestrebungen)“ sind nicht ersichtlich; ausweislich der Begründung (S. 103) soll „jedwede – individuelle oder kollektive – verfassungsfeindliche Betätigung“ genügen. Eine (verfassungskonforme) Konkretisierung des Tatbestandes erscheint geboten. Hierfür bietet sich eine Anlehnung an die Vorschrift des § 86 Nr. 2 AuslG (und zugleich an die – in der Begründung (S. 103) wohl angesprochenen – Oberbegriffe in § 4 Abs. 1 Satz 1 i. V. m. Abs. 2 BVerfSchG bzw. § 92 Abs. 3 StGB) an.

12. Zu Artikel 1 (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 WaffG)

In Artikel 1 § 5 Abs. 2 Nr. 4 sind die Wörter „mit richterlicher Genehmigung“ zu streichen.

Begründung

Es sollten auch solche Personen im Regelfall als unzuverlässig angesehen werden können, die innerhalb der letzten fünf Jahre mehr als einmal wegen Gewalttätigkeit – auch ohne richterliche Genehmigung – in polizeilichem Präventivgewahrsam waren, wie dies z. B. in Bayern nach Artikel 17 Abs. 1 Nr. 2 Polizeiaufgabengesetz möglich ist.

13. Zu Artikel 1 (§ 5 Abs. 2 Nr. 4 und 5 – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 5 Abs. 2 ist in Nummer 4 der Punkt durch ein Komma zu ersetzen und folgende Nummer 5 anzufügen:

„5. wiederholt oder gröblich gegen die Vorschriften eines der in Nummer 1 Buchstabe c genannten Gesetze verstoßen haben.“

Begründung

Im Gegensatz zur gegenwärtigen Rechtslage (§ 5 Abs. 2 Nr. 2 WaffG aktueller Fassung) stuft der Entwurf gröbliche oder wiederholte Verstöße gegen die Vorschriften des Waffengesetzes, des Kriegswaffenkontrollgesetzes, des Sprengstoffgesetzes und des

Bundesjagdgesetzes nicht mehr als eigenständigen Grund für eine in der Regel zu vermutende waffenrechtliche Unzuverlässigkeit der entsprechend handelnden Antragsteller oder Waffenbesitzer ein. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmekonstellationen, in denen derartige Verstöße unter Umständen die zur absoluten Unzuverlässigkeit führenden Prognoseentscheidungen nach Artikel 1 § 5 Abs. 1 Nr. 2 des Entwurfs stützen könnten, wären somit nicht sanktionierte oder „nur“ bußgeldbewehrte Rechtsverletzungen in den genannten Rechtsgebieten waffenrechtlich nicht mehr zuverlässigkeitsrelevant. Daneben würde eine unveränderte Umsetzung des Entwurfs selbst strafbare Handlungen in diesen Bereichen dann vollständig einer abschließenden ordnungsbehördlichen Bewertung durch die Waffenbehörden entziehen, wenn die Verfolgung dieser Straftaten durch die hierzu berufenen Behörden und Gerichte auf Grundlage dortiger spezifischer Bewertungen (z. B. nach den §§ 153 ff./154 der Strafprozessordnung) eingestellt worden ist. Für die umfassende Beurteilung eines Antragstellers oder Waffenbesitzers unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr ist jedoch nach wie vor eine Berücksichtigung auch derartiger Vorgänge unverzichtbar. So muss es auch künftig möglich sein, beispielsweise Waffenbesitzer, die insbesondere wiederholt oder gar fortlaufend ihren Anzeige-, Vorlage-, Auskunfts- oder sonstigen waffenrechtlichen Pflichten nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommen und hierdurch jede effektive Kontrolle des privaten Waffenbesitzes gefährden, nicht nur mit Bußgeldern zu belegen, sondern auch im Hinblick auf ihre waffenrechtliche Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit kritisch zu überprüfen (ggf. mit der Folge der Unterbindung eines weiteren Umgangs mit Waffen und Munition). Auch Straftaten in den o. g. Bereichen darf nach einer strafprozessualen Einstellung nach wie vor nicht automatisch, sondern nur auf Grundlage einer ordnungsbehördlichen Einzelfallprüfung die Zuverlässigkeitsrelevanz innerhalb des Waffenrechts abgesprochen werden. Durch die (Wieder-)Aufnahme des betreffenden Unzuverlässigkeitsgrundes in den Bereich der Regelvermutung (Artikel 1 § 5 Abs. 2) wird diesen Erfordernissen Rechnung getragen.

14. Zu Artikel 1 (§ 5 Abs. 5 WaffG)

In Artikel 1 § 5 Abs. 5 ist nach dem Wort „Zuverlässigkeitsprüfung“ das Wort „insbesondere“ einzufügen.

Begründung

Die Ergänzung dient der Klarstellung. Eine ausreichende Prüfung der waffenrechtlichen Zuverlässigkeit ist in verschiedenen Fällen nicht möglich, wenn nur die im Gesetzentwurf genannten Erkundigungen eingehalten werden dürfen.

15. Zu Artikel 1 (§ 5 Abs. 5 Nr. 2 WaffG)

Artikel 5 Nr. 3 – neu – § 492 Abs. 3 und 6 StPO

a) Artikel 1 § 5 Abs. 5 Nr. 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. die Auskunft aus dem Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister;“

b) Dem Artikel 5 ist nach Nummer 2 folgende Nummer 3 anzufügen:

„3. § 492 wird wie folgt geändert:

a) Dem Absatz 3 wird folgender Satz angefügt:

„§ 5 Abs. 5 Nr. 2 des Waffengesetzes bleibt unberührt.“

b) In Absatz 6 werden nach dem Wort „unbeschadet“ die Wörter „des Absatzes 3 Satz 3 und“ eingefügt.“

Begründung

§ 5 Abs. 5 Nr. 2 ist unpraktikabel. Da theoretisch bei allen deutschen Staatsanwaltschaften ein Strafverfahren gegen die Person, deren Zuverlässigkeit geprüft werden muss, geführt werden könnte, würde die Vorschrift dazu zwingen, dass die Behörde flächendeckend Auskunftersuchen an alle deutschen Staatsanwaltschaften richten muss. Mit einem Ersuchen nur an die Wohnortstaatsanwaltschaft kann die Behörde zwar nach § 474 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2, 3 StPO i. V. m. § 13 Abs. 2, § 14 Abs. 1 Nr. 5, 7 Buchstabe b, Abs. 3, § 17 Nr. 3 EGGVG in Erfahrung bringen, ob gegen die Person bei der Wohnortstaatsanwaltschaft etwas vorliegt. Damit kann die Behörde aber nicht ermitteln, ob bei anderen Staatsanwaltschaften Verfahren geführt werden, denn selbst wenn die Wohnortstaatsanwaltschaft zur Beantwortung der Anfrage eine Auskunft aus dem Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister erhält, könnte diese von der Behörde wegen § 492 Abs. 6 StPO letztlich nicht genutzt werden. Der Entwurf würde daher nicht nur für die Behörde, sondern auch für die Staatsanwaltschaften zu unverhältnismäßigem Aufwand führen. Praktikabel ist insoweit allein, der Behörde selbst die Möglichkeit für eine Anfrage an das Zentrale Staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister zu eröffnen. Dies kann verfahrensökonomisch mit der in § 5 Abs. 5 Nr. 1 vorgesehenen Anfrage an das Bundeszentralregister verbunden werden, weil sowohl das Bundeszentralregister als auch das Zentrale Staatsanwaltschaftliche Verfahrensregister von derselben Registerbehörde geführt werden.

16. Zu Artikel 1 (§ 6 Abs. 1 Satz 1 WaffG)

In Artikel 1 § 6 Abs. 1 Satz 1 sind nach dem Wort „Personen“ die Wörter „in der Regel“ einzufügen.

Begründung

Das geltende Recht, das in § 5 Abs. 2 des bisherigen WaffG die jetzt in einer eigenen Vorschrift zusammengefassten Tatbestände der persönlichen Eignung als Regel-Negativ-Katalog formuliert, soll beibehalten werden.

Einen absoluten Ausschluss der persönlichen Eignung soll es nicht geben. So würde beispielsweise nach der Fassung des Regierungsentwurfs Minderjährigkeit per se den Umgang mit Waffen absolut ausschließen (§ 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1). Dies steht im Widerspruch zu denjenigen Vorschriften, die – in Ausnahmefällen – diesen erlauben, z. B. § 13 Abs. 7, § 27 Abs. 3 und 4.

17. Zu Artikel 1 (§ 6 Abs. 1 Satz 2 WaffG)

In Artikel 1 § 6 Abs. 1 Satz 2 ist nach dem Wort „soll“ das Wort „insbesondere“ einzufügen.

Begründung

Die Ergänzung dient der Klarstellung.

18. Zu Artikel 1 (§ 8 WaffG)

In Artikel 1 § 8 sind nach den Wörtern „den Belangen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“ die Wörter „insbesondere dem öffentlichen Interesse an einem möglichst geringen privaten Waffen- und Munitionsbestand“ einzufügen.

Begründung

Die Angabe „gegenüber den Belangen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung“ ist nicht ausreichend konkret. Wenn an dem geltenden Bedürfnisprinzip festgehalten werden soll, sollte zumindest an einem wichtigen Beispiel konkret dargestellt werden, gegenüber welchen öffentlichen Interessen das waffenrechtliche Bedürfnis eines Antragstellers zu überwiegen hat.

19. Zu Artikel 1 (§ 9 Abs. 2 Satz 1 WaffG)

In Artikel 1 § 9 Abs. 2 Satz 1 sind nach dem Wort „Zwecken“ die Wörter „oder im Fall des konkret vorhersehbaren Entfallens von Erteilungsvoraussetzungen“ einzufügen.

Begründung

Die Befugnis der Waffenbehörden zur anfänglichen Aufnahme von Nebenbestimmungen oder zur nachträglichen Anordnung von Auflagen im Zusammenhang mit waffenrechtlichen Erlaubnissen ist nach Artikel 1 § 9 Abs. 2 des Entwurfs davon abhängig, dass derartige Nebenbestimmungen oder Anordnungen der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, also vor allem auch der Verhütung einer ansonsten mit hinreichender Wahrscheinlichkeit in überschaubarer Zukunft eintretenden Verletzung von Rechtsvorschriften oder Rechtsgütern dienen. Insbesondere in denjenigen Fällen, in denen bereits zum Zeitpunkt der Erlaubniserteilung absehbar ist, dass das waffenrechtliche Bedürfnis des zuverlässigen, geeigneten, sachkundigen und sicher aufbewahrenden Antragstellers nach Ablauf einer mehr oder weniger konkreten Zeitspanne entfallen oder entscheidungserhebliche Veränderungen erfahren wird, würde sich unter diesen Voraussetzungen eine Aufnahme- oder Anordnungsbefugnis der Waffenbehörde kaum überzeugend begründen lassen. Da der Entwurf auch in seinen speziellen Regelungen (z. B. in Artikel 1 § 10 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 4 Satz 2) lediglich in der Reichweite und im Verhältnis zu Artikel 1 § 9 unklare oder nur auf ganz bestimmte Nebenbestimmungen (Befristungen) abstellende Ausführungen enthält, bedarf es der vorgeschlagenen Erweiterung der allgemeinen Regelung des Artikel 1 § 9 Abs. 2. Die Waffenbehörden wären auf dieser Grundlage dann eindeutig dazu befugt, beim Nachweis eines nur zeitlich begrenzten Bedürfnisses zum Beispiel auch in Waffenbesitzkarten und Munitionserlaubnissen entsprechende Befristungen aufzunehmen. Darüber hinaus könnten allgemein waffenrechtliche Erlaubnisse zweckmäßig unter anderem dann mit Auflagen (Verpflichtung zur Anzeige/Mitteilung an die Waffenbehörde ...) versehen werden, wenn bei Ertei-

lung zwar ein Entfallen des nachgewiesenen Bedürfnisses in überschaubarer Zukunft, nicht jedoch der konkrete Zeitpunkt des Eintritts dieser entscheidungserheblichen Veränderung erkennbar ist.

20. Zu Artikel 1 (§ 10 Abs. 6 und 7 – neu – WaffG)

In Artikel 1 sind dem § 10 folgende Absätze anzufügen:

„(6) Feuerwaffen, Böller und höchstbeanspruchte Teile, die nach den Vorschriften des Beschussgesetzes der Beschusspflicht unterliegen, dürfen anderen nur überlassen oder zum Schießen verwendet werden, wenn sie das vorgeschriebene Beschusszeichen tragen. Dies gilt nicht, wenn die zuständige Behörde bescheinigt, dass die amtliche Prüfung nicht durchgeführt werden kann.“

(7) Schusswaffen, Geräte, Einsätze, Einsteckläufe und Munition, die nach den Vorschriften des Beschussgesetzes der Prüfung oder Zulassung bedürfen, dürfen anderen nur überlassen oder zum Schießen verwendet werden, wenn sie das vorgeschriebene Prüf- oder Zulassungszeichen tragen.“

Begründung

Zwischen den waffenrechtlichen Erlaubnissen und den Anforderungen an die Produktsicherheit besteht eine enge inhaltliche Verbindung. Um dies dem Verwender einer Waffe, Munition etc. ausreichend deutlich zu machen, muss er unabhängig von der Regelung im Beschussgesetz auch im Waffengesetz auf das Beschusszeichen sowie das Prüf- oder Zulassungszeichen hingewiesen werden.

21. Zu Artikel 1 (§ 11 WaffG)

Der Bundesrat bittet § 11 WaffG über den Erwerb und Besitz von Schusswaffen oder Munition mit Bezug zu einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union nochmals zu überprüfen, da in Absatz 1 Satz 1 zwei zusätzliche Erlaubnisvoraussetzungen aufgestellt werden, deren materielle Berechtigung problematisch erscheint. Wenn ein EU-Ausländer in Deutschland für den Erwerb und Besitz einer Kategorie A bis C-Schusswaffe (warum nicht auch einer Kategorie D-Schusswaffe?) oder Munition eine Erlaubnis beantragt und dabei in vollem Umfang nach § 4 WaffG überprüft wird, hat er bei positivem Abschluss der Prüfungen alle Voraussetzungen für Erwerb und Besitz in Deutschland erfüllt. Deshalb bestehen Zweifel an der Notwendigkeit der zusätzlich vom Antragsteller abverlangten Erklärungen, zumal die Vorschriften über das Überlassen von Schusswaffen und Munition nach § 34 WaffG zu beachten sind.

Der Bedarf für eine Regelung erscheint auch unter dem Gesichtspunkt zweifelhaft, dass sie den absoluten Ausnahmefall einer Beantragung einer deutschen waffenrechtlichen Erlaubnis durch einen EU-Ausländer und – zumindest in Alternative 1 – den persönlichen Transport in das Heimatland betrifft. Im Regelfall werden Waffen hier nur gekauft und unter Einhaltung der Verbringungs Vorschriften vom Waffenhändler versandt.

22. Zu Artikel 1 (§ 12 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a WaffG)

In Artikel 1 § 12 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a sind nach den Wörtern „einen Monat“ die Wörter „und drei Mal jährlich“ einzufügen.

Begründung

Nach der Begründung zu § 12 Abs. 1 soll das Vagabundieren der Schusswaffen bei der Ausleihe verhindert werden, indem man die 1-Monatsfrist festgesetzt hat. Damit wird dieses Ziel nicht erreicht.

Bei der Ausleihe einer Waffe und Rückgabe im Zeitraum von einem Monat besteht die Möglichkeit der „Dauerausleihe“ auf unbestimmte Zeit, wenn der Monatszeitraum des Erwerbens (Ausleihe) und Überlassens (Rückgabe) genau eingehalten wird. Nach eintägiger Unterbrechung kann wieder für einen Monat „ausgeliehen“ werden.

Die Erlaubnisbehörde hätte kaum eine Übersicht, wo eine Waffe sich befindet.

Da die Vorschrift im Grunde auch eine Ausnahme vom Bedürfnisprinzip ist (anhand der Waffenbesitzkarte ist nicht feststellbar, auf Grund welchen Bedürfnisses die Waffen eingetragen wurden), muss eine geeignete zeitliche Befristung hinzugefügt werden.

Der Änderungsvorschlag wirkt einer dauerhaften Entleihe entgegen, indem er die Einzelausleihe auf höchstens einen Monat und innerhalb eines Kalenderjahres auf drei Mal beschränkt.

23. Zu Artikel 1 (§ 12 Abs. 1 Nr. 2 WaffG)

In Artikel 1 ist in § 12 Abs. 1 Nr. 2 vor dem Wort „Beförderung“ das Wort „gewerbsmäßigen“ zu streichen.

Begründung

In § 12 Abs. 1 Nr. 2 ist die Ausnahme der Erlaubnis zum Erwerb und Besitz einer Waffe nur bei der gewerbsmäßigen Beförderung vorgesehen. Im Rahmen der Ausbildung der Jäger ist die Beförderung von Waffen zum Schießstand erforderlich. Diese Beförderung ist nicht möglich, wenn nur eine gewerbsmäßige Beförderung nach dem Waffengesetz zulässig wird.

Bedenken der öffentlichen Sicherheit sind auszuschließen, da die entsprechende Qualifikation im Rahmen der Prüfungsvorbereitung vermittelt wird.

24. Zu Artikel 1 (§ 12 Abs. 1 Nr. 5 und 6 – neu – WaffG)

Artikel 1 § 12 Abs. 1 ist wie folgt zu ändern:

a) In Nummer 5 ist der Punkt durch ein Semikolon zu ersetzen.

b) Nach Nummer 5 ist folgende Nummer 6 anzufügen:

„6. a) durch Fund (§ 965 Abs. 1 des Bürgerlichen Gesetzbuches) erwirbt, sofern er die Waffe unverzüglich dem Verlierer, dem Eigentümer, einem sonstigen Erwerbsberechtigten oder der für die Entgegennahme der Fundanzeige zuständigen Stelle abliefern,

b) als Gerichtsvollzieher oder Vollziehungsbeamter in einem Vollstreckungsverfahren erwirbt.“

Begründung

Nachdem der Erwerb und Besitz von Waffen (Schusswaffen) ohne Erlaubnis nach § 2 Abs. 2 in den meisten Fällen unter Strafe gestellt ist und der Betroffene in den genannten Fällen nicht weiß, dass er demnächst eine Waffe (Schusswaffe) in den Händen halten wird und dementsprechend auch keine Erwerbserlaubnis beantragt, bedarf es einer Ausdehnung des erlaubnisfreien Erwerbs- und Besitzvorganges. Das geltende Recht (§ 28 Abs. 4) trägt dem Rechnung.

25. Zu Artikel 1 (§ 12 Abs. 2 Nr. 2 WaffG)

In Artikel 1 § 12 Abs. 2 ist Nummer 2 wie folgt zu fassen:

„2. auf einer Schießstätte (§ 27) Munition unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 5 zum sofortigen Verbrauch lediglich auf dieser Schießstätte erwirbt.“

Begründung

Der vorgeschlagene Text dient der eindeutigen Normierung des beabsichtigten Regelungszwecks (Begründung S. 114) und damit der Rechtsklarheit.

26. Zu Artikel 1 (§ 12 Abs. 5 – neu – WaffG)

In Artikel 1 ist dem § 12 folgender Absatz 5 anzufügen:

„(5) Erben sind zum Erwerb und Besitz der im Nachlass befindlichen Schusswaffen oder Munition auch ohne Erlaubnis berechtigt. Die Berechtigung zum Besitz endet einen Monat nach der Annahme der Erbschaft oder dem Ablauf der für die Ausschlagung der Erbschaft vorgeschriebenen Frist. Wurde innerhalb des Zeitraums nach Satz 2 die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte nach § 20 beantragt, so ist der Erbe zum Besitz der von der Antragstellung erfassten Schusswaffen bis zur Bestandskraft der Entscheidung über seinen Antrag berechtigt.“

Begründung

Die im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelungen zu der Stellung des Erben sollen mit der vorgeschlagenen Änderung präzisiert werden. Beim Erben sind zwei Fragen streng voneinander zu trennen:

Mit dem Tode des Waffenbesitzers gehen die zu seinem Vermögen gehörenden Waffen und die Munition kraft Gesetzes auf den Erben über. Der Übergang erfasst spätestens mit der Ausübung der tatsächlichen Gewalt über den Nachlass auch die tatsächliche Gewalt über die Schusswaffen und Munition. Diesen Erwerb und den anschließenden Besitz stellt § 12 Abs. 5 erlaubnisfrei und macht damit klar, dass im Erbfall die Erlaubnisvoraussetzungen nicht vorliegen müssen; auch der unzuverlässige und deshalb nicht zum Dauerbesitz berechtigte Erbe darf die Waffen (zunächst) erwerben und vorübergehend besitzen.

Dies muss trotz der in § 37 festgeschriebenen Meldepflicht gesondert geregelt werden, weil zum einen die

die Meldepflicht auslösende erste Inbesitznahme durch andere Personen als durch den Erben erfolgen kann und zum anderen im Unterschied zu § 22a Abs. 1 Nr. 6b KWKG das Waffenrecht an die unterlassene Meldung keine strafrechtliche Konsequenz anknüpft. Die Lokalisierung bei § 12 macht deutlich, dass dieser Teil des Erbenprivilegs vom sog. Besitzprivileg des § 20 zu trennen ist und außerdem auch die Munition erfasst. Die Erlaubnisfreiheit endet mit Ablauf der Frist, innerhalb derer der Erbe die WBK nach § 20 beantragen kann. Hat er sie beantragt, ohne dass über seinen Antrag endgültig entschieden ist, so verlängert sich die Zeitdauer der Erlaubnisfreiheit bis zur Entscheidung. Im Unterschied dazu ist der Munitionsbesitz nur bis zum Zeitpunkt erlaubnisfrei, bis zu dem die Munition spätestens einem Berechtigten überlassen sein muss. Dies ist sachgerecht, weil ein privilegierter Munitionsbesitz nicht vorgesehen ist.

27. **Zu Artikel 1** (§ 12 WaffG)

Der Bundesrat bittet in § 12 sicherzustellen, dass Schusswaffen außerhalb von Schießstätten – ohne zusätzliche Erlaubnis – geführt werden können, wenn dies für offiziell anerkannte Wettbewerbe und das Training hierfür (insbesondere beim Biathlon) notwendig ist. Dies dürfte sicherheitsrechtlich unproblematisch sein.

28. **Zu Artikel 1** (§ 13 Abs. 1 Satz 1 WaffG)

In Artikel 1 § 13 Abs. 1 Satz 1 sind nach dem Wort „Schusswaffen“ die Wörter „oder Munition“ einzufügen.

Begründung

Die Einfügung entspricht dem Sinn und Zweck der Vorschrift und der Formulierung in der Überschrift.

29. **Zu Artikel 1** (§ 13 Abs. 1 Nr. 1 WaffG)

In Artikel 1 sind in § 13 Abs. 1 Nr. 1 nach dem Wort „Jagdausübung“ die Wörter „oder zum Training im jagdlichen Schießen einschließlich jagdlicher Schießwettkämpfe“ einzufügen.

Begründung

Von Jagdscheininhabern wurden und werden nicht selten Schusswaffen erworben, die nur zum Übungsschießen (Trainieren) benötigt werden, weil sie wegen der daraus zu verschießenden Munition preisgünstiger sind als das bei ihnen zur Jagd geführten Waffen der Fall wäre. Die regelmäßige Teilnahme an Übungsschießen ist aus Gründen des Tierschutzes unverzichtbar und kann auf diese Weise gefördert werden.

30. **Zu Artikel 1** (§ 13 Abs. 2 Satz 1 WaffG)

In Artikel 1 ist § 13 Abs. 2 Satz 1 wie folgt zu ändern:

- a) Die Wörter „Erteilung der“ sind zu streichen.
- b) Der Angabe „§ 4 Abs. 1 Nr. 1 bis 3“ ist die Angabe „und Abs. 2“ anzufügen.

Begründung

Nach § 4 Abs. 3 sind Zuverlässigkeit und persönliche Eignung regelmäßig nach spätestens drei Jahren zu überprüfen. Auch das Vorliegen eines Bedürfnisses ist

nach § 4 Abs. 4 zweimal nach jeweils drei Jahren zu überprüfen. § 13 Abs. 2 sieht für Jäger eine Privilegierung dergestalt vor, dass Eignung und Zuverlässigkeit bei Erteilung der Waffenbesitzkarte grundsätzlich nicht überprüft werden müssen, ebenso wenig das Bedürfnis bei Inhabern von Jahresjagdscheinen. Diese Privilegierung kann sich nicht nur auf die Erteilung der Waffenbesitzkarte beschränken, sondern muss sich sinnvollerweise auch auf die spätere Überprüfung erstrecken.

Nach § 4 Abs. 2 kann die Erlaubnis zum Erwerb, Besitz, Führen oder Schießen versagt werden, wenn der Antragsteller seinen gewöhnlichen Aufenthalt nicht seit mindestens fünf Jahren in der Bundesrepublik Deutschland hat. Es könnte sich daher die Situation ergeben, dass ein Jahresjagdscheininhaber nach § 13 Abs. 3 eine Waffe zwar erlaubnisfrei erwerben kann, die Waffenbehörde aber nach Erwerb der Waffe die Ausstellung der erforderlichen Waffenbesitzkarte verweigert. Solche Situationen sollen vermieden werden.

31. **Zu Artikel 1** (§ 13 Abs. 3 Satz 2 WaffG)

In Artikel 1 sind in § 13 Abs. 3 Satz 2 die Wörter „zwei Wochen“ durch die Wörter „eines Monats“ zu ersetzen.

Begründung

Die Erfahrung mit der bisherigen Frist von einem Monat haben gezeigt, dass diese Frist angemessen ist, ohne dass sich sicherheitsrelevante Bedenken ergeben haben. Die Frist von einem Monat ist weiterhin erforderlich.

32. **Zu Artikel 1** (§ 13 Abs. 6 WaffG)

In Artikel 1 § 13 Abs. 6 sind nach dem Wort „Anschießens“ die Wörter „oder Einschießens“ einzufügen.

Begründung

Die Freistellung des Anschießens von der zusätzlichen Erlaubnispflicht für das Führen von Jagdwaffen wird den Bedürfnissen der Jägerschaft nicht gerecht. Anschießen umfasst lediglich die Überprüfung der Treffpunktlage mit wenigen Schüssen, nicht jedoch die erforderliche Korrektur der Visiereinrichtung bei abweichender Trefferlage und das anschließende erneute Überprüfen (Einschießen).

33. **Zu Artikel 1** (§ 13 Abs. 7 Satz 1 WaffG)

In Artikel 1 § 13 Abs. 7 Satz 1 sind nach den Wörtern „Jäger dürfen“ die Wörter „nicht schussbereite“ einzufügen.

Begründung

Eine Notwendigkeit des Umgangs mit schussbereiten Jagdwaffen durch in der Jägerausbildung befindliche Personen besteht während des erlaubnisfreien Führens „im Gelände“ regelmäßig nicht, zumal dort auch ein Schießen mit den geführten Waffen grundsätzlich nicht zulässig ist. Zur Vermeidung von Gefährdungen sowohl der an der Ausbildung Beteiligten als auch dritter Personen ist die in Artikel 1 § 13 Abs. 7 Satz 1 geregelte Befugnis zum erlaubnisfreien Führen daher entsprechend einzuschränken.

34. **Zu Artikel 1** (§ 14 Überschrift und Absatz 1 Satz 1 WaffG)

In Artikel 1 § 14 sind in der Überschrift und in Absatz 1 Satz 1 nach dem Wort „Schusswaffen“ jeweils die Wörter „oder Munition“ einzufügen.

Begründung

Die Einfügung entspricht dem Sinn und Zweck der Vorschrift, da sie neben dem Bedürfnis für Schusswaffen auch das für Munition regeln will.

35. **Zu Artikel 1** (§ 14 Abs. 1 Satz 3 WaffG)

In Artikel 1 § 14 Abs. 1 Satz 3 sind nach dem Wort „dürfen“ die Wörter „in der Regel“ einzufügen.

Begründung

Da Fälle denkbar sind, in denen auch innerhalb von sechs Monaten mehr als zwei Schusswaffen zur Ausübung einer Sportdisziplin erworben werden müssen, ist es erforderlich, hier Raum für eine Einzelfallentscheidung zu geben.

36. **Zu Artikel 1** (§ 14 Abs. 2 WaffG)

In Artikel 1 § 14 Abs. 2 sind nach dem Wort „Kurzwaffen“ die Wörter „sowie der hierfür erforderlichen Munition“ einzufügen.

Begründung

Die Einfügung entspricht dem Sinn und Zweck der Vorschrift, da sie neben dem Bedürfnis für Schusswaffen auch das für Munition regeln will.

37. **Zu Artikel 1** (§ 14 Abs. 2 Satz 2 – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 14 ist dem Absatz 2 folgender Satz 2 anzufügen:

„Der Antragsteller hat außerdem glaubhaft zu machen, dass er alle bisher vorhandenen Waffen im Sinne des Satzes 1 weiterhin zur Sportausübung benötigt.“

Begründung

§ 14 Abs. 2 wird in seiner jetzigen Fassung das Ziel, den Waffenbesitz bedürfnisbezogen zu beschränken, verfehlen. Wenn es möglich ist, mit der Bescheinigung „die Waffe wird für die Ausübung weiterer Sportdisziplinen benötigt“, mehr als die nach dem Grundkontingent des Satzes 1 vorgesehene Anzahl von Waffen (drei Mehrladelangwaffen, zwei Kurzwaffen) zu erwerben, dann wird bald die Regel faktisch die Ausnahme sein. Die Erfahrungen zeigen nämlich, dass es einen Trend zur Vermehrung von Sportdisziplinen gibt, der ohne ein Korrektiv das Grundkontingent bald ad absurdum führen wird.

Es spricht dabei nichts dagegen, leistungsorientierten Schützen den Waffenerwerb auch über den in Absatz 2 genannten Bestand hinaus zu erlauben. Voraussetzung sollte aber immer sein, dass auch die im Bestand vorhandenen Waffen weiterhin benötigt werden. Ist das nicht der Fall (geht es also nicht um eine Disziplinweiterung, sondern faktisch nur um einen Disziplinwechsel), dann ist der Sportschütze auf den Tausch zu verweisen.

38. **Zu Artikel 1** (§ 14 Abs. 3 Satz 2 WaffG)

In Artikel 1 § 14 Abs. 3 Satz 2 ist nach der Angabe „Absatz 1 Satz 2“ die Angabe „Nr. 2“ einzufügen.

Begründung

§ 14 Abs. 3 Satz 2 verlangt in der bisherigen Fassung für jede Eintragung des Erwerbs von Einzelladerlangwaffen u. a. auch eine Bescheinigung darüber, dass der Antragsteller den Schießsport seit mindestens zwölf Monaten betreibt, obwohl das Vorliegen dieser Voraussetzung bei der Erteilung der unbefristeten Erlaubnis nach Satz 1 bereits bestätigt wurde. Die vorgeschlagene Änderung dient deshalb der Reduzierung des Bescheinigungs- und Prüfungsaufwandes.

39. **Zu Artikel 1** (§ 14 Abs. 4 – neu – WaffG)

In Artikel 1 ist dem § 14 folgender Absatz 4 anzufügen:

„(4) Bei begründeten Zweifeln an der inhaltlichen Richtigkeit einer Bescheinigung im Sinne von Absatz 1 Satz 2 oder Absatz 2 und in ähnlichen Fällen ist die zuständige Behörde hieran nicht gebunden.“

Begründung

Klarstellung des Gewollten.

40. **Zu Artikel 1** (§ 15 Abs. 3 WaffG)

Artikel 1 § 15 Abs. 3 ist wie folgt zu fassen:

„(3) Die Anerkennung nach Absatz 1 oder 2 erfolgt durch das Bundesministerium des Innern im Benehmen mit den obersten Landesbehörden.“

Begründung

Nur die Anerkennung durch eine Bundesbehörde gewährleistet eine bundeseinheitliche Praxis. Dies gilt auch, wenn ein Verband zunächst nur auf dem Gebiet eines Landes tätig werden will, da nicht auszuschließen ist, dass er seine Aktivitäten auf andere Länder ausdehnen wird. Die Regelung entspricht dem Text des Entwurfs des Bundes vom 25. Februar 2001. Allerdings wurde das Wort „Einvernehmen“ in „Benehmen“ geändert, um die verfassungsrechtlichen Bedenken wegen des grundsätzlichen Verbots der Mischverwaltung auszuräumen.

41. **Zu Artikel 1** (§ 16 Abs. 2a – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 16 ist nach Absatz 2 folgender Absatz 2a einzufügen:

„(2a) Brauchtumsschützen dürfen die zur Pflege des Brauchtums benötigten Schusswaffen im Zusammenhang mit Veranstaltungen, bei denen es Brauch ist, aus besonderem Anlass Waffen zu tragen, für die eine Erlaubnis nach Absatz 2 oder nach § 42 Abs. 2 erteilt wurde, ohne Erlaubnis nach § 10 Abs. 4 führen.“

Begründung

Die Regelung übernimmt die entsprechende Bestimmung aus dem Vorentwurf vom 25. Februar 2001 (§ 14 Abs. 2), die – wohl versehentlich – nicht übernommen wurde. Damit wird die Gleichbehandlung mit den Jägern gemäß § 13 Abs. 6 WaffG („im Zusammenhang mit der befugten Jagdausübung“) herbeigeführt.

42. **Zu Artikel 1** (§ 16 Abs. 3 WaffG)

Artikel 1 § 16 Abs. 3 ist wie folgt zu fassen:

„(3) Die Erlaubnis zum Schießen mit Kartuschenmunition kann für die Dauer von fünf Jahren auch einem verantwortlichen Leiter einer Vereinigung erteilt werden, bei der es Brauch ist, aus besonderem Anlass zu schießen, wenn gewährleistet ist, dass die erforderliche Sorgfalt beachtet wird. Sie ist zu versagen, wenn

1. bei dem Antragsteller die Voraussetzungen nach § 4 Abs. 1 nicht vorliegen oder
2. Gefahren, erhebliche Nachteile oder erhebliche Belästigungen durch Auflagen nicht verhindert werden können.“

Begründung

Unter Fortführung der derzeitigen Rechtslage (§ 45 Abs. 4 WaffG in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976) soll sichergestellt werden, dass – wie bisher – die einzelnen Mitglieder einer Brauchtumsvereinigung, die zum Zweck der Ausübung des Brauchtums mit Kartuschenmunition schießen wollen, keine eigene persönliche Erlaubnis brauchen, sondern von der Vereinerlaubnis, die auf eine Einzelperson ausgestellt wird, abgedeckt sind. Diese Regelung hat seit Inkrafttreten des geltenden WaffG 1972 – also seit fast 30 Jahren – zu keiner Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geführt. Eine Eingrenzung auf Einzellader- oder Repetierlangwaffen kann unterbleiben, weil Brauchtumsschützenvereinigungen nach Absatz 1 nur ein Bedürfnis für diese Waffen haben. Der Hinweis in Ziffer 4 des Gesetzentwurfs ist entbehrlich, da § 4 Abs. 1 Nr. 5 greift. Die Formulierung „§ 4 Abs. 2 bleibt unberührt“ ist überflüssig und damit entbehrlich. Der letzte Satz kann in die WaffVwV verschoben werden. Eine Eingrenzung auf öffentliche Veranstaltungen im Sinne des Absatzes 2 ist nicht gerechtfertigt, da der Brauch des Schießens auch außerhalb öffentlicher Veranstaltungen besteht. Eine Einschränkung bei der Verweisung auf § 4 Abs. 1 Ziffer 1 bis 4 ist nicht gerechtfertigt, da beim Schießen auch die Voraussetzungen des § 4 Abs. 1 Nr. 5 (Haftpflichtversicherung) vorliegen müssen.

43. **Zu Artikel 1** (§ 16 Abs. 3 WaffG)

Der Bundesrat bittet Artikel 1 § 16 Abs. 3 (und weitere Vorschriften wie z. B. § 16 Abs. 2 über das Führen im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen, § 10 Abs. 5 über die Schießeralaubnis, die Begriffsbestimmungen in Anlage 1 und Anlage 2 Abschnitt 3 über vom Gesetz ganz oder teilweise ausgenommene Waffen) insofern nochmals zu überprüfen, als der Umgang mit Pulverböllern hier nicht eindeutig geregelt ist. Dies ist insbesondere deshalb von erheblicher Bedeutung, da Pulverböllern zur Ausübung des Brauchtums vielfach Verwendung finden.

Die Auffassung der Bundesregierung, dass Handböller bereits nach jetzigem Recht dem Schusswaffenbegriff und bestimmten Erlaubnispflichten unterliegen würden (z. B. Waffenscheinpflicht) und der Gesetzentwurf diese Rechtslage nur fortschreibe, ist höchst zweifelhaft. In § 45 Abs. 1 WaffG 1972 ist der Böller als ei-

genständiges Gerät – neben der Schusswaffe – genannt. In Nummer 16.2 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz (WaffVwV) werden nur Handböller zum Abschießen von Kartuschenmunition als Handfeuerwaffen im Sinne des § 1 Abs. 4 WaffG 1972 angesehen. Die weit häufiger vorkommenden Böller, in denen verdämmte Ladungen zum Salutschießen verwendet werden, sind nach dieser Vorschrift nur Geräte. Diese Geräte werden auch in der Vollzugspraxis ausnahmslos nicht wie Schusswaffen oder Schusswaffen gleichgestellte Geräte behandelt und unterliegen damit z. B. nicht der Erwerbserlaubnis, wohl aber der Beschusspflicht und der Schießeralaubnis. Im Unterschied dazu unterläge der Umgang mit Pulverböllern nach dem Gesetzentwurf und der Interpretation des BMI im vollen Umfang den Vorschriften des Waffengesetzes: Damit wäre der Erwerb, der Besitz, das Überlassen, Führen und Verbringen, das Schießen, Herstellen und Handeln mit Pulverböllern erlaubnispflichtig. Nur bei Pulverböllern mit Zündhütchenzündung, deren Modell vor dem 1. Januar 1871 entwickelt worden ist, ist nach Artikel 1, Anlage 2, Abschnitt 2, Unterabschnitt 2 Nr. 1.7 der Erwerb und Besitz erlaubnisfrei.

Im Ergebnis muss zweifelsfrei sichergestellt werden, dass der Umgang mit den für die Brauchtumpflege notwendigen Pulverböllern wie nach geltendem Recht geregelt und nicht erschwert wird.

Das geltende Recht führte im Laufe der letzten 30 Jahre (ab Inkrafttreten des Waffengesetzes 1972) zu keinen Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Missbrauchsfälle sind in diesem Zeitraum nicht bekannt geworden. Anders lautende Lösungen würden die Brauchtumsvereinigungen mit erheblichen Kosten und Verwaltungsaufwand belasten. Auch die Verwaltungsbehörden hätten mit weiterem Verwaltungsaufwand zu rechnen. Bei dieser Überprüfung muss auch auf die – je nach Festlegung – Folgeänderungen Rücksicht genommen werden.

44. **Zu Artikel 1** (§ 20 WaffG)

Artikel 1 § 20 ist wie folgt zu fassen:

„§ 20

Besitz von Schusswaffen durch Erben

(1) Dem Erben, der innerhalb eines Monats nach der Annahme der Erbschaft oder dem Ablauf der für die Ausschlagung der Erbschaft vorgeschriebenen Frist die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte für die im Nachlass befindlichen erlaubnispflichtigen Schusswaffen oder ihre Eintragung in eine bereits ausgestellte Waffenbesitzkarte beantragt, ist die beantragte Erlaubnis abweichend von § 4 Abs. 1 zu erteilen, wenn der Erblasser berechtigter Besitzer war und der Antragsteller zuverlässig und persönlich geeignet ist.

(2) Innerhalb der Frist des Absatzes 1 hat der Erbe die im Nachlass befindliche Munition unbrauchbar zu machen oder einem Berechtigten zu überlassen.“

Begründung

Klarstellung des Gewollten und Ergänzung des neuen § 12 Abs. 5. Die Regelung des § 20 Abs. 1 setzt einen

fristgemäß gestellten Antrag voraus und erfasst nur die Fälle, in denen der Erblasser die Waffen rechtmäßig besessen hat. Die Sonderregelung des Absatzes 1 gilt nur in Bezug auf § 4 Abs. 1. Antragsteller, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt nicht seit mindestens fünf Jahren im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, werden weiterhin von § 4 Abs. 2 erfasst.

Die nach § 20 Abs. 1 erteilten Erlaubnisse gelten nur für den Besitz der Waffen. Der endgültige Besitz der ererbten Munition ist also nur erlaubt, wenn sich die Berechtigung zum Munitionsbesitz aus einer Erlaubnis nach § 10 Abs. 3 ergibt.

45. **Zu Artikel 1** (§ 20 WaffG)

Der Bundesrat bittet zu § 20 um Prüfung, ob nicht die Möglichkeit geschaffen werden kann, dass im Falle der Minderjährigkeit eines Erben die Waffenbesitzkarte bis zum Eintritt der Volljährigkeit befristet auf den Sorgeberechtigten ausgestellt werden kann, damit dem Erben das Erbenprivileg erhalten bleiben kann.

Nach der neu eingefügten Erlaubnisvoraussetzung der vollen Geschäftsfähigkeit (§ 4 Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 6 Abs. 1 Nr. 1) für die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis ist es nicht mehr möglich – wie nach derzeitiger Rechtslage – eine waffenrechtliche Erlaubnis auf einen minderjährigen Erben auszustellen. Wird die Erlaubnis vom Erben nach Erreichen der Volljährigkeit beantragt, kann sich der Erbe nicht mehr auf das Erbenprivileg berufen und erhält die Erlaubnis nur noch bei Vorliegen sämtlicher Erlaubnisvoraussetzungen.

Die Prüfung ist auch daraufhin auszudehnen, ob die Ausnahme von dem generellen Alterserfordernis (18 Jahre nach § 4 Abs. 1 Nr. 1) z. B. in § 3 Abs. 2 (Einzel Ausnahme vom Alterserfordernis) nicht ins Leere geht, da die weitere Erlaubnisvoraussetzung der vollen Geschäftsfähigkeit nach § 6 Abs. 1 Nr. 1 bei der Erteilung einer Erlaubnis auch in diesen Fällen zusätzlich vorliegen muss.

46. **Zu Artikel 1** (§ 23 Abs. 2 Satz 2 Nummer 3 WaffG)

Artikel 1 § 23 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 ist zu streichen.

Begründung

Die Freistellung wesentlicher Teile von Schusswaffen von der Buchführungspflicht im Waffenhandel entspricht zwar dem bisher geltenden Recht, es erscheint jedoch – um bestehende Missbrauchsfälle auszuschließen – notwendig, die Buchführungspflicht auch auf wesentliche Teile von Schusswaffen zu erstrecken.

In der Vergangenheit ist es vorgekommen, dass Waf-fenhändler komplette Schusswaffen zerlegt haben, so dass sie aus dem Waffenhandelsbuch ausgetragen werden konnten. Da die einzelnen wesentlichen Teile nicht mehr buchführungspflichtig waren, bestand keine Kontrollmöglichkeit mehr, ob diese Teile tatsächlich nur Berechtigten überlassen worden sind. Es liegen jedoch Erkenntnisse vor, dass angeblich zerlegte Waffen komplett – teilweise in anderer Zusammenstellung – als Deliktswaffen wieder „aufgetaucht“ sind. Eine Überprüfung des Händlers ist kaum möglich.

47. **Zu Artikel 1** (§ 26 Abs. 1 Satz 2 WaffG)

In Artikel 1 § 26 Abs. 1 Satz 2 sind die Wörter „und Instandsetzung“ durch die Wörter „oder Instandsetzung“ zu ersetzen.

Begründung

Klarstellung des Gewollten.

48. **Zu Artikel 1** (§ 27 Abs. 1 Satz 2 WaffG)

In Artikel 1 § 27 Abs. 1 Satz 2 sind nach dem Wort „besitzt“ die Wörter „und eine Versicherung gegen Haftpflicht in Höhe von mindestens einer Million Euro – pauschal für Personen- und Sachschäden – sowie gegen Unfall in Höhe von mindestens 10 000 Euro für den Todesfall und mindestens 100 000 Euro für den Invaliditätsfall nachweist“ einzufügen.

Begründung

Eine ausreichende Versicherung gegen Haftpflicht und Unfall ist beim Betrieb einer Schießstätte erforderlich. Die Regelung übernimmt die bisherige Verwaltungspraxis (Nummer 44.3.3 WaffVwV) in das Gesetz.

49. **Zu Artikel 1** (§ 27 Abs. 4 WaffG)

Artikel 1 § 27 Abs. 4 ist wie folgt zu fassen:

„(4) Jugendliche, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, dürfen im Rahmen der Durchführung des altersgerechten Schießsports durch Schießsportvereine, die einem anerkannten Schießsportverband angehören, in Schießstätten mit Schusswaffen, die nicht von Absatz 3 erfasst werden, unter der Aufsicht verantwortlicher und zur schießsportlichen Jugendarbeit geeigneter Personen schießen, wenn die Voraussetzungen des Absatzes 3 erfüllt sind. Der Schießsportverein hat sich von der Eignung der eingesetzten Aufsichtspersonen zu überzeugen und der zuständigen Behörde die Nachweise auf Anforderung vorzulegen. Die zuständige Behörde kann einem Kind oder Jugendlichen zur Förderung des Leistungssports eine Ausnahme von dem Mindestalter des Absatzes 3 und des Satzes 1 bewilligen, wenn durch eine ärztliche Bescheinigung die geistige und körperliche Eignung und durch eine Bescheinigung des Vereins die besondere schießsportliche Begabung glaubhaft gemacht ist.“

Begründung

Ausnahmen vom Alterserfordernis des § 2 Abs. 1 bedürfen einer besonderen Begründung. Ein besonderer Grund ist die Förderung des schießsportlichen Nachwuchses (vgl. auch § 15 Abs. 1 Nr. 4b), allerdings nur in dem Rahmen, in dem auch die schießsportliche Betätigung von Erwachsenen stattfinden kann. Die nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung in § 27 Abs. 4 vorgesehene Regelung trägt diesem Gedanken nicht ausreichend Rechnung, weil sie die Einbindung der schießsportlichen Tätigkeit in die Vereins- und Verbandsstruktur der §§ 14 und 15 nicht vorsieht. Die vorgeschlagene Änderung bringt den Gedanken der Einbindung dagegen zum einen dadurch zur Geltung, dass Jugendliche nur im Rahmen von Vereinsaktivitäten unter Aufsicht mit Schusswaffen schießen dürfen; zum anderen ist es auch Sache des Vereins, sich von der Qualifikation der Aufsichtspersonen zu überzeugen.

Für eine über die Voraussetzungen des Absatzes 3 hinausgehende generelle Abweichung vom Alterserfordernis bei Personen unter 14 Jahren besteht kein Anlass. Für Kinder zwischen 12 und 14 Jahren reicht die Ausnahme des Absatzes 3 aus. Für Kinder unter zwölf Jahren ist eine generelle Ausnahme nicht angemessen. Hier ist vielmehr eine Einzelfallprüfung nach Satz 3 angebracht, die ausnahmslos nur unter den dort genannten Voraussetzungen der Eignung und besonderen Begabung zu einem positiven Ergebnis führen kann.

Ein praktisches Bedürfnis, auch ohne das Vorliegen dieser Voraussetzungen Ausnahmen vom Alterserfordernis zuzulassen, besteht ebenfalls nicht.

50. **Zu Artikel 1** (§ 27 Abs. 7 Nr. 1a – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 27 Abs. 7 ist nach Nummer 1 folgende Nummer 1a einzufügen:

„1a. Vorschriften über die Beschaffenheit, die Abnahme und regelmäßige Prüfung von Schießstätten zu erlassen.“

Begründung

Im Entwurf fehlt eine Ermächtigung zum Erlass einer Verordnung über die bauliche Beschaffenheit einer Schießstätte sowie ihre Abnahme und Prüfung (vgl. § 37 I. WaffV).

51. **Zu Artikel 1** (§ 28 Abs. 1 Satz 1 WaffG)

Artikel 1 § 28 Abs. 1 Satz 1 ist wie folgt zu fassen:

„Ein Bedürfnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen und Munition oder zum Führen von Schusswaffen wird bei einem Bewachungsunternehmer (§ 34a der Gewerbeordnung) unter den Voraussetzungen des § 19 für die Bewachung von Personen oder Sachen anerkannt.“

Begründung

Die Änderung dient der Klarstellung, dass Bewachungsunternehmer oder Wachpersonen bei der Bewachung von Personen oder Sachen erheblich gefährdet sein können und sich daraus ein waffenrechtliches Bedürfnis ergeben kann. Dass diese Voraussetzung für die Erteilung der beantragten waffenrechtlichen Erlaubnis vorliegt, hat der Bewachungsunternehmer durch Vorlage von Unterlagen mit konkreten Angaben (z. B. Bewachungsaufträge oder entsprechende Vorverträge, Anfragen) glaubhaft zu machen.

52. **Zu Artikel 1** (§§ 29 bis 33 WaffG)

Der Bundesrat stellt fest, dass Artikel 1 Unterabschnitt 5 (§§ 29 bis 33 WaffG) über das Verbringen von Waffen und Munition in den, durch den oder aus dem Geltungsbereich des Gesetzes einer grundlegenden Überarbeitung bedarf.

Der Unterabschnitt 5 beschränkt sich darauf, die geltenden Bestimmungen des § 27 WaffG und der §§ 9a bis 9d der 1. WaffV zusammenzufassen. Mit diesen Vorschriften wurde die EG-Waffenrichtlinie 91/477/EWG vom 18. Juni 1991 umgesetzt. Da diese Richtlinie teilweise unvollständig und unklar in ihrem Regelungsgehalt war und sie frühestens im kommenden Jahr durch eine überarbeitete Fassung abgelöst werden

soll, ist es geboten, die wesentlichen Defizite der geltenden Regelungen bereits im gegenwärtigen Stadium weitestgehend zu bereinigen und nicht die Neufassung der EG-Waffenrichtlinie abzuwarten.

53. **Zu Artikel 1** (§ 36 Abs. 2 Satz 2 WaffG)

In Artikel 1 § 36 Abs. 2 Satz 2 ist das Wort „Langwaffen“ durch das Wort „Einzelladerlangwaffen“ zu ersetzen.

Begründung

Durch die Änderung wird die grundsätzliche Zulässigkeit der Aufbewahrung von erlaubnispflichtigen Langwaffen in Behältnissen der „Stufe A“ (VDMA 24992) über die quantitative Begrenzung des Entwurfs hinaus auch in Abhängigkeit von der Waffenart weitergehend beschränkt. Da diese Behältnisse entsprechend auch den Ausführungen der Entwurfsbegründung selbst bei Benutzung von nur leichten und mechanisch wirkenden Werkzeugen nur einen geringen Schutz gegen einen unberechtigten Zugriff bieten, erscheint insbesondere deren weitere uneingeschränkte Verwendung zur Aufbewahrung auch von besonders kriminalitätsrelevanten Langwaffen (z. B. sog. Pump-Guns) oder von im Fall eines Missbrauchs etwa infolge der Feuergeschwindigkeit besonders gefährlichen automatischen Langwaffen nicht als zweckdienlich. Daher wird die grundsätzliche Regelung des Artikels 1 § 36 Abs. 2 auf Einzelladerlangwaffen beschränkt, so dass Repetier- und Selbstladelangwaffen entsprechend der allgemeinen Verfahrensweise bei Kurzwaffen in höherwertig klassifizierten Behältnissen aufbewahrt werden müssten. Innerhalb der auf Grundlage von Artikel 1 § 36 Abs. 5 zu erlassenden Ausführungsregelungen wäre dann unter Umständen zu prüfen, ob insbesondere im Bereich der Repetierlangwaffen beispielsweise im Hinblick auf die erheblichen Unterschiede in der Bedienung, Wirkung und Auffälligkeit Lockerungen für bestimmte Unterarten vorgenommen werden können.

54. **Zu Artikel 1** (§ 36 Abs. 3 WaffG)

Artikel 1 § 36 Abs. 3 ist wie folgt zu fassen:

„(3) Wer Schusswaffen, Munition oder verbotene Waffen besitzt oder die Erteilung einer Erlaubnis zum Besitz beantragt hat, hat der zuständigen Behörde die zur sicheren Aufbewahrung getroffenen oder vorgesehenen Maßnahmen auf Verlangen nachzuweisen. Besitzer von Schusswaffen, Munition oder verbotenen Waffen haben außerdem der Behörde zur Überprüfung der Pflichten aus Absatz 1 und 2 Zutritt zu den Räumen zu gestatten, in denen die Waffen und die Munition aufbewahrt werden. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 des Grundgesetzes) wird insoweit eingeschränkt.“

Begründung

Die Neufassung des Satzes 1 stellt gegenüber der bisher vorgesehenen Fassung klar, dass die Maßnahmen zur sicheren Aufbewahrung gegebenenfalls auch bereits bei der Antragstellung für eine Besitzerlaubnis nachgewiesen werden müssen. Dies versetzt die Erlaubnisbehörde in die Lage, vor Erteilung der Erlaub-

nis zu prüfen, ob eine vorschriftsmäßige Aufbewahrung gewährleistet ist (vgl. § 5 Abs. 1 Nr. 2b des Gesetzes).

Die Formulierung in Satz 2 entspricht (in leicht abgewandelter Form) § 1 Abs. 3 Satz 1 des Schornsteinfegergesetzes und gilt dort auch für Wohnräume. Das beweist, dass mit einem verdachts- und gefahrenunabhängigen Recht zum Betreten von Räumen und Wohnungen kein verfassungsrechtlicher Dammbbruch zu befürchten ist. Die Tatsache, dass das Schornsteinfegerrecht tagtäglich auch ohne Beanstandung vollzogen wird, spricht ebenfalls gegen die Befürchtung verfassungsrechtlich unzulässiger Regelungen. Wenn die von überprüfungsbedürftigen Heizungsanlagen ausgehenden Gefahren bereits einen Eingriff im Sinne des Artikels 13 Abs. 7 rechtfertigen, dann gilt dies erst recht für die Risiken einer unsachgemäßen Aufbewahrung von Waffen. Der die Grundrechtseinschränkung rechtfertigende Grund liegt – ähnlich wie bei der Überprüfung von Schornsteinen – darin, dass Schusswaffen unbestreitbar eine Gefahrenquelle darstellen, deren Kontrolle nicht allein vom Goodwill des Inhabers der Sachherrschaft oder davon abhängig sein darf, dass schon dringende Gefahren vorliegen (das ist in der Regel erst nach dem ersten Schuss der Fall).

Gleichzeitig zeigt dieses Beispiel auch, dass mit einer solchen Kontrolle eine Kriminalisierung der Duldungsverpflichteten weder gewollt ist noch zwangsläufig die Folge sein muss.

Die Notwendigkeit einer jederzeitigen Überprüfungsmöglichkeit braucht nicht mehr begründet zu werden. Die Fälle, in denen nachlässige Aufbewahrung das Leben von Kindern und Eltern verpuscht hat, die Täter oder Opfer einer unachtsamen Handhabung waren, sind genauso ein Beleg dafür wie die Amokläufe gegen unbeteiligte Personen (wie z. B. den ehemaligen Bundesminister des Innern). Ein ansatzweise wirksamer Schutz kann nur erreicht werden, wenn mit einer jederzeitigen Kontrolle gerechnet werden muss und dadurch sowohl das Risiko des Waffenmissbrauchs als auch die Notwendigkeit sorgfältiger Aufbewahrung jederzeit im Bewusstsein ist.

55. **Zu Artikel 1** (§ 36 Abs. 1 Satz 2 – neu – und Absatz 4, § 51 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 18 WaffG)

Artikel 1 § 36 Abs. 4 ist wie folgt zu fassen:

„(4) Entspricht die bisherige Aufbewahrung von Waffen und Munition, deren Erwerb und Besitz ihrer Art nach der Erlaubnis bedarf, nicht den nach Inkrafttreten dieses Gesetzes oder der auf Grundlage von § 36 Abs. 5 ergangenen Rechtsvorschriften geltenden Anforderungen, so hat der Besitzer bis zum (einsetzen: letzter Tag des vierten Monats nach Inkrafttreten des Gesetzes gemäß Artikel 17 Nr. 1 Satz 2) die ergänzenden Vorkehrungen zur Gewährleistung einer diesen Anforderungen entsprechenden Aufbewahrung vorzunehmen und dies gegenüber der zuständigen Behörde innerhalb dieser Frist anzuzeigen und nachzuweisen.“

Als Folge

ist in § 36 Abs. 1 nach Satz 1 der folgende Satz 2 einzufügen:

„Die zuständige Behörde kann zur Gewährleistung einer sicheren Aufbewahrung und zur Erfüllung der in diesem Zusammenhang dem Besitzer obliegenden Verpflichtungen die erforderlichen Anordnungen treffen und dem Besitzer eine angemessene Frist zur Umsetzung und zum Nachweis der Umsetzung gegenüber der Behörde setzen.“

ist § 51 Abs. 1 wie folgt zu ändern:

- a) in Nummer 4 ist nach der Angabe „§ 36“ die Angabe „Abs. 1 Satz 2 oder“ einzufügen sowie die Angabe „oder Abs. 4“ zu streichen;
- b) in Nummer 5 ist nach der Angabe „oder Abs. 5 Satz 1,“ die Angabe „§ 36 Abs. 4,“ einzufügen;
- c) in Nummer 18 ist die Angabe „Satz 2“ durch die Angabe „Satz 3“ zu ersetzen.

Begründung

Zu § 36 Abs. 4

Die Neufassung des Artikels 1 § 36 Abs. 4 verfolgt den Zweck, die Waffenbehörden im Zusammenhang mit der insbesondere im Bereich der erlaubnispflichtigen Waffen und Munition zeitnah gebotenen Kontrolle der Anpassung der Aufbewahrungsmodalitäten an die neue Rechtslage zu entlasten. Durch eine fristgebundene und sanktionierte gesetzliche Verpflichtung sowohl zur Vornahme der erforderlichen „Nachrüstungen“ als auch zum entsprechenden Nachweis würden die Waffenbehörden im weit überwiegenden Teil der Nachrüstungsfälle ohne jede eigene Vorleistung in den Besitz der betreffenden Nachweise gelangen und könnten diese sich anschließend auf eine Prüfung des noch verbliebenen Restbestandes und auf die quantitativ untergeordnete Vornahme der unter Umständen in diesem Rahmen noch erforderlichen Einzelanordnungen beschränken. Der mit dem Verfahren nach Artikel 1 § 36 Abs. 4 des Entwurfs verbundene Aufwand beispielsweise in Gestalt der behördlichen Prüfung des gesamten Erlaubnisbestandes zur Ermittlung der Nachrüstungsfälle nach Aktenlage, der nachfolgenden umfangreichen Verfahren nach Artikel 1 § 36 Abs. 3 zur Ermittlung des insofern tatsächlich noch bestehenden Nachrüstungsbedarfs und der letztendlich dann durchzuführenden kompletten Einzelanordnungsverfahren in einer Vielzahl von Fällen könnte auf diesem Weg entscheidend verringert werden. Darüber hinaus bietet die Neufassung den Vorteil, dass im Gegensatz zu dem vom Entwurf vorgeschlagenen Lösungen hier keine Unklarheiten vor allem hinsichtlich des Zeitpunktes der konkreten Verbindlichkeit der neuen Aufbewahrungsregelungen und des hiermit korrespondierenden Eingreifens von Sanktionen im Fall der Nichtbefolgung entstehen. Für den Bereich der im Erwerb und Besitz erlaubnisfreien Waffen und Munition erscheint jedoch eine allgemeine Überprüfung sämtlicher Besitzer als weder auf Grundlage behördlicher Einzelverfahren noch durch Aufnahme von unmittelbaren gesetzlichen Nachweisverpflichtungen realisierbar. Die

Kontrolle der Einhaltung der hier sofort und uneingeschränkt geltenden neuen Anforderungen an eine sichere Aufbewahrung im Sinne des Artikels 1 § 36 Abs. 1 Satz 1 oder entsprechend den auf Grundlage von Artikel 1 § 36 Abs. 5 unter Umständen noch ergehenden Konkretisierungen wird in diesem Bereich nach wie vor auf Grundlage von Einzelermittlungen und Einzelanordnungen in denjenigen Fällen erfolgen müssen, in denen der Waffenbehörde ein derartiger Waffenbesitz positiv bekannt geworden ist (etwa bei Beantragung des „Kleinen Waffenscheines“ oder durch auftretende Zwischenfälle mit Druckluftwaffen ...).

Zur Folgeänderung in § 36

Die Neufassung des Artikel 1 § 36 Abs. 4 macht es erforderlich, die behördliche Anordnungsbefugnis in Aufbewahrungsfragen, die zumindest nach der Entwurfsbegründung zu dieser Vorschrift bisher in ihrer Reichweite ebenfalls einigen Zweifeln unterliegen dürfte, neu zu platzieren und eindeutig als allgemeine Ermächtigungsgrundlage auszugestalten. Zu diesem Zweck wird Artikel 1 § 36 Abs. 1 um einen neuen Satz 2 ergänzt.

Zur Folgeänderung in § 51

Es handelt sich zunächst um Folgeänderungen insbesondere zur Verlagerung der Befugnis der Waffenbehörden zum Erlass von Anordnungen im Zusammenhang mit der sicheren Aufbewahrung von Waffen und Munition. Darüber hinaus wird die Verletzung der im neugefassten Artikel 1 § 36 Abs. 4 vorgesehenen Anzeige- und Nachweispflicht ebenfalls selbstständig sanktioniert, um neben einer schlichten Vornahme der Nachrüstungen (bußgeldbewehrt nach Nummer 18) auch eine entsprechende Information der zuständigen Behörde sicherzustellen.

56. **Zu Artikel 1** (§ 37 Abs. 3 Satz 1 WaffG)

In Artikel 1 § 37 Abs. 3 Satz 1 sind die Wörter „eines Monats“ durch die Wörter „zweier Wochen“ zu ersetzen.

Begründung

Die Frist soll verkürzt werden, da es keinen Grund für eine längere als die in den übrigen Vorschriften gewählte Frist gibt.

57. **Zu Artikel 1** (§ 38 Nr. 1 Buchstabe d WaffG)

In Artikel 1 § 38 Nr. 1 Buchstabe d ist das Wort „Besitzberechtigung“ durch die Wörter „Berechtigung zum Besitz oder zum Führen“ zu ersetzen sowie nach der Angabe „§ 12 Abs. 1 Nr. 1 und 2“ die Angabe „oder § 28 Abs. 4“ einzufügen.

Begründung

In § 28 Abs. 4 wird die Möglichkeit eingeräumt, dass der Waffenschein, ohne dass deren Personalien aufgenommen werden, auch für die in § 28 Abs. 3 bezeichneten Personen gelten kann. Um vor Ort eine Kontrolle dieses Personenkreises zu ermöglichen, wird mit der eingefügten Ergänzung das Bewachungspersonal verpflichtet, neben dem Waffenschein eine „Waffentrageerlaubnisse“ mitzuführen.

58. **Zu Artikel 1** (§ 39 Abs. 1 Satz 3 WaffG)

In Artikel 1 § 39 Abs. 1 Satz 3 ist das Wort „nachzuweisen“ durch die Wörter „glaubhaft zu machen“ zu ersetzen.

Begründung

Einen Nachweis im streng juristischen Sinne zu verlangen wäre überzogen.

59. **Zu Artikel 1** (§ 39 Abs. 3 WaffG)

Artikel 1 § 39 Abs. 3 ist wie folgt zu fassen:

„(3) Aus begründetem Anlass kann die zuständige Behörde anordnen, dass der Besitzer von Waffen und Munition ihr diese sowie Erlaubnisscheine oder Ausnahmebescheinigungen binnen angemessener, von ihr zu bestimmender Frist zur Prüfung vorlegt.“

Begründung

Es soll eine einfachere Regelung für Zweifelsfälle geschaffen werden.

60. **Zu Artikel 1** (§ 40 Abs. 2 und 4 Satz 3 WaffG)

Artikel 1 § 40 ist wie folgt zu ändern:

a) In Absatz 2 sind die Wörter „im Sinne des Absatzes 1“ durch die Wörter „des Umgangs mit Waffen und Munition“ zu ersetzen.

b) In Absatz 4 Satz 3 sind die Wörter „nach Absatz 1“ durch die Wörter „des Umgangs mit Waffen und Munition“ zu ersetzen.

Begründung

Die Verweisung in § 40 Abs. 2 und in § 40 Abs. 4 Satz 3 auf § 40 Abs. 1 lässt offen, ob sich diese nur auf dessen Regelungsgehalt (Anleitungs- und Aufforderungsverbot) oder auf das Verbot des Umgangs mit Waffen insgesamt bezieht. Durch die vorgeschlagene Neuformulierung wird das Verbot des Umgangs mit Waffen in § 40 Abs. 2 und § 40 Abs. 4 Satz 3 ausdrücklich erwähnt und damit die notwendige Klarstellung herbeigeführt.

61. **Zu Artikel 1** (§ 40 Abs. 3 Satz 1 WaffG)

In Artikel 1 § 40 Abs. 3 Satz 1 sind die Wörter „Die zuständige Behörde“ durch die Wörter „Das Bundeskriminalamt“ zu ersetzen.

Begründung

Hiermit soll eine unterschiedliche Genehmigungspraxis in den Ländern verhindert werden. Dieses kann nur erreicht werden, wenn, wie bisher, das Bundeskriminalamt die erforderlichen Entscheidungen trifft. Denn bei der Beurteilung eines Gegenstandes im Sinne des § 40 ist hoher waffentechnischer Sachverstand erforderlich, der bei den Sachbearbeitern der Waffenbehörden nicht erwartet werden kann, da entsprechendes Fachwissen in einer Verwaltungsausbildung nicht vermittelt wird und auch nicht vermittelt werden kann.

62. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.5.6 und 1.6 – neu – WaffG)

Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 ist wie folgt zu ändern:

- a) In Nummer 1.5.6 ist der Punkt durch ein Semikolon zu ersetzen.
- b) Nach Nummer 1.5.6 ist folgende Nummer 1.6 anzufügen:
- „1.6 Gegenstände, die den Anschein vollautomatischer Kriegswaffen hervorrufen.“

Begründung

Beibehaltung des jetzt durch § 37 Nr. 1e, 10 und 11 geregelten Rechtszustandes. Die für die Aufhebung dieser Bestimmungen angeführte Begründung überzeugt nicht. Das Gefahrenpotential liegt bei diesen Gegenständen in der Verwechselbarkeit mit wirklich gefährlichen Waffen und damit in einem äußerst wirksamen Drohpotential, das z. B. bei Flugzeugentführungen wirksam eingesetzt werden kann.

63. Zu Artikel 1 (§ 43 WaffG)

Der Bundesrat bittet zu prüfen, ob durch Ergänzung des § 68 SGB X eine Übermittlungsregelung geschaffen werden kann, aufgrund derer den Waffenerlaubnisbehörden Tatsachen i. S. von § 6 Abs. 1 Nr. 2 mitgeteilt werden dürfen.

Begründung

Der im § 43 Abs. 1 Satz 2 enthaltene Vorbehalt gegenüber bereichsspezifischen Regelungen, die einer Datenübermittlung entgegenstehen, kann dazu führen, dass ein Sozialarbeiter oder Arzt, der Kenntnis davon erhält, dass z. B. ein Trunk- oder Drogensüchtiger Waffen besitzt, diesen Umstand aber nicht der zuständigen Behörde übermitteln darf. Ob eine über § 43 weitergehende Datenübermittlung im Rahmen der Anwendbarkeit des § 34 StGB unter Berufung auf einen rechtfertigenden Notstand zulässig ist, ist strittig und greift auch nur bei gegenwärtigen, nicht anders abwendbaren Gefahrenlagen.

64. Zu Artikel 1 (§ 43 a – neu – WaffG)

Artikel 4a – neu – § 2 Abs. 2 Nr. 4 und § 17 Abs. 1 Satz 2 MRRG

- a) In Artikel 1 ist nach § 43 folgender § 43a einzufügen:

„§ 43a

Übermittlungen an und von Meldebehörden

(1) Die für die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis zuständige Behörde teilt der für den Antragsteller zuständigen Meldebehörde die erstmalige Erteilung einer Erlaubnis mit. Sie unterrichtet ferner diese Behörde, wenn eine Person über keine waffenrechtlichen Erlaubnisse mehr verfügt.

(2) Die Meldebehörden teilen den Waffenerlaubnisbehörden Namensänderungen, Wegzug und Tod der Einwohner mit, für die das Vorliegen einer waffenrechtlichen Erlaubnis gespeichert ist.“

- b) Nach Artikel 4 ist folgender Artikel 4a einzufügen:

„Artikel 4a

Änderung des Melderechtsrahmengesetzes

Das Melderechtsrahmengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1994 (BGBl. I

S. 1430), zuletzt geändert durch ... wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 2 werden nach den Wörtern „bei staatsangehörigkeitsrechtlichen“ die Wörter „und waffenrechtlichen“ eingefügt und folgende Nummer 4 angefügt:

„4. die Tatsache, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist sowie die diese Tatsache mitteilende Behörde mit Angabe des Tages der erstmaligen Erteilung.“

2. In § 17 Abs. 1 Satz 2 wird die Angabe „Nr. 1 und 3“ durch die Angabe „Nr. 1, 3 und 4“ ersetzt.“

Begründung

Zu Buchstabe a

Mit der Änderung soll einem bisher bestehenden Vollzugshindernis begegnet werden, das sich daraus ergibt, dass die Waffenbehörden oft erst bei der Regelüberprüfung den Wegzug oder Tod eines Erlaubnisinhabers feststellen konnten. Gerade im Todesfalle hatte dies häufig zur Folge, dass aus Unkenntnis, Leichtsinn oder Vorsatz Waffen verschwunden waren. Um dies einzudämmen, müssen die Waffenbehörden zeitnah über Ereignisse wie Namensänderung, Umzug oder Tod unterrichtet werden. Diese Zeitnähe dürfte das Melderegister am besten gewährleisten. Es kann sie aber nur gewährleisten, wenn auch bekannt ist, dass die Waffenbehörden unterrichtet werden müssen. Dies wiederum wird durch eine Mitteilung nach der erstmaligen Erteilung einer Erlaubnis sichergestellt. Die Mitteilung enthält nur die Information, dass ein Einwohner eine waffenrechtliche Erlaubnis innehat. Weder die Art der Erlaubnis noch Anzahl oder Typ der von der Erlaubnis erfassten Waffen werden übermittelt.

Zu Buchstabe b

Zu Nummer 1

Diese Nummer regelt die mit der Einführung des § 43a notwendig verbundene Änderung im MRRG hinsichtlich der Ausweitung der Speicherbefugnis.

Zu Nummer 2

Es handelt sich um eine notwendige Folgeänderung zu der Erweiterung der Speicherbefugnis des § 2 Abs. 2 MRRG. Bei Umzügen muss sichergestellt werden, dass das in § 2 Abs. 2 Nr. 4 MRRG gespeicherte Datum an die Zuzugsgemeinde übermittelt werden kann. § 17 MRRG in Verbindung mit der 1. BMeldDÜV ist die Rechtsgrundlage für den zwischen den Meldebehörden verschiedener Länder durchzuführenden Datenübermittlungen. Auf der Grundlage des § 20 Abs. 2 MRRG wäre in § 3 Abs. 1 der 1. BMeldDÜV das in § 43a beschriebene Datum einzufügen, um eine Unterrichtung der Meldebehörden bei Umzügen über Landesgrenzen hinweg zu gewährleisten. Für Umzüge innerhalb eines Landes wäre eine entsprechende landesrechtliche Regelung vorzusehen.

65. Zu Artikel 1 (§ 45 Abs. 5 WaffG)

Artikel 1 § 45 Abs. 5 ist wie folgt zu fassen:

„(5) Sofern der bisherige Inhaber nicht innerhalb eines Monats nach Sicherstellung einen empfangsbereiten Berechtigten benennt oder im Fall der Sicherstellung verbotener Waffen oder Munition nicht in dieser Frist eine Ausnahmezulassung nach § 40 Abs. 3 beantragt, kann die zuständige Behörde die sichergestellten Waffen oder Munition einziehen und verwerten. Dieselben Befugnisse besitzt die zuständige Behörde im Fall der unanfechtbaren Versagung einer für verbotene Waffen oder Munition vor oder rechtzeitig nach der Sicherstellung beantragten Ausnahmezulassung nach § 40 Abs. 3. Der Erlös aus einer Verwertung der Waffen oder Munition steht nach Abzug der Kosten der Sicherstellung, Verwahrung und Verwertung dem nach bürgerlichen Recht bisher Berechtigten zu.“

Begründung

In Abweichung von der gegenwärtigen Rechtslage (§ 37 Abs. 5, § 40 Abs. 2, § 48 Abs. 2 Satz 2 WaffG aktueller Fassung) lässt Artikel 1 § 45 Abs. 5 die Einziehung und damit letztlich auch die Verwertung sichergestellter Waffen oder Munition nur unter der Voraussetzung zu, dass insbesondere die Einziehung der Abwehr einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung und somit praktisch der Verhinderung eines bei ungehindertem Fortbestehen der Sachlage drohenden Schadeneintrittes dient. Mit Ausnahme ganz besonderer Konstellationen (unzureichende Aufbewahrungsmöglichkeiten ...) wird die öffentliche Verwahrung sichergestellter Waffen oder Munition jedoch in aller Regel keine konkreten Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung hervorbringen, so dass die Waffenbehörden im Ergebnis praktisch dauerhaft an einer Einziehung und Verwertung der sichergestellten Waffen oder Munition gehindert wären und diese Gegenstände insbesondere im Fall der Passivität des bisherigen Inhabers unter Umständen „endlos“ aufbewahren müssten. Zur Verhinderung derartiger Missstände ist auch weiterhin eine Ausgestaltung der betreffenden behördlichen Befugnisse in Abhängigkeit vor allem von der Bereitschaft des bisherigen Inhabers zur umgehenden und waffenrechtlich einwandfreien Beendigung der öffentlichen Verwahrung geboten.

66. Zu Artikel 1 (§ 47 Abs. 1 WaffG)

Artikel 17 Nr. 1 Satz 1

Artikel 1 § 47 Abs. 1 ist wie folgt zu fassen:

„(1) Die Landesregierungen oder die von ihnen durch Rechtsverordnung bestimmten Stellen können durch Rechtsverordnung die für die Ausführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden bestimmen, soweit nicht Bundesbehörden zuständig sind.“

Als Folge

ist in Artikel 17 Nr. 1 Satz 1 nach der Angabe „§ 46,“ die Angabe „§ 47 Abs. 1,“ einzufügen.

Begründung zu § 47 Abs. 1

Soweit die Länder über keine ausreichende landesrechtliche Ermächtigung zur Bestimmung der sachlich

zuständigen Behörden verfügen, ergibt sich aus der Regierungsfassung des Artikels 1 § 47 Abs. 1 die Notwendigkeit, die für die Ausführung des Waffengesetzes zuständigen Behörden des Landes durch Landesgesetz festzulegen oder durch Landesgesetz eine entsprechende Verordnungsermächtigung zu schaffen. Ein aufwändiges Gesetzgebungsverfahren in den Ländern erscheint schon unter zeitlichen Aspekten unzumutbar. Deshalb ist entsprechend der bisherigen Rechtslage (vgl. § 50 Abs. 1 WaffG) in § 47 Abs. 1 eine an die Landesregierungen gerichtete Verordnungsermächtigung vorzusehen, von der die Länder bei Bedarf Gebrauch machen können, ohne aber hierzu verpflichtet zu sein. Damit wären die Länder gemäß Artikel 80 Abs. 4 GG wahlweise auch zu einer Regelung durch Gesetz befugt.

Begründung zur Folgeänderung

Notwendige Folgeänderung aufgrund der Schaffung von Verordnungsermächtigungen in Artikel 1 § 47 Abs. 1.

67. Zu Artikel 1 (§ 47 Abs. 3 – neu – WaffG)

In Artikel 1 ist dem § 47 folgender Absatz 3 anzufügen:

„(3) Zuständig für die Entscheidungen nach § 2 Abs. 5 ist das Bundeskriminalamt.“

Begründung

Konsequenz aus der Ergänzung des § 2. Zuständig für die Einstufung ist nach § 47 Abs. 3 das Bundeskriminalamt. § 47 WaffG ergänzt insoweit das BKAG. Die Zuständigkeit für länderübergreifende Einzelfallentscheidungen ist nicht systemfremd. Das BKA ist z. B. auch jetzt schon nach § 33d Abs. 2 GewO für die Unbedenklichkeitsbescheinigungen bei Spielen zuständig. Die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Einstufungen nach dem Waffengesetz ist den Kernaufgaben des BKA sicherlich näher als die Entscheidung über Spiele mit Gewinnmöglichkeiten.

68. Zu Artikel 1 (§ 48 Abs. 2 Nr. 4a – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 48 Abs. 2 ist nach Nummer 4 folgende Nummer 4a einzufügen:

„4a. Ausnahmewilligungen nach § 42 Abs. 2 die Behörde, in deren Bezirk die Veranstaltung stattfinden soll,“.

Begründung

Es erscheint wegen der Sach- und Ortsnähe geboten, entsprechend der bisherigen Rechtslage für die Ausnahmen vom Verbot des Führens von Waffen bei öffentlichen Veranstaltungen die örtliche Zuständigkeit der Behörde vorzusehen, in deren Bezirk die Veranstaltung stattfinden soll.

69. Zu Artikel 1 (§ 50 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Buchstabe c, Absatz 3 Nr. 1 und 3 und § 51 Abs. 1 Nr. 2)

Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:

a) § 50 ist wie folgt zu ändern:

aa) In Absatz 1 Nr. 1 und 2 Buchstabe c sind jeweils nach dem Wort „herstellt“ die Wörter „, bearbeitet, instandsetzt“ einzufügen.

bb) Absatz 3 ist wie folgt zu ändern:

aaa) In Nummer 1 sind nach dem Wort „herstellt“ die Wörter „, bearbeitet, instandsetzt“ einzufügen.

bbb) In Nummer 3 sind nach den Wörtern „Schusswaffe herstellt“ die Wörter „, bearbeitet, instandsetzt“ einzufügen.

b) In § 51 Abs. 1 Nr. 2 sind nach dem Wort „herstellt“ die Wörter „, bearbeitet, instandsetzt“ einzufügen.

Begründung

Die Ergänzungen dienen der unter Bestimmtheitsgesichtspunkten gebotenen Klarstellung, dass als Tathandlungen in den genannten Vorschriften neben dem Herstellen auch das Bearbeiten und Instandsetzen als Unterarten der Waffenherstellung in Betracht kommen, wie das auch bei den vergleichbaren Vorschriften des Waffengesetzes in der bisherigen Fassung der Fall ist. Nach der Anlage 1 (zu § 1 Abs. 4 WaffG), Abschnitt 2 Nr. 7 betreibt Waffenherstellung, wer Schusswaffen oder Munition herstellt oder bearbeitet oder instandsetzt. Dies entspricht der Rechtslage im bisherigen Recht (vgl. § 7 Abs. 1 Nr. 1 WaffG 1972).

70. Zu Artikel 1 (§ 50 Abs. 3 Nr. 5 Buchstaben a und b – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 50 Abs. 3 sind nach Nummer 5 folgende Nummern 5a und b einzufügen:

„5a. entgegen § 28 Abs. 2 eine Schusswaffe führt,

5b. entgegen § 28 Abs. 3 Satz 2 eine Schusswaffe überlässt.“

Als Folge

ist in § 51 Abs. 1 die Nummer 14 zu streichen.

Begründung

Das unberechtigte Führen von Schusswaffen durch Bewachungsunternehmer oder Wachpersonen (entgegen § 28 Abs. 2 Satz 1) und das Überlassen von Schusswaffen durch Bewachungsunternehmer an Wachpersonen ohne die in § 28 Abs. 3 Satz 2 verlangte Zustimmung sollte entsprechend § 50 Abs. 3 Nr. 2 bzw. Nr. 6 ebenfalls mit Strafe bedroht werden.

71. Zu Artikel 1 (§ 50 WaffG)

Der Bundesrat bittet, im weiteren Gesetzgebungsverfahren dafür zu sorgen, dass auch im Anschluss an die Strafvorschriften des Waffengesetzes eine bereichsspezifische Kronzeugenregelung nebst strafprozessualen Begleitregelungen entsprechend dem Gesetzentwurf des Bundesrates vom 9. März 2001 zur Ergänzung der Kronzeugenregelungen im Strafrecht – Bundesratsdrucksache 395/00 (Beschluss) – vorgesehen wird.

72. Zu Artikel 1 (§ 50 WaffG)

Der Bundesrat bittet zu § 50, im weiteren Gesetzgebungsverfahren einen § 52a WaffG 1972 entsprechenden Verbrechenstatbestand betreffend vollautomati-

sche Selbstladewaffen vorzusehen. Die vollständige Streichung des Verbrechenstatbestandes des § 52a WaffG 1972 ist nicht hinnehmbar. Die Streichung hätte zur Folge, dass die bisher in § 52a Abs. 1 Nr. 1 WaffG 1972 geregelten Fälle betreffend vollautomatische Selbstladewaffen nach dem Vergehenstatbestand des § 50 Abs. 1 Nr. 1 zu ahnden wären. Außer der damit verbundenen negativen Signalwirkung hätte dies zur Konsequenz, dass die zahlreichen an die Kennzeichnung einer Tat als Verbrechen anknüpfenden Regelungen (insbesondere § 30 StGB) nicht anwendbar wären, da die Wahl eines Strafzumessungsgrundes den Deliktcharakter unverändert lässt. Soweit in der Begründung des Entwurfs darauf verwiesen wird, dass für § 52a WaffG 1972 nach der grundsätzlichen Trennung des Waffengesetzes vom Kriegswaffenkontrollgesetz nur ein eingeschränkter Anwendungsbereich verbliebe, rechtfertigt dies eine Herabstufung des betreffenden Straftatbestandes vom Verbrechen zum Vergehen nicht. Insbesondere erfasst § 52a Abs. 1 Nr. 1 WaffGE 1972 über Kriegswaffen hinaus auch „zivile“ vollautomatische Selbstladewaffen (vgl. Erbs/Kohlhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, § 52a WaffG, Rn. 2).

73. Zu Artikel 1 (§ 51 Abs. 1 Nr. 5 WaffG)

In Artikel 1 § 51 Abs. 1 Nr. 5 ist nach der Angabe „§ 10 Abs. 1 Satz 4,“ die Angabe „§ 18 Abs. 2 Satz 3,“ sowie nach der Angabe „§ 29 Abs. 3 Satz 3,“ die Angabe „§ 33 Abs. 4,“ einzufügen.

Begründung

In § 51 Abs. 1 Nr. 5 fehlt die Bußgeldbewehrung bei der Fristüberschreitung der Erwerbsanzeige nach 3 Monaten des Waffenbesitzes durch Waffen- oder Munitionssachverständige (§ 18 Abs. 2 Satz 3). Dies betrifft ebenfalls die Nichtanmeldung von Waffen, die vorübergehend in die Bundesrepublik Deutschland verbracht werden (§ 33 Abs. 4).

74. Zu Artikel 1 (§ 51 Abs. 1 Nr. 17 WaffG)

In Artikel 1 § 51 Abs. 1 Nr. 17 sind nach den Wörtern „nicht aufbewahrt oder nicht“ die Wörter „, nicht vollständig,“ einzufügen.

Begründung

Die Ergänzung dient der Klarstellung, dass auch derjenige ordnungswidrig handelt, der in die in § 35 Abs. 1 Satz 4 WaffG genannten Urkunden auf Verlangen nicht vollständig Einsicht gewährt.

75. Zu Artikel 1 (§ 52 WaffG)

Artikel 1 § 52 ist wie folgt zu fassen:

„§ 52

Einziehung und erweiterter Verfall

(1) Ist eine Straftat nach § 50 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 oder Abs. 3 Nr. 1, 2 oder 3 oder Abs. 5 begangen worden, so werden Gegenstände

1. auf die sich die Straftat bezieht oder
 2. die durch sie hervorgebracht oder zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind,
- eingezogen.

(2) Ist eine sonstige Straftat nach § 50 oder eine Ordnungswidrigkeit begangen worden, so können in Absatz 1 bezeichnete Gegenstände eingezogen werden.

(3) § 74a des Strafgesetzbuches und § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden. In den Fällen des § 50 Abs. 1 oder 3 Nr. 1 bis 3 ist § 73d des Strafgesetzbuches anzuwenden, wenn der Täter gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande handelt, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Straftaten verbunden hat.

(4) Als Maßnahmen im Sinne des § 74b Abs. 2 Satz 2 des Strafgesetzbuches kommt auch die Anweisung in Betracht, binnen einer angemessenen Frist eine Entscheidung der zuständigen Behörde über die Erteilung einer Erlaubnis nach § 10 vorzulegen oder die Gegenstände einem Berechtigten zu überlassen.“

Begründung

Mit der Änderung von § 52 soll die Unterscheidung zwischen obligatorischer und fakultativer Einziehung in Anlehnung an die Regelung im bisher geltenden Recht (§ 56 Abs. 1 und 2 WaffG 1972) etabliert werden. Auf die obligatorische Einziehung in bedeutsameren Fälle sollte nicht verzichtet werden. In den betreffenden Fällen ist eine Einziehung der fraglichen Gegenstände wegen der Gefahr für die öffentliche Sicherheit geboten (vgl. Bundestagsdrucksache 8/1614, S. 15).

76. **Zu Artikel 1** (§ 56 Abs. 1 Satz 3 und 4 – neu – WaffG)

In Artikel 1 § 56 sind dem Absatz 1 folgende Sätze anzufügen:

„Hat jemand berechtigt Munition vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes erworben, für die aufgrund dieses Gesetzes eine Erlaubnis erforderlich ist, und übt er über diese bei Inkrafttreten dieses Gesetzes noch die tatsächliche Gewalt aus, so hat er diese Munition bis [einsetzen: letzter Tag des vierten auf das Inkrafttreten folgenden Monats] der zuständigen Behörde schriftlich anzumelden. Die Anmeldung muss die Personalien des Erwerbers sowie die Munitionsarten enthalten. Die nachgewiesene fristgerechte Anmeldung gilt als Erlaubnis zum Besitz der angemeldeten Munition.“

Begründung

Mit der vorgeschlagenen Ergänzung wird sichergestellt, dass Munitionsbesitzer, die Munition in Übereinstimmung mit dem bisher geltenden Recht erlaubnisfrei erworben haben, die tatsächliche Gewalt über die Munition auch weiterhin ausüben können. Dies betrifft Fälle des Munitionserwerbs vor dem 1. Januar 1973, aber auch den waffenunabhängigen Erwerb und Besitz von Munition unter den Voraussetzungen des § 29 Abs. 2 Nr. 2 und 3 WaffG a. F. Voraussetzung dafür ist die fristgerechte Anmeldung des Munitionsbesitzes mit den nach § 10 Abs. 3 Satz 2 erforderlichen Angaben. Die Regelung ist an § 59 WaffG a. F. angelehnt.

Die Frist von vier Monaten entspricht den Fristen in § 56 Abs. 7 und 8. Die Anmeldebestätigung ersetzt die nach § 10 Abs. 3 erforderliche Erlaubnis zum Besitz der Munition.

77. **Zu Artikel 1** (§ 56 Abs. 8 Satz 1 und 2 – neu – WaffG)

Artikel 1 § 56 Abs. 8 ist wie folgt zu ändern:

a) Die Wörter „der zuständigen Behörde übergibt“ sind durch die Wörter „unbrauchbar macht oder einem Berechtigten überlässt“ zu ersetzen.

b) Folgender Satz 2 ist anzufügen:

„§ 34 und § 37 Abs. 3 bleiben unberührt.“

Begründung

Zu Buchstabe a

Die vorgesehene körperliche Übergabe von Waffen an die zuständigen Behörden ist aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen problematisch (kostenträchtige Einrichtung ausreichend gesicherter Räume für die Aufbewahrung, eigentumsrechtliche Fragen, fehlende Folgeregelungen zur Verwertung und Entschädigung). Das angestrebte Ziel, dem Waffenbesitzer die Möglichkeit einzuräumen, sich der Waffe straffrei zu entledigen, lässt sich auch ohne die verwaltungsaufwändige Einbindung der zuständigen Behörde erreichen. Es erscheint ohne Sicherheitsbeeinträchtigung ausreichend, dem Betroffenen die straflose Möglichkeit der Überlassung der Waffe an einen Berechtigten oder der Unbrauchbarmachung der Waffe einzuräumen.

Zu Buchstabe b

Dieser anzufügende Satz stellt klar, dass im Falle der Überlassung der Waffe an einen Berechtigten die Amnestieregelung des Satzes 1 den Überlassenden nicht von den sich aus § 34 ergebenden Pflichten (z. B. Anzeige bei der zuständigen Behörde) entbindet.

78. **Zu Artikel 1** (§ 56 Abs. 8 WaffG)

Der Bundesrat hält die in Artikel 1 § 56 Abs. 8 vorgesehene Amnestieregelung für zu weitgehend. Durch die vorgeschlagene Regelung werden sämtliche vom Waffengesetz verbotenen Verhaltensweisen bei der Abgabe der Waffe innerhalb des Amnestiezeitraums von fünf Monaten straffrei gestellt. Es erscheint angebracht, eine entsprechende Straffreistellung jedenfalls nicht auch auf das Führen von Waffen zu erstrecken.

Des Weiteren erscheint die vorgesehene Regelung allenfalls dann gerechtfertigt, wenn die Betroffenen ihre Waffe freiwillig bei der zuständigen Behörde abgegeben haben. Daher ist es sinnvoll, eine Ausschlussregelung entsprechend der Vorschrift des § 371 Abs. 2 Nr. 1 Buchstabe b und Nr. 2 AO vorzusehen. Dementsprechend käme ein Ausschluss der Straffreiheit in Betracht, wenn dem Täter die Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens wegen waffenrechtlicher Verstöße bekannt gegeben worden ist oder die Tat im Zeitpunkt der Abgabe der Waffe bereits entdeckt war und der Täter dies wusste oder bei verständiger Würdigung der Sachlage damit rechnen musste. Überdies erscheint die vorgesehene fünfmonatige Überlegungsfrist zu lang.

79. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.1 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.1 sind nach dem Wort „Distanzinjektion,“ die Wörter „zur Markierung,“ einzufügen.

Begründung

Mit der Festlegung, dass auch Gegenstände, die zur „Markierung“ bestimmt sind und bei denen Geschosse durch einen Lauf getrieben werden, unter den Schusswaffenbegriff der Nummer 1.1 fallen, soll erreicht werden, dass z. B. Farbmarkierungsgewehre zum Markieren von Tieren in einem Pferch aus der Distanz unter das Waffengesetz fallen.

80. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.2 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.2 sind nach dem Wort „kann“ die Wörter „(z. B. Armbrüste)“ einzufügen.

Begründung

Verdeutlichung des Gewollten durch Aufnahme eines Beispiels.

81. **Zu Artikel 1** (Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.3.1 WaffG)

Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.3.1 ist wie folgt zu fassen:

„1.3.1

der Lauf, das Gasrohr, der Verschluss sowie das Patronen- oder Kartuschenlager, wenn diese nicht bereits Bestandteil des Laufes oder des Gasrohres sind; der Lauf ist ein aus einem ausreichend festen Werkstoff bestehender rohrförmiger Gegenstand, der Geschossen, die hindurchgetrieben werden, ein gewisses Maß an Führung gibt; das Gasrohr ist ein rohrförmiger Gegenstand, der ausschließlich der Ableitung der Verbrennungsprodukte dient; der Verschluss ist das unmittelbar das Patronen- oder Kartuschenlager oder den Lauf abschließende Teil;“

Begründung

Die veränderte Formulierung soll erreichen, dass Schreckschusswaffen – durch die Vermeidung des Wortes Gaslauf – unter Nummer 1.2.1 (gleichgestellte Gegenstände, die zum Abschießen von Munition bestimmt sind) subsumiert werden können und nicht – wie geschehen – unter Nummer 1.1 als Schusswaffen.

82. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Ziffer 1.3.1 WaffG)

Der Bundesrat bittet zu Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.3.1 zu prüfen, ob der „Verschluss“ als das den Lauf abschließende, nicht mehr weiter zerlegbare Teil definiert werden sollte. Die Auffassung, dass Verschlüsse häufig aus Baugruppen bestehen, die dann nicht bzw. nur mit einem Teil erfasst wären, ist nicht schlüssig. Lässt man komplette Verschlussbaugruppen aus mehreren zusammengesetzten Teilen unter dem Begriff „Verschluss“ laufen, kann bereits die einfache Wegnahme einer Schraube den rechtlichen Charakter so ändern, dass aus einem erlaubnispflichtigen Verschluss ein nicht mehr reglementiertes Teil wird. Diese allzu einfache Umgehungsmöglichkeit sollte verbaut werden.

83. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Ziffer 1.3.5 WaffG)

Der Bundesrat bittet Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.3.5 daraufhin zu überprüfen, ob sich die Erfassung von Teilen/Reststücken von wesentlichen Teilen entsprechend dem Entwurf vom 20. Juli 2000 nur auf die Läufe und Laufrohlinge beschränken sollte oder auf alle wesentlichen Teile, also auch auf den Verschluss und das Griffstück.

Im Gegensatz zu Laufabschnitten oder -resten, die in andere Waffen (z. B. Umbau Schreckschusswaffe in scharfe Waffe) eingebaut werden können, spielen Teile von Verschlüssen oder Griffstücken sicherheitsrechtlich in der Praxis keine Rolle. Hingegen schafft man mit der Aufnahme von Teilen von Griffstücken oder Verschlüssen erhebliche Vollzugsprobleme, weil Teile von Griffstücken und Verschlüssen vor allem dann, wenn es sich um sehr kleine Abschnitte handelt, als solche nur mehr schwierig identifiziert werden könnten.

Der mit der beabsichtigten Regelung verbundene Vollzugsaufwand (z. B. Sicherstellung einer großen Anzahl von Metallteilen bei einer Hausdurchsuchung als mutmaßliche Abschnitte wesentlicher Teile – über Laufabschnitte oder -reste hinaus –) steht in keinem vernünftigen Verhältnis zum Nutzen für die Innere Sicherheit.

84. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.3 Satz 4 – neu – WaffG)

Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.3 ist folgender Satz anzufügen:

„Double-action-Revolver sind keine halbautomatischen Schusswaffen.“

Begründung

Zur Vermeidung unnötiger Missverständnisse in der Rechtsprechung und im Vollzug muss im Gesetzestext klar festgelegt werden, dass Double-action-Revolver, wie in der Begründung dargelegt, nicht als Halbautomaten gelten. Dies ist insbesondere bei der Anwendung der entsprechenden Strafvorschriften für Halbautomaten (§ 50 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe b) von Bedeutung.

85. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.7 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.7 sind die Wörter „Patronen- oder“ zu streichen.

Begründung

Schreckschusswaffen besitzen nur ein Kartuschenlager, nicht aber ein Patronenlager.

86. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 3.7 WaffG)

Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 3.7 ist wie folgt zu fassen:

„3.7

Einsätze sind Teile, die den Innenmaßen des Patronenlagers der Schusswaffe angepasst und zum Verschließen von Munition kleinerer Abmessungen bestimmt sind.“

Begründung

Klarere Darstellung des Gewollten.

87. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 4 und 4.3 – neu – WaffG)

Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 ist wie folgt zu ändern:

a) In Nummer 4 sind die Wörter „keine wesentlichen Teile von Schusswaffen und ihnen nicht gleichgestellt sind für Schusswaffen bestimmte“ zu streichen.

b) Nach Nummer 4.2 ist die folgende Nummer 4.3 anzufügen:

„4.3

Die unter Nummer 4 genannten Gegenstände sind keine wesentlichen Waffenteile.“

Begründung

Durch den bisherigen Vorsatz „keine wesentlichen Teile ... sind ... entstehen Negativdefinitionen, die in Verbindung mit der „sofern“-Bedingung in Ziffer 4.2 (im selben Satz) eine unverständliche Formulierung liefern. Danach wären z. B. Nachsicht- und Zielgeräte, die keinen Bildwandler etc. besitzen, wesentliche Waffenteile, was nicht beabsichtigt sein kann.

88. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 5 – neu – WaffG)

Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 ist nach Nummer 4.2 folgende Nummer 5 anzufügen:

„5. Reizstoffe sind Stoffe, die bei ihrer bestimmungsgemäßen Anwendung auf den Menschen eine belästigende Wirkung durch Haut- und Schleimhautreizung, insbesondere durch einen Augenreiz ausüben und resorbtiv nicht giftig wirken.“

Begründung

Durch die Definition des Begriffes „Reizstoff“ mit dem Wortlaut der Ziffer 1.1 der Anlage 2 der Ersten Waffenverordnung wird sichergestellt, dass der Begriff „Reizstoff“ der z. B. in Ziffer 2.8 genannt wird, eindeutig eingegrenzt werden kann.

89. **Zu Artikel 1** (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 2.1.2 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 2.1.2 sind nach dem Wort „selbsttätig“ die Wörter „oder beim Loslassen der Sperrvorrichtung“ einzufügen.

Begründung

Viele Fallmesser besitzen eine Mechanik, bei denen die im Heft befindliche Klinge durch Drücken eines Knopfes zunächst entriegelt und ausgeschleudert werden kann. Das Feststellen der Klinge erfolgt nicht selbsttätig, weil hier der gedrückte Knopf willentlich losgelassen werden muss. Nachdem es zweifelhaft ist, ob diese Messer von der bisherigen Definition erfasst sind, bedarf es einer Klarstellung.

90. **Zu Artikel 1** (§ 50 Abs. 3 Nr. 1, § 51 Abs. 1 Nr. 2, Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 2.1.3, 2.1.4 und 2.2, 2.2.1, 2.2.2 – neu –, Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.4, 1.4.4 und 1.4.5 – neu – WaffG)

Artikel 2 § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3, Absatz 4 Satz 1, § 14 Abs. 6 Nr. 1 und 2 BeschG

a) Artikel 1 ist wie folgt zu ändern:

aa) In § 50 Abs. 3 Nr. 1 ist nach der Angabe „1.4.3“ die Angabe „1.4.4“ einzufügen.

bb) In § 51 Abs. 1 Nr. 2 sind die Wörter „Nr. 1.3.6, einen dort genannten Gegenstand“ durch die Wörter „Nr. 1.3.6 und 1.4.5, dort genannte Gegenstände“ zu ersetzen.

cc) Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 ist wie folgt zu ändern:

aaa) In Nummer 2.1.3 ist das Wort „und“ durch ein Komma zu ersetzen.

bbb) In Nummer 2.1.4 ist der abschließende Punkt durch ein Komma zu ersetzen.

ccc) Nach Nummer 2.1.4 sind die folgenden Nummern 2.2, 2.2.1 und 2.2.2 anzufügen:

„2.2

Gegenstände,

2.2.1

die bestimmungsgemäß unter Ausnutzung einer anderen als mechanischen Energie Tieren durch körperliche Berührung Verletzungen beibringen (z. B. Elektroimpulsgeräte), mit Ausnahme der ihrer Bestimmung entsprechend im Bereich der Tierhaltung Verwendung findenden Gegenstände,

2.2.2

aus denen bestimmungsgemäß zur Abwehr oder Betäubung von Tieren Reiz- oder andere Wirkstoffe versprüht oder ausgestoßen werden (z. B. Reizstoffsprühgeräte zur Tierabwehr).“

dd) Anlage 2 Abschnitt 1 ist wie folgt zu ändern:

aaa) In Nummer 1.4 ist die Angabe „bis 1.4.3“ durch die Angabe „bis 1.4.5“ zu ersetzen.

bbb) Nach der Angabe 1.4.3 sind die folgenden Nummern 1.4.4 und 1.4.5 einzufügen:

„1.4.4

Gegenstände, aus denen zur Abwehr oder Betäubung von Tieren Reiz- oder andere Wirkstoffe versprüht oder ausgestoßen werden, es sei denn, dass die Stoffe oder Gegenstände

– als gesundheitlich unbedenklich amtlich zugelassen sind,

– in der Reichweite und Sprühdauer begrenzt sind und

- zum Nachweis der Voraussetzungen der gesundheitlichen Unbedenklichkeit, der Reichweiten- und Sprühdauerbegrenzung ein amtliches Prüfzeichen tragen;

1.4.5

Gegenstände, die bestimmungsgemäß unter Ausnutzung einer anderen als mechanischen Energie Tieren durch körperliche Berührung Verletzungen beibringen (z. B. Elektroimpulsgeräte), sofern sie nicht

- als gesundheitlich unbedenklich amtlich zugelassen sind und zum Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit ein amtliches Prüfzeichen tragen oder
- bestimmungsgemäß im Bereich der Tierhaltung Verwendung finden;“

b) Artikel 2 ist wie folgt zu ändern:

aa) § 9 ist wie folgt zu ändern:

aaa) Absatz 2 ist wie folgt zu ändern:

aaaa) In Nummer 2 ist nach der Angabe „1.2.1“ die Angabe „und 2.2.1“ einzufügen.

bbbb) In Nummer 3 ist nach der Angabe „1.2.2“ die Angabe „und 2.2.2“ einzufügen.

bbb) In Absatz 4 Satz 1 ist die Angabe „Nr. 1.2.1 und 1.2.2“ durch die Angabe „Nr. 1.2.1, 1.2.2, 2.2.1 und 2.2.2“ zu ersetzen.

bb) § 14 Abs. 6 ist wie folgt zu ändern:

aaa) In Nummer 1 ist nach der Angabe „1.2.2“ die Angabe „und 2.2.2“ einzufügen.

bbb) Nummer 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. Gegenstände im Sinne von Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2.1 und 2.2.1 zum Waffengesetz.“

Begründung

Zu Buchstabe a Doppelbuchstabe aa, bb und dd

Entsprechend der Verfahrensweise bei den vom Entwurf bereits erfassten Geräten werden innerhalb weiterer Folgeänderungen auch nicht geprüfte/zugelassene „Tierabwehrgeräte“ einem waffenrechtlichen Umgangsverbot und den entsprechenden Sanktionsregelungen für den Fall der Verletzung dieses Verbots unterstellt, da anderenfalls die Beachtung der grundlegenden ordnungsrechtlichen Regelungen für diesen Bereich nicht ausreichend sichergestellt wäre.

Zu Buchstabe a Doppelbuchstabe cc

Durch die in Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2.1 und 1.2.2 vorgenommene Einordnung der Elektroimpuls- und Reizstoffsprühgeräte als tragbare Gegenstände im Sinne von Artikel 1 § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a wären auch künftig Geräte dieser Art nur dann als Waffen zu behandeln, wenn

diese dazu „bestimmt“ sind, die „Angriffs- oder Abwehrfähigkeit von Menschen“ herabzusetzen oder zu beseitigen. In Fortsetzung der insbesondere im Bereich der Reizstoffsprühgeräte gegenwärtig bereits bestehenden Unzulänglichkeiten käme eine Einstufung derartiger Geräte als Waffe dagegen nach wie vor nicht in Betracht, wenn diese insbesondere seitens der Hersteller formal als „Tierabwehrgeräte“ o. Ä. deklariert werden. Derart formal deklarierte Geräte würden somit im Gegensatz zu den als Waffen eingestuften Geräten auch weiterhin nicht dem Altersefordernis des Artikels 1 § 2 Abs. 1 und hinsichtlich ihrer Zusammensetzung, Funktion und Wirkung auch weiterhin keiner behördlichen Kontrolle/Zulassung unterliegen. Auch zukünftig könnten dann zum Beispiel Minderjährige, denen die behördlich geprüften/zugelassenen Geräte mit Waffeneigenschaft nicht zugänglich wären, behördlich nicht geprüfte/zugelassene „Tierabwehrgeräte“ mit unter Umständen identischer oder sogar größerer Wirkung, Reichweite und Gefährlichkeit legal erwerben, besitzen und „führen“. Da unzweifelhaft sowohl von einem tatsächlichen (in aller Regel auch rechtmäßigen) Einsatz dieser „Tierabwehrgeräte“ auch gegenüber Menschen beispielsweise in Notwehrsituationen als auch von einer von vornherein gezielten Anschaffung auch zu diesem Zweck ausgegangen werden muss und sich daneben die bereits vereinzelt zu verzeichnenden Fälle des Missbrauchs von Reizstoffsprühgeräten als Tatmittel ebenfalls nicht auf bestimmte Arten dieser Geräte beschränken lassen dürften, würde der weitere Verzicht auf eine behördliche Kontrolle der Inhaltsstoffe und Wirkungsweise zudem neben dem erforderlichen Schutz der Gesundheit der Verwender auch den Schutz der von der Anwendung zu Recht oder zu Unrecht betroffenen Personen auch künftig völlig vernachlässigen. Die im Entwurf weiterhin vorgesehene Differenzierung in der waffenrechtlichen Behandlung und in der beschussrechtlichen Kontrolle der Reizstoffsprüh- und Elektroimpulsgeräte praktisch allein in Abhängigkeit von der seitens des jeweiligen Herstellers verwandten Bezeichnung erscheint somit insgesamt als nicht länger hinnehmbar, zumal der weiteren Reglementierung lediglich eines Teilbereiches in Anbetracht eines hierdurch provozierten Ausweichverhaltens auch praktisch kaum eine wesentliche Wirkung zukommen könnte.

Durch Ergänzung des Artikels 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 werden mit der Folge etwa des künftigen Eingreifens des Altersefordernisses des Artikels 1 § 2 Abs. 1 auch Elektroimpuls- und Reizstoffsprühgeräte ohne formale Bestimmung zur Herabsetzung oder Beseitigung der Angriffs- oder Abwehrfähigkeit von Menschen als Waffen im Sinne von Artikel 1 § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b eingestuft. Da Artikel 1 § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b jedoch anders als Artikel 1 § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe a allein auf Eignungskriterien abstellt und auf eine Eingrenzung der erfassten Gegenstände beispielsweise durch Vorgaben zur Zweckbestimmung vollständig verzichtet, ist die Aufnahme entsprechend begrenzender Merkmale innerhalb der einzelnen Tatbestände selbst erforderlich. Hinsichtlich der Elektroimpulsgeräte erfolgt in diesem Zu-

sammenhang eine Einschränkung durch Abstellen auf eine Bestimmung zur Verletzung von Tieren und eine Freistellung von bestimmungsgemäß im Bereich der Tierhaltung benutzten Geräten (Viehtriebstöcke ...). Bei den Reizstoffsprühgeräten werden ebenfalls bereits tatbestandlich ausschließlich solche Geräte erfasst, die zur Abwehr oder Betäubung von Tieren bestimmt sind.

Zu Buchstabe b

Auf Grundlage der Einstufung als Waffe durch Ergänzung des Artikels 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 werden auch die „Tierabwehrgeräte“ den beschussrechtlichen Verfahren für die dort bereits behandelten Elektroimpuls- und Reizstoffsprühgeräte unterworfen, so dass auch bei diesen künftig auf der Basis ausführender Regelungen des Beschussrechts eine behördliche Überprüfung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit der benutzten Stoffe und erzeugten Wirkungen erfolgen könnte. Die Regelung des Artikels 2 § 14 Abs. 6 Nr. 2 soll in diesem Zusammenhang grundlegend umformuliert werden, da die Bezugnahme auf Reizstoffmengen im Hinblick auf die dort angesprochenen Elektroimpulsgeräte als unzutreffend erscheint.

91. Zu Artikel 1 (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nr. 1.4 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nr. 1.4 ist der Klammerzusatz zu streichen.

Begründung

Der Klammerzusatz ist entbehrlich, da auch ohne ihn eine eindeutige Definition der pyrotechnischen Munition (s. Ziffer 1.4.1 bis 1.4.3) vorliegt. Darüber hinaus ist der Inhalt des Klammerzusatzes missverständlich formuliert und könnte zu nicht gewollten weitreichenden Änderungen zur jetzigen Rechtslage führen.

92. Zu Artikel 1 (Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nr. 2 WaffG)

Der Bundesrat bittet zu Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nr. 2, die Definition von „Treibladungen“ nochmals zu überprüfen. Nach Auffassung des Bundesrates sind Treibladungen explosionsgefährliche oder explosionsfähige Stoffe im Sinne des Sprengstoffgesetzes, die zum Antrieb von Geschossen in, zur Knallerzeugung mit und zum Freisetzen von Wirkstoffen aus Schusswaffen und Geräten nach Nummer 1.2.1 bestimmt sind.

93. Zu Artikel 1 (Anlage 1 Abschnitt 2 Nr. 4 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 2 Nr. 4 ist das Wort „seiner“ durch die Wörter „der eigenen“ und das Wort „seines“ durch das Wort „des“ zu ersetzen.

Begründung

Die Terminologie soll an die Terminologie des § 19 Abs. 2 angepasst werden.

94. Zu Artikel 1 (Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 1.4 WaffG)

Der Bundesrat bittet zu Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 3 zu prüfen, ob Nummer 1.4 nicht ins Leere läuft und daher ersatzlos gestrichen werden könnte.

In Nummer 1.4 werden bestimmte Munitionssorten verboten, jedoch nur so lange, wie es keine Jäger und Sportschützen gibt, die legal Jagd- und Sportwaffen besitzen, in denen solche Munition verschossen werden kann. Nachdem praktisch alle auf dem Markt befindlichen Revolver und Pistolen zu Jagd- oder Sportzwecken verwendet werden können, ist der Sinngehalt der Nummer 1.4 äußerst zweifelhaft.

95. Zu Artikel 1 (Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 3.4 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 3.4 ist das Wort „, aber“ zu streichen.

Begründung

Sprachliche Änderung.

96. Zu Artikel 1 (Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 4.1 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 4.1 sind die Wörter „glattm Lauf“ durch das Wort „ausschließlich“ zu ersetzen.

Begründung

Mit dem Antrag soll klargestellt werden, dass zur Kategorie D nur lange Einzellader-Schusswaffen mit ausschließlich glatten Läufen gehören und nicht auch kombinierte lange Einzellader-Schusswaffen (z. B. Bockbüchflinten).

97. Zu Artikel 1 (Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.3 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.3 sind das Wort „sternförmige“ zu streichen sowie vor dem Wort „Wurfsterne“ die Angabe „z. B.“ einzufügen.

Begründung

Bei der einengenden Definition „sternförmig“ besteht die Gefahr, dass Anwender oder Hersteller auf Scheiben mit geschliffenem Rand mit derselben Wirkungsweise wie herkömmliche Wurfsterne ausweichen. Dies soll durch die Formulierungsänderung verhindert werden.

98. Zu Artikel 1 (Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.5 WaffG)

Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.5 ist wie folgt zu fassen:

„1.3.5

Geräte mit Reiz- und anderen Wirkstoffen, es sei denn, dass die Stoffe als gesundheitlich unbedenklich amtlich zugelassen sind und die Geräte

– in der Reichweite und Sprühdauer begrenzt sind und

– zum Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit, der Reichweiten- und der Sprühdauerbegrenzung ein amtliches Prüfzeichen tragen.“

Begründung

Die Formulierung ist genauer: Stoffe weisen keine Reichweiten- und Sprühdauerbegrenzung auf und können kein Prüfzeichen tragen.

99. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.7 WaffG)

Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.7 ist wie folgt zu fassen:

„1.3.7

Gegenstände nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.3.“

Begründung

Vereinfachung.

100. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.8 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.8 sind nach den Wörtern „zu schädigen“ die Wörter „(z. B. Nun-Chakos)“ einzufügen.

Begründung

Die Benennung eines Beispiels – wie in anderen Nummern geschehen – erhöht die Lesbarkeit und das Verständnis für das Gewollte. Der Einwand des BKA, es gebe auch nicht verbotene Nun-Chakos, greift nicht durch, da es sich bei diesen leicht zerbrechlichen Geräten nicht um Gegenstände im Sinne der Ziffer 1.3.8 handelt, die objektiv bestimmt sind, die Gesundheit durch Würgen zu beschädigen.

101. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.4.1 Satz 1 und 2 WaffG)

Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.4.1 ist wie folgt zu ändern:

a) Satz 1 ist wie folgt zu fassen:

„Spring- und Fallmesser nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 2.1.1 und 2.1.2“

b) In Satz 2 sind die Wörter „Von Satz 1“ durch das Wort „Hiervon“ zu ersetzen.

Begründung

Vereinfachung mit dem Vorteil, dass gleichlautende Definitionen in verschiedenen Anlagen auch einheitlich gefasst werden und Folgeänderung.

102. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.4.2 WaffG)

Der Bundesrat bittet zu prüfen, wie sichergestellt werden kann, dass Faustmesser mit Werkzeugcharakter, wie z. B. Abhäutemesser (auch Skinner genannt), die z. B. im Bereich der Jagd Verwendung finden, nicht als verbotene Waffen eingestuft werden. Einzelausnahmegenehmigungen sind bürgerunfreundlich und verwaltungsaufwändig.

103. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2 WaffG)

Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zu prüfen, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die in Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2 vorgesehene erweiterte Freistellung von Druckluft-, Federdruckwaffen und Waffen, bei denen zum Antrieb der Geschosse kalte Treibgase Verwendung finden, gegenständlich oder zeitlich weitergehend zu beschränken ist.

Begründung

Nach der in Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2 vorgesehenen neuen Freistellungsregelung sollen künftig alle Waffen der betreffenden Art unabhängig von der Bewegungsenergie der Geschosse von der Erlaubnispflicht für den Erwerb und Besitz freigestellt werden, sofern diese vor dem 2. April 1991 hergestellt und entsprechend den zu diesem Zeitpunkt geltenden Bestimmungen in den Handel gebracht worden sind. Gegenüber dem gegenwärtigen Rechtszustand (§ 2 Abs. 4 Nr. 3 1. WaffV) wäre hiermit eine erhebliche Ausdehnung der Freistellung vor allem insofern verbunden, als dass künftig die im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 1970 und dem 2. April 1991 im ehemals alten Bundesgebiet in den Handel gebrachten Waffen auch bei einer Bewegungsenergie der Geschosse von (unter Umständen weit) über 7,5 J nicht mehr waffenbesitzkartenpflichtig wären, sondern vielmehr erlaubnisfrei erworben und besessen werden könnten. Da die betreffenden Waffen beispielsweise im Hinblick auf die möglichen Folgen eines Missbrauchs nicht allgemein als ungefährlich oder als anderen freigestellten Waffen ohne weiteres vergleichbar angesehen werden können, erscheint eine erneute Abwägung der Vorteile und Gefahren der beabsichtigten Freistellerweiterung als dringend geboten, zumal bislang eine sachliche Begründung der Neuregelung nicht erfolgt und – anders als im Bereich der „DDR-Waffen“ – auch nicht erkennbar ist. Sofern sich im Rahmen dieser erneuten Prüfung herausstellen sollte, dass durch die beabsichtigte Neuregelung ohne sachlich zwingenden Grund eine große Anzahl von Schusswaffen mit erheblichem Gefährdungs- und Verletzungspotential einer effektiven behördlichen Kontrolle entzogen werden würde, wäre hinsichtlich des Freistellungsumfanges eine weitergehende Differenzierung und Einschränkung als unverzichtbar anzusehen.

104. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 WaffG)

Der Bundesrat bittet, zu Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2, die unterschiedlichen Regelungsinhalte für Schusswaffen mit Lunten- oder Funkenzündung (Nummern 1.8, 3.1, 4.1 und 7.7) und Schusswaffen mit Zündnadelzündung (Nummern 1.9 und 5.2) zu überprüfen und sinnvoll zu harmonisieren. Es erscheint aus sicherheitsrechtlicher Sicht vertretbar, den erlaubnisfreien Umgang – mit Ausnahme des Führens – für diese Waffen zumindest dann zuzulassen, wenn das Modell dieser Schusswaffen vor dem 1. Januar 1871 entwickelt worden ist.

105. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.10, 3.2, 4.2 und 7.8 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 sind die Nummern 1.10, 3.2, 4.2 und 7.8 jeweils wie folgt zu fassen:

„Armbrüste“.

Begründung

Folgeänderung zu Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.2. Zudem wird damit ein Widerspruch zur Anlage 2 Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 vermieden, wo Harpunengeräte weitgehend vom Waffengesetz ausgenommen werden. Harpunen entsprechen jedoch der auch hier verwendeten Definition der Ziffer 1.2.2 der Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1. Durch die ausschließliche Ausnahme von Armbrüsten wären demnach Harpunen waffenbesitzkartenpflichtig.

106. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 2, Unterabschnitt 2 Nr. 1.11 WaffG)

Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.11 ist wie folgt zu fassen:

„1.11

Kartuschenmunition für die nach Nummer 1.5 abgeänderten Schusswaffen sowie für Schussapparate nach § 7 des Beschussgesetzes;“

Begründung

Für die übrigen in den Nummern 1.5 bis 1.9 bezeichneten Schusswaffen (u. a. Vorderladerwaffen) gibt es keine Patronenmunition. Für die Schusswaffen mit Zündnadelzündung wird heute ebenfalls keine Patronenmunition gefertigt. Sollte für Zündnadelwaffen heute neue Patronenmunition hergestellt werden, unterliegt diese der Zulassung nach dem Beschussgesetz.

107. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 4 WaffG)

In Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 4 sind die Wörter „Buchstabe a“ zu streichen.

Begründung

Es erscheint geboten, die im Verhältnis etwa zu der Regelung der Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 1 unklare Bestimmung inhaltlich auch auf Waffen nach § 1 Abs. 2 Nr. 2 Buchstabe b auszudehnen, da die zum Beispiel bislang in Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 2 genannten Gegenstände zwar zum Teil waffenrechtlichen Verboten nach Anlage 2 Abschnitt 1, bei Verzicht auf derartige Verbote jedoch keiner Erlaubnispflicht unterliegen sollen. Anderenfalls beständen insbesondere im Hinblick auf die gegenwärtige Fassung des Unterabschnittes 4 im erheblichen Umfang Zweifel an der rechtlichen Einstufung beispielsweise der weiterhin privilegierten Springmesser oder der (ggf. neu aufgenommenen) geprüften/zugelassenen Elektroschock- und Reizstoffsprüngeräte im Tierbereich.

108. **Zu Artikel 1** (Anlage 2 Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 Nr. 2 WaffG)

Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 Nr. 2 ist wie folgt zu fassen:

„2. Schusswaffen, bei denen feste Körper mittelbar durch Muskelkraft angetrieben werden, mit Ausnahme von Federdruckwaffen und Armbrüsten,

wenn sie nicht getreue Nachahmungen von Schusswaffen sind, deren Erwerb der Erlaubnis bedarf.“

Begründung

Die Fassung entspricht dem Ergebnis der Beratungen der Bund-/Länderarbeitsgruppe und will sicherstellen, dass Federdruckwaffen und Armbrüste weiter vom Gesetz erfasst bleiben.

109. **Zu Artikel 2** (§ 2 Abs. 7 BeschG)

In Artikel 2 sind in § 2 Abs. 7 nach dem Wort „maßgeblich“ die Wörter „, soweit sie nicht in diesem Gesetz abweichend definiert werden“ einzufügen.

Begründung

Die Definition der Feuerwaffen in § 2 Abs. 1 Beschussgesetz weicht von der Definition in Anlage 1 zum Waffengesetz, Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2 ab. Andererseits wird in § 2 Abs. 7 Beschussgesetz festgelegt, dass waffentechnische oder waffenrechtliche Begriffe sich nach den Begriffsbestimmungen des Waffengesetzes richten. Hier ist eine Klarstellung erforderlich. Wenn schon nicht im Beschussgesetz generell die waffentechnischen Begriffe des Waffengesetzes verwendet werden, so sollte § 2 Abs. 7 zur Klarstellung ergänzt werden.

110. **Zu Artikel 2** (§ 20 Abs. 1 BeschG)

Artikel 17 Nr. 1 Satz 1

Artikel 2 § 20 Abs. 1 ist wie folgt zu fassen:

„(1) Die Landesregierungen oder die von ihnen durch Rechtsverordnung bestimmten Stellen können durch Rechtsverordnung die für die Ausführung dieses Gesetzes zuständigen Behörden bestimmen, soweit nicht Bundesbehörden zuständig sind.“

Als Folge

ist in Artikel 17 Nr. 1 Satz 1 nach der Angabe „§ 16 Abs. 2 Satz 1 und Abs. 3“ die Angabe „, § 20 Abs. 1“ einzufügen.

Begründung zu § 20 Abs. 1

Soweit die Länder über keine ausreichende landesrechtliche Ermächtigung zu Bestimmung der sachlich zuständigen Behörden verfügen, ergibt sich aus der Regierungsfassung des Artikels 2 § 20 Abs. 1 die Notwendigkeit, die für die Ausführung des Beschussgesetzes zuständigen Behörden des Landes durch Landesgesetz festzulegen oder durch Landesgesetz eine entsprechende Verordnungsermächtigung zu schaffen. Ein aufwändiges Gesetzgebungsverfahren in den Ländern erscheint schon unter zeitlichen Aspekten unzumutbar. Deshalb ist in Artikel 2 § 20 Abs. 1 eine an die Landesregierungen gerichtete Verordnungsermächtigung vorzusehen, von der die Länder bei Bedarf Gebrauch machen können, ohne aber hierzu verpflichtet zu sein. Damit wären die Länder gemäß Artikel 80 Abs. 4 GG wahlweise auch zu einer Regelung durch Gesetz befugt.

Begründung zur Folgeänderung

Notwendige Folgeänderung aufgrund der Schaffung von Verordnungsermächtigungen in Artikel 2 § 20 Abs. 1.

111. **Zu Artikel 2** (§ 21 Abs. 1 Nr. 1 BeschG)

In Artikel 2 § 21 Abs. 1 Nr. 1 ist nach der Angabe „§ 3 Abs. 1 Satz 1“ die Angabe „und 3“ einzufügen.

Begründung

Nach § 3 Abs. 1 Satz 3 muss eine zusammengesetzte Waffe mit bereits geprüften höchstbeanspruchten Teilen bei Einpassungsnacharbeit geprüft werden. Das Unterlassen der erneuten Prüfung als Ordnungswidrigkeit fehlt in § 21 Abs. 1 Nr. 1.

112. **Zu Artikel 2** (§ 21 Abs. 1 Nr. 3a – neu – BeschG)

In Artikel 2 § 21 Abs. 1 ist nach Nummer 3 folgende Nummer 3a einzufügen:

„3a. entgegen § 10 Abs. 2 keine Verwendungshinweise anbringt“.

Begründung

Bei pyrotechnischer Munition sind Verwendungshinweise anzubringen (§ 10 Abs. 2). Bei Unterlassung ist dies als Ordnungswidrigkeit in der vorliegenden Fassung des § 21 Abs. 1 Nr. 3 nicht erfasst.

113. **Zu Artikel 4** (§ 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa Stasi-Unterlagen-Gesetz)

In Artikel 4 § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa ist die Angabe „, Nr. 2“ zu streichen.

Begründung

Redaktionelles Versehen (doppelte Nennung der Nummer 2).

114. **Zu Artikel 14** Nr. 1 (§ 17 Abs. 1 Satz 3 – neu – BundesjagdG)

In Artikel 14 Nr. 1 ist Buchstabe a wie folgt zu fassen:

a) Dem Absatz 1 werden folgende Sätze angefügt:

„Fehlen die Zuverlässigkeit oder die persönliche Eignung im Sinne der §§ 5 und 6 des Waffengesetzes, darf nur ein Jagdschein nach § 15 Abs. 7

erteilt werden. Im Übrigen gilt § 4 Abs. 3 Halbsatz 1 des Waffengesetzes entsprechend.“

Begründung

In Folge der vorgesehenen Änderung hat die zuständige Jagdbehörde bei der Jagdscheinerteilung die Zuverlässigkeit und die persönliche Eignung des Antragstellers im Sinne der §§ 5 und 6 WaffG zu prüfen. Dabei bleibt jedoch offen, wann insoweit eine solche Prüfung erneut statt zu finden hat. Zwar enthält § 4 Abs. 3 WaffG die Anweisung zur erneuten Überprüfung der waffenrechtlichen Voraussetzungen, solches verlangt jedoch das Bundesjagdgesetz nicht ausdrücklich. Nach alledem empfiehlt sich eine einheitliche Regelung für alle Waffenträger.

115. **Zu Artikel 17** Nr. 1 Satz 2 (Inkrafttreten)

In Artikel 17 Nr. 1 ist in Satz 2 in der Klammer das Wort „sechsten“ durch das Wort „zwölften“ zu ersetzen.

Begründung

Das Inkrafttreten des Gesetzes muss um ein weiteres halbes Jahr hinausgeschoben werden. Die erforderliche Umsetzung des Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts in den Ländern kann insbesondere, soweit es die Umsetzung des Beschussgesetzes sowie das bei den Wirtschaftsressorts angesiedelte Waffenhandelsrecht anbelangt, nicht innerhalb eines halben Jahres sichergestellt werden. Es kommen zahlreiche neue Aufgaben auf die Landesbehörden zu, die erst durch Gesetz bzw. Rechtsverordnung neu zugewiesen werden müssen und auch einer materiell-rechtlichen Regelung im Erlassweg bedürfen. Es ist daher vor dem zeitlichen Inkrafttreten des Gesetzes ein Vorlauf von einem Jahr für die Landesbehörden unabdingbar, um einen geordneten Verwaltungsvollzug sicherzustellen.

116. **Zu Artikel 17** Nr. 2

In Artikel 17 Nr. 2 sind die Wörter „Artikel 1 § 20 Abs. 2 Satz 2 tritt“ durch die Wörter „Artikel 1 § 12 Abs. 5 Satz 3 und Artikel 1 § 20 treten“ zu ersetzen.

Begründung

Die Änderung des Artikels 17 Nr. 2 passt den Verweis der neuen Regelung in § 12 und § 20 an.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung

Die Bundesregierung äußert sich zur Stellungnahme des Bundesrates wie folgt:

Zu Nummer 1

Die Bundesregierung hat ihre Aussage zum Vollzugsaufwand bei den Gemeinden so verstanden wissen wollen, dass durch den bundesrechtlichen Gesetzentwurf unmittelbar den Gemeinden keine Aufgaben zugewiesen werden und daher kraft bundesrechtlicher Veranlassung auch kein Vollzugsaufwand auf dieser Ebene entsteht. Tatsächlich können Gemeinden dadurch mit Aufgaben des Vollzugs des Waffenrechts betraut werden, dass durch gesetzliche Regelung des Landesrechts diese Aufgabe als Auftragsangelegenheit übertragen wird, was bei kreisfreien Gemeinden regelmäßig der Fall sein wird.

In Bezug auf die vom Bundesrat geltend gemachte Hauptbetroffenheit der Länder durch Aufgabenmehrungen ist zu betonen, dass sich die Schaffung neuer Aufgaben im Zuständigkeitsbereich der Länder in Grenzen hält. In wesentlichen Teilen beschränkt sich das neue Waffenrecht auf eine Intensivierung des Vollzugs mit dem Ziel, in der Verwirklichung des aktuellen Waffenrechts erkannte Defizite zu beseitigen. Belastbare Quantifizierungen des von den Ländern veranschlagten Vollzugsaufwandes liegen nicht vor.

Zu Nummer 2 (Artikel 1 § 1 Abs. 1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Der Zweck des Waffengesetzes, der in der Vorschrift umschrieben wird, ist die Regelung des Umgangs mit Waffen oder Munition durch Privatpersonen. Dieser Umgang kann aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht schrankenlos sein. Danach ist die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nicht der primäre Zweck des Gesetzes, sie steht vielmehr lediglich den privaten Interessen des Einzelnen am Umgang mit diesen Gegenständen gegenüber und begrenzt diesen. Dieser Regelungszweck würde durch die vorgeschlagene Formulierung des § 1 Abs. 1 WaffG einseitig verengt.

Zu Nummer 3 (Artikel 1 § 2 WaffG)

Die Bundesregierung wird dem in der Prüfbitte vorgetragene Anliegen entsprechen.

Tatsächlich werden nach der Systematik des Gesetzes die Festlegungen über die Einstufung konkreter Waffen und Munition als erlaubnispflichtig erst in Anlage 2 (Waffenliste) Abschnitt 2 vorgenommen. Daher muss ein in § 2 Abs. 2 WaffG aufgestellter Grundsatz über die Erlaubnispflicht von Waffen eine Verweisung auf diese Anlage enthalten, wie dies auch in der Regelung des § 2 Abs. 3 WaffG vorliegt. Als Folge einer solchen Umformulierung des § 2 Abs. 2 WaffG wird zusätzlich eine Streichung der Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 4 erforderlich.

Die Bundesregierung wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren einen entsprechenden Vorschlag für die Neufassung der angesprochenen Bestimmungen unterbreiten.

Zu Nummer 4 (Artikel 1 § 2 Abs. 2 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den in der Prüfbitte enthaltenen Vorschlag ab.

Auf Grund der Änderung der Fassung in § 2 Abs. 2 WaffG entsprechend dem Vorschlag zu Nummer 3 erfolgt die Festlegung, welche Waffe oder Munition einer Erlaubnispflicht unterliegt, erst in Anlage 2 Abschnitt 2. Eine Eingrenzung der Erlaubnispflicht auf Schusswaffen bereits in der Bestimmung des § 2 Abs. 2 WaffG selbst ist dann nicht erforderlich und wäre auch nicht systemgerecht. Entsprechend ist auch ein Änderungsbedarf z. B. für § 8 Nr. 2, § 10 Abs. 1 und 4, § 12 Abs. 1 und 3 oder die §§ 29 bis 33 zu verneinen.

Zu Nummer 5 (Artikel 1 § 2 Abs. 5 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Nach Artikel 83 des Grundgesetzes obliegt den Ländern der Vollzug der Bundesgesetze, soweit das Grundgesetz dem Bund keine besondere Sachkompetenz für den jeweiligen Aufgabenbereich eingeräumt hat. Fehlt es an der Übertragung der Sachkompetenzen, verstoßen Mitplanungs-, Mitverwaltungs- und Mitentscheidungsbefugnisse des Bundes gleich welcher Art im Aufgabenbereich der Länder grundsätzlich gegen das grundgesetzliche Verbot der Mischverwaltung (BVerfGE 32, 145, 156; 39, 86, 120; in BVerfGE 63, 1, 36 ff. kommt das Bundesverfassungsgericht zu dem gleichen Ergebnis, stellt jedoch nicht auf den Begriff der Mischverwaltung, sondern auf „verwaltungsorganisatorische Erscheinungsformen“ ab).

Dem Bund ist nicht von vornherein eine grundgesetzliche Kompetenz zum Vollzug des Waffengesetzes eingeräumt. Er hat auch nicht von einer nach Artikel 87 Abs. 3 des Grundgesetzes bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht, für das Waffenrecht eine eigene Verwaltungszuständigkeit zu begründen.

Eine dem Vorschlag in der Stellungnahme entsprechende Regelung, die in Einzel(Zweifels-)fällen die zum Vollzug des Waffenrechts durch die Länder gehörige Aufgabenstellung der Auslegung und damit der Anwendung des Waffengesetzes einer Bundesbehörde übertragen möchte, verstieße nach alledem gegen das genannte Verbot der Mischverwaltung. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Rechtsanwendung in den Ländern sieht das Grundgesetz vielmehr insbesondere den Erlass allgemeiner Verwaltungsvorschriften im Sinne des Artikels 84 Abs. 2 des Grundgesetzes vor. Zulässig ist darüber hinaus der Erlass übereinstimmender allgemeiner Verwaltungsvorschriften der Länder (Ländererlass).

Zu Nummer 6 (Artikel 1 § 3 Abs. 1a – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Das Anliegen des Bundesrates ist zwar in Bezug auf weibliche Jugendliche verständlich. Gerade männliche Jugendliche verwenden jedoch bei gewalttätigen Auseinandersetzungen, aber auch nur zur Begehung groben Unfugs, derartige Reizstoffsprühergeräte. Diese werden – davon ist auszugehen – von diesem Personenkreis verstärkt missbräuchlich eingesetzt, wenn die Altersgrenze generell nicht auf das 18. Lebensjahr heraufgesetzt wird.

Schutzbedürftigen Jugendlichen bleibt der Erwerb, Besitz und das Führen von Reizstoffsprühergeräten auf der Grundlage des § 3 Abs. 2 jederzeit möglich.

Zu Nummer 7 (Artikel 1 § 3 WaffG)

Die Bundesregierung wird der Bitte entsprechen.

Das Waffengesetz knüpft in mehreren Bestimmungen an die Begriffe „Kinder“ und „Jugendliche“ an; es empfiehlt sich daher eine Definition der Begriffe im Waffengesetz entsprechend der Regelung im Jugendgerichtsgesetz in dem Sinne, dass ein Kind ist, wer noch nicht vierzehn Jahre, ein Jugendlicher, wer vierzehn, aber noch nicht achtzehn Jahre alt ist. Auf der Grundlage einer solchen Definition kann auch eine Korrektur der Formulierung des § 27 Abs. 4 WaffG erfolgen, die den Wortlaut dieser Vorschrift strafft. Die Fassungen der übrigen Vorschriften, in denen die in Frage stehenden Begriffe enthalten sind bzw. in denen eine Rechtsfolge an ein Kindes- oder Jugendlichenalter geknüpft werden, bedürfen aber keiner Korrektur.

Zu Nummer 8 (Artikel 1 § 4 Abs. 2a – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Eine Ergänzung der Bestimmung um den weiteren Absatz, der ausdrücklich besondere Versagungsgründe im Hinblick auf die Erteilung von Schießerlaubnissen vorsieht, ist entbehrlich. Die in der vorgeschlagenen Formulierung enthaltenen Aspekte sind im Rahmen der Erteilung einer Schießerlaubnis bei jeder Bedürfnisprüfung unter dem Gesichtspunkt der Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erfasst und zu berücksichtigen (vgl. § 4 Abs. 1 Nr. 4 und § 8 WaffG). Die Ergänzung wäre im Übrigen auch unvollständig, weil diese Umstände möglicherweise auch bei anderen Erlaubniserteilungen zu prüfen sind (z. B. bei Erteilung einer Erlaubnis zum Führen eines Waffengeschäfts in unmittelbarer Nähe einer Schule).

Zu Nummer 9 (Artikel 1 § 4 Abs. 3 Satz 2 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 WaffG kann Jägern die Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Schusswaffen und Munition in der Regel ohne Prüfung der Zuverlässigkeit erteilt werden. Diese Erleichterung gegenüber anderen Antragstellern rechtfertigt sich aus der Tatsache, dass die Erteilung eines Jagdscheins, der Voraussetzung der Anwendung der Bestimmungen insbesondere auch des § 13 Abs. 2 WaffG ist, künftig nur nach einer waffenrechtlich ausreichenden Zuverlässigkeitsprüfung durch die Jagdbehörden erfolgen darf (Artikel 14 Nr. 1 Buchstabe a). Mit der Regelung des § 13 Abs. 2 Satz 1 WaffG ist damit schon gewährleistet, dass bei Inhabern gültiger Jagdscheine auch eine nach § 4 Abs. 3 WaffG vorgeschriebene Wiederholungsprüfung in der Regel entbehrlich ist. Gleichwohl kann auf eine periodische Über-

prüfung der für das Waffenrecht elementaren Zuverlässigkeit und persönlichen Eignung auch eines Jägers im Hinblick auf dessen Umgang mit Waffen und Munition nicht immer verzichtet werden, insbesondere da diese Überprüfung nach § 4 Abs. 3 WaffG auf wesentlich mehr Erkenntnisquellen gestützt wird (vgl. § 5 Abs. 5 WaffG); sie ist erforderlich, wenn kein gültiger Jagdschein mehr vorliegt.

Zu Nummer 10 (Artikel 1 § 5 Abs. 2 Nr. 1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Hinsichtlich der Festsetzung der Strafmaßschwelle für die Regelunzuverlässigkeitsvermutung bei Erstverurteilung ist Folgendes zu berücksichtigen:

Die Rechtslage nach dem geltenden Waffengesetz geht hinsichtlich der Relevanz von strafgerichtlichen Verurteilungen von einem deliktsbezogenen Ansatz aus und stellt in den in § 5 Abs. 2 Nr. 1 des geltenden Waffengesetzes aufgezählten Deliktsgruppen unmittelbar (Buchstaben d und e) oder mittelbar (Buchstaben a bis c) einen Bezug zum Einsatz von Waffen, zu einer signifikanten Gewalttätigkeit oder zu einem Kontrollverlust in Folge von in Trunkenheit verübter Delinquenz auf. Der Regierungsentwurf eines Waffengesetzes stellt hingegen nicht mehr primär auf die Art der Straftaten, sondern auf die Rechtsfolgenseite ab. Der vorgenannte Waffenbezug im weiteren Sinn wird ausdrücklich aufgegeben. Als Folge dieser Neubestimmung der Unzuverlässigkeit in Bezug auf Straftaten ist es geboten, wegen der Ausweitung der Tatbestandsseite auf der Rechtsfolgenseite die Tagessatzgrenze für Erstverurteilungen zu Geldstrafen so anzusetzen, dass nicht nur außergewöhnlich geringfügige, sondern gemessen an der Spruchpraxis der Gerichte geringfügige Strafaussprüche von Gesetzes wegen außer Betracht bleiben. Die Tagessatzgrenze von 60 Tagessätzen entspricht der bewährten, schon jetzt ausdrücklich auf die Rechtsfolgenseite abstellenden Regelung in § 17 Abs. 4 Nr. 1 des Bundesjagdgesetzes. Insbesondere führt sie beim Massendelikt der fahrlässigen Trunkenheitsfahrt zu sachgerechten Ergebnissen, weil erstmalige Verurteilungen wegen dieses Tatbestandes nur dann zur Regelvermutung der Unzuverlässigkeit führen, wenn besondere Umstände, etwa eine gesteigerte Aggressivität des Täters oder die Verursachung von Schäden, hinzutreten.

Zu Nummer 11 (Artikel 1 § 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG)

Die Bundesregierung hält das Anliegen des Bundesrates, den Tatbestand zu konkretisieren, im Grundsatz für berechtigt.

Sie hält es aber für vorzugswürdig, sich an der verfassungsrechtlichen Umschreibung des Artikels 9 Abs. 2 des Grundgesetzes zu orientieren, und schlägt deshalb folgenden Wortlaut vor:

„3. einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung Bestrebungen verfolgen oder in den letzten fünf Jahren verfolgt haben, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind.“

Zu Nummer 12 (Artikel 1 § 5 Abs. 2 Nr. 4 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Nach dem in Artikel 104 des Grundgesetzes verankerten „Habeas corpus“-Grundsatz ist prinzipiell eine richterliche Entscheidung über den Polizeigewahrsam herbeizuführen; dies gilt auch für die in der Begründung des Bundesrates angeführte Regelung des Artikels 17 Abs. 1 Nr. 2 des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes über den Verhütungs- und Unterbindungsgewahrsam gemäß Artikel 18 des bayerischen Polizeiaufgabengesetzes.

Die Fälle, in denen wegen Erledigung der Hauptsache ausnahmsweise keine richterliche Entscheidung eingeholt werden muss, dürften in der Praxis eher die Ausnahme darstellen. In diesen Fällen erscheint es als unausgewogen, wenn die waffenrechtliche Regelunzuverlässigkeit auch ohne richterliche Kontrolle der Rechtmäßigkeit des Polizeigewahrsams gegeben wäre.

Zu Nummer 13 (Artikel 1 § 5 Abs. 2 Nr. 4 und 5 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 14 (Artikel 1 § 5 Abs. 5 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Regelung des § 5 Abs. 5 legt exakt die bundesrechtlich verpflichtend vorgeschriebenen Erkundigungen fest.

Zu Nummer 15 (Artikel 1 § 5 Abs. 5 Nr. 2 WaffG und Artikel 5 Nr. 3 – neu – § 492 Abs. 3 und 6 StPO)

Die Bundesregierung stimmt dem Anliegen des Bundesrates im Grundsatz zu, den Waffenbehörden eine unmittelbare Abfrage des Zentralen Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregisters (ZStV) zu ermöglichen.

Sie hält jedoch den konkreten Gesetzgebungsvorschlag des Bundesrates in Bezug auf den Umfang des Abfragerechts, die Zweckbindung und die Auskunftserteilung an den Betroffenen für präzisierungsbedürftig. Sie wird daher im weiteren Gesetzgebungsverfahren einen entsprechenden Formulierungsvorschlag unterbreiten.

Zu Nummer 16 (Artikel 1 § 6 Abs. 1 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag nur teilweise zu.

Die geltende Rechtslage (vgl. § 5 Abs. 2 Nr. 3 und 4 des bisherigen Waffengesetzes) ist nach Ansicht der Bundesregierung nur teilweise aufzugreifen. Nur in den Fällen der beschränkten Geschäftsfähigkeit (z. B. der Minderjährigkeit) erscheint es vertretbar, nicht einen absoluten Ausschluss der körperlichen Eignung anzunehmen. Sie wird im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens einen diesbezüglichen Vorschlag unterbreiten.

Zu Nummer 17 (Artikel 1 § 6 Abs. 1 Satz 2 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Begründung der Gegenäußerung zu Nummer 14 gilt sinngemäß.

Zu Nummer 18 (Artikel 1 § 8 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Entgegen der Annahme in der Stellungnahme orientiert sich die Feststellung eines Bedürfnisses zum Umgang mit Waffen oder Munition primär an dem Verhältnis der generellen Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung einerseits und den privaten Interessen des Einzelnen andererseits. Nach der hier vorzunehmenden Abwägung ergibt sich erst, in welchem Umfang der Umgang mit solchen Gegenständen durch Privatpersonen erlaubt ist.

Zu beachten ist hier vor allem auch, dass die Prüfung der Erlaubnisvoraussetzung des Vorliegens eines Bedürfnisses nicht auf die Frage des Erwerbs und des Besitzes von Waffen oder Munition beschränkt ist, vielmehr etwa auch im Hinblick auf Erlaubnisse zum Führen, zum Schießen, zur Herstellung oder zum Handel zu erfolgen hat.

Zu Nummer 19 (§ 9 Abs. 2 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die vorgeschlagene Ergänzung ist entbehrlich. Die Regelung erlaubt bereits die Befristung von waffenrechtlichen Erlaubnissen zu den in Absatz 1 genannten Zwecken. Aus der systematischen Stellung des § 9 ergibt sich, dass die Regelung alle waffenrechtlichen Erlaubnisse erfasst. Ist bei der Erteilung einer solchen Erlaubnis bereits konkret vorhersehbar, dass die Erteilungsvoraussetzungen wieder entfallen, wird die zuständige Behörde die Erlaubnis stets nur befristet erteilen und gegebenenfalls ihre Geltung verlängern. Im Übrigen besteht die Möglichkeit der Rücknahme und des Widerrufs der Erlaubnis.

Zu Nummer 20 (Artikel 1 § 10 Abs. 6 und 7 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Regelung findet sich bereits inhaltsgleich am systematisch richtigen Ort, nämlich in Artikel 2 § 12 BeschG. Im Beschussgesetz ist auch in § 21 Abs. 1 Nr. 5 die Bewehrung mit Bußgeld vorgenommen. Eine Doppelregelung wäre verfehlt.

Die Verortung der Regelung im Beschussgesetz, wie vom Regierungsentwurf zutreffender Weise vorgesehen, ist Konsequenz der Trennung von Waffen- und Beschussgesetz mit ihren unterschiedlichen Zielrichtungen. Selbstverständlich wird der weiterhin bestehenden sachlichen Affinität beider Regelungsbereiche dadurch Rechnung getragen werden, dass die Kenntnis der maßgeblichen beschussrechtlichen Vorschriften bei der Sachkundeprüfung nachgewiesen wird. Die Rechtsverordnung, zu deren Erlass Artikel 1 § 7 Abs. 2 WaffG die Ermächtigung enthält, wird dies im Einzelnen regeln.

Zu Nummer 21 (Artikel 1 § 11 WaffG)

Die Bundesregierung bleibt nach nochmaliger Prüfung bei der vorliegenden Fassung des § 11 Abs. 1 WaffG, auf den sich die Prüfbitte bezieht.

Die in der Vorschrift aufgestellten zusätzlichen Erfordernisse im Hinblick auf den Erwerb und Besitz von Schusswaffen nach Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 1 bis 3 (Kategorien A bis C) oder von Munition durch Personen, die ihren gewöhnlichen Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union haben, ist Folge der Bestimmung des

Artikels 9 Abs. 1 der Richtlinie 91/477/EWG – Waffenrichtlinie –. Danach dürfen solche Waffen und Munition im Interesse des anderen Mitgliedstaates diesen Personen nur ausgehändigt werden, wenn die in Nummer 1 oder 2 der Vorschrift genannten Voraussetzungen vorliegen und damit für den Fall einer Verbringung solcher Gegenstände die nach der Waffenrichtlinie geforderte Unterrichtung des anderen Mitgliedstaates und das entsprechende Verfahren für die Verbringung von Schusswaffen und Munition in andere Mitgliedstaaten gewährleistet sind (vgl. Artikel 11 der Waffenrichtlinie). Diese gemeinschaftsrechtlich vorgeschriebenen Erfordernisse sind aber nur dann korrekt umgesetzt, wenn das Vorliegen dieser Voraussetzungen im Zusammenhang mit der Erteilung der im Übrigen erforderlichen Erwerbs- und Besitzerlaubnis durch die deutsche Waffenbehörde geprüft werden können.

Zu Nummer 22 (Artikel 1 § 12 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Durch die Ergänzung des Gesetzestextes wird der Zweck der Bestimmung präzisiert und einem möglichen Missbrauch der grundsätzlich den vorübergehenden Schusswaffenerwerb und -besitz erleichternden Vorschrift entgegen gewirkt, ohne dass die berechtigten Belange der Inhaber von Waffenbesitzkarten an einem solchen vorübergehenden Umgang mit „fremden“ Schusswaffen unverhältnismäßig beeinträchtigt werden.

Zu Nummer 23 (Artikel 1 § 12 Abs. 1 Nr. 2 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Bestimmung des § 12 Abs. 1 Nr. 2 WaffG ist eine generelle Ausnahme und richtet sich nicht nur an Personen in der Ausbildung zum Jäger. Bei einer Streichung des Tatbestandsmerkmals „gewerbsmäßig“ würde die Befreiung folglich jedermann (selbst Vorbestraften) ohne waffenrechtliche Qualifikation oder gewerberechtlichen Status die Möglichkeit eröffnen, Schusswaffen und Munition, wenn auch nur vorübergehend, zu besitzen; dies kann nicht gewünscht sein.

Das Führen von Schusswaffen durch Personen in der Ausbildung zum Jäger ist im Übrigen abschließend in § 13 Abs. 7 WaffG geregelt.

Zu Nummer 24 (Artikel 1 § 12 Abs. 1 Nr. 5 und 6 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Der Zweck des Gesetzes, der erstmals ausdrücklich in § 1 Abs. 1 benannt wird, ist die Regelung des Umgangs mit Waffen oder Munition durch Privatpersonen. Die Umgangsmöglichkeiten mit Waffen oder Munition wie Erwerb, Besitz, Führen, Herstellen, Handel beziehen sich dabei immer gezielt auf den Gegenstand „Waffe“ oder „Munition“. Dies kommt besonders augenfällig in Bezug auf das bei einer erlaubnispflichtigen Waffe oder Munition geforderte Bedürfnis zum Ausdruck, d. h. der Erwerb und Besitz muss insoweit immer mit einem bestimmten Verwendungszweck verknüpft sein wie Jagd, Sportschießen, Sammeln, Handel usw. Auch die Vorschrift über Ausnahmen von den Erlaubnispflichten (§ 12) regelt dementsprechend Befreiungen typischer Umgangsmöglichkeiten mit Waffen oder Munition.

Der (ehrliche) Finder nimmt eine Waffe oder Munition dagegen ausschließlich als einen Gegenstand für den Verlierer an sich; keineswegs erwirbt er die Waffe oder Munition, um sie bestimmungsgemäß zu verwenden. Aus diesem Grund kann ein Finder auch minderjährig oder vorbestraft sein. Entsprechendes gilt auch für den Besitzerwerb von Gerichtsvollziehern oder Vollziehungsbeamten, aber auch für den (zunächst) nur vorläufigen Besitzerwerb von Erben.

Diese selbstverständliche Befreiung eines Finders, Erben usw. von allen Voraussetzungen zu einem Besitzerwerb einer erlaubnispflichtigen Waffe oder Munition im Sinne des § 4 Abs. 1 bedarf daher aus systematischen Gründen keiner ausdrücklichen Regelung. Regelungsbedarf besteht aber auch aus tatsächlichen Gründen nicht, da es nicht vorstellbar erscheint, dass behördlicherseits gegen einen Finder wegen unerlaubten Waffenerwerbs strafrechtlich vorgegangen wird. Notwendig, aber auch vollkommen ausreichend ist es daher, dass für diesen Personenkreis eine Anzeigepflicht statuiert ist (vgl. § 37 Abs. 1).

An die Unterlassung der Anzeige knüpft das Gesetz keine Sanktionsmöglichkeit. Insoweit wird daher der Vorschlag des Bundesrates zum Anlass genommen, im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens auf eine entsprechende Sanktionsnorm hinzuwirken.

Zu Nummer 25 (Artikel 1 § 12 Abs. 2 Nr. 2 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Die vorgeschlagene Änderung verdeutlicht stärker, dass der Erwerb und Besitz nur im Rahmen des sofortigen Verbrauchs der Munition beim Schießen auf derselben Schießstätte zugelassen werden soll. Allerdings sollte Absatz 2 wie folgt gefasst werden:

„(2) Einer Erlaubnis zum Erwerb und Besitz von Munition bedarf nicht, wer diese

1. unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 1 bis 4 erwirbt;
2. unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 Nr. 5 zum sofortigen Verbrauch lediglich auf dieser Schießstätte erwirbt.“

Zu Nummer 26 (Artikel 1 § 12 Abs. 5 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Zur Begründung wird auf die ablehnenden Gründe zu Nummer 24 verwiesen.

Zu Nummer 27 (Artikel 1 § 12 WaffG)

Die Bundesregierung wird der Bitte nachkommen.

Sie wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren einen Vorschlag zur Einfügung einer entsprechenden Freistellung für diejenigen Fälle vorlegen, in denen das Führen von Schusswaffen im Rahmen sportlicher Betätigung zugelassen werden kann.

Zu Nummer 28 (Artikel 1 § 13 Abs. 1 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag im Grundsatz zu.

Die Aufnahme der Munition in den Text der Bestimmung dient der Verdeutlichung im Hinblick auf die Voraussetzungen für den Umgang mit Munition durch Jäger, die sich sonst – etwa für die Feststellung eines entsprechenden Bedürfnisses – nur durch das Zusammenwirken von §§ 8 und 13 WaffG erschließen lassen. Eine Ergänzung des Wortlauts der Norm im Sinne des Vorschlags des Bundesrates würde allerdings ein abstraktes Bedürfnis für den Umgang mit Munition begründen, das so nicht anerkannt werden kann. Ein Bedürfnis soll vielmehr nur dann vorliegen, wenn die Munition für Jagdwaffen bestimmt, geeignet und erforderlich ist. Eine Formulierung im Text der in Frage stehenden Vorschrift muss sich an dieser Tatsache orientieren; gegebenenfalls ist auch bezüglich weiterer Vorschriften des § 13 WaffG – so für Absatz 1 Nr. 1 und 2 sowie für Absatz 2 und 3 Satz 1 – eine Ergänzung erforderlich.

Die Bundesregierung wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren hierzu einen eigenen Vorschlag unterbreiten, der auch eine Anpassung des Wortlauts in den §§ 14 und 28 Abs. 1 und 3 erforderlich machen dürfte.

Zu Nummer 29 (Artikel 1 § 13 Abs. 1 Nr. 1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab, wird aber eine geeignete Umsetzung des hier zum Ausdruck gebrachten Anliegens prüfen.

Die vorgeschlagene Formulierung kann schon unter dem Blickwinkel des § 13 Abs. 1 Nr. 2 WaffG nicht übernommen werden, da die entsprechende Tauglichkeit der hier in Rede stehenden Schusswaffen im Sinne dieser Bestimmung nicht gewährleistet sein dürfte. Erforderlich ist darüber hinaus, dass bei Aufnahme einer insoweit ergänzenden Regelung eine ausreichende Abgrenzung zu dem sportlichen Schießen nach § 14 WaffG vorgenommen werden muss. Die Bundesregierung gibt dabei auch zu bedenken, dass die Anerkennung eines Bedürfnisses zum Umgang mit Schusswaffen und Munition zu Zwecken des jagdlichen Übungsschießens auch über die Grundsatznorm des § 8 WaffG erfolgen kann.

Zu Nummer 30a (Artikel 1 § 13 Abs. 2 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zur Begründung verweist sie zunächst auf die Stellungnahme zu Nummer 9.

Die in § 13 Abs. 2 Satz 1 WaffG getroffene Erleichterung gegenüber anderen Antragstellern ist bei Inhabern von Jagdscheinen, die bereits eine Prüfung ihrer Zuverlässigkeit durchlaufen haben, in der Regel gerechtfertigt.

Zu Nummer 30b (Artikel 1 § 13 Abs. 2 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die genannte Vorschrift ist begründet in der Tatsache, dass die Überprüfung der Zuverlässigkeit und der persönlichen Eignung bei Personen, die in dem jeweils davor liegenden Zeitraum nicht in Deutschland wohnhaft waren, mangels aussagekräftiger Auskünfte – etwa aus dem Bundeszentralregister – im Vergleich zu hier ansässigen Personen häufig nicht in gleichem Umfang möglich ist. Bezogen auf die unverzichtbare Zuverlässigkeit und persönliche Eignung einer

Person für den Umgang mit Waffen oder Munition kann eine Besserstellung von Jägern gegenüber anderen Antragstellern nicht hingenommen werden. Zu bemerken ist aber im Übrigen, dass auch die in Frage stehenden Personen ohnehin, wenn sie Jäger im waffenrechtlichen Sinne – also Inhaber gültiger deutscher Jagdscheine – sind, der erleichternden Regelannahme nach § 13 Abs. 2 Satz 1 WaffG (z. B. im Hinblick auf deren Zuverlässigkeit) unterliegen, da die Erteilung des Jagdscheins nur bei vorliegender waffenrechtlicher Zuverlässigkeit möglich ist (vgl. Artikel 14 Nr. 1 Buchstabe a).

Zu Nummer 31 (Artikel 1 § 13 Abs. 3 Satz 2 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Frist zur Anmeldung und Eintragung von Schusswaffen in eine Waffenbesitzkarte ist ausreichend und entspricht der ähnlichen Regelung des § 14 Abs. 3 Satz 2 WaffG für Sportschützen. Soweit Jägern die Möglichkeit zu einer Ausleihe von Waffen gegeben werden soll, so ist dies bereits über § 12 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a WaffG gewährleistet, der hier einen (weiteren) Zeitraum von einem Monat vorsieht.

Zu Nummer 32 (Artikel 1 § 13 Abs. 6 WaffG)

Die Bundesregierung wird den Vorschlag prüfen.

Sie unterstützt den hier zum Ausdruck gebrachten Gedanken, dass auch der waffenrechtlich bedeutsame Umgang des „Anschießens“ durch Jäger von der in Frage stehenden Bestimmung erfasst sein muss. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass es auch noch weitere Formen des Umgangs geben dürfte (z. B. Schießen bei der Prüfung von Jagdhunden), die im gleichen Umfang Jägern zugestanden werden müssen und dennoch nicht in der Norm explizit genannt sind. Eine Subsumtion der in der Vorschrift bereits genannten wie auch anderer Umgangsarten unter das Tatbestandsmerkmal des Führens oder Schießens im Rahmen der „befugten Jagdausübung“ dürfte hier möglich sein.

Die Bundesregierung wird im weiteren Verfahren der Gesetzgebung im Hinblick auf eine sachgerechte Formulierung gegebenenfalls einen eigenen Vorschlag unterbreiten.

Zu Nummer 33 (Artikel 1 § 13 Abs. 7 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Die in der Stellungnahme des Bundesrates vorliegende Begründung hierzu ist zutreffend.

Zu Nummer 34 (Artikel 1 § 14 Überschrift und Abs. 1 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag im Grundsatz zu.

Zur Begründung verweist sie zunächst auf die Äußerung zu Nummer 28; im Rahmen des § 14 WaffG müssen die Ergänzungen des Wortlauts auf solche Munition bezogen sein, die für die dort in Frage stehenden Schießsportwaffen bestimmt, geeignet und erforderlich ist.

Die Bundesregierung wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren hierzu einen eigenen Vorschlag unterbreiten.

Zu Nummer 35 (Artikel 1 § 14 Abs. 1 Satz 3 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 36 (Artikel 1 § 14 Abs. 2 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag im Grundsatz zu.

Sie verweist im Übrigen auf die Äußerung zu Nummer 34.

Zu Nummer 37 (Artikel 1 § 14 Abs. 2 Satz 2 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag wegen seiner klarstellenden Funktion zu.

Zu Nummer 38 (Artikel 1 § 14 Abs. 3 Satz 2 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Die in der Stellungnahme des Bundesrates vorliegende Begründung hierzu ist zu unterstützen.

Zu Nummer 39 (Artikel 1 § 14 Abs. 4 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die vorgesehene ergänzende Bestimmung ist entbehrlich. Sie verkennt bereits, dass es bei begründeten Zweifeln an der inhaltlichen Richtigkeit vorzulegender Bescheinigungen an der erforderlichen Glaubhaftmachung des Bedürfnisses fehlt. Das Vorliegen des entsprechenden Bedürfnisses ist aber bereits auf Grund der Regelung des § 4 Abs. 1 Nr. 4 und § 8 WaffG umfassend durch die Waffenbehörden zu überprüfen.

Zu Nummer 40 (Artikel 1 § 15 Abs. 3 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Weder das Bundesministerium des Innern, das qua gubernativer Funktion nur für Aufgaben von grundsätzlicher politischer Bedeutung zuständig ist, noch eine diesem Ministerium nachgeordnete Behörde verfügen über die erforderlichen Informationsbestände, um die im Zusammenhang mit einem Anerkennungsverfahren nach § 15 Abs. 3 WaffG stehende Prüfung zur Anerkennung von Schießsportverbänden durchführen zu können. Bei den im Rahmen eines solchen Verfahrens zu beachtenden Prüfpunkten des § 15 Abs. 1 und 2 WaffG handelt es sich um Tatsachen, die primär – insbesondere auch auf Grund weiterer Bestimmungen des Gesetzes – nur den für den Vollzug des Waffengesetzes zuständigen Ländern gerade durch diesen Vollzug zugänglich sind und nur durch diese kontrolliert werden können. Eine Verlagerung der bloßen Entscheidungskompetenz in einem solchen Anerkennungsverfahren auf das Bundesministerium des Innern in Abhängigkeit von den Angaben der Behörden der Länder aber wäre in hohem Maße bedenklich; dies zumal, da die Entscheidung über Fragen, die bei der Erteilung waffenrechtlicher Erlaubnisse im Zusammenhang mit nicht anerkannten Verbänden und deren Vereine bestehen, weiterhin in der Zuständigkeit der Behörden der Länder verblieben.

Zu den Nummern 41 und 42 (Artikel 1 § 16 Abs. 2a – neu – und Abs. 3 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt den Vorschlägen im Grundsatz zu.

Für Brauchtumsschützen bedarf es im Rahmen einer vorliegenden Erlaubnis nach § 16 Abs. 2 oder § 42 Abs. 2 WaffG einer Freistellung von den Grundsatzanforderungen des § 10 Abs. 4 WaffG (Waffenschein zum Führen von Schusswaffen) sowie des § 10 Abs. 5 WaffG (Schießerlaubnis). Insofern empfiehlt es sich, die beiden Freistellungen in einem gesonderten Absatz 4 – neu – zum Ausdruck zu bringen:

„(4) Brauchtumsschützen dürfen in den Fällen des Absatzes 2 und 3 oder bei Vorliegen einer Ausnahmegewilligung nach § 42 Abs. 2 die Schusswaffen ohne Erlaubnis führen und damit schießen.“

Die Bundesregierung geht davon aus, dass mit dieser Bestimmung eine Freistellung für all diejenigen Umgangsmöglichkeiten umfasst ist, die dem Veranstaltungszweck entsprechen. Eine Bezugnahme in Absatz 3 der Vorschrift auf deren Absatz 1 im Hinblick auf die dort genannten Schusswaffen ist aus Gründen der Rechtsklarheit erforderlich.

§ 16 Abs. 3 Satz 3 WaffG kann mit der zutreffenden Begründung in der Stellungnahme des Bundesrates zu Nummer 42 gestrichen werden.

Zu Nummer 43 (Artikel 1 § 16 Abs. 3 WaffG)

Die Bundesregierung wird der Bitte um Prüfung nachkommen.

Inhaltliche Änderungen im Umgang mit Böllern nach waffengesetzlichen Regelungen sind im Vergleich zum geltenden Recht nicht vorgesehen. Entsprechend der Systematik des Gesetzes zur Neuregelung des Waffenrechts sind allerdings im Waffengesetz nur noch Regelungen über (Schuss-)Waffen enthalten, während der Anwendungsbereich des Beschussgesetzes neben den Waffen auch technische Geräte umfasst. Böller sind daher entsprechend ihrer Regelung in § 16 des geltenden Waffengesetzes nunmehr im Beschussgesetz explizit erfasst, weil sie jedenfalls auf ihre technische Sicherheit geprüft werden müssen (vgl. § 3 des Beschussgesetzes).

Die Prüfung hat sich daher darauf zu konzentrieren, ob der jeweilige Böller als eigenständiges Gerät oder aber als Schusswaffe einzustufen und dementsprechend waffenrechtlichen (Erlaubnis-)Regelungen unterworfen ist.

Zu Nummer 44 (Artikel 1 § 20 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag mit der Maßgabe zu, dass Artikel 1 § 20 wie folgt zu fassen ist:

„§ 20

Erwerb und Besitz von Schusswaffen durch Erben

Dem Erben, der innerhalb eines Monats nach der Annahme der Erbschaft oder dem Ablauf der für die Ausschlagung der Erbschaft vorgeschriebenen Frist die Ausstellung einer Waffenbesitzkarte für die zum Nachlass gehörenden erlaubnispflichtigen Schusswaffen oder ihre Eintragung in eine bereits ausgestellte Waffenbesitzkarte beantragt, ist die beantragte Erlaubnis abweichend von § 4 Abs. 1 zu erteilen, wenn der Erblasser berechtigter Besitzer war und der Antragsteller zuverlässig und persönlich geeignet ist.“

§ 20 muss auch den Erwerb ererbter Schusswaffen regeln, da sich die ererbten Schusswaffen z. B. auch im unmittel-

baren berechtigten Besitz einer anderen Person (eines Verwahrers, Entleihers) befinden können.

Ein ausdrücklicher Ausschluss der Munition von der für Schusswaffen in Abweichung von § 4 Abs. 1 Nr. 1, 3 und 4 getroffenen Sonderregelung ist entbehrlich.

Zu Nummer 45 (Artikel 1 § 20 WaffG)

Die Bundesregierung hält nach Prüfung der Stellungnahme an der vorliegenden Fassung fest, die in der Regel die Erteilung einer waffenrechtlichen Erlaubnis im Sinne des § 20 an einen minderjährigen Erben ausschließt.

Das so genannte Erbenprivileg im waffenrechtlichen Sinne besteht darin, dass über den uneingeschränkten zivilrechtlichen Eigentumserwerb durch Erbfall hinaus § 20 WaffG die (dauerhafte) Ausübung der tatsächlichen Gewalt über Schusswaffen ohne Nachweis der Sachkunde und Glaubhaftmachung eines spezifischen Bedürfnisses zulässt.

Damit ist dieser waffenrechtliche Erwerbsgrund als Erbe bevorzugt gegenüber dem Erwerb z. B. als Sportschütze, Jäger oder gefährdete Person, die die genannten hohen Voraussetzungen (Sachkunde, Bedürfnis) erfüllen müssen. Zugleich ist an die zivilrechtliche Rechtsnatur des Vorgangs des Erwerbs kraft Erbes eine Besserstellung geknüpft gegenüber dem Erwerb auf der Grundlage eines Rechtsgeschäfts unter Lebenden (etwa eines Kaufs oder einer Schenkung).

Diese waffenrechtliche Privilegierung rechtfertigt es nicht, im Ergebnis auch noch von der Erlaubnisvoraussetzung der persönlichen Eignung im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 WaffG bei dem Erwerbsgrund durch Erbfall in der Weise abzusehen, dass an Stelle eines wegen Minderjährigkeit persönlich ungeeigneten Erben die Waffenbesitzkarte befristet bis zum Eintritt der Volljährigkeit auf den Sorgeberechtigten ausgestellt werden kann. Der zivilrechtliche Eigentumserwerb an Schusswaffen durch Minderjährige bleibt uneingeschränkt und auf Dauer erhalten. Aus Gründen der öffentlichen Sicherheit muss für den Minderjährigen lediglich dafür Sorge getragen werden, dass der Besitz an der ererbten Schusswaffe einem waffenrechtlich Berechtigten (vorübergehend) übertragen wird.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass der großzügige Erwerb von erlaubnispflichtigen Schusswaffen im Wege des Erbrechts nur noch befristet gelten wird (vgl. Artikel 17 Nr. 2) und auch von daher eine Erweiterung des Erbenprivilegs nicht angezeigt ist.

Zu Nummer 46 (Artikel 1 § 23 Abs. 2 Satz 2 Nr. 3 WaffG)

Die Bundesregierung prüft den Vorschlag.

Die Bundesregierung steht dem Anliegen des Bundesrates in seiner sicherheitsbezogenen Zielsetzung im Grundsatz aufgeschlossen gegenüber. Die Vertretbarkeit der damit verbundenen Mehrbelastung der zum Führen eines Waffenhandelsbuchs Verpflichteten setzt einen deutlichen Zugewinn an Kontroll- und Aufklärungsmöglichkeiten der vom Bundesrat angesprochenen Missbrauchsfälle voraus. Insbesondere liegt es nahe, die Buchführungspflicht durch korrespondierende Festlegungen hinsichtlich der Kennzeichnung wesentlicher Teile (vgl. § 24 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit der Verordnungsermächtigung in § 25 Abs. 1 Nr. 2

Buchstabe a WaffG) zu flankieren. Das Ergebnis der Prüfung setzt ein schlüssiges, praktikables und für alle Beteiligten vertretbares Gesamtkonzept voraus.

Die Bundesregierung klärt die insoweit noch offenen Fragen mit den Ländern. Sie wird im Fall der Entwicklung eines solchen Konzepts im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens einen Regelungsvorschlag unterbreiten. Widrigenfalls wird sie empfehlen, den Vorschlag abzulehnen.

Zu Nummer 47 (Artikel 1 § 26 Abs. 1 Satz 2 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag – vorbehaltlich des Ergebnisses der Prüfung gemäß unten Nummer 69 – zu mit der Maßgabe, dass Absatz 1 wie folgt gefasst wird:

„Die Erlaubnis zur nichtgewerbsmäßigen Herstellung, Bearbeitung oder Instandsetzung von Schusswaffen wird durch einen Erlaubnisschein erteilt. Sie schließt den Erwerb von zu diesen Tätigkeiten benötigten wesentlichen Teilen von Schusswaffen sowie den Besitz dieser Gegenstände ein.“

Diese Formulierung hat den Vorteil, von vornherein keinen bei der nichtgewerbsmäßigen Betätigung verzichtbaren Oberbegriff zu verwenden; im Übrigen wird auf die Ausführungen unten zu Nummer 69 verwiesen. Selbstverständlich können je nach Lage des Einzelfalls in dem Erlaubnisschein die genannten Umgangsmöglichkeiten auch zusammengefasst werden.

Zu Nummer 48 (Artikel 1 § 27 Abs. 1 Satz 2 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 49 (Artikel 1 § 27 Abs. 4 WaffG)

Es stehen sich bedeutsame jugendpolitische und gewichtige sportpolitische Argumente gegenüber. Die Bundesregierung will die Entscheidung in dieser Frage den nunmehr folgenden parlamentarischen Beratungen überlassen.

Zu Nummer 50 (Artikel 1 § 27 Abs. 7 Nr. 1a – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Der Vorschlag widerspricht dem vom Regierungsentwurf verfolgten Konzept, das Waffengesetz künftig auf Vorschriften mit sicherheitsrechtlichem Bezug zu beschränken und es von Vorschriften mit anderem rechtlichen Gehalt, hier dem Bauordnungsrecht, zu entlasten. In diesen Fragen fehlt zudem dem Bundesministerium des Innern als Adressat der Verordnungsermächtigung die erforderliche Fachkompetenz.

Der Regierungsentwurf verzichtet auch, ohne dass dies der Bundesrat beanstandet, auf Regelungen zum Immissionschutz, die das geltende Recht noch enthält.

Im Übrigen finden sich bereits de lege lata im Baurecht der Länder Regelungen zu Schießstätten, so zum Beispiel hinsichtlich so genannter Schießgeschäfte die Richtlinie über den Bau und Betrieb Fliegender Bauten in Berlin (Anlage 1 der Ausführungsbestimmungen über die baurechtliche Behandlung Fliegender Bauten vom 1. August 2001/ABl. 3868) und Brandenburg (Richtlinie über den Bau und Be-

trieb Fliegender Bauten i. d. F. der Bek. vom 21. Juli 1998/ ABl. S. 748).

Zu Nummer 51 (Artikel 1 § 28 Abs. 1 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag in seiner vom Bundesrat vorgeschlagenen Formulierung ab.

Der Vorschlag verkürzt wichtige Komponenten der Fassung der Bundesregierung. Zum Einen wird verdunkelt, was der Bezugspunkt der Voraussetzungen des § 19 sein soll, bei wem also die Voraussetzungen einer besonderen Gefährdung durch Angriffe auf Leib oder Leben vorliegen müssen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die einsatztaktische Durchführung keineswegs zwingend voraussetzt, dass die Personen, welche die Bewachung konkret vornehmen, selbst erheblich gefährdet sind.

Daher wird weiterhin primär auf ein abgeleitetes Bedürfnis aus der Gefährdung der gemäß Bewachungsauftrag zu bewachenden Person oder des Objekts abzustellen sein. Zum Anderen entfällt im Wortlaut des Vorschlags des Bundesrates die für Gründer von Bewachungsunternehmen wichtige Klarstellung, die der Regierungsentwurf durch die Wörter „oder werden sollen“ leistet. Der Sache nach bestehen insoweit offenbar keine Differenzen zwischen Bundesregierung und Bundesrat, weil der Bundesrat selbst in seiner Begründung hervorhebt, dass die Voraussetzungen auch durch Vorverträge oder Anfragen für Bewachungsaufträge glaubhaft gemacht werden können.

Die Bundesregierung nimmt den Vorschlag des Bundesrates zum Anlass zu prüfen, ob dem Gesichtspunkt auch der Eigengefährdung seitens der die Bewachung durchführenden Personen im Wortlaut der Vorschrift Rechnung zu tragen ist. Sie wird gegebenenfalls im weiteren Gesetzgebungsverfahren einen Vorschlag unterbreiten.

Zu Nummer 52 (Artikel 1 §§ 29 bis 33 WaffG)

Die Bundesregierung wird der Bitte entsprechen.

Sie wird im Zuge des laufenden Gesetzgebungsverfahrens eine überarbeitete Fassung der §§ 29 bis 33 WaffG vorlegen.

Zu Nummer 53 (Artikel 1 § 36 Abs. 2 Satz 2 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Sicherheitsstufe A entspricht dem bislang durch § 42 Abs. 2 des geltenden Waffengesetzes in Verbindung mit den hierzu ergangenen Ausführungsvorschriften allgemein vorgegebenen Standard. Bei dessen Verschärfung dahin gehend, dass nur für bis zu zehn Einzellader-Langwaffen diese Sicherheitsstufe ausreichen würde, wäre eine große Zahl von Waffenbesitzern (etwa Besitzer lediglich von Luft- oder Kleinkalibergewehren) verpflichtet, sich neue und kostspieligere Behältnisse anzuschaffen.

Die im Regierungsentwurf enthaltene zahlenmäßige Begrenzung (bis zu zehn) und die gattungsmäßige Begrenzung (nur Langwaffen) trägt dem sich aus der Anzahl der Waffen und aus der unterschiedlichen kriminalistischen Einsatzweise und -häufigkeit von Lang- und Kurzwaffen ergebenden Gefährdungspotential Rechnung.

Im Übrigen ist es auch aus Gründen der Einfachheit des Verwaltungsvollzugs nicht zwingend, den Regel-Aus-

nahme-Mechanismus des Bundesrates vorzusehen und im Einzelfall Erleichterungen zuzulassen. Der Regierungsentwurf sieht durch die Verordnungsermächtigung in Absatz 5 und die Möglichkeit von Nebenbestimmungen durchaus die Möglichkeit vor, umgekehrt im Einzelfall schärfere Anforderungen an die Aufbewahrung zu stellen.

Zu Nummer 54 (Artikel 1 § 36 Abs. 3 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Ungeachtet einer gegebenenfalls vorliegenden Konformität der vorgeschlagenen Regelung insbesondere mit Artikel 13 des Grundgesetzes erscheint ein so gravierender Eingriff in die verfassungsrechtlich verbürgten Rechte des Einzelnen nicht geboten. Mit der bestehenden Regelung in § 36 Abs. 3 WaffG ist vielmehr eine ausreichende Kontrollmöglichkeit der sicheren Aufbewahrung von Waffen für die Waffenbehörden gewährleistet: Diese können bei begründeten Zweifeln Zutritt zum Ort der Aufbewahrung verlangen, dies zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit sogar gegen den Willen des Betroffenen.

Zu Nummer 55 (Artikel 1 § 36 Abs. 1 Satz 2 – neu – und Absatz 4, § 51 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 18 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag im Grundsatz zu.

Die Bundesregierung hält den aus Sicht des Bundesrates als Folge der von ihm vorgeschlagenen Fassung des § 36 Abs. 4 – neu – in § 36 Abs. 1 einzufügenden Satz 2 in dieser Fassung für überflüssig, da sich die Ermächtigung zu derlei Anordnungen bereits in § 9 findet. Sie hält es aber für notwendig, die in § 36 Abs. 4, 2. Alternative in der Fassung des Regierungsentwurfs statuierte Einzelanordnung von Ergänzungen des Sicherheitsstandards aus anderen Gründen aufrecht zu erhalten. Aus systematischen Gründen empfiehlt es sich, diese Bestimmung an das Ende des § 36 anzufügen.

Die Bundesregierung schlägt deshalb folgende Modifizierungen gegenüber dem Vorschlag des Bundesrates vor:

a) Der Änderungsbefehl zu Artikel 1 § 36 Abs. 4 wird wie folgt formuliert:

„Entspricht die bisherige Aufbewahrung von Waffen oder Munition, deren Erwerb und Besitz ihrer Art nach der Erlaubnis bedarf, nicht den in diesem Gesetz oder in einer Rechtsverordnung nach § 36 Abs. 5 festgelegten Anforderungen, so hat der Besitzer bis zum [einsetzen: letzter Tag des vierten Monats nach Inkrafttreten des Gesetzes gemäß Artikel 17 Nr. 1 Satz 2] die ergänzenden Vorkehrungen zur Gewährleistung einer diesen Anforderungen entsprechenden Aufbewahrung vorzunehmen. Dies ist gegenüber der zuständigen Behörde innerhalb der Frist des Satzes 1 anzuzeigen und nachzuweisen.“

b) Anstelle des vom Bundesrat vorgeschlagenen § 36 Abs. 1 Satz 2 – neu – schlägt die Bundesregierung vor, dem § 36 folgenden Absatz 6 – neu – anzufügen:

„(6) Ist im Einzelfall, insbesondere wegen Art und Zahl der aufzubewahrenden Waffen oder Munition oder wegen des Ortes der Aufbewahrung, ein höherer Sicherheitsstandard erforderlich, hat die zuständige Behörde

die notwendigen Ergänzungen anzuordnen und zu deren Umsetzung eine angemessene Frist zu setzen.“

c) Als bewehrungsrechtliche Folgeänderung sind die Änderungsbefehle zu § 51 Abs. 1 wie folgt zu fassen:

aa) In Nummer 4 wird nach der Angabe „§ 36 Abs. 3 Satz 1“ die Angabe „oder Abs. 4“ durch die Angabe „oder Abs. 6“ ersetzt.

bb) In Nummer 5 wird nach der Angabe „oder Abs. 5 Satz 1,“ die Angabe „§ 36 Abs. 4 Satz 2,“ eingefügt.

Einer Änderung des § 51 Abs. 1 Nr. 18 bedarf es nach diesem Vorschlag nicht.

Zu Nummer 56 (Artikel 1 § 37 Abs. 3 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Die längere Frist war im Regierungsentwurf deswegen gewählt, weil ein Vagabundieren schießfähiger Schusswaffen in diesen Fällen nicht mehr zu gewärtigen war. Aus Gründen der Vereinfachung erscheint es aber als sachgerecht, im Waffengesetz möglichst einheitliche Fristen vorzusehen.

Zu Nummer 57 (Artikel 1 § 38 Nr. 1 Buchstabe d WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 58 (Artikel 1 § 39 Abs. 1 Satz 3 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Das Wort „Nachweis“ ist im systematischen Regelungszusammenhang des § 39, der auch sonst stringente Verhaltenspflichten zum Zweck effektiver Kontrolle im Vollzug des Waffenrechts auferlegt, bewusst gewählt worden. Mit diesem Begriff in Bezug auf die Einhaltung von Auflagen soll gegenüber der Glaubhaftmachung, die lediglich eine überwiegende Wahrscheinlichkeit des Vorliegens der behaupteten Tatsachen verlangt, der hier notwendige höhere Grad der Überzeugung bei der entscheidenden Behörde herausgestellt werden.

Indes sind damit keine überzogenen Anforderungen verbunden. Der Begriff „Nachweis“ verlangt in seiner verwaltungsverfahrenrechtlichen Bedeutung nicht zwingend einen Beweis im prozessrechtlichen Sinne des Worts. Mit dem Begriff ist weder eine Festlegung der Mittel zu seiner Erbringung noch deren Würdigung durch die Behörde festgelegt.

Der Nachweis lässt also die notwendige Flexibilität, um den Unterschiedlichkeiten der Lebenssachverhalte gerecht zu werden.

Es wird Aufgabe der Ausführungsbestimmungen auf untergesetzlicher Ebene (Allgemeine Verwaltungsvorschriften) sein, gegebenenfalls für die in der Praxis relevanten Fallgruppen Handreichungen zur Ausfüllung dieses Begriffs zu geben.

Zu Nummer 59 (Artikel 1 § 39 Abs. 3 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Der Vorschlag hätte zum Ergebnis, dass sich die Anordnung der Vorlage von Waffen und Munition auf alle, also auch nicht erlaubnispflichtige Waffen erstrecken würde. Damit wären im Übrigen nicht nur, wie in Absatz 1, erlaubnis-

pflichtige Schusswaffen oder auf Grund einer Ausnahmebewilligung besessene verbotene Waffen, sondern etwa auch Hieb- und Stoßwaffen umfasst.

Für diese deutliche Ausweitung besteht keine Veranlassung. Zu bedenken ist, dass die Verpflichtung des Absatzes 3 zum einen dem Waffenbesitzer ein eigenes aktives Tun, nämlich die Vorlage, auferlegt. Zum anderen ist Zweck dieser Verpflichtung eine behördliche Prüfung. Aus diesem Grund ist es folgerichtig, dass der Regierungsentwurf die potentiell vorlagepflichtigen Waffen auf diejenigen eingrenzt, deren rechtmäßiger Besitz eine Urkunde voraussetzt, und damit einen Kontext zwischen den Waffen und den ebenfalls potentiell vorlagepflichtigen Urkunden herstellt.

Im Übrigen sollte in jedem Fall durch das Tatbestandsmerkmal „Waffen oder Munition“ unmissverständlich klargestellt sein, dass auch die isolierte Vorlage von Waffen oder Munition in Betracht kommt.

Die Bundesregierung nimmt den Vorschlag zum Anlass, zur Vereinheitlichung des Sprachgebrauchs in Absatz 3 einerseits und Absatz 1 Satz 1 andererseits vorzuschlagen, in Absatz 1 Satz 1 das Wort „Schusswaffen“ durch das Wort „Waffen“ zu ersetzen.

Zu Nummer 60 (Artikel 1 § 40 Abs. 2 und 4 Satz 3 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag mit der Maßgabe zu, dass die Formulierung in Absatz 2 und 4 Satz 2 jeweils lautet:

„des Umgangs mit Waffen oder Munition“.

Die Bundesregierung nimmt den Vorschlag des Bundesrates zum Anlass, ein Redaktionsversehen zu beseitigen und Kompatibilität zur geltenden Rechtslage (§ 37 Abs. 1 Satz 3 des Waffengesetzes) herzustellen, indem sie vorschlägt, Absatz 1 wie folgt zu fassen:

„Das Verbot des Umgangs umfasst auch das Verbot, zur Herstellung der in Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.4 bezeichneten Gegenstände anzuleiten oder aufzufordern.“

Außerdem sind in Absatz 3 Satz 2 hinter den Wörtern „Anlage 2“ die Wörter „Abschnitt 1“ einzufügen.

Zu Nummer 61 (Artikel 1 § 40 Abs. 3 Satz 1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Es trifft zwar zu, dass die vom Bundesrat beantragte Änderung der bisherigen Rechtslage entspricht. Bei der Zuständigkeit nach Absatz 3 geht es aber – entgegen der Begründung des Antrags des Bundesrates – nicht um die waffentechnische Bewertung des verbotenen Gegenstandes. Vielmehr geht es um die Beurteilung des Interesses des Antragstellers, mit einem an sich verbotenen Gegenstand Umgang zu haben. Dies illustriert der Satz 2 dieser Vorschrift.

Es ist daher sachgerecht, die bisherige Zuständigkeit des Bundeskriminalamtes für derartige Entscheidungen aufzugeben. Denn es fehlt mangels waffentechnischen Schwerpunktes an der Affinität zu den kriminaltechnischen Aufgaben dieser Behörde. Zudem ist für die hier maßgeblich von persönlichen Umständen abhängige Einzelfallentscheidung Ortsnähe von Vorteil, da es, wie sich aus den genannten Ab-

wägungspolen ergibt, um die konkreten Interessen des Antragstellers geht.

Zu Nummer 62 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.5.6 und 1.6 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die entsprechenden Vorschriften des § 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe e des bisherigen Waffengesetzes erst durch das Sprengstoffgesetz vom 25. August 1969 (BGBl. I S. 1358) in das BWaffG 1968, die des § 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 11 durch das Gesetz zur Änderung des Waffengesetzes vom 4. März 1976 (BGBl. I S. 417) in das WaffG 1972 eingefügt worden sind. Die damalige Absicht des Gesetzes von 1969 bestand darin, der seinerzeit relevanten Landmann-Kleinkaliber-Halbautomaten mit dem Aussehen der MP 40 Herr zu werden. Das Änderungsgesetz von 1976 ging ausweislich seiner amtlichen Begründung (Bundestagsdrucksache 7/2379, S. 22) von einer Einsetzbarkeit solcher Attrappen für kriminelle Zwecke aus. Der Vollzug der bisherigen Vorschrift war trotz oder wegen der Nummer 37.2.4 der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Waffengesetz (WaffVwV) praktisch in Folge abstrakt kaum zu lösender Abgrenzungsfragen und einer unübersichtlichen Zuordnungs-Kasuistik äußerst schwierig. Er kulminierte in der Feststellung eines Landes, dass der Anschein selbst dann nicht gegeben ist, wenn mehrere phänotypische Merkmale einer Kriegswaffe vorliegen.

Kriminalistisch sind Anscheins-Kriegswaffen im Allgemeinen eine Randerscheinung gewesen. Der Einsatz von Kriegswaffen, d. h. z. B. Maschinengewehren oder Maschinenpistolen, durch Flugzeugentführer hat in der Vergangenheit keine praktische Bedeutung erlangt. Die Möglichkeit eines solchen Einsatzes erscheint angesichts ihrer Länge und Beschaffenheit, auf Grund derer sie leicht entdeckt werden können, eher unwahrscheinlich. Somit bleibt das Gefahrenpotential von Anscheins-Kriegswaffen deutlich hinter dem der sonstigen verbotenen Gegenstände zurück.

Zu Nummer 63 (Artikel 1 § 43 WaffG)

Die Bundesregierung hat das Anliegen geprüft mit negativem Ergebnis.

Die Bundesregierung lehnt die Schaffung einer speziellen Übermittlungsbefugnis aus folgenden Gründen ab:

Der Personenkreis der Ärzte und Sozialarbeiter fällt nur in seltenen Fällen unter das Sozialgeheimnis. Dies ist nur dann der Fall, wenn sie ausnahmsweise in die Organisation eines Leistungsträgers integriert sind, für den das Sozialgeheimnis gilt. Schon deshalb wäre eine Änderung des § 68 SGB X nicht sinnvoll.

Zudem hat es bisher keinen Bedarf gegeben, über die Fälle des rechtfertigenden Notstandes hinaus, der für Ärzte, Sozialarbeiter und Mitarbeiter der Sozialleistungsträger gilt, Sonderregelungen zu treffen.

Zu Nummer 64 (Artikel 1 § 43a – neu – WaffG, Artikel 4a – neu – § 2 Abs. 2 Nr. 4 und § 17 Abs. 1 Satz 2 MRRG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Für den Fall, dass es zeitlich vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes zu einer Änderung des Melderechtsrahmengesetzes kommen sollte, müsste gegebenenfalls der Vorschlag in Nummer 64 Buchstabe b der Stellungnahme entsprechend angepasst werden.

Zu Nummer 65 (Artikel 1 § 45 Abs. 5 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 66 (Artikel 1 § 47 Abs. 1 WaffG und Artikel 17 Nr. 1 Satz 1)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 67 (Artikel 1 § 47 Abs. 3 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Zur Begründung wird auf die Äußerung zu Nummer 5 verwiesen.

Zu Nummer 68 (Artikel 1 § 48 Abs. 2 Nr. 4a – neu – WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 69 (Artikel 1 § 50 Abs. 1 Nr. 1 und 2 Buchstabe c, Absatz 3 Nr. 1 und 3 und § 51 Abs. 1 Nr. 2 WaffG)

Die Bundesregierung hält das Anliegen des Bundesrates in der Sache für berechtigt.

Sie nimmt es zum Anlass, die Terminologie in Bezug auf die Verwendung von Begriffen der Wortfamilie „herstellen“ und der damit verknüpften Attribute zu überprüfen, und wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren einen Vorschlag unterbreiten, der auch dem Anliegen des Bundesrates Rechnung trägt.

Zu Nummer 70 (Artikel 1 § 50 Abs. 3 Nr. 5 Buchstaben a und b – neu – WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu mit der Maßgabe, dass die neue Nummer 5a wie folgt gefasst wird:

„5a. entgegen § 28 Abs. 2 Satz 1 eine Schusswaffe führt,“.

Zu Nummer 71 (Artikel 1 § 50 WaffG)

Die Bundesregierung hat das Anliegen geprüft mit negativem Ergebnis.

Wie in der Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf des Bundesrates – Bundestagsdrucksache 14/5938 –, auf die Bezug genommen wird, bereits ausgeführt, prüft die Bundesregierung, ob und gegebenenfalls welcher ausdrücklicher Strafzumessungsvorschriften es im allgemeinen Strafrecht bedarf, um eine angemessene Sanktionierung bei Aufklärungs- und Präventionshilfen durch einen Beschuldigten zu ermöglichen.

Bereichsspezifische Kronzeugenregelungen, wie sie der Vorschlag des Bundesrates vorsieht, ermöglichen demgegenüber keine sach- und praxisgerechte Handhabung. Dieser Ansatz ist auch von den Sachverständigen in der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 7. November 2001 abgelehnt worden.

Zu Nummer 72 (Artikel 1 § 50 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Die Bundesregierung wird im Verlauf des weiteren Gesetzgebungsverfahrens Formulierungsvorschläge für den Verbrechenstatbestand sowie für die notwendigen Folgeänderungen, z. B. in § 52, vorlegen.

Zu Nummer 73 (Artikel 1 § 51 Abs. 1 Nr. 5 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag der Sache nach zu, soweit er eine Bewehrung der Nichtanmeldung vorübergehend verbrachter Waffen oder Munition (§ 33 Abs. 4 WaffG) zum Gegenstand hat. Die Bewehrung hat aber richtigerweise nicht im Zusammenhang mit § 51 Abs. 1 Nr. 5 zu erfolgen, da insoweit keine Kongruenz zwischen Sanktionsnorm und bewehrter verwaltungsrechtlicher Vorschrift vorliegt, sondern durch eine Ergänzung des § 51 Abs. 1 Nr. 15.

Im Übrigen lehnt sie den Vorschlag ab, weil § 18 Abs. 2 Satz 3 WaffG keinen bewehrungsfähigen Inhalt hat. Er ist als Ausnahmenvorschrift zu dem bewehrten § 10 Abs. 1 Satz 4 WaffG gestaltet. Ist die Ausnahme nicht gegeben, überschreitet also die Ausübung des Besitzes drei Monate, so lebt von selbst die Anwendung des § 10 Abs. 1 Satz 4 WaffG auf.

Die Änderung lautet daher:

„In Artikel 1 § 51 Abs. 1 Nr. 15 werden nach der Angabe „§ 32 Abs. 3 Satz 1“ die Wörter „, auch in Verbindung mit § 33 Abs. 4,“ eingefügt.“

Zu Nummer 74 (Artikel 1 § 51 Abs. 1 Nr. 17 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 75 (Artikel 1 § 52 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu mit der Maßgabe, dass in Absatz 2 nach dem Wort „Ordnungswidrigkeiten“ die Angabe „nach § 51“ eingefügt wird.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass auch in den Fällen der obligatorischen Einziehung gemäß § 74 Abs. 4 des Strafgesetzbuches eine Prüfung im Einzelfall vorzunehmen ist und insbesondere die Voraussetzungen des § 74 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 des Strafgesetzbuches festzustellen sind.

Zu Nummer 76 (Artikel 1 § 56 Abs. 1 Satz 3 und 4 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu mit der Maßgabe, dass im dritten Satzglied des Satzes 3 – neu – die Wörter „die tatsächliche Gewalt“ durch die Wörter „den Besitz“ ersetzt werden.

Im praktischen Vollzug dieser Regelung stellt sich das Problem, ob und wie nachgewiesen werden soll, dass der Erwerb berechtigt erfolgte. Hier wird in der Verwaltungsvorschrift Näheres zu regeln sein.

Zu Nummer 77 (Artikel 1 § 56 Abs. 8 Satz 1 und 2 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung stimmt den Vorschlägen im Grundsatz zu insoweit, als die Überlassung der Waffen an einen Berechtigten oder die Unbrauchbarmachung neben die Abgabe an die zuständige Behörde oder eine Polizeidienststelle tritt.

Damit soll das angestrebte Ziel gefördert werden, den illegalen Waffenbesitzern umfassend die Entledigung durch mehrere Möglichkeiten hierfür zu erleichtern. Es ist vorgesehen, in den Verwaltungsvorschriften Handreichungen zu geben, wie die Behörde, bei der eine Waffe abgegeben wird, mit dieser zu verfahren hat.

Die Bundesregierung schlägt folgenden Wortlaut vor:

„(8) Wer eine bei Inkrafttreten dieses Gesetzes unberechtigt besessene Waffe bis zum Ende des fünften auf das Inkrafttreten folgenden Monats unbrauchbar macht, einem Berechtigten überlässt, der zuständigen Behörde oder einer Polizeidienststelle übergibt, wird nicht wegen eines Verstoßes gegen dieses Gesetz oder das Waffengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 1976 (BGBl. I S. 432) verfolgt. § 34 und § 37 Abs. 3 bleiben unberührt.“

Zu Nummer 78 (Artikel 1 § 56 Abs. 8 WaffG)

Die Bundesregierung prüft die grundsätzliche Kritik des Bundesrates an der Reichweite der Amnestieregelung, den Vorschlag einer Ausschlussregelung und die Verkürzung der Dauer der Überlegungsfrist.

Sie wird im weiteren Gesetzgebungsverfahren eine – die Änderungen gemäß Nummer 77 berücksichtigende – neue Formulierung vorlegen.

Zu Nummer 79 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.1 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 80 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.2.2 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 81 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.3.1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die Beibehaltung des Begriffs „Gaslauf“ erscheint sinnvoll, da für den Begriff „Gasrohr“ bereits eine allgemein gültige Definition besteht. Es handelt sich hierbei um die technische Einrichtung einer gasdruckgetriebenen Selbstlade-Waffe, über die heiße Verbrennungsgase direkt auf den Verschlussträger einwirken oder in der ein Gaskolben geführt wird, der auf den Verschlusskopf einwirkt. Die Verwendung des bisher eindeutigen Begriffs für zwei unterschiedliche Funktionsteile könnte in der praktischen Anwendung dazu führen, dass das bisher unwesentliche Gasrohr etwa des Colts M 16 bzw. der Kalaschnikow AK 47 als wesentliches Waffenteil betrachtet wird, obwohl hier nur Pulvergase abgeleitet werden.

Zu Nummer 82 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.3.1 WaffG)

Die Bundesregierung wird der Prüfbitte nachkommen.

Zu Nummer 83 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 1.3.5 WaffG)

Die Bundesregierung wird der Prüfbitte nachkommen.

Zu Nummer 84 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.3 Satz 4 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 85 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 2.7 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 86 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 3.7 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 87a (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 4 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 87b (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 4.3 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Durch die Aufzählung der wesentlichen Teile bzw. der sonstigen Teile von Schusswaffen unter verschiedenen Gliederungspunkten der Anlage 1 Abschnitt 1 wird bereits ausreichend deutlich, dass es sich bei den sonstigen Teilen von Schusswaffen nicht um wesentliche Teile im Rechtssinne handelt. Die vorgeschlagene deklaratorische Ergänzung ist insoweit entbehrlich.

Zu Nummer 88 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 1 Nr. 5 – neu – WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 89 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 2.1.2 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 90 (Artikel 1 § 50 Abs. 3 Nr. 1, § 51 Abs. 1 Nr. 2, Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 2.1.3, 2.1.4 und 2.2, 2.2.1, 2.2.2 – neu –, Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.4 und Nr. 1.4.4, 1.4.5 – neu – WaffG und Artikel 2 § 9 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3, Abs. 4 Satz 1, § 14 Abs. 6 Nr. 1 und 2 BeschG)

Die Bundesregierung stimmt den Vorschlägen im Grundsatz zu.

Sie gibt jedoch zu bedenken, dass eine Einschränkung der Erfassung z. B. der so genannten Elektroimpulsgeräte unter Ausschluss solcher, die ihrer Bestimmung nach bei der Tierhaltung Verwendung finden, dem eigentlichen Anliegen der Stellungnahme nach einer möglichst umfassenden Restriktion in diesem Bereich entgegenläuft. Darüber hinaus erscheint es im Hinblick auf die Regelungen betreffend Elektroimpulsgeräte angebracht, die Formulierung „durch körperliche Berührung“ durch das Wort „Impulsübertragung“ zu ersetzen, da die Funktionsweise einen körperlichen Kontakt nicht in jedem Falle erforderlich macht.

Die Bundesregierung wird gegebenenfalls insgesamt im weiteren Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens einen eigenen Vorschlag unterbreiten.

Zu Nummer 91 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nr. 1.4 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Sie hält den Klammerzusatz aus Definitionsgründen weiter für erforderlich, teilt allerdings das Anliegen, eine missverständliche Auslegung der Definition zu verhindern. Sie schlägt daher vor, in der Klammer die Wörter „Gegenstände, in denen“ durch die Wörter „Munition, in der“ zu ersetzen. Darüber hinaus können die Klammerzusätze in den Nummern 1.4.1 und 1.4.2 als nicht erforderlich entfallen.

Zu Nummer 92 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nr. 2 WaffG)

Die Bundesregierung bleibt nach erfolgter Prüfung bei der vorliegenden Fassung der Bestimmung.

Ein Änderungsbedarf bei der Definition wird nicht erkannt. Gleichwohl schlägt die Bundesregierung vor, Artikel 2 § 11 Abs. 1 BeschG im Hinblick auf den dort enthaltenen Verweis wie folgt zu fassen, da nicht konfektionierte Treibladungen nicht der Munitionsprüfung nach dem Beschussgesetz unterliegen:

„(1) Munition im Sinne der Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 3 Nr. 1.1 bis 1.3 zum Waffengesetz in der jeweils geltenden Fassung ...“.

Zu Nummer 93 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 2 Nr. 4 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 94 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 1.4 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt das in der Prüfbitte zum Ausdruck gebrachte Anliegen ab.

Die in Frage stehende Bestimmung setzt die Regelung in Anhang I Abschnitt II.A Kategorie A Nr. 5 der Richtlinie 91/477/EWG – Waffenrichtlinie – um; sie bringt hier nicht ein materiell-gesetzliches Verbot bzw. entsprechende Freistellungen von diesem Verbot zum Ausdruck, sondern dient als Einstufung der genannten Munition für die Fälle, in denen einzelne Bestimmungen des Gesetzes in Umsetzung der Waffenrichtlinie an Anlage 1 Abschnitt 3 anknüpfen.

Unabhängig hiervon erscheint es aber erforderlich, auch über die Waffenliste in Anlage 2 Abschnitt 1 WaffG ein Verbot der in Frage stehenden Munition und Geschosse aufzustellen, soweit die Munition nicht für Jagd- oder Sportwaffen bestimmt ist und von Jägern oder Sportschützen zur Jagd oder für den Schießsport verwendet wird. Einen entsprechenden Vorschlag wird die Bundesregierung im weiteren Gesetzgebungsverfahren unterbreiten.

Zu Nummer 95 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 3.4 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 96 (Artikel 1 Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 4.1 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Der Wortlaut der Bestimmung entspricht Anhang I Abschnitt II.A Kategorie D der Richtlinie 91/477/EWG – Waffenrichtlinie –. In Gegenüberstellung zu der Regelung in Anlage 1 Abschnitt 3 Nr. 3.2 des Gesetzes wird bereits ausreichend deutlich, dass unter Nummer 4.1 nur lange Einzel-lader-Schusswaffen mit ausschließlich glatten Läufen fallen.

Zu Nummer 97 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.3 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die vorgeschlagene Änderung bewirkte erhebliche Abgrenzungsprobleme von Wurfsternen (als Waffen) gegenüber handelsüblichen sonstigen Gebrauchsgegenständen.

Zu Nummer 98 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.5 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag im Grundsatz zu.

Aus Gründen der festgelegten einheitlichen Terminologie ist jedoch der Begriff „Gegenstände“ beizubehalten. Die Regelung muss danach lauten:

- „1.3.5 Gegenstände mit Reiz- oder anderen Wirkstoffen, es sei denn, dass die Stoffe als gesundheitlich unbedenklich amtlich zugelassen sind und die Gegenstände
- in der Reichweite und Sprühdauer begrenzt sind und
 - zum Nachweis der gesundheitlichen Unbedenklichkeit, der Reichweiten- und der Sprühdauerbegrenzung ein amtliches Prüfzeichen tragen.“

Zu Nummer 99 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.7 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag im Grundsatz zu.

Zur Wahrung der Transparenz der Bestimmung befürwortet sie aber eine Angleichung an den Vorschlag des Bundesrates zu Nummer 101 Buchstabe a; die Formulierung sollte danach lauten:

- „1.3.7 Schleudern nach Anlage 1 Abschnitt 1 Unterabschnitt 2 Nr. 1.3 sowie Armstützen und vergleichbare Vorrichtungen für die vorbezeichneten Gegenstände;“.

Zu Nummer 100 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.3.8 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu den Nummern 101a und b (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.4.1 Satz 1 und 2 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt den Vorschlägen zu.

Zu Nummer 102 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 1 Nr. 1.4.2 WaffG)

Die Bundesregierung hält nach Prüfung der Stellungnahme zunächst an der vorliegenden Fassung der Bestimmung fest.

Eine eindeutige Begriffsbestimmung von Faustmessern, die zu gewerblichen Zwecken und Faustmessern, die als Waffe bestimmt sind, ist nur schwer möglich. Ein Verbot dieser Gegenstände muss daher wohl allgemein ausgesprochen werden, weshalb der Zugang zu diesen Waffen im Rechtsinne nur über entsprechende Ausnahmegenehmigungen ermöglicht werden kann. Geprüft werden wird allerdings, ob durch eine definitorische Bestimmung des Verhältnisses der Klingenbreite zur Klingenlänge sowie bezogen auf den einseitigen Schliff und die asymmetrische Lage der Klingenspitze (zur augenscheinlichen Unterscheidung von einem Dolch) eine Einschränkung des Verbots möglich ist.

Zu den Nummern 103 und 104 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.2 WaffG und Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 WaffG)

Die Bundesregierung wird dem in der Prüfbitte zum Ausdruck gekommenen Anliegen entsprechen.

Sie wird im Zuge des laufenden Gesetzgebungsverfahrens gegebenenfalls eine überarbeitete Fassung der Bestimmung vorlegen.

Zu Nummer 105 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.10, 3.2, 4.2 und 7.8 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Harpunen sind gemäß Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 3 Unterabschnitt 1 WaffG vom Waffengesetz ausgenommen und die Befreiung nach Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.10, 3.4, 4.2 und 7.8 WaffG kann somit nur die Armbrust betreffen.

Zu Nummer 106 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 2 Nr. 1.11 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 107 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 2 Unterabschnitt 4 WaffG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu, hält aber über den Vorschlag hinaus als Folgeänderung der Korrektur des § 2 Abs. 2 WaffG den Unterabschnitt 4 in Anlage 2 Abschnitt 2 für gänzlich entbehrlich (vgl. Äußerung zu Nummer 3) und wird sich für seine Streichung einsetzen.

Zu Nummer 108 (Artikel 1 Anlage 2 Abschnitt 3 Unterabschnitt 2 Nr. 2 WaffG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab, wird aber das Anliegen des Bundesrates aufgreifen, wonach die Unterstellung von Armbrüsten und Federdruckwaffen unter den Anwendungsbereich des Gesetzes in der Bestimmung deutlich zum Ausdruck gebracht werden muss; sie wird zu diesem Zweck im Verlauf des weiteren Gesetzgebungsverfahrens einen entsprechenden Vorschlag vorlegen.

Zu Nummer 109 (Artikel 2 § 2 Abs. 7 BeschG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 110 (Artikel 2 § 20 Abs. 1 BeschG und Artikel 17 Nr. 1)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 111 (Artikel 2 § 21 Abs. 1 Nr. 1 BeschG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 112 (Artikel 2 § 21 Abs. 1 Nr. 3a – neu – BeschG)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Als Folgeänderung ist in § 21 Abs. 3 nach den Wörtern „des Absatzes 1 Nr. 3,“ der Ausdruck „3a,“ einzufügen, um die dem Tatbestand adäquate (niedrigere) Höhe der angedrohten Geldbuße anzugeben.

Zu Nummer 113 (Artikel 4 § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchstabe b Doppelbuchstabe aa Stasi-Unterlagengesetz)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag zu.

Zu Nummer 114 (Artikel 14 Nr. 1 – § 17 Abs. 1 Satz 3 – neu – BJagdG)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Die in der Stellungnahme vorgesehene Ergänzung ist entbehrlich. Personen, die Jagdwaffen auf Grund eines nicht mehr gültigen Jagdscheines erworben haben, sind nicht (mehr) Jäger im Sinne des § 13 Abs. 2 WaffG und unterliegen daher in vollem Umfang der Regelüberprüfung des § 4 Abs. 3, erster Halbsatz WaffG. Darüber hinaus kommt durch die Regelung des Artikels 14 Nr. 1 – § 17 Abs. 1 Satz 3 – neu – BJagdG die (Neu-)Erteilung eines Jagdscheins durch die Jagdbehörde nur in Betracht, wenn die Voraussetzungen der Zuverlässigkeit und persönlichen Eignung im Sinne des Waffenrechts vorliegen.

Zu Nummer 115 (Artikel 17 Nr. 1 Satz 2 – Inkrafttreten)

Die Bundesregierung lehnt den Vorschlag ab.

Sie ist der Auffassung, dass eine Verlängerung der Frist auf zwölf Monate nicht notwendig ist. Sechs Monate dürften für die Umstellung auf das neue Recht ausreichend sein. Neue Aufgaben aus dem Beschussgesetz, deren Übernahme eine längere Vorbereitung der Landesbehörden erfordert, sind zudem nicht ersichtlich. Entsprechendes gilt auch für den Waffenhandel.

Zu Nummer 116 (Artikel 17 Nr. 2)

Die Bundesregierung stimmt dem Vorschlag mit der Maßgabe zu, dass die Wörter „Artikel 1 § 20 Abs. 2 Satz 2“ – entsprechend dem Vorschlag zu Nummer 44 – durch die Wörter „Artikel 1 § 20“ zu ersetzen sind.